


123. BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS



Die Zukunft Südosteuropas –
auf dem Weg zur
europäischen Integration

13. und 14. April 2002 im Hyatt Regency in Belgrad

Dieser Gesprächskreis wurde in Zusammenarbeit mit der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI), Berlin/Belgrad, veranstaltet. Wir danken besonders Gerald Knaus und Minna Järvenpää für ihre umfassende Unterstützung. Auch der deutschen Botschaft in Belgrad, insbesondere Herrn Botschafter Joachim Schmidt und Herrn Amtsrat Jürgen Pengel, sei Dank für ihre tatkräftige Hilfe vor Ort.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

© edition Körber-Stiftung, Hamburg 2003

Verantwortlich:	Dr. Levin von Trott zu Solz
Redaktion:	Horst Rödinger (Protokoll) Katharina Knaus, Julia Steets (Anhang)
Übersetzungen:	Dr. Holger Riemer
Fotos:	Marc Darchinger
Gestaltung Bildteil:	Groothuis, Lohfert, Consorten, Hamburg
Umschlaggestaltung:	Kraiker/Simson, Design Hamburg Berlin
Satz:	Das Herstellungsbüro, Hamburg
Druck und Bindung:	Fuldaer Verlagsagentur
Printed in Germany	
Alle Rechte vorbehalten	
ISBN 3-89684-234-X	

INHALT

Teilnehmer	5
Fotodokumentation	6
Zusammenfassung	15
Protokoll	
I. Wege zur politischen Stabilisierung	17
II. Die ökonomische Dimension: Findet Südosteuropa den Anschluss?	66
III. Welche Gesellschaftsstrukturen braucht die Region?	108
Anhang	
Redner	139
Bisherige Teilnehmer	144
Behandelte Themen	155
Abkürzungsverzeichnis	168
Versuch einer historisch-politischen Chronologie	169
Karte	172
Glossar	173
Register zitierter Personen	177
Sachregister	179
Literaturhinweise	182
Die Körber-Stiftung	183
Der Bergedorfer Gesprächskreis	184

Initiator

Dr. Kurt A. Körber

Diskussionsleiter

Ahtisaari, Martti, Finnischer Staatspräsident a.D., Helsinki
Busek, Dr. Erhard, Koordinator im Balkan-Stabilitätspakt, Brüssel

Teilnehmer

Ahrens, Dr. Geert-Hinrich, OSZE-Präsenz in Tirana
Altmann, Dr. Lothar, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin
Anastasijević, Dušanka, Zeitung Vreme, Belgrad
Bearpark, Andy, Stv. Sondergesandter des Generalsekretärs der UN im Kosovo, Prishtina
Bender, Kristof, Europäische Stabilitätsinitiative, Berlin/Belgrad
Bulović, Dr. Irinej, Bischof, Novi Sad
Čović, Nebojša, Stv. Ministerpräsident der Republik Serbien, Belgrad
Daianu, Prof. Dr. Daniel, Romanian Center for Economic Policies, Bukarest
Djelić, Božidar, Minister für Wirtschaft und Finanzen der Republik Serbien, Belgrad
Eiff, Dr. Hansjoerg, Botschafter a.D., Bonn
Fetahu, Agim, Institute for War and Peace Reporting, Skopje
Jacev, Zoran, Forum-Center for Strategic Research & Documentation, Skopje
Järvenpää, Minna, Strategische Beraterin des Sondergesandten des Generalsekretärs der UN im Kosovo, Michael Steiner, Prishtina
Jovičević, Dr. Alexandra, Stv. Kultusministerin der Republik Serbien, Belgrad
Kempf, Dr. Herwig, Goethe-Institut, Belgrad
Knaus, Gerald, Europäische Stabilitätsinitiative, Berlin/Belgrad
Lutz, Prof. Dr. Dr. Dieter S. (†), Inst. für Friedensforsch. und Sicherheitspol., Hamburg
Medish, Mark C., Anwaltskanzlei Akin, Gump, Strauss, Hauer & Feld, Washington, D.C.
Pajević, Milan, G17PLUS Expert Network, Belgrad
Petritsch, Dr. Wolfgang, Hoher Repräsentant d. UN f. Bosnien u. Herzegowina, Sarajewo
Primatarova, Antoinette, Centre for Liberal Strategies, Sofia
Reljić, Dr. Dušan, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin
Rödinger, Horst, Körber-Stiftung, Hamburg
Rüb, Dr. Matthias, Südosteuropa-Korrespondent, FAZ, Budapest
Schaefer, Dr. Michael, Auswärtiges Amt, Berlin
Schmidt, Joachim, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Belgrad
Schwarz-Schilling, Dr. Christian, Bundesminister a.D., Internationaler Streitschlichter für Bosnien und Herzegowina, Berlin
Sorić, Miodrag, Deutsche Welle, Köln
Stuth, Reinhard, Staatsrat, Senatskanzlei, Hamburg
Svilanović, Goran, Außenminister der Bundesrepublik Jugoslawien, Belgrad
Teokarević, Dr. Jovan, Institute for European Studies, Belgrad
von Trott zu Solz, Dr. Levin, Körber-Stiftung, Hamburg
Wehmeier, Dr. Klaus, Körber-Stiftung, Hamburg
von Weizsäcker, Dr. Richard, Bundespräsident a.D., Berlin
Wriedt, Christian, Körber-Stiftung, Hamburg
Wright, Robert K., Financial Times, Budapest



*Bild links:
Dr. H. Kempf (l.)
Prof. Dr. Dr. D. Lutz (r.)†*

*Bild rechts:
B. Djelić (2.v.r.)*



*Bergedorfer
Gesprächskreis*



*M. Ahtisaari (l.)
Dr. R. von Weizsäcker (r.)*



*Bild links:
Dr. R. von Weizsäcker (l.)
Dr. C. Schwarz-Schilling (r.)*

*Bild rechts:
M. Ahtisaari (l.)
A. Primatarova (r.)*

*Bild links:
A. Fetahu*



*Bild rechts:
Dr. G.-H. Ahrens (l.)
Dr. L. Altmann (r.)*



G. Knaus (l.)



*Dr. M. Schaefer (l.)
Dr. E. Busek (r.)*

*Belgrader Festung
Kalemegdan:
Schnittstelle römischer,
serbischer, türkischer
und habsburgischer
Geschichte*



*Bild links:
M. Ahtisaari, J. Schmidt,
Frau Schmidt (v.l.n.r.)*



*Bild rechts:
M. Ahtisaari (l.)
Dr. R. von Weizsäcker (r.)*

*Bild links:
A. Bearpark (l.)
Dr. C. Schwarz-Schilling (r.)*



*Bild rechts:
Dr. J. Bulović (l.)
H. Rödinger (r.)*



*Bild links:
J. Schmidt
Dr. K. Wehmeier
C. Wriedt (v.l.n.r.)*

*Bild rechts:
Dr. A. Jovicević (l.)
Dr. R. von Weizsäcker (r.)*

Dr. E. Busek



Dr. W. Petritsch

*Bild links:
R. Stuth (l.)
Dr. J. Teokarević (r.)*



*Bild rechts:
G. Svilanović (l.)
Dr. W. Petritsch (r.)*



*Bild links:
D. Anastasijević, K. Bender,
Dr. J. Bulović (v.l.n.r.)*

*Bild rechts:
Z. Jacev, M. Järvenpää,
Dr. H. Kempf (v.l.n.r.)*

*Bild links:
Zu Gast beim Bergedorfer
Gesprächskreis: Preisträger des
Geschichtswettbewerbs des
Bundespräsidenten und serbische
Jugendliche, hier u.a. mit dem
finnischen Staatspräsidenten a. D.
Martti Ahtisaari*



*»Wahrzeichen« der
Bombardierung:
Ehemaliges ZK der
Sozialistischen Partei
Serbiens*

*Bild links:
Belgrader Ansichten*



Zusammenfassung

Der hier dokumentierte 123. Bergedorfer Gesprächskreis zur Zukunft Südosteuropas fand im April 2002 in Belgrad statt, anderthalb Jahre nach dem Ende des Milošević-Regimes und inmitten einer fortbestehenden radikalen Umbruchsituation auf dem gesamten Balkan. In Kooperation mit der Europäischen Stabilitätsinitiative (Berlin/Belgrad) gelang es, Politiker, wissenschaftliche Experten und Publizisten aus der gesamten Region sowie Vertreter der vor Ort engagierten internationalen Gemeinschaft zu einem konstruktiven Dialog über politische, wirtschaftliche und gesellschaftlich-kulturelle Herausforderungen und Perspektiven zu versammeln.

Zunächst konzentrierte sich die Diskussion auf die politische Lage. Die dabei erörterten Herausforderungen reichten vom Aufbau und der Reform von Institutionen über die Rückkehr von Flüchtlingen bis zum Abbau von Konflikten zwischen unterschiedlichen Volksgruppen. Insbesondere die Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen und die Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen seien dringlich. Zur Stabilisierung der politischen Lage wurde die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft als unerlässlich angesehen – vor allem in der Form einer konkreten Perspektive der Integration Südosteuropas in die europäisch-atlantische Stabilitätszone. Insgesamt wird trotz aller Verbesserungen gegenüber der Zeit der gewaltsamen Konflikte die Gefahr einer erneuten Destabilisierung der Region als weiterhin gegeben erachtet.

Anschließend an diese politische Debatte wandte sich der Gesprächskreis in seinem zweiten Teil der Lage der Wirtschaft zu. Die jahrelangen Kriegshandlungen hätten große Teile der Infrastruktur in der Region zerstört. Als Erbe der Zentralverwaltungswirtschaft erlebe die Region einen Niedergang der Industriewirtschaft mit der Folge hoher Arbeitslosigkeit, niedrigem Bruttosozialprodukt und der Abwanderung qualifizierter Bevölkerungsteile. Weitere Erschwernisse werden darin gesehen, dass externe Hilfsprogramme zuweilen unter schlechter Planung und Umsetzung leiden und private Investitionen durch fehlende Rechtssicherheit und hohe Kriminalität erschwert werden. Unerlässlich für den Aufbau einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft sowie für die Annäherung an die EU wurde eine stärkere Integration der regionalen Wirtschaftsstrukturen angesehen, die nur schwerfällig vorankommt.

Hoffnungsvoller wurde die Diskussion, als sich der Gesprächskreis im dritten Teil der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Südosteuropa zuwandte. Eine reiche Vielfalt kulturellen Lebens in der gesamten Region schien auf und wurde beschrieben als Impulsgeber für eine Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls inmitten schwerer Prüfungen der Umbruchzeit. Doch auch hier müssten noch Hindernisse überwunden werden: Die restriktive Visumpolitik behindere den Künftlerausaustausch, und die Aufladung intellektueller Debatten durch die Kriegszeit baue sich nur sehr langsam ab. Insbesondere die jeweilige Sicht der Geschichte sei noch stark nationalistisch geprägt, so dass z.B. die Schulbücher dringend einer Revision bedürften. Es gebe jedoch erfreuliche Ansätze zu konstruktiver Vergangenheitsbewältigung. Eine positive Rolle spielten auch regionale Sportereignisse, und im kirchlichen Bereich gebe es zahlreiche Kooperationen über alte Gräben hinweg.

Leitmotiv des 123. Bergedorfer Gesprächskreises war die Überzeugung, dass die allmähliche Heranführung und schließlich die Integration der Region in die Europäische Union die Perspektive schlechthin für eine erfolgreiche Überwindung der derzeitigen Lage sei. Deutlich wurde, dass hier ebenso viel von den Beteiligten in der Region verlangt wird wie von ganz Europa, das seinen südöstlichen Teil zunehmend integrieren muss, um dem Anspruch einer gesamteuropäischen Friedens-, Freiheits- und Stabilitätszone gerecht zu werden.

Protokoll

von Weizsäcker

Seien Sie alle herzlich beim Bergedorfer Gesprächskreis in Belgrad willkommen. Lassen Sie mich zunächst betonen, dass dieser Gesprächskreis ein privates und gänzlich unabhängiges Forum ist, das sich seine Themenstellung selbst sucht und dazu Persönlichkeiten einlädt, um ein offenes Gespräch zu führen. Ich darf meine besondere Freude darüber ausdrücken, dass wir zur 123. Tagung in Belgrad zusammengekommen sind. Dies ist von unserer Seite vor allem auch ein Zeichen des Respekts angesichts des Mutes und der Tatkraft, die in diesem Land in den letzten anderthalb Jahren bewiesen wurden, um mit einer schweren Vergangenheit fertig zu werden und zugleich die Zukunft ebenso ambitioniert wie legitim zu gestalten. Ich füge hinzu: Dieses Treffen soll uns allen bewusst machen, dass Südosteuropa genauso wie die anderen europäischen Regionen zu Europa gehört.

Die Initiatoren dieses Gesprächskreises sehen es als ihre vornehmliche Aufgabe an, dass wir an diesem Tisch einander zuhören, um voneinander zu lernen. Damit wir das in aller Offenheit tun können, tagen wir in einem geschützten Raum, das heißt, niemand muss befürchten, mit dem, was er sagt, morgen in der Öffentlichkeit zitiert zu werden. Sie alle erhalten Ihre Gesprächsbeiträge vor der Veröffentlichung in den Bergedorfer Protokollen zur Autorisierung vorgelegt, und Sie haben die Möglichkeit, in Ihren Texten auch Veränderungen vorzunehmen, wenn Sie der Meinung sind, bestimmte Äußerungen sollten besser nicht nach draußen dringen. So wird es in diesem Kreis seit vierzig Jahren mit Erfolg gehandhabt. Darin sehen wir eine wichtige Voraussetzung für einen offenen Dialog über sensible politische Fragestellungen.

Mein besonderer Dank gilt dem früheren finnischen Präsidenten, Herrn Ahtisaari, für seine Bereitschaft, die Diskussion heute zu leiten. Er hat uns schon oft den Weg gewiesen, wenn es darum ging, dass Europa sich seiner Verantwortung gerade auch für die Entwicklung in Südosteuropa bewusst wurde. Und dem Außenminister der Bundesrepublik Jugoslawien danke ich, dass er es übernommen hat, uns in die anstehende Thematik einzuführen.

I. Wege zur politischen Stabilisierung

Ahtisaari

Ich denke, wir vergessen nur allzu oft, dass der radikale Wandel in diesem Lande erst vor anderthalb Jahren stattgefunden hat. Viele von uns haben offenbar den Eindruck, dass seit den umstürzenden Ereignissen sehr viel mehr Zeit vergangen ist. Vor einem halben Jahr habe ich an einem Seminar teilgenommen, auf dem es um die Entwicklung in dieser Region ging. Und wenn ich mir die derzeitige Situation in diesem Lande vor Augen führe,

*Südosteuropa
gehört zu Europa*

Geschützter Raum

Radikaler Wandel

dann stelle ich fest, dass sich vieles von dem, was wir damals besorgt diskutiert haben, positiv verändert hat. Wir sollten uns also bewusst sein, über welchen Zeitrahmen wir sprechen.

Unser erstes Thema behandelt „Wege zur politischen Stabilisierung“. Ich freue mich sehr, dass der Außenminister der Bundesrepublik Jugoslawien, Herr Svilanović, der gerade erst von einer Reise zurückgekehrt ist, zu uns sprechen wird. Ich meine, seine Anwesenheit sagt viel über seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft aus und über seine fortgesetzten Bemühungen, den Wandel in seinem Land in die Praxis umzusetzen.

Referate

Krisenherde in der Region

Svilanović

Es gibt mehrere Krisenherde in der Region, in der wir leben. So ist die Integrität Bosniens offenkundig eines der wesentlichen regionalen Probleme. Doch die Dinge entwickeln sich positiv, wenn man die kürzliche Entscheidung des Verfassungsgerichts zu Grunde legt, die sich im Umsetzungsprozess befindet. Dieser Prozess ist ein sehr guter Indikator dafür, dass ein integriertes Bosnien in seiner gegenwärtigen Form von Dauer sein wird.

Auch Mazedonien befindet sich in einer sehr schwierigen Situation, mit der wir jetzt seit über zwei Jahren konfrontiert sind. Wir müssen die Lage dort genau und sorgfältig beobachten, um weitere Spill-over-Effekte zu verhindern, wie sie sich kürzlich ereignet und Kosovo und Mazedonien betroffen haben.

Das dritte wichtige Problem sind die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro, und das vierte betrifft den Status des Kosovo.

Mitgliedschaft in der EU?

Ich möchte auf diese vier Punkte eingehen, die für den gesamten Stabilisierungsprozess auf dem Balkan äußerst wichtig sind. Aber dieser Prozess betrifft auch Europa, weil es sehr schwierig wäre, zwischen einer europäischen Perspektive für diese Region und der „Erweiterung“ als solcher zu unterscheiden, insoweit es die EU betrifft. Leider meinen die meisten unserer Wähler, wenn nicht sogar die Politiker, dass die künftige Mitgliedschaft in der EU die meisten dieser Probleme lösen wird. Ich vertrete da eine etwas andere Auffassung. Ich denke, keines der Länder, die ich genannt habe, wird jemals die Mitgliedschaft in der EU erreichen, wenn nicht zuvor diese Probleme so gelöst und geregelt sind, dass in jedem dieser Länder eine europäische Perspektive gewährleistet ist.

Serbien und Montenegro

Lassen Sie mich einige Worte zu dem kürzlich geschlossenen Abkommen zwischen Serbien und Montenegro sagen, das ich zusammen mit vielen anderen Politikern und in Übereinstimmung mit der EU als bedeutsam ansehe.

Ich würde es begrüßen, wenn Sie sich dessen bewusst wären, dass es keineswegs leicht war, alle Beteiligten davon zu überzeugen, der politischen Entscheidung im Prinzip zuzustimmen, auf die wir uns schließlich verständigt haben. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass dies unterschiedliche und gemischte Gefühle sowohl in Serbien wie auch in Montenegro ausgelöst hat. Und diejenigen, die mit dem, was vereinbart wurde, nicht so glücklich waren, sind nicht immer die „bösen Buben“. Seien Sie sich darüber im Klaren, dass dies ein politischer Prozess ist.

Der Grund, warum ich und wohl die meisten meiner Kollegen in der Regierung dieses Abkommen unterstützt haben, war, dass wir der Ansicht waren, damit einige der Ziele verwirklichen zu können, die wir erreichen wollen. Das erste Ziel war, dass es die Möglichkeit, ein Referendum zu organisieren, verhinderte; nicht weil ein Referendum an sich schlecht oder falsch war, sondern weil es als europäischer Präzedenzfall gedient haben könnte, der auch auf andere Fälle in der Region, wenn nicht auf ganz Europa Anwendung finden würde. Wir haben dieses Problem bewältigt, indem wir grundsätzlich einem Staatenbund zugestimmt haben, der sowohl Serbien als auch Montenegro ein hohes Maß an Selbstverantwortung einräumt. Zugleich haben wir einen gemeinsamen staatlichen Rahmen bewahrt.

Wir sind jetzt dabei, das, was wir vereinbart haben, umzusetzen. Die nationalen Versammlungen der beiden Republiken haben dem bereits zugestimmt, und das Bundesparlament wird hoffentlich in der nächsten Woche das Gleiche tun. Danach werden wir eine Kommission einsetzen, die eine Verfassung entwirft, und bis zum Ende dieses Jahres werden wir neue Körperschaften gebildet haben, um die neue Verfassungsordnung in Kraft zu setzen. Ich hoffe natürlich, dass alle verantwortlichen Politiker, nicht nur in Serbien, sondern auch in Montenegro, das umsetzen werden, was sie unterzeichnet und wozu sie sich selbst verpflichtet haben.

Was das Kosovo angeht, ist meine Position und die meiner Regierung, dass es zu früh wäre, den Status jetzt zu erörtern. Wir haben es dort mit einer völlig verwüsteten Gesellschaft zu tun. Und das übrige Serbien ist ebenfalls verwüstet. Sie werden dies wissen, denn Sie alle haben in den letzten zehn oder mehr Jahren verfolgt, was hier geschehen ist, und Sie sind sich der Schwierigkeiten dieser Gesellschaft bewusst. Ich denke aber, es ist noch komplizierter, wenn es um das Kosovo geht. Deshalb sollten sich Europa und die EU, aber auch die übrige internationale Gemeinschaft, auf eine langfristige Präsenz einstellen, finanziell und militärisch.

Wenn ich einen Rat geben darf, so würde ich vorschlagen, dass Sie Hilfe zur wirtschaftlichen Erholung leisten, aber auch versuchen sollten, in den zivilgesellschaftlichen Sektor im Kosovo zu investieren. Das schließt NGOs, Universitäten, Erziehung, das Gesundheitswesen und so weiter ein und insbesondere die politischen Parteien. Meine Vorstellung ist, dass der bestehende Hass, die Frustration und Wut in einen politischen Wettbewerb überführt werden sollten, statt durch nackte Gewaltanwendung, mit der wir es derzeit leider zu tun haben.

Was wir deshalb jetzt unter den gegebenen Bedingungen als das Hauptproblem ansehen, ist die fehlende Sicherheit für alle, die dort leben. Aus diesem Grunde würde ich ganz generell vorschlagen, dass wir die wirklichen „Lebensprobleme“ in Angriff nehmen. Was ich erwarte, ist, dass der Dialog zwischen den Serben und den Albanern im Provinzparlament unter den Abgeordneten wächst. Ich denke auch, dass der Dialog zwischen den kosovo-albanischen Politikern und den Politikern des übrigen Landes zunehmen wird. Aber das wird einige Zeit brauchen, und wie Herr Ahtisaari gesagt hat, ist es erst wenig mehr als ein Jahr her, dass die Wende in Serbien stattgefunden hat.

Noch einige Worte, wie ich die weitere Entwicklung in dieser Region und die künftigen Beziehungen zur EU einschätze. Für Jugoslawien ist die EU-Mitgliedschaft eines der

Kosovo-Status

*Dialog zwischen
Serben und Albanern*

*Hauptziel:
EU-Mitgliedschaft*

*Zusammenarbeit
in der Region*

Hauptziele, besser gesagt: Es ist das Hauptziel unserer Außenpolitik auf mittlere Sicht. Wir sind uns darüber im Klaren, dass dies wahrscheinlich weitere zehn oder fünfzehn Jahre dauern wird. Die Diskussion, die derzeit in der EU-Kommission über die Zukunft Europas stattfindet, ist deshalb äußerst wichtig. Ich hoffe, dass die bedeutendsten und angesehensten Intellektuellen in Europa ihre Aufmerksamkeit auf die Erweiterung richten werden, denn damit sind zweifellos viele Probleme verbunden, die gelöst werden müssen – vielleicht nicht sofort, aber doch im Laufe des Prozesses.

Europa wird sich in den nächsten zwei Jahren verändern, und es wird einige Zeit dauern, bis es die erste Welle der Erweiterung verarbeitet hat. Wenn dann der nächste Schritt erfolgt, wird es ein anderes Europa werden, eine andere Union und nicht mehr diejenige, die wir heute kennen. Ich bin gespannt, wie sich diese Veränderungen auswirken werden.

Was die hiesige Region angeht, eingedenk der Ehre, dass wir gegenwärtig den Vorsitz im südosteuropäischen Kooperationsprozess innehaben, sind wir der Meinung, dass wir uns in den vergangenen zehn oder fünfzehn Monaten bemüht haben, unseren Nachbarn klar zu machen, dass wir zwar alle den Wunsch haben, der EU beizutreten, und auch davon überzeugt sind, dass wir dies eines Tages schaffen werden. Bevor das jedoch so weit ist, müssen wir zuvor selbst und miteinander etwas tun. Das war meine vorrangige persönliche Botschaft in diesen fünfzehn oder sechzehn Monaten. Ja, wir wollen der EU beitreten. Aber in der Zwischenzeit müssen wir unsere politische Kommunikation und unsere wirtschaftliche Integration untereinander verbessern, nicht weil wir gemeinsam beitreten werden, sondern weil der richtige Weg nach Europa über mehr Zusammenarbeit läuft. So können wir uns gegenseitig helfen und den größtmöglichen Nutzen aus unseren eigenen Ressourcen ziehen, um künftig das Endziel zu erreichen, nämlich die Mitgliedschaft in der EU.

Nicht jeder in der Region war sich darüber im Klaren, und nicht jeder war bereit, die Dinge so zu sehen. Vor anderthalb Jahren sagten manche Leute noch: „Die Dinge laufen doch gut. Wir haben keine Visa, wir haben keine Probleme. Warum sollen wir uns darum kümmern, was in Mazedonien abläuft? Das betrifft uns nicht.“ Ich denke, inzwischen hat man die Lektion gelernt. Jetzt ist sich jeder in der Region darüber im Klaren, solange die Situation in der unmittelbaren Nachbarschaft instabil ist, wird keines unserer Länder der EU beitreten. Dann wird es keinen wirklichen Fortschritt geben, und ich denke, alle meine Kollegen, alle Minister in der Region sind sich jetzt dessen sehr bewusst, wie wichtig es ist, eng zusammenzuarbeiten und einander zu helfen. Manchmal mögen die Schritte klein sein, aber sie haben in unseren Beziehungen Gewicht. Mit diesem Prozess können wir auf eine verbesserte Lage auf dem Balkan hoffen.

Stabilisierungsprozess

Trotz der Krisenherde, die ich angesprochen habe, bin ich optimistischer, als manch anderer hier es sein mag. Auch wenn die Situation auf dem Balkan kompliziert ist, erwarte ich keine ernsthafte Instabilität, Zusammenbrüche und dergleichen. Wir befinden uns bereits in einem politischen Prozess, um die Situation zu lösen, zumindest zu stabilisieren. Das gilt nicht nur für Mazedonien, sondern auch für Serbien und Montenegro und für das Kosovo. Es gilt sicher für Bosnien, wo sich die Lage insbesondere in den letzten zwei, drei Monaten verbessert hat. Ich habe deshalb den Eindruck, dass man jetzt davon überzeugt ist, Bosnien werde zusammenbleiben.

Zusammenfassend würde ich sagen, dass es eine neue Rolle für die EU in der Region gibt. Die verantwortlichen Politiker, die Führer in der Union, müssen sich darüber im Klaren sein, dass der 11. September der EU mehr Spielraum verschafft hat, um eine Rolle in der Region zu spielen. Diese Verantwortung muss sehr ernsthaft und sorgsam wahrgenommen werden. Was wir in der Region erwarten, ist ein entschlossenes Europa, das in den letzten zehn, fünfzehn Jahren nicht gerade entschieden gehandelt hat. Diese Entschiedenheit erwarten wir jetzt.

*Rolle der EU
in der Region*

In Gesprächen mit EU-Kommissar Patten, mit dem Hohen Repräsentanten Solana und anderen habe ich zum Ausdruck gebracht, dass ich wissen muss, wie ihre Politik in der Region aussieht. Ich muss diese Politik nicht mögen, aber als Minister in der Region muss ich wissen, welche Politik sie verfolgen. Und sie, die EU-Minister selbst, müssen sich innerhalb der Gruppe der fünfzehn darüber verständigen und es dann gemeinsam umsetzen. Wenn dies der künftige Ansatz der EU ist, würde ich das sehr begrüßen. Ich mag nicht jedem einzelnen Schritt zustimmen, aber ich werde eine kohärent definierte und implementierte Politik der EU befürworten, soweit es die von mir angesprochenen Probleme und auch andere Fragen, die die ganze Region betreffen, angeht.

EU-Politik

Im Hinblick auf unsere Gesellschaft und die Gesellschaften um uns herum müssen wir uns auf einige generelle Fragen konzentrieren, wie zum Beispiel die Schaffung von Institutionen. Wir haben in diesen anderthalb Jahren in Jugoslawien zwar einiges, aber nicht sehr viel getan. Wir müssen uns auch auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentrieren und schlussendlich versuchen, einen Staat zu schaffen, der auf der Herrschaft des Rechts gründet und entschieden gegen Kriminalität und Korruption kämpft. Wir sind stolz auf das, was wir auf dem Gebiet der Menschenrechte bereits erreicht haben, besonders was die Rechte der Minderheiten angeht, und das gilt auch für die Wirtschaftsreformen. Doch wir wissen genauso gut, dass wir bei den Reformen des Justizwesens, der Verfassungsinstitutionen, des Militärs und der Polizei noch Nachholbedarf haben.

*Wirtschaftliche und
institutionelle Reformen*

Im nächsten Jahr werden wir uns diesen Themen zuwenden, denn wir wissen, dass wir auf dem langen Weg zur EU-Mitgliedschaft beizeiten Werte und Standards realisieren müssen und es diese Bereiche sind, bei denen wir das Niveau anheben müssen, das in den mitteleuropäischen Ländern bereits vorhanden ist. Dann werden wir auch in der Lage sein, über eine volle Mitgliedschaft zu sprechen.

Ahtisaari

Ich bin sicher, Herr Svilanović, dass Ihr Beitrag viele von uns anregen wird. Aber bevor ich die Diskussion freigebe, möchte ich Herrn Petritsch das Wort geben.

Petritsch

Ich möchte dort fortsetzen, wo Herr Svilanović aufgehört hat. Ich werde mich dabei auf Bosnien und Herzegowina konzentrieren, das Land, das gewissermaßen beginnt, sich in die Region zu re-integrieren. Die Probleme oder, um es positiver auszudrücken, die Herausforderungen in Bosnien und Herzegowina gleichen mehr und mehr den Problemen, Fragen und Herausforderungen in der ganzen Region.

Bosnien und Herzegowina

Neuer Weg der Zusammenarbeit in der Region

Herr Svilanović hat die Schaffung von Institutionen, das Recht, die Justiz, das Militär und die Polizei, erwähnt. Das sind die Themen, auf die wir uns in Bosnien und Herzegowina gegenwärtig konzentrieren. Es ist auch ein klarer Hinweis darauf, dass wir uns mit diesen Problemen im regionalen Kontext befassen müssen. Damit meine ich nicht nur, dass Europa beziehungsweise diejenigen Länder, die die Entwicklung und Stabilisierung dieser Region unterstützen, in diesem Sinne handeln sollten. Ich meine vor allem, dass die Länder in der Region selbst einen neuen Weg zur Zusammenarbeit finden und eine neue Form von „konstruktiver gegenseitiger Abhängigkeit“ herstellen müssen. Sie müssen von den fruchtlosen Alleingängen wegkommen und eine neue Form der Zusammenarbeit begründen, die nicht auf einer Jugoslawien-Nostalgie basiert, sondern sich an dem orientiert, was anderswo in der Europäischen Union bereits geschieht.

Ich denke, diese europäische Integrationsphilosophie ist auch für Südosteuropa von Relevanz. Aber man sollte nicht den Fehler machen, das einfach übertragen oder nachahmen zu wollen. Die europäische Integrationsidee sollte vielmehr kreativ genutzt werden.

Schwache Staaten

Herr Svilanović erwähnte den 11. September 2001. In der Tat hat dieses Ereignis in vieler Hinsicht einen erheblichen Einfluss auf Bosnien und Herzegowina gehabt. Ich rede nicht vom Terrorismus, der nur ein Aspekt ist und mitunter überbetont wird, wenn von Bosnien und Herzegowina die Rede ist. Ich denke mehr an das Phänomen der schwachen oder gescheiterten Staaten. Es ist mehr ein regionales Problem, wenn wir über die regionalen Risiken in Verbindung mit schwachen Staaten sprechen.

Bosnien und Herzegowina ist in der Tat immer noch ein Beispiel für einen schwachen Staat. Das neue Bosnien begann mit einem Krieg, der ein ganz spezifischer Krieg war. Sicher, es war eine Aggression von außen auf einen souveränen Staat und UN-Mitglied. Zugleich aber gab es handfeste Anzeichen für einen Bürgerkrieg, und eben das macht den Nachkriegswiederaufbau so außerordentlich kompliziert und schwierig. Bosnien hat keine lange Geschichte moderner Eigenstaatlichkeit. Deshalb müssen die politischen und geistigen Eliten, die politische Klasse, erst gemeinsam definieren, was sie unter einem „Staat“ Bosnien und Herzegowina verstehen wollen.

Vertrag von Dayton

Um den Krieg zu beenden, hat „Dayton“ einen äußerst dezentralisierten und fragmentierten institutionellen Rahmen mit zu vielen Regierungsebenen geschaffen. In mancher Hinsicht tragen diese Mängel natürlich zum fortgesetzten dysfunktionalen politischen Alltag in Bosnien und Herzegowina bei.

Vom kommunistischen System zu Demokratie und Marktwirtschaft

Was ich einen zweifachen Übergang in Bosnien und Herzegowina nennen würde – nicht nur vom Krieg zum Frieden, sondern auch von einem kommunistischen System zu Demokratie und Marktwirtschaft –, hat im Grunde gleichzeitig Anfang 1996 begonnen. Die ersten Jahre sahen wir eine Konzentration auf den Wiederaufbau der Infrastruktur und all dessen, was zur Befriedigung der Grundbedürfnisse notwendig war. Zugleich lag die Betonung eindeutig auf der Stabilisierung der militärischen Lage. Wir wissen, dass das Leben in einem modernen Staat äußerst komplex ist und sich die Nachkriegsbemühungen deshalb von Anfang an auf die Staatsbildung konzentrieren müssen. Ich vermeide mit Absicht den amerikanischen Ausdruck „nation-building“, weil „Nation“ in dieser Region eine andere Bedeutung hat.

Militärische Lösungen sind natürlich wichtig, aber sie sind es nur vorläufig. Sie frieren eine Situation ein, wie etwa der Zypern-Konflikt zeigt. Jetzt steht die internationale Gemeinschaft wieder im Zentrum der globalen politischen Aufmerksamkeit. Das ist seit dem 11. September noch sehr viel klarer geworden. Deshalb haben einige Regierungsinstitutionen und konservative Senatoren in Washington vehement die Auffassung vertreten, dass sich die internationale Gemeinschaft nicht mit der Institutionen- und Staatsbildung befassen sollte. Zugegeben, die internationale Gemeinschaft mag nicht immer höchsten Qualitätsstandards entsprechen, aber nach meiner Auffassung ist das nur ein Hinweis darauf, dass unsere zivilen Anstrengungen beim Aufbau der Institutionen verbessert und professionalisiert werden müssen.

Aufbau von Institutionen

Herr Svilanović hat den Zeitfaktor erwähnt. Aus meiner Erfahrung von fünf Jahren auf dem Balkan – und davon fast drei Jahre in Bosnien und Herzegowina – lautet Regel Nummer eins: Erwarte nicht zu viel und zu rasch; konzentriere dich auf die Schaffung von Institutionen, auf das Recht und auf die Wirtschaftsreform; doch denke nicht, dass das über Nacht geschieht! Wir sprechen vielmehr von langfristigen Prozessen; nichts kann in wenigen Jahren erreicht werden. Wenn wir dieser Region helfen wollen, dann geht es nicht um einstellige Jahreszahlen.

Zeitfaktor

Gewiss hat Bosnien und Herzegowina als das Land, das die erste massive internationale Intervention erlebt hat, eine Menge an Erfahrung aufzuweisen. Es mag sein, dass wir uns bisher nicht genügend bemüht haben, daraus zu lernen. Ich meine, es muss sehr viel mehr getan werden – sehr viel mehr Analyse und Einschätzung, auch mehr vergleichende Konfliktstudien, um zu erkennen, wie Intervention und Stabilisierung zusammenhängen, wo Ähnlichkeiten liegen und wo Unterschiede bestehen.

Stabilisierungsprozess

Stabilisierung ist ein Prozess auf zwei Feldern. Er beinhaltet zum einen die militärische Fähigkeit, um ein Wiederaufflammen der Kämpfe zu verhindern. Zum anderen kommt der zivile Aspekt hinzu, das, was man „civil engineering“ im buchstäblichen Sinne nennen könnte. Das mag eher unspektakulär sein und schließt die Probleme ein, mit denen wir es als die so genannten „Zivil-Praktiker“ zu tun haben. Diese Aufgabe ist sicherlich weit weniger aufregend als alles, was das Militär tut. Das heißt indes nicht, dass es weniger wichtig ist. Im Gegenteil, die langfristigen Verbesserungen können nur erreicht werden durch ein konsequentes Engagement des zivilen Elements beim Staats- und Institutionenaufbau.

Stabilisierung bedeutet, den Rahmen für einen funktionsfähigen Staat durch Institutionenbildung zu schaffen. Im Falle Bosnien und Herzegowinas ist das Konzept des „ownership“ von besonderer Wichtigkeit. Wenn nicht lokale Eliten die Probleme erkennen und die Herausforderungen annehmen, wird es nicht funktionieren. Wir, die internationale Gemeinschaft, können nur assistieren. Wir können nicht diejenigen sein, die das Land auf Dauer regieren. Das müssen wir deutlich im Auge behalten und dies vor allem auch unseren lokalen Partnern klar machen. Wenn wir uns auf ein solches Geschäft einlassen, hängt alles von der Partnerschaft ab.

„ownership“

Lassen Sie mich kurz darauf eingehen, wo Bosnien und Herzegowina heute, mehr als sechs Jahre nach Dayton, steht. Zunächst zur Verfassungsreform, ein Thema, das zwar CNN nicht interessiert, das aber umso wichtiger ist, weil hier erstmals etwas erreicht worden ist, was sich die Architekten in Dayton nicht vorstellen konnten.

Verfassungsreform

„Konstituierende Völker“

In den vergangenen Monaten hat es intensive Diskussionen über eine Entscheidung des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina im Fall der so genannten „Konstituierenden Völker“ gegeben. In Dayton wurden die Republik Srpska und die Bosniakisch-Kroatische Föderation auf zwei verschiedenen Ebenen der kollektiven und individuellen Rechte begründet. In der Republik Srpska galten nur Serben als konstituierendes Volk, während die Serben in der Föderation, der anderen Hälfte von Bosnien und Herzegowina, bisher nicht als konstituierendes Volk angesehen wurden. Dies wurde von dem Verfassungsgericht in Sarajevo zwei Jahre lang in Frage gestellt und entschieden, dass die beiden Entitätsverfassungen entsprechend berichtigt werden müssen. Mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft sind wir jetzt einer Lösung sehr nahe. Ende März wurde ein politisches Abkommen zwischen den führenden Parteien unterzeichnet. Die drei Allianzparteien haben es voll inhaltlich unterschrieben, während die Parteien der Republik Srpska es mit zwei kleinen Vorbehalten unterzeichnet haben. Es liegt nun den beiden Entitätsparlamenten in Banja Luka und Sarajevo vor. Einige Fortschritte sind in der serbischen Entität erreicht worden, und obwohl es nicht voll auf der Linie der Übereinkunft liegt, sind die Gesetzgeber damit befasst. Das muslimisch-kroatische Föderationsparlament in Sarajevo wird sich damit in knapp einer Woche befassen.

Ethnozentrische Parteien

Wichtig an dem Ergebnis ist, dass die nationalistischen Parteien, die SDA, die früher führende muslimisch-bosnische Partei, das Abkommen nicht unterzeichnet hatten, ebenso wenig wie die kroatischen Hardliner der HDZ. Das sollte man als ein klares Zeichen dafür werten, dass sie aus ihrer ethnozentrischen Sicht über diese Entwicklung nicht glücklich sind. Die Begründung gleicher Rechte in ganz Bosnien und Herzegowina benachteiligt natürlich die ethnisch-nationalistischen Parteien und räumt den multiethnischen Parteien größere Möglichkeiten ein. Aber gerade das ist es ja, was wir erreichen wollen.

Es ist bezeichnend, dass allein die letzte Verhandlungsrunde über hundert Stunden an Gesprächen zwischen den lokalen Führern unter der Leitung beziehungsweise mit Unterstützung meines Büros benötigte. Und es muss betont werden, dass das, was erreicht wurde, das Ergebnis der echten Zusammenarbeit zwischen den lokalen politischen Repräsentanten war, die Verantwortung übernommen haben, um mit den Herausforderungen fertig zu werden, und die sich mit den Problemen identifiziert haben. Meine Rolle war die eines Vermittlers oder Förderers.

*Gleiche Rechte
in ganz Bosnien
und Herzegowina*

Was wurde in diesen Verhandlungen tatsächlich erreicht? Es gibt in diesem Abkommen klar begründete gleiche Rechte in ganz Bosnien und Herzegowina. Zum ersten Mal hat ein Bürger die gleichen Rechte, ob er oder sie nun in der Republik Srpska oder in der Föderation lebt. Dies hat handfeste und dramatisch positive Folgen für den institutionellen Aufbau des Staates. Es gibt jetzt auch in der Republik Srpska ein Zweikammersystem. Es besteht die gleiche Struktur in der Regierung der serbischen Entität und in der Föderation mit nur fünfzig Prozent der Repräsentanten der vorherrschenden ethnischen Gruppe, während die anderen fünfzig Prozent von den beiden nächstgrößeren Gruppen gestellt werden.

Republik Srpska

Konkret bedeutet das, dass die Regierung der Republik Srpska nach den Wahlen vom 5. Oktober 2002 aus 16 Mitgliedern bestehen wird, davon acht Serben, fünf Bosnier und drei Kroaten, während in der Föderation acht Bosnier, fünf Kroaten und drei Serben die Regierung bilden. Das heißt: Zum ersten Mal sind serbische Repräsentanten in der

Föderation und Bosniaken und Kroaten in der Republik Srpska verfassungsgemäß verankert. Nicht mehr als zwei der sechs Spitzenpositionen können von einer ethnischen Gruppe besetzt werden. Es besteht eine gleichgewichtige Vertretung beim Verfassungsgericht, im gesamten Gerichtswesen, im öffentlichen Dienst und so weiter. Dies ist tatsächlich eine kleine Revolution und – gemessen an bosnischen Standards – sogar eine ganz beachtliche Revolution. Das alles befindet sich jetzt in der Umsetzung, und so entsteht „ownership“. In der Tat ist es das erste Mal, dass politische Parteien aus allen drei Volksgruppen sich auf einen solchen politischen Dialog konstruktiv eingelassen und konkrete Ergebnisse erzielt haben.

Dies ist ein äußerst wichtiger Markstein für das neue Bosnien und Herzegowina, und in gewisser Weise ist „Dayton“ erst jetzt vollendet worden. Nunmehr kann in Bosnien und Herzegowina ein neuer, demokratischerer Prozess beginnen, der die neuen Errungenschaften und die notwendigen praktischen Verbesserungen zügig umsetzt. Das betrifft erstens und vor allem eine Reform des gesamten Justizwesens. Wir sind jetzt in eine neue und hoffentlich endgültige Phase einer grundlegenden Reform des Justizwesens eingetreten. Ferner haben wir eine umfassende Polizeireform in Gang gesetzt, und die Europäische Union ist dabei, die Führung von der UNO zu übernehmen – ein weiterer wichtiger Schritt im Europäisierungsprozess.

Das Militär ist ein weiteres Schlüsselwort. Truppenreduzierung ist erstmals in beiden Entitäten auf dem Weg. Es ist recht aufschlussreich, wie lange es dauert, um zu erkennen, dass ein Land wie Bosnien und Herzegowina nicht 30000 Mann militärisches Personal benötigt und dass etwa 10000 Mann genügen sollten.

Des Weiteren haben wir ein Programm zur Reform des öffentlichen Dienstes etabliert, ein Eckstein jedes modernen Staates. Dies alles sind Fragen, die auch für das übrige Europa wichtig sind, denken wir nur an die Herausforderungen der internationalen Kriminalität, Migration und all die anderen drängenden Probleme unserer Zeit.

Eines der Schlüsselinstrumente in diesem Krieg war das Fernsehen. In den nächsten Wochen werden wir die Wiederbegründung eines staatsweiten öffentlichen Rundfunksystems in Bosnien und Herzegowina erleben. Das Radio sendet bereits seit genau einem Jahr landesweit. Sie sehen also, die Dinge bewegen sich in Bosnien.

Natürlich muss die Wirtschaft als treibende Kraft Erwähnung finden. Für wirkliche Veränderungen braucht das Land einen Motor, und das ist die Wirtschaftsreform. Ich denke, einige Anstöße sind bereits erfolgt, die jedoch nicht ausreichen. Freilich spielt der Zeitfaktor wiederum eine große Rolle. Entsprechend der These von einem „funktionalen“ Staat geht es, mit der Einrichtung eines Regulierungssystems, um die Neubestimmung der Rolle des Staates in der Wirtschaft als eine sehr wichtige Aufgabe in diesem Zusammenhang.

Wie sieht die Zukunft aus? Ich kann nur unterstreichen, was Herr Svilanović gesagt hat. Ich glaube – und das ist nicht nur eine Glaubensfrage, sondern eine Tatsache –, in dieser Region stellt Europa die Zukunft und die europäische Integration das Modell dar. Wir brauchen europäisches leadership, damit die Länder in der Region erkennen, worum es in diesem Europa wirklich geht, und damit sie eine regionale Rolle für Südosteuropa ausmachen können.

Reform des Justizwesens

Truppenreduzierung

Reform des öffentlichen Dienstes

Öffentliches Rundfunksystem

Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform

Europäisches Integrationsmodell

Lassen Sie mich abschließend noch einmal betonen, dass man nur innerhalb der Region selbst die notwendigen Voraussetzungen in Richtung Europäische Union schaffen kann. Dies ist eine Erfahrung, die man in der Region selbst machen muss. Hierzu benötigt man aber soviel wie möglich unsere Unterstützung.

Ahtisaari

Der letzte Redner zum ersten Themenkomplex sollte Herr Čović, der stellvertretende serbische Ministerpräsident, sein. Er hat uns sein Manuskript zugesandt, da er leider nicht kommen konnte. Ich habe vorgeschlagen, seinen Text mit ins Protokoll aufzunehmen.

Čović

Die Aussage aus dem Papier, das ich für diesen Gesprächskreis erhalten habe, ist zutreffend: Die Ausgangssituation der Gebiete, die am schlimmsten von den gewalttätigen Auseinandersetzungen des vergangenen Jahrzehnts getroffen wurden, bleibt für die Übergangszeit ungünstig.

In der Tat sieht sich Serbien einer ganzen Reihe von ererbten Problemen gegenüber. Es muss mit schlechten Wirtschaftsbedingungen fertig werden und soll zugleich die anstehenden Aufgaben anpacken: den Aufbau und die Konsolidierung einer staatlichen Union mit Montenegro und die Lösung des Status von Kosovo und Metohija.

Bosnien-Herzegowina ist ein schwacher und geteilter Staat. Seine Schwäche ist vor allem das Ergebnis der Kriegslasten. Am Ende des Krieges stellte sich die Teilung als ein unvermeidliches Ergebnis heraus, das mit den Waffen der internationalen Truppen gesichert werden muss.

Auch in Mazedonien sehe ich eine junge multiethnische Demokratie, die kürzlich gerade am Rande eines Bürgerkriegs stand.

Erlauben Sie mir, mich auf das Kosovo und auf Metohija zu konzentrieren, denn die gefährlichsten Herde der Instabilität liegen in dieser Provinz.

Seit langem werden Serben und Albaner von ihrer Vergangenheit belastet. Was wir heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, das Balkan-Fass nennen, ist vornehmlich während der Herrschaft von Josip Broz Tito vorbereitet und gemischt worden. Dieser große Manipulator, ein Lebemann und Strippenzieher, stiftete ständig Streit zwischen dem einen Volk und dem anderen oder zwischen einer Minorität gegen andere Nationen, während er selbst die Rolle des sakrosankten Schlichters und Versöhners einnahm. Ich nenne ein einziges drastisches Beispiel: Am Ende des Zweiten Weltkriegs verbot Tito den Serben, die vom Kosovo und aus dem Metohija durch die Besatzungsmacht vertrieben worden waren, in ihre Heimat zurückzukehren. Er übte damit gewissermaßen eine Art ethnische Säuberung der Serben zu Gunsten der albanischen Gemeinschaft aus. Als Tito dies tat, konnte er gewiss nicht gehofft haben, damit die gegenseitige Liebe und Toleranz zwischen Serben und Albanern zu fördern.

Broz unterstützte eine Politik, die darauf abzielte, Nationen und Minderheiten zwischen,

Kosovo und Metohija

Titos Erbe

metaphorisch gesprochen, nationalem Baum und Borke einzuschließen. Zu den Kaderlisten bekam man nur durch ein nationales Rotationsprinzip Zugang, während das Eintreten für die jugoslawische Sache als Idee beiseite geschoben wurde und fast in Vergessenheit geriet. Diejenigen, die sich zur Zeit Titos als Jugoslawen erklärten, begingen politischen Selbstmord.

Was würde in den Vereinigten Staaten geschehen, wenn keiner ihrer Bürger aus pragmatischen Erwägungen es wagte, sich selbst als Amerikaner zu erklären, sondern stattdessen sagen müsste: „Ich bin ein Texaner“ oder „Ich bin ein New Yorker“ oder „Ich komme aus Wyoming“? Wahrscheinlich das Gleiche, was in Jugoslawien passiert ist: Das Interesse für das Ganze würde nachlassen; die Unzufriedenheit der Teile und der Kräfte, die gegen die Einheit sind, würde sich verstärken. Um Jugoslawien zu einer aussätzigen und verbotenen Kategorie zu machen, förderte Broz die Neigung zum Nationalismus, der seit Jahrzehnten unterhalb der politischen Konfrontation schwelte – in öffentlichen und privaten Diskussionen, in Debatten vieler Künstler und Kulturschaffenden. Das Resultat war ein Staat, wo alle sich gegenseitig beschuldigten. Es gab viel Gerede um die serbische, die kroatische, die mazedonische und die albanische Sache.

Es wird häufig gesagt, dass nach Broz' Tod einige Völker des früheren Jugoslawiens nicht eben glücklich über Führer mit einer demokratischen Orientierung waren, ausgleichende und vernünftige nationale Repräsentanten. Stattdessen gab es Führer, die äußerst nationalistisch und chauvinistisch waren, Politiker, die nur auf Besitz aus waren, Männer mit geringem Wissen, aber mit großer Verbissenheit, unfähig, anderen Argumenten zuzuhören und andere Meinungen zu respektieren.

Ich versichere Ihnen, das ist kein glücklicher Tatbestand. Was uns passiert ist, hat mit Zufall oder Schicksal nichts zu tun. Der Krieg, den wir durchmachen mussten, der Bürgerkrieg auf den Ruinen des Tito Staates, war nur das schlimme Resultat seiner schlechten autokratischen Herrschaft.

Ein Staat, in welchem alle sich gegenseitig die Schuld zuschoben, konnte sich nicht friedlich und schmerzlos auflösen. In den frühen Neunzigern waren in den drei größten Republiken die am meisten Geschätzten die nationalen „Retter“, die einen kurzen Prozess und die Erfüllung alter Eroberungssehnsüchte propagierten, Großmäuler, die versprachen, die blutigen Schulden der Vergangenheit einzutreiben. In Südosteuropa war deshalb ein Kampf um Rechte völlig vergessen, was Raum schuf für eine Schlacht um Territorien. Das ist der Grund, warum der Internationale Gerichtshof für Jugoslawien in Den Haag jetzt so viel zu tun hat. Ist es heute, nach all dem Blutvergießen, nach all dem Bösen, das die früheren jugoslawischen Völker einander angetan haben, für den Balkan möglich, ein Raum der Stabilität zu werden, des Friedens und der Ruhe der Bürger und Völker, der gegenseitigen Toleranz und gutnachbarlichen Verständigung und des Miteinanders? Ich sage nicht, dass dies unmöglich ist, obwohl wir alle wissen, wie viel Anstrengungen und guten Willen es braucht, um dieses schöne Ziel zu erreichen.

Einige Anstrengungen haben sich bereits als fruchtbar erwiesen; manche gute Idee ist verwirklicht worden. Dem Kampf um Territorien sind überall Zügel angelegt worden, außer im Kosovo und Metohija. Extremismus aus dem Kosovo und aus Metohija sowie Träume eines Großalbanien überspringen auch die mazedonische Grenze. Albanische

Nationalismus

„Nationale Retter“

*Extremismus:
Kosovo und Metohija*

Politiker und nationale Größen der Albaner aus dem Kosovo und aus Metohija hatten eine sehr gute Entschuldigung für ihren Aufruhr im undemokratischen Regime von Slobodan Milošević. Doch heute stellt sich heraus, dass sie zur Zusammenarbeit mit den demokratischen Autoritäten im Serbien nach Milošević auch nicht bereit sind.

Serben als Unruhestifter?

Ich war gestern auf einer Tagung der Stiftung für Frieden und Krisenmanagement. Dort habe ich darauf hingewiesen, dass die Idee eines Großserbiens beseitigt worden ist, ebenso wie die Vorstellung eines Großkroatiens, während die Idee eines Großalbaniens weiter besteht. Gezwungen, ihre Stimme zu erheben auf Grund der elenden Verhältnisse, unter denen sie leben, auf Grund ihrer Existenzängste, wegen ihrer Eigentums- und Rechtsunsicherheit, sind die Serben dazu verdammt, als Unruhestifter im Kosovo und Metohija zu gelten. Es gibt Leute, die sagen, dass Probleme im Kosovo und Metohija nur dort bestehen, wo es Serben gibt. Ich fürchte, dass diese hundertfach wiederholte Unwahrheit eines Tages zu einer Wahrheit wird und die des Balkan-Konflikts müde gewordene internationale Gemeinschaft daraus den Schluss ziehen wird, dass alle Probleme im Kosovo und Metohija gelöst werden, wenn die letzten Serben die Provinz verlassen haben.

Angesichts dieser Tatbestände habe ich kürzlich vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gesagt, dass die Stellung der ethnischen Gruppen in Bosnien-Herzegowina sehr viel besser war als im Kosovo und Metohija. Die Serben von Kosmet, habe ich betont, haben keine Garantien erhalten, dass ihre Sprache, ihre Kultur und Religion fortbestehen und weiterentwickelt werden können.

Was ist zu tun?

Internationaler Gerichtshof

Ich würde sagen, dass in Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina bestimmte Personen mit ihrer Verantwortung und Schuld aus der Zeit des Krieges konfrontiert worden sind. Das Bundesgesetz für die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), das in Belgrad verabschiedet wurde, wird zweifellos zu einem Reinigungsprozess beitragen, den Menschen und Völker benötigen.

Sie werden mich fragen, was ich von den Anklagen erwarte, die das ICTY gegen bestimmte Kriegsführer der Kosovo-Metohija-Albaner angestrengt hat, und wenn ich den Reinigungsprozess verfolge, dem sich das albanische Volk im Kosovo und Metohija sicherlich unterzieht.

Aus serbischer Sicht hat die internationale Gemeinschaft starken Druck ausgeübt, bosnische Serben und Montenegriener auszuliefern, deren Namen auf der Anlageliste des ICTY stehen. Wir warten jetzt auf den Tag, an dem die Untersuchungsverfahren auch gegen jene Albaner eröffnet werden, die Verbrechen an Serben begangen haben, damit wir wirklich glauben können, dass die internationale Gemeinschaft in allen Fällen in gleicher Weise verfährt.

*Voraussetzungen
für dauerhafte Stabilität*

Als ich gestern über die Wege sprach, wie Frieden und Stabilität auf dem Balkan gefördert werden können, habe ich eine Reihe von Voraussetzungen für eine dauerhafte regionale Stabilität formuliert. Ich zitiere hier nur die wichtigsten:

Erstens: Keiner der Balkan-Konflikte sollte isoliert gesehen, sondern als Teil der regiona-

len Prozesse und Probleme verstanden werden. Ohne eine umfassende Lösung für die Stabilität der gesamten Region wird ein Abbau von Spannungen in nur einem Teil lediglich zeitweilig positive Ergebnisse bringen.

Zweitens: Der Status des Kosovo kann nicht angegangen werden, wenn man dabei nicht ständig in Rechnung stellt, welchen Einfluss irgendeine Resolution auf die Erhaltung eines integrierten Bosnien-Herzegowina und des Friedens in Serbien, Montenegro und Mazedonien hat.

Drittens: Lösungen für alle regionalen Probleme sollten durch Kompromisse in einer sich selbst tragenden Stabilität gesucht werden. Deshalb sollten alle Konfliktparteien auf ihre Maximalziele verzichten. Keine Partei sollte bei den Auseinandersetzungen alles bekommen, und keine Partei sollte alles verlieren. Alle Forderungen einer der Konfliktparteien zu erfüllen würde nur zu langfristigen Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien führen.

Zum Abschluss sage ich: Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass sich Probleme aufgehäuft haben, weil wir es versäumt haben, sie rechtzeitig anzugehen. Zögern und Dinge beiseite zu schieben kann zu ernsthaften Problemen führen, weil Europa selbst nicht mit einer stabilen Entwicklung rechnen kann, wenn der Balkan ein Krisenherd bleibt.

Ahtisaari

Nachdem wir alle drei Sprecher gehört haben, gebe ich jetzt die Diskussion frei.

Eiff

Wenn man die Ereignisse im früheren Jugoslawien über Jahre verfolgt hat, kann man sich nur freuen über das, was in den letzten anderthalb Jahren in Serbien erreicht wurde. Dazu gehört beispielsweise die Regelung des Status der Vojvodina, ein indes nicht so schwieriges Problem, wie es die Regelung der Statusfrage im Kosovo ist. Aber vor anderthalb Jahren schien es noch unmöglich, darüber eine Übereinkunft zu erzielen. Das zeigt, dass Politik und Gesellschaft hier in der Lage sind, schwierige Dinge auch in kurzer Zeit zu bewältigen.

Die Vorredner haben den Prozess hin zu mehr Stabilität in der Region beschrieben. Mit das schwierigste Problem in diesem Zusammenhang ist wohl die Ungewissheit der Zukunft des Kosovo. Der Kosovo-Status kann sicherlich nicht kurzfristig definitiv gelöst werden, aber solange die Frage ungeklärt bleibt, schafft dies Instabilität im Kosovo und darüber hinaus in der Region.

Ich war in letzter Zeit mehrfach in Mazedonien und habe dort den Eindruck gewonnen, dass die Probleme, die Herr Svilanović angesprochen hat, in erheblichem Maße mit dem unregelmäßigem Kosovo-Status zu tun haben. Die befriedigende Regelung des Schicksals der serbischen Flüchtlinge ist ein außerordentlich wichtiger Teil der Vertrauensbildung zwischen den beiden Seiten und damit auch eine Voraussetzung für die Regelung der Zukunft des Kosovo. Denn diese Probleme können letztlich nur von den Beteiligten selbst geregelt werden.

Status des Kosovo

Kompromissfindung

Diskussion

Fortschritte in Serbien

Kosovo-Status

Serbische Flüchtlinge

Beitrag Europas

Es ist hier die Erwartung ausgesprochen worden, dass Europa einen entscheidenden Beitrag leisten müsste. Dies geschieht in dieser Region bereits seit längerem in vielfältiger Weise. Eine unterstützende Rolle Europas wird man sich zu gegebener Zeit auch bei der Regelung des Kosovo-Status vorstellen können; so wie der Hohe Repräsentant der Europäischen Union bei der vorläufigen Regelung des Verhältnisses zwischen Montenegro und Serbien hilfreich sein konnte. Aber dies kann eine Einigung der Parteien nicht ersetzen. Die Aufnahme des Dialogs zwischen Serben und Albanern sollte man nicht auf die lange Bank schieben. Es ist für Serben und Kosovo-Albaner heute nicht einfach, miteinander zu sprechen, aber je früher dies geschehen kann, umso besser ist es für alle.

Was die Einbeziehung der Länder der Region in die europäischen und euroatlantischen Prozesse angeht, so zeichnet sich eine zunehmende Differenzierung ab, die sachlich jeweils begründet ist, aber doch in denjenigen Ländern der Region, die nicht in der ersten Reihe sind, leicht als ungerechtfertigte Zurücksetzung verstanden werden kann.

Aufnahme in die NATO

Wenn sich die Außenminister der NATO-Staaten im kommenden Monat in Reykjavik treffen, wird deutlich werden, welchen Ländern aus der Region demnächst die Aufnahme in die NATO angeboten wird und welchen nicht. Von Seiten der Europäischen Union wird mit drei Ländern aus der Region, Slowenien, Bulgarien und Rumänien, über die Mitgliedschaft verhandelt, die anderen stehen noch im Vorhof der Assoziierung. Wenn im Status der Balkanländer bei den beiden wichtigsten Organisationen allzu große Unterschiede entstehen, könnte dies das notwendige Zusammenwachsen der Region behindern. Hier besteht eine besondere europäische Verantwortung, die Unterschiede durch intensive Zusammenarbeit in Grenzen zu halten.

Ahtisaari

Ich denke, es passt gut, wenn jetzt Herr Ahrens etwas zur albanischen Dimension sagen würde.

Ahrens

Albanische Dimension

Die Bedeutung der albanischen Dimension ist während der internationalen Jugoslawienvermittlung nicht immer klar gesehen worden. Ich darf vorausschicken, dass ich in diesem Rahmen zwischen 1991 und 1996 Verhandlungen geführt habe. Es ging dabei um die Probleme, die die Albaner im Kosovo, in Mazedonien, in Südserbien und in Montenegro hatten. Überdies leite ich seit drei Jahren die OSZE-Mission in Albanien, die dort eine wichtige Rolle spielt. Vor Ort in Tirana bin ich auch der Vorsitzende der Gruppe „Freunde Albaniens“, die nächste Woche in Wien ihre internationale Konferenz unter dem gemeinsamen Vorsitz von OSZE und EU abhalten wird. Die Probleme der Albaner in den vorgenannten Gebieten hängen miteinander zusammen. Ihre Bedeutung wird heute erkannt. 1996 hatten manche noch gehofft, mit der Unterschrift unter das Dayton-Abkommen seien die Probleme auf dem Balkan im Wesentlichen gelöst.

Auswanderung

Als der Zerfall Jugoslawiens um die Jahreswende 1990/91 begann, lebten, sehr grob gesagt, sechzig Prozent der Albaner in Albanien und vierzig Prozent in Jugoslawien. Inzwischen haben von den sechzig Prozent in Albanien bereits zwanzig Prozent ihre Heimat verlassen. Dazu heißt es in einem Bericht des Institute for War and Peace Reporting:

„According to the Immigration Office at the Ministry of Labour and Social Affairs in Tirana roughly 67 percent of educated Albanians have left the country in the last decade. About two third of that figure are university professors and researchers from scientific institutions.“ Die ausgewanderten Albaner leben heute, oftmals nicht willkommen, in verschiedenen Aufnahmeländern. Ein zu hoher Prozentsatz von ihnen ist in die organisierte Kriminalität verwickelt. Dies verursacht auch in der Diaspora Probleme, die den Albanern allgemein zur Last gelegt werden.

Die 40 Prozent Albaner, die seinerzeit in Jugoslawien lebten, sind jetzt auf drei, vier verschiedene Regionen verteilt. Unabhängig von dem noch immer ungeklärten staatsrechtlichen Status des Kosovo sind die Grenzen zwischen diesen Regionen praktisch dicht. Die Grenze zwischen Mazedonien und Kosovo zum Beispiel trennt viele albanische Familien, was den Albanern auf beiden Seiten der Grenze täglich schmerzlich bewusst wird. Sicher, es gibt auch andere Völker in Europa, die auf mehrere Staaten verteilt sind – ich denke nur an die Ungarn –; aber für die Albaner Jugoslawiens ist diese Situation erst als unmittelbare Folge des Zerfalls entstanden. Natürlich sind wir alle gegen die Entstehung eines Großalbanens – auch kein albanischer Politiker fordert dies heute offen.

Gerade deshalb scheinen mir zwei Dinge wichtig zu sein: Zum einen sollte man eine Zusammenarbeit zwischen den Albanern in den verschiedenen Gebieten, in denen sie leben, ermöglichen. Die betreffenden Staaten befürchten – zum Teil durchaus nicht ohne Grund –, dass die Albaner ihnen Probleme bereiten werden. Infolgedessen klappt auch die regionale Zusammenarbeit nicht; denn dem Zusammenhalt zwischen den Albanern in Albanien und denen im Kosovo wird häufig mit Misstrauen begegnet, weil man dahinter großalbanische Bestrebungen vermutet. Andererseits setzt man den albanischen Kessel noch mehr unter Druck, wenn man versucht, die Albaner konsequent voneinander zu trennen.

Das andere ist die Hinwendung nach Europa, die unser damaliger Außenminister Genscher schon vor acht Jahren propagiert hat. Das heißt, man versucht die Trennung der Albaner dadurch aufzuheben, dass sich die gesamte südosteuropäische Region nach Europa hin orientiert. Die Isolierung durch strikte europäische Visabestimmungen wird von Albanern, aber auch Mazedoniern in der Tat als sehr schmerzlich empfunden. Mazedonier gehen zum Beispiel auf die Bulgarische Botschaft Skopje und geben sich als Bulgaren aus, weil sie dann kein Schengen-Visum brauchen. In Albanien bezeichnen sich ethnische Albaner als Griechen. Aus diesem Grund hat die albanische Regierung auch bei der jüngsten Volkszählung nicht nach der ethnischen Zugehörigkeit gefragt. Sie befürchtet, dass sich im Süden Albaniens viele Albaner wegen materieller Vorteile als Griechen erklären.

Sollen Länder wie Albanien in die EU aufgenommen werden? Ich kann verstehen, wenn da von mancher Seite Zweifel angemeldet werden mit Hinweis auf bestimmte Mitglieder der albanischen politischen Klasse, die man sich nicht, sagen wir, als Kommissar für Regionalentwicklung in Brüssel oder als Richter in Luxemburg vorstellen mag. Auf der anderen Seite würde es die Frage der regionalen Sicherheit nahe legen, dass alle Staaten der Region an Europa herangeführt werden. „Weiße Flecken“ oder „schwarze Löcher“ auf der Landkarte würden nur dazu führen, dass sich die Kriminalität weiter ausbreitet. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die europäische Politik sich bemüht – von den Amerika-

Geschlossene Grenzen

*Orientierung Südosteuropas
nach Europa*

Albanien in die EU?

nern wird das gegenwärtig regelrecht vorangetrieben –, die Länder Südosteuropas in engere Beziehungen zu Europa zu bringen. So gilt etwa für die OSZE-Mission in Albanien der Slogan: Make Albania fit for the stabilization and association process. Nun ist Albanien zweifellos das Land, das in dieser Beziehung die größte Diskrepanz zu überwinden hat, bis es den Status nur seiner unmittelbaren Nachbarn erreichen wird. Sie brauchen nur mit dem Auto von Albanien nach Mazedonien zu fahren, um festzustellen, dass die Straßen schlagartig besser werden – wobei im Gegensatz dazu in Albanien teure Westwagen dominieren. Da bleibt also noch sehr viel zu tun.

Das Hauptproblem in der Region, auf das zu Recht bei jeder Gelegenheit hingewiesen wird, ist die Verbindung von Korruption und organisierter Kriminalität. Wenn wir dieses Problem nicht lösen, können wir noch so viel Geld dort hineinpumpen, ohne wirklich voranzukommen. In dem Punkt ist die internationale Gemeinschaft bei weitem nicht energisch genug. Die heimischen Politiker verweisen darauf, dass ihre Gesetzgebung doch bestens sei. Da heißt es dann etwa: Unser Staatsanwalt hat kürzlich erst drei Leute inhaftiert – was allerdings sehr selten vorkommt und schon gar nicht irgendeine Haupttäter betrifft. Ich will jedoch hinzufügen, dass Albanien auf vielen Gebieten Fortschritte gemacht hat. Und ich betone: Wir müssen dieses Land in unserem eigenen europäischen Interesse voranbringen. Dabei will sich heute niemand so recht mit Albanien befassen. Wenn ich beispielsweise für meine Mission in Tirana Personal rekrutieren will, dann tue ich mich damit viel schwerer, als wenn dergleichen von der OSZE-Mission für Jugoslawien oder auch für das Kosovo beantragt wird. Ich halte das für kurzsichtig, gerade im Hinblick auf die regionalen Verflechtungen der Albaner. Und beim organisierten Verbrechen gibt es durchaus albanisch-serbische Zusammenarbeit – unter den Kriminellen. Es wäre gut, wenn Zusammenarbeit auch auf legalen Feldern funktionieren würde.

Ahtisaari

Herr Ahrens und ich haben bei der Jugoslawien-Konferenz Anfang der neunziger Jahre eng zusammengearbeitet. Ich freue mich, dass er sein großes Engagement für diese Region beibehalten hat.

Schaefer

Den generellen Optimismus über die gegenwärtige Lage auf dem Balkan teile ich. Verglichen mit dem Sommer 1999 kann man sicher sagen, dass das Glas halb voll ist: Aber es ist eben nur halb voll, und wir sollten uns unbedingt Gedanken darüber machen, wie wir den künftigen Herausforderungen begegnen können. Ich denke, wir brauchen einen internationalen und regionalen Konsens hinsichtlich der notwendigen nächsten Schritte, um diesen Prozess voranzubringen.

Ich würde drei wichtige Elemente eines regionalen Prozesses unterscheiden, in dessen Mittelpunkt zweifellos die Frage steht – Herr Svilanović hat das erwähnt –, wie wir die Brandherde in Angriff nehmen wollen. Ich denke, im Hinblick auf diese Brandherde sollten wir eine Reihe von Grundprinzipien beachten.

Das erste Element, das vielleicht wichtigste, betrifft die „rule of law“, die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit. In jedem der Krisengebiete zeigt sich, dass das Fehlen eines wirksa-

men Rechts- und Justizsystems mit unabhängigen und neutralen Polizeikräften, Strafverfolgung und Richtern eines der Haupthindernisse beim Aufbau der jeweiligen Gesellschaft ist. Wenn wir es nicht schaffen, effektive Rechtsinstitutionen zu verankern, werden unsere Bemühungen auf den anderen Feldern vergeblich sein.

Das zweite Prinzip ist die Dezentralisierung. Herr Petritsch hat auf Dayton hingewiesen und den außerordentlich schwierigen Prozess erwähnt, der zur Einrichtung des Verfassungsgerichts in Bosnien und Herzegowina geführt hat. Ich würde vermuten, dass das Konzept, das den Vereinbarungen von Dayton zu Grunde liegt, den Gesellschaften auf mittlere und längere Sicht keine Perspektive verheißt.

Das Prinzip der konstituierenden Völker weist in eine falsche Richtung. Auf lange Sicht sollte sich Bosnien und Herzegowina auf den Schutz der individuellen Menschenrechte konzentrieren, und wahrscheinlich muss man vom Konzept der konstituierenden Völker wegkommen, das die eigentlichen Interessen lediglich als Gruppeninteressen, als kollektive Interessen definiert. Es mag für Bosnien und Herzegowina erforderlich sein, für kurze Zeit das 19. Jahrhundert zu durchlaufen, um im 21. Jahrhundert anzukommen, aber das ist nur für eine begrenzte Zeit möglich. Am Ende sollte die Verfassung sich dem anpassen, was wir in der Europäischen Konvention und in unseren liberalen Verfassungen geschaffen haben.

Mein dritter Punkt in Bezug auf die aktuellen Brandherde ist der integrative Aspekt. Ich halte es nach wie vor für unannehmbar, eine Entwicklung hin auf ethnisch saubere Gebiete in Südosteuropa anzustreben. Ich bin davon überzeugt, dass dies vermutlich in eine Sackgasse führen würde; denn die meisten Gesellschaften in der Region setzen sich ja auch nach vier Balkankriegen immer noch aus verschiedenen Ethnien zusammen. Diejenigen, die in den verschiedenen Teilen der Region die politische Verantwortung tragen – und das gilt insbesondere für Mazedonien und das Kosovo –, müssen früher oder später anerkennen, dass der einzige Weg, der nach Europa führt, multiethnische Gesellschaften sind. Wenn es uns nicht gelingt, diese Botschaft überzubringen, werden wir erhebliche Schwierigkeiten bekommen, die Region nachhaltig zu befrieden und zu stabilisieren.

Wenn ich hier Vorschläge höre zur Rückkehr serbischer Flüchtlinge in das Kosovo, die diese auf bestimmte Gebiete beschränken wollen, etwa das nördliche Mitrovica-Gebiet und einige andere Enklaven, dann scheint mir dies ein falsches Konzept zu sein. Die einzige Möglichkeit, den Serben eine Zukunft im Kosovo zu bieten, und zwar eine stabile Zukunft, die auf einem Konzept tragfähiger Koexistenzen beruht, besteht darin, im Kosovo eine multiethnische Gesellschaft zu schaffen, die für ihre Nachbarn keine Bedrohung darstellt, sondern ein einigermaßen stabilisierender Faktor nach innen wie nach außen ist.

Das zweite Element ist regionale Integration. Wie Herr Svilanović gesagt hat, ist dies der entscheidende Prozess für die Region. Das ist eine neue Phase. Seit Dezember letzten Jahres gibt es in allen Ländern rechtmäßige Regierungen. Die Herausforderung besteht jetzt darin, dafür zu sorgen, dass Grenzen zunehmend zu administrativen Grenzlinien werden, ohne internationale, ethnische oder psychologische Barrieren.

Wenn es eine realistische europäische Perspektive geben soll, wird sich die Region inte-

Dezentralisierung

*Schutz der individuellen
Menschenrechte*

*Multiethnische
Gesellschaften*

Regionale Integration

grieren müssen. Das darf nicht nur ein Schlagwort sein. Deshalb legen Deutschland und andere Partner in der EU so viel Gewicht auf diesen Punkt, um Herrn Svilanović und andere in ihrem Bemühen zu unterstützen, einen regionalen Dialog- und Kooperationsprozess ins Leben zu rufen. Wir müssen die Länder der Region an einen Tisch bringen, nicht damit zuallererst die großen politischen Fragen gelöst werden, insbesondere die Status-Probleme; sie sollten sich vielmehr zunächst mit ganz praktischen Dingen befassen, die allen unter den Nägeln brennen: Energie, grenzüberschreitende Infrastruktur, Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Regionale Bekämpfung des organisierten Verbrechens

Ich stimme Geert Ahrens zu, dass das organisierte Verbrechen das Krebsgeschwür der Region ist. Aus diesem Grunde halte ich ein politisches Abkommen zwischen allen Regierungen in der Region für notwendig, um das organisierte Verbrechen mittels eines regionalen Ansatzes zu bekämpfen. Die Länder der Region müssen dabei die Führung übernehmen, aber die Europäer sollten dazu ihre Unterstützung anbieten.

Ich bin davon überzeugt: Wenn es uns gelingt, die Länder der Subregion dahin zu bringen, dass sie in solchen konkreten Fragen zusammenarbeiten, dann wird allmählich ein Verständnis für die wechselseitige Abhängigkeit wachsen, was die Bedeutung von Grenzen verringern wird. Der Helsinki-Prozess war ein gutes Beispiel dafür, wie so etwas läuft.

Ansätze „von unten“

Die Region braucht keine großen Konferenzen. Balkan-Konferenzen, wie sie von mancher Seite vorgeschlagen werden, sind nicht hilfreich. Die Zeit der Berliner Kongresse ist vorüber. Was wir brauchen, sind Ansätze „von unten“, bei denen die Länder der Region Verantwortung übernehmen und anfangen, ihre eigenen Probleme zu identifizieren und zu lösen. Die internationale Gemeinschaft kann dabei Hilfe leisten.

Europäische Perspektive

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang ein Wort zur europäischen Perspektive für Südosteuropa. Zagreb hat im vergangenen Jahr nicht nur die langfristige Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU eröffnet. Dort wurden auch zwei sehr konkrete Instrumente geschaffen.

Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ist ein bilaterales Instrument, das darauf zielt, jedem Land konkrete Zielmarken vorzugeben, die alle erfüllen müssen. Und der Stabilitätspakt stellt ein komplementäres Instrument dar, um jedes Land dabei zu unterstützen, sich dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess anzuschließen.

Stabilitätspakt

Der Stabilitätspakt sollte noch intensiver als bisher als politisches Werkzeug genutzt werden. Deshalb sollte der regionale politische Prozess, von dem ich gesprochen habe, unter dem Dach des Stabilitätspakts stattfinden. Die sechs oder sieben Länder, um die es dabei geht, sollten versuchen, sich auf die Formulierung von sehr konkreten Problemlösungskonzepten zu verständigen. Die drei Tische des Stabilitätspakts sollten dann ihr Gewicht sehr viel stärker darauf legen, dabei zu helfen, den politischen Willen, der in der Region als Ergebnis dieses Prozesses erzeugt wird, umzusetzen.

Kosovo und Montenegro als Teil der regionalen Zusammenarbeit

Das Kosovo ebenso wie Montenegro müssen in diesen Prozess einbezogen werden, ungeachtet wichtiger Verfassungsfragen, die noch zu lösen sind. Insbesondere das Kosovo ist Teil des regionalen Problems; deshalb muss es auch Teil der Lösung sein. Ungeachtet von Protokollfragen, die ich vorhersehe, etwa im Hinblick darauf, wer am Verhandlungs-

tisch sitzt und welchen Status die Teilnehmer haben: Das Kosovo und Montenegro müssen Teil dieses Regionalprozesses sein. Die europäische Perspektive wird umso eher Realität werden, je schneller sich die betreffenden Länder auf die regionale Zusammenarbeit zubewegen.

Ahtisaari

Die Rolle der internationalen Organisationen wurde hier erwähnt. Dazu können wir Ihnen eine größere Untersuchung zur Verfügung stellen, die das Institute for Democracy and Election Administration (IDEA) in Stockholm in allen Balkan-Ländern zu den Einstellungen der politischen Parteien und ihrer Führer gegenüber den internationalen Institutionen durchgeführt hat.

IDEA

Altmann

Die europäische Perspektive, die hier mehrfach erwähnt wurde, verursacht bei mir zwiespältige Gefühle. Auf der einen Seite ist dies in der Tat die einzige Perspektive, die für die Region eine positive Orientierung darstellt. Auf der anderen Seite hat Herr Svilanović darauf hingewiesen, dass dies ein schwieriger und langwieriger Prozess sein wird – und es wird eine andere Europäische Union sein, die, sagen wir, in zehn oder fünfzehn Jahren die Länder der Region in irgendeiner Form aufnehmen wird.

Europäische Perspektive

Die Frage ist: in welcher Form? Denn wir müssen davon ausgehen, dass man nicht nur in Südosteuropa die EU als Rettungsanker sieht, sondern dass dann auch die Ukraine, Moldova, die transkaukasischen Länder und, nicht zu vergessen, der südliche Mittelmeerrand eine ähnliche Perspektive entwickeln werden. Das heißt, der Prozess wird nicht in Südosteuropa enden mit den sechs oder sieben Ländern, die alle erwarten, Vollmitglieder der EU zu werden. Und ich frage mich, ob die EU im Stande sein wird, am Ende so viele Länder aufzunehmen.

Herr Svilanović hat hier zu Recht Bedenken geäußert: Für die EU werde es schon schwer genug sein, die anstehende Erweiterung um zehn oder zwölf Länder zu verdauen. Wie schwierig die Diskussion dann über die nächsten Erweiterungswellen sein wird, lässt sich unschwer vorstellen. Deshalb ist die Überlegung, in Zukunft verschiedene Arten von Mitgliedschaften vorzusehen, nicht von der Hand zu weisen. Das würde aber bedeuten, dass wir es dann mit einer anderen EU zu tun haben. Das muss man nicht von vornherein negativ bewerten, und durch diese Überlegung sollten sich auch die Länder dieser Region nicht abschrecken lassen.

*Verschiedene
Mitgliedschaften?*

Herr Svilanović äußerte sich dann sehr positiv über das Verhältnis von Serbien und Montenegro. Auch das löst bei mir unterschiedliche Empfindungen aus. Gewiss, man hat jetzt erst einmal drei Jahre Zeit gewonnen und kann zunächst durchatmen. Damit ist jedoch nicht auszuschließen, dass in drei Jahren eben doch ein Referendum stattfinden wird, das Herr Svilanović so gern vermieden haben wollte. So wie sich die Situation in Montenegro im Augenblick darstellt, ist durchaus zu erwarten, dass die Montenegriner in drei Jahren auf einem Referendum bestehen werden, mit der Konsequenz, dass es dann doch zu einer Teilung von Restjugoslawien beziehungsweise des jetzigen neuen Bundes zwischen Serbien und Montenegro kommen wird.

Serbien und Montenegro

*Kosovo als Teil
von Serbien und
Montenegro?*

Ich denke also, dass man keineswegs sicher sein kann, ob sich hier tatsächlich etwas Positives entwickeln kann. Vielleicht kommt man ja in diesen drei Jahren auf beiden Seiten zu der vernünftigen Einsicht, dass man mit der neuen Union ganz zufrieden sein kann. Aber genauso ist auch das Gegenteil möglich.

In diesem Zusammenhang sehe ich nun wiederum die Verbindung zum Kosovo. So ist mir beispielsweise noch nicht ganz klar, welche Position das Kosovo, das nach der UN-Resolution 1244 immer noch zu Jugoslawien gehört, in der neuen Union, die nicht mehr Jugoslawien, sondern Serbien und Montenegro heißen wird, einnimmt. Vorstellbar ist, dass Serbien und Montenegro ein Nachfolgestaat ist und die Verpflichtungen von Ex-Jugoslawien und damit auch die Zuständigkeit für das Kosovo übernehmen wird. Offenbar geht man davon aus. Ich meine jedoch, dass es dazu entsprechender rechtlicher Festlegungen bedarf. Denkbar wäre ja auch, zu überlegen, ob das Kosovo zu einem dritten Element in dieser neuen Union werden könnte. Ich meine, das wäre für Serbien durchaus akzeptabel und auch Montenegro hätte dagegen wohl nichts einzuwenden. Und die Kosovo-Albaner müssten davon zu überzeugen sein, dass ein quasi unabhängiges Kosovo – wie es ja auch Montenegro und Serbien sein sollen – sich damit in einer Staatsform befinden würde, in der die Union nur eine schwache Schirmherrschaft ausübt, das Kosovo im Übrigen aber selbständig wäre.

Wenn jedoch nicht auszuschließen ist, dass die Union in drei Jahren wieder zerfällt – falls sie je zu Stande kommt –, dann stehen wir erneut vor dem Problem: Wo ist das Kosovo anzusiedeln? Serbien wird man es nicht zuschlagen können. Denn entsprechend der Resolution 1244 und den Vereinbarungen von Rambouillet ist das Kosovo nicht ein Teil von Serbien, sondern von Jugoslawien. Hier jetzt einfach bei einem Auseinandergehen von Montenegro und Serbien dem Letzteren die Rechtsnachfolge des vorigen Restjugoslawien zu überlassen, ist meines Erachtens eine zu einfache und in Bezug auf das Kosovo nicht praktikable Lösung. Ein Zurück unter die serbische Oberhoheit ist für die Kosovo-Albaner inakzeptabel, vor allem nachdem diese Unterordnung 1989 unter Milošević erst den zunächst gewaltlosen und dann mit Waffen durchgeführten Widerstand der Albaner initiiert hatte! Hier besteht also eine sehr diffuse rechtliche Situation. Aus diesem Grunde müsste man eigentlich hoffen, dass die neue Union zu Stande kommt, das Kosovo dort seinen (dritten) Platz findet und die Union dann auch Bestand hat.

Status des Kosovo

Ein sehr wichtiger Punkt, der hier erwähnt wurde, ist der Zeitfaktor. Vor einer Woche fand in Prishtina ein Gespräch zwischen Serben und Albanern statt. Auch Herr Botschafter Schaefer hat daran teilgenommen. In der von mir moderierten Arbeitsgruppe, die mit ökonomischen Fragen befasst war, konnte man zum ersten Mal von Seiten der Albaner hören: Wir sollten, was den Status des Kosovo angeht, nicht darauf bestehen, sofort unabhängig zu werden. Es gibt im Moment wichtigere Aufgaben, um mit den Alltagsproblemen fertig zu werden. Auf serbischer Seite – Herr Svilanović war dabei – wurde ohnehin so argumentiert. Aber dass jetzt erstmals auch von Albanern diese Meinung geäußert wurde, hat mich zwar gewundert, aber vor allem gefreut.

Järvenpää

Herr Svilanović sagte, wir müssten wissen, wohin die Entwicklung läuft, und die Europäische Union müsste in der Lage sein, eine Vision zu entwickeln, damit die Akteure in

*Europäische Strategie
für den Balkan?*

der Region ihre Strategie danach ausrichten können. Aber haben wir überhaupt eine konkrete Perspektive für eine Europäisierungs-Strategie für den Balkan?

Wenn man Vertreter der EU-Kommission darauf hinweist, dass es an einer Strategie fehlt, sind sie höchst irritiert und verweisen auf den Stabilitätspakt und den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess und all die Einrichtungen und Zielvorgaben, die man geschaffen hat. Aber ist die Straßenkarte, von der immer die Rede ist, nicht doch etwas fiktiv? Ich habe jedenfalls bis jetzt nicht erkennen können, wo der Balkan auf dieser Karte wirklich zu finden ist. Es gibt eine Vision, dass die Balkan-Länder irgendwie mit Europa verbunden werden sollten, und wir scheinen die Richtung irgendwie zu ahnen, aber ich bin mir nicht sicher, ob wir wirklich wissen, welche Wege tatsächlich schließlich zur Europäischen Union führen.

Deshalb bin ich etwas verunsichert und würde gern Näheres über diese Solana-Garantien wissen, dass Serbien und die Belgrader Regierung nicht hinterherhinken werden. Wo hinterherhinken? Was war der ursprüngliche Plan, der jetzt mit der Union von Serbien und Montenegro nicht gegenstandslos wird? Welche Rolle spielt das Kosovo dabei? Wie kann man von einem europäischen Raum sprechen, dem die Bundesrepublik Jugoslawien irgendwie beitreten wird, wenn es drei verschiedene Zollgebiete innerhalb dieser Einheit gibt? Was geschieht mit den Vorbedingungen, die Bosnien noch erfüllen muss, wenn Herr Petritsch viele davon mit den „Bonn Powers“ angeht? Wie gehen wir mit einem Mazedonien um, wo im vergangenen Frühjahr Kämpfe stattfanden, während es zur gleichen Zeit im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses ein Abkommen verhandelte und konkrete Fragen diskutiert wurden wie zum Beispiel die der geistigen Urheberrechte? Offensichtlich besteht noch eine Diskrepanz zwischen dem, was wir als Ziel vorgeben, und der Strategie sowie der Mittel, die uns zur Verfügung stehen und die es uns ermöglichen, auf diese Straße zu kommen.

Ich denke, es gibt eine Vision, aber ich frage mich, ob auch eine Strategie vorhanden ist. Es sieht ein wenig wie Schall und Rauch aus. Können wir wirklich daran glauben? Europa braucht eine Strategie für den Balkan, die nicht einfach heißen kann, den Balkan nach Europa zu führen. Es gibt im gewissen Sinne eine Verpflichtung, dass wir hier bleiben, um Europa in den Balkan zu bringen. Wir haben die Polizei in Bosnien seitens der Europäischen Union übernommen, und die militärische Präsenz in Mazedonien geht vielleicht allmählich an die Europäische Union über. Ist das der Weg, wie wir hier Zugang finden? Was werden wir daraus machen? Welche anderen Dinge werden wir vorweisen, wenn wir die ganze Angelegenheit ernsthaft betreiben wollen?

Ahtisaari

Minna, ich denke, wir stimmen darin überein, dass du diese Erklärung als Mitglied des Vorstands der Crisis Management Initiative in Helsinki abgegeben hast, der wir beide als Gründer und Mitglieder angehören.

Reljić

Als Herr Svilanović davon sprach, dass er sich eine entschiedene Politik seitens der Europäischen Union wünschte, musste ich an eine Situation aus dem Jahr 1991 denken,

„Bonn Powers“

Europa braucht eine Strategie für den Balkan

„Die Stunde Europas“

*Veränderte
Rahmenbedingungen*

als ein sehr kleines Flugzeug auf dem Flughafen von Ljubljana landete, dem drei Minister der Europäischen Union entstiegen. Es handelte sich um die so genannte EU-Troika. Einer von ihnen, Außenminister Jacques Poos aus Luxemburg, das damals die europäische Ratspräsidentschaft innehatte, sprach den denkwürdigen historischen Satz: „This is the hour of Europe“ – „Dies ist die Stunde Europas“. Nun, zwölf Jahre später können wir einen Blick auf die Ereignisse seitdem werfen und feststellen, welche Rolle die Europäische Union in dieser Zeit gespielt hat.

Eine vielleicht noch wichtigere Frage ist, ob sich die Rahmenbedingungen inzwischen verändert haben und inwiefern diese veränderten Bedingungen womöglich erst jetzt die wahre Stunde Europas eingeläutet haben. Ich bin davon überzeugt, dass die Verantwortlichen der EU in den letzten zwölf Jahren mit den besten Absichten gehandelt haben, aber es oft an genügender Vorsicht fehlen ließen. Heute dagegen scheint allzu große Vorsicht zu dominieren, was nicht zuletzt auch in den Ausführungen meiner Vorredner deutlich wird, die sich mit der Frage beschäftigen, wie eine um die Länder Südosteuropas erweiterte EU aussehen kann. Sicher wird es eine andere Europäische Union sein, wobei für diese Region, aber auch für Europa, der einzige Ausweg in der Integration liegt, die allerdings auf anderen Prinzipien fußt und anders verlaufen wird als die europäische Integration in den letzten zwanzig Jahren.

*Zerfallsprozess:
siebzehn Entitäten*

Warum gibt es zur Integration keine Alternative? 1991 existierte noch die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien mit sieben Nachbarländern, während auf dem heutigen Gebiet des ehemaligen Jugoslawien siebzehn politische Entitäten bestehen. Durch diesen Zerfallsprozess sind immer kleinere politische Einheiten entstanden, die ohne finanzielle Unterstützung, ohne politische Kontrolle und ohne eine militärisch-polizeiliche Disziplinierung aus dem Ausland nicht bestehen können. Zu diesem Zersplitterungsprozess hat die Europäische Union ihren Teil beigetragen, indem sie 1991 als Mittel zur Konfliktlösung das Primat des ethnischen Selbstbestimmungsrechts über die individuellen Menschenrechte stellte. Die Anerkennung dieses Rechts, demzufolge ethnische Gruppen einen Staat konstituieren beziehungsweise sich als politische Autonomien organisieren können, wirkte sich in einer Weise aus, die der bekannten russischen Matrjoschka-Puppe gleicht, in deren Inneren sich zahlreiche weitere Puppen befinden.

*Serbien
und Montenegro:
„Solanien“*

Die EU ist mit der Schaffung dieser zugegebenermaßen merkwürdigen Gemeinschaft von Serbien und Montenegro an einen Wendepunkt gelangt. So hat Javier Solana die Möglichkeit des Beitritts von Serbien und Montenegro garantiert, von Ländern also, die vor kurzem noch nicht einmal als Kandidaten in Erwägung gezogen wurden. Serbien und Montenegro ist ein Produkt der Europäischen Union par excellence. Dagegen fußten das Dayton-Abkommen und das Abkommen für Ostslawonien auf einer Pax Americana. Die Europäer spielten dabei lediglich eine Statistenrolle, während Washington bestimmte, in welche Richtung sich der Balkan damals entwickeln sollte. Diesen neuen Staat Serbien und Montenegro hat der Volksmund bereits in „Solanien“ umgetauft. Des Weiteren gibt es ein real existierendes „El Dorado“ für Kriminalität jeglicher Art, nämlich das Dreieck Kosovo-Mazedonien-Albanien. Und schließlich existieren noch zwei Protektorate, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo, an deren Spitze „Prokonsuln“ stehen und wo von einer Selbstbestimmung keine Rede sein kann.

Dies alles hat einen Grad von Absurdität erreicht, wo offensichtlich ist, dass die EU ihre Vorgehensweise ändern muss, sich aber auch die politischen Akteure vor Ort der neuen Realität entsprechend anpassen müssen. Ich denke, ein Prozess der Reintegration ist unerlässlich. Dabei geht es nicht um die Wiederbelebung und Erneuerung Jugoslawiens, sondern es muss etwas Neues geschaffen werden, um den betreffenden Ländern die Reintegration zu ermöglichen. Denn die Entstehung immer weiterer politischer Autonomien ist kostspielig und letztlich absurd. Die Folgen sind „Solanien“, kriminelle „El Dorados“ oder Länder wie Albanien, dem es auch in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren vermutlich nicht gelingen wird, auf die Beine zu kommen.

Wie können die Voraussetzungen für eine Integration Südosteuropas in die Europäische Union hergestellt werden? Was ich dazu ausführe, könnte als politische Science-Fiction angesehen werden, da ich die Zukunft anspreche, die ausgesprochen ungewiss ist. In den letzten zwölf Jahren war der Nationalismus hier das vorherrschende Prinzip, ein Nationalismus, der den Versuch unternahm, ethnische und politische Grenzen in Übereinstimmung zu bringen. Ich füge hinzu, dass dieser Nationalismus gerade von Deutschland durch die Anerkennung des ethnischen Selbstbestimmungsrechts 1991 wesentlich unterstützt wurde.

Deshalb empfinde ich es als besonders ermutigend, dass Deutschland heute nicht nur die Förderung des Stabilitätspakts für Südosteuropa, sondern auch durch Aussagen maßgebender Diplomaten wie Herrn Schaefer eine völlig neue Qualität eingebracht hat, um die Probleme hier zu lösen. Zum einen werden jetzt die individuellen Menschenrechte stärker betont, und zum anderen unterstützt man die Reintegration. Ich füge hinzu, dass auch die Europäische Union ihre Vorurteile gegenüber dem Balkan als dem Fremden und Anderen, so wie es zum Beispiel die bulgarische Historikerin Maria Todorova so brillant formuliert hat, aufgeben sollte.

Solange Europa den Balkan nicht als Teil seiner Selbst akzeptiert und solange die führenden Eliten des Balkans nicht ihre parochiale und nationalistische Einstellung überwinden, wird es keinen Fortschritt geben, sondern es werden weitere Mini-Staaten, politische Autonomien und Ähnliches entstehen.

Ausschlaggebend für den Prozess der Reintegration ist meiner Meinung nach nicht das Primat der Ökonomie, sondern das Primat der Politik. Wirtschaftliche Beziehungen können sich nur entwickeln, wenn bereits politische Beziehungen vorhanden sind. Die Verantwortung der EU besteht gerade darin, eine klare Vision zu entwerfen, mit genauen Fristen und Mechanismen für die Aufnahme von Südosteuropa in die EU.

Lassen Sie mich abschließend den ehemaligen österreichischen Kanzler Franz Vranitzky zitieren, der unlängst in einer deutschen Zeitschrift geschrieben hat, dass es höchste Zeit für die Europäische Union sei, mit dem „Knausern“ aufzuhören. Südosteuropa bräuchte einen neuen Marshall-Plan; Versprechen alleine seien nicht genug. Das Gleiche gilt für die Politiker der südosteuropäischen Länder und ihre Beteuerungen, gute Europäer werden zu wollen. Stattdessen sollten sie beginnen, die europäischen Werte in die Praxis umzusetzen.

Notwendige Reintegration

*Nationalismus und
ethnisches
Selbstbestimmungsrecht*

*Individuelle
Menschenrechte und
Reintegration*

Primat der Politik

*Marshall-Plan
für Südosteuropa*

Schwarz-Schilling

Verantwortung Europas

Ich befasse mich seit 1993 intensiv mit dieser Region und möchte mit der Feststellung beginnen, dass sich in den letzten zehn Jahren das Verhalten Europas gegenüber dem Balkan grundlegend gewandelt hat. An die Stelle anfänglicher Verantwortungslosigkeit ist mehr und mehr das Bewusstsein getreten, dass Europa hier eine verantwortliche Rolle zu spielen hat. Es sind kleine und große Schritte erfolgt, es sind auch Fehler gemacht worden, aber die Richtung ist klar. Das Schicksal des Balkans ist sehr viel stärker mit Europa verbunden, als uns das mitunter bewusst ist – ob wir das nun gut finden oder nicht. Die Völker des Balkans jedenfalls haben einen sehr hohen Blutzoll leisten müssen, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen.

Anstoß der USA

Letztlich waren es die Vereinigten Staaten von Amerika, die den entscheidenden Anstoß gegeben haben, nachdem sie feststellen mussten, dass Europa seine eigenen Probleme – und der Balkan ist eine europäische Angelegenheit – nicht lösen konnte oder wollte. Europa hat aber auf dem Balkan gelernt, dass auch nach der Beendigung des Kalten Krieges in bestimmten Situationen militärische Interventionen unumgänglich sind. Wir haben uns lange Zeit in die Tasche gelogen, indem wir meinten, die UNO könne diese militärische Aufgabe mit UNPROFOR übernehmen, damit wir uns selbst nicht die Finger schmutzig zu machen brauchten. Die Folge war ein völlig unklares Mandat, das nicht zuletzt Katastrophen wie in Srebrenica mitzuverantworten hatte. Als dann die Armeen von Bosnien-Herzegowina und Kroatien gegen den Rat der internationalen Gemeinschaft die Befreiung von Bihać selbst in die Hand nahmen, konnte dort ein zweites Srebrenica verhindert werden. Auch das war keine Erfolgsstory von Europa.

Herrschaft des Rechts

Inzwischen haben wir begriffen: Wenn wir diese Region befrieden wollen, kommt der Herrschaft des Rechts – wie es Herr Schaefer gesagt hat – die höchste Priorität zu. Denn nur das Recht schafft Sicherheit. Das heißt, in dieser Region müssen die Völker lernen, was Gewaltenteilung, demokratische Prinzipien, Menschenrechte und dergleichen bedeuten – Dinge, für die Europa Jahrhunderte gebraucht hat. Denken Sie nur daran, wie lange es gedauert hat, bis sich die Theorien von Montesquieu in ganz Europa ausgebreitet hatten. Deshalb halte ich es für unverantwortlich, wenn die Europäer gegenüber dieser Region eine Ungeduld an den Tag legen, die völlig unhistorisch und fehl am Platze ist.

Regionale Zusammenarbeit

Zweifellos ist regionale Zusammenarbeit hier unverzichtbar. Aus diesem Grunde kommt dem Stabilitätspakt eine so große Bedeutung zu, wenngleich er noch ganz anders mit Leben erfüllt werden muss. Und wenn Herr Schaefer anschaulich davon spricht, das Glas sei halb voll, dann stimme ich ihm gerne zu, füge aber hinzu: Die andere Hälfte ist verdammt schwer zu füllen.

Eigentumsfrage und Gerichtswesen

Ich war seit 1995 in Bosnien-Herzegowina als Streitschlichter tätig und habe insgesamt über neunzig Verträge mit Städten und Gemeinden abgeschlossen. Dabei ist mir immer wieder vor Augen geführt worden, welche enorme Bedeutung es hatte, dass der Hohe Repräsentant (High Representative) und seine Institution die Eigentumsfrage geregelt und das Gerichtswesen in Gang gesetzt haben. Denn das hatte unmittelbare Auswirkungen für die Bürger: Bekomme ich meine Wohnung zurück, oder muss ich in einem Zelt vor meinem eigenen Haus kampieren, weil dieses Haus besetzt ist und keiner eine Räu-

mung der Besetzer vornimmt? Erst durch die „Property Law“-Gesetzgebung ist eine entscheidende Veränderung eingetreten.

Die so genannten „Minoritäten“ sind in der Masse in den Jahren 2000 und 2001 zurückgekehrt, nachdem die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen waren. Diese Erfolgsgeschichte haben wir gar nicht so recht wahrgenommen. Dazu zählen die Konsolidierung der Polizeikräfte, die Tätigkeit der Ombudsleute, die Wahrung der Menschenrechte und so weiter.

Was die Wirtschaft angeht, ist die Situation nach wie vor äußerst betrüblich. Die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell über fünfzig Prozent, verdeckt ist sie noch weit höher. Als man die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückführte, ermunterte man sie mit dem Schlagwort: Man braucht euch dort zum Wiederaufbau. Heute erlebe ich, wie junge Leute, die in Deutschland zum Teil bestens integriert waren, in den Kaffeehäusern herumsitzen, mit Drogen dealen, rauchen und trinken – ohne jede Zukunftsperspektive. Weit über sechzig Prozent der jungen Leute wollten aus Bosnien auswandern, wenn sie könnten. Das schafft für die Zukunft eine außerordentlich kritische und bedrohliche Lage.

Jahrelang haben wir einer Exit-Strategie das Wort geredet, die in jedem Falle – historisch und politisch – falsch war und die wir inzwischen weitgehend aufgegeben haben. Selbst die Amerikaner sind davon abgegangen, sondern sprechen davon, dass die internationale Gemeinschaft zwar Verantwortung an die lokalen Kräfte übertragen muss, aber nicht einfach aus der Region herausgehen darf.

Und wie sieht die Zukunftsperspektive Europäische Union aus? Gaukeln wir da nicht der Mehrheit dieser Länder die Illusion vor, das wäre in den nächsten Jahren möglich? Was tun wir eigentlich, wenn sich die Situation in einigen dieser Länder weiter verschlechtert? Können wir denen dann glaubhaft machen, eure Hoffnung liegt bei der Europäischen Union? In diesem Punkt plädiere ich für mehr Ehrlichkeit.

Was wir brauchen, ist eine Strategie, um die Zeit bis zu einer möglichen Mitgliedschaft zu überbrücken. Für die Mehrheit der Länder wird sich eine solche Perspektive frühestens in zehn bis zwanzig Jahren auf tun. Die Zeit dazwischen müssen wir sinnvoll nutzen und dürfen nicht alle Chancen verspielen. Wenn wir nicht gewaltige Anstrengungen unternehmen, werden wir die Menschen kaum dazu bringen, Ruhe zu bewahren.

Herr Eiff hat den Status des Kosovo angesprochen, ein Problem, das wir in den nächsten zwei, drei Jahren unbedingt anpacken müssen. Andernfalls wird die wirtschaftliche und politische Entwicklung wesentlich gehemmt werden. Dabei muss vor allem der Minderheitenschutz garantiert sein. Das ist eine Forderung, auf der wir unbedingt bestehen müssen.

Eine Verbindung des Kosovo mit Serbien und Montenegro, wie sie Herr Altmann vorschlägt; diese Überlegung kommt einfach zu spät. Vor fünf Jahren wäre das vielleicht noch möglich gewesen. Damals hätten die Montenegriner eventuell zugestimmt. Das ist aber heute bestimmt nicht mehr der Fall. Wenn nämlich das Kosovo hinzukommt, spielt Montenegro in der Föderation überhaupt keine Rolle mehr, schon rein von der Bevölkerungszahl her. 700 000 und 800 000 Menschen mögen gegenüber Serbien noch ein gewis-

Rückkehr der Minderheiten

Arbeitslosigkeit

Falsche Exit-Strategie

Hoffnung EU?

Status des Kosovo

*Kosovo kein Teil von
Serbien und Montenegro*

ses Gewicht haben, das sich aber mit dem Kosovo als dritte Republik in der Union sehr stark reduzieren würde.

*Warnung vor
Reglementierung und
Protectoraten*

Wovor ich warnen würde, ist, dass wir Europäer weiter auf starke Reglementierung und Protectorate setzen, statt uns, wie es auch Herr Petritsch gesagt hat, stärker auf das Moderieren zu verlegen. Meine Erfahrung auf der lokalen Ebene ist jedenfalls, dass die Menschen vor Ort erwarten, dass Vertreter der internationalen Gemeinschaft vor allem bereit sind zuzuhören, und nicht gleich mit irgendeiner festen Meinung auftreten. Moderieren heißt aber auch: eisern auf der Einhaltung von Prinzipien bestehen. Wie die Lösung der Probleme dann im Einzelfall aussieht, müssen die Leute hier mehr und mehr selbst in die Hand nehmen – so wie das jetzt vom Hohen Repräsentanten in der Verfassungsfrage gehandhabt wurde.

*Gleichberechtigung
der Ethnien?*

Ich will allerdings kritisch anmerken: Wenn wir nunmehr die Gleichberechtigung der Ethnien auch in der bosnischen Republik Srpska begrüßen, dann ist meine Befürchtung, dass die Gesetzgebung ausgehebelt wird, was ja in der Föderation im Grunde bis heute geschieht. Wie die beiden gegensätzlichen Prinzipien – das Demokratie- und Mehrheitsprinzip auf der einen und die Gleichberechtigung der Ethnien auf der anderen Seite – in einem Konfliktfall in Einklang gebracht werden können, ist eine offene Frage. Das sehe ich auch durch die Verfassungsänderung noch nicht als gelöst an. Diese Mechanismen müssen weiterentwickelt werden.

Welche konkreten Maßnahmen sollten ergriffen werden?

*Entstaatlichung
der Wirtschaft*

Erstens: In der Wirtschaft ist die Entstaatlichung der großen Infrastrukturunternehmen voranzubringen, etwa auf dem Energiesektor. Wie schwierig das ist, wissen wir aus eigener Erfahrung in Deutschland. Das braucht sehr viel Zeit, ist aber eine wichtige Voraussetzung für die regionale Zusammenarbeit.

Entbürokratisierung

Zweitens: Die Entbürokratisierung des gesamten Verwaltungswesens, das besonders dem Mittelstand und den kleinen Unternehmen das Leben so schwer macht. Dieser Punkt wird meistens unterschätzt. Da müssten vor allem Institutionen wie der Deutsche Industrie- und Handelstag Hilfestellung leisten oder ältere erfahrene Fachleute, die im Senior Expert Service tätig sind und die den Behörden im Lande klar machen können, welche Gesetze jegliche Aktivität lähmen. Dazu braucht es keine neuen Beamten von Seiten der europäischen Institutionen.

Infrastruktur

Drittens: Wir müssen weiter mit gezielten Maßnahmen Unterstützung leisten. In der Hinsicht bin ich von Europa weitgehend enttäuscht. Wir haben gesagt: Regelt die Eigentumsverhältnisse; integriert die Flüchtlinge. Das ist von den Städten und Gemeinden überwiegend in Angriff genommen worden. Aber was fehlt, sind eine halbwegs intakte Infrastruktur, Schulen, Straßen, Elektrizitätsanschlüsse und vieles andere mehr. Bis wir mit unseren Projekten zu Rande kommen, vergeht viel zu viel Zeit. Wir müssen das viel pragmatischer angehen und gezielt diejenigen Städte und Gemeinden unterstützen, die demokratische Institutionen respektieren und/oder runde Tische einrichten und gewillt sind, Probleme zu lösen. Das sollte aber schnell und unbürokratisch von unserer Seite aus geschehen und nicht erst nach einem oder anderthalb Jahren mit Projekten, die auf irgendwelchen Listen stehen. Die so genannte „conditionality“ muss durch schnelle Reaktion

der Hilfe leistenden Institutionen der internationalen Gemeinschaft für die bosnischen Politiker und die einheimische Bevölkerung auch deutlich spürbar werden: sowohl durch schnelle Projekthilfe wie auch durch unverzügliche Sanktionen und Hilfestopp, wenn es an dem guten Willen zum geistigen und materiellen Aufbau des Landes beziehungsweise der Städte oder Gemeinden fehlt.

Ahtisaari

Herr Svilanović hat, was den Zugang zur EU angeht, von zehn bis fünfzehn Jahren gesprochen. Ich denke, das ist ein realistischer Zeitrahmen. Was in der Zwischenzeit geschehen muss und wie man politisch einen so langen Zeitraum überleben kann, das sind in der Tat sehr wichtige Fragen.

Lutz

Herr Schwarz-Schilling hat zu Recht die Bedeutung der Herrschaft des Rechts betont. Eine Friedensordnung, die unser aller Ziel sein muss – ob wir diese nun für Europa anstreben oder weltweit –, ist nichts anderes als eine Rechtsordnung. Grundsätzlich müsste die Herrschaft des Rechts bei allem, was wir uns theoretisch überlegen oder praktisch operativ tun, eine Art Leitprinzip sein. Die Herrschaft des Rechts ist letztlich die Grundlage jeder guten Politik.

Dabei sehe ich zwei Probleme, die wir nicht außer Acht lassen sollten. Das eine betrifft die Glaubwürdigkeit, die im gewissen Sinne ein anderes Wort für Rechtssicherheit ist. Das ist ein hohes Gut. Auf den ersten Blick handelt es sich hier um eine eher formale Angelegenheit, die in Wahrheit aber materielle Wurzeln hat. Die Glaubwürdigkeit ist in Frage gestellt, wenn wir uns für die Herrschaft des Rechts in bestimmten Staaten stark machen, in anderen aber nicht. Dagegen wird argumentiert, man solle nicht deshalb darauf verzichten, in einem Fall etwas zu tun, nur weil man es in einem anderen Fall nicht auch tun könne. Glaubwürdigkeit ist aber immer auch von der Frage abhängig, wie mit Macht- und ökonomischen Interessen umgegangen wird. Die selektive Wahrnehmung der Herrschaft des Rechts jedenfalls ist der Glaubwürdigkeit als Grundprinzip abträglich.

Zum anderen ist die Herrschaft des Rechts nur dann wirksam, wenn auch der Stärkere sich diesem Grundsatz beugt. Im gewissen Sinne ist sie ein Instrument der Schwachen, das die Starken mit einbeziehen muss, wenn es funktionieren soll. Das heißt, auch der Starke – ob nun in einer Gesellschaft, sagen wir, die ethnische Mehrheit oder auf der internationalen Ebene eine Supermacht – muss sich in gleicher Weise zu diesem Prinzip bekennen und sich ihm unterwerfen.

Auf dem Balkan haben wir ja erlebt, dass Milošević schließlich mit militärischen Mitteln gezwungen werden musste, sich dem Recht zu beugen. Aber ich wiederhole: Herrschaft des Rechts heißt nicht das Recht des Stärkeren. Und mein Eindruck ist derzeit nicht, dass dieser Grundsatz weltweit befolgt wird. Im Gegenteil, der zivilisatorische Fortschritt, von dem wir jahrzehntelang geglaubt hatten, er sei überall im Vormarsch, wird im Augenblick wieder zurückgedreht. Die Aufgabe der Herrschaft des Rechts im Kosovo geht in ihren Folgen jedenfalls weit über den Balkan hinaus.

Rechtsordnung

Glaubwürdigkeit

Kein Recht des Stärkeren

Serbische Flüchtlinge

Herr Eiff hat unterstrichen, dass wir uns zum einen um den Kosovo-Status kümmern müssten und dass zum anderen die Situation der serbischen Flüchtlinge Beachtung finden muss.

Was den Status des Kosovo angeht, stimme ich uneingeschränkt der Aussage zu, dass diese Frage von den Beteiligten selbst geregelt werden muss, ohne die es in der Tat nicht geht.

Für die Situation der serbischen Flüchtlinge trifft dies aber nicht zu. Nach UNHCR-Angaben sind aus dem Kosovo immer noch über 230 000 Serben und andere Minderheiten geflüchtet oder vertrieben worden. Das ist eine ungeheure Anzahl, die bei uns kaum bekannt ist. Drei Jahre nach Beginn der NATO-Angriffe gegen Jugoslawien, die ja vor allem wegen der Vertreibung der Albaner durch die Serben im Kosovo geführt wurden, halte ich es für unerträglich, dass wir die Situation der serbischen Flüchtlinge so gut wie überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Das gehört auch mit zum Thema Glaubwürdigkeit, das ich zuvor angesprochen habe.

Multiethnische Gesellschaften?

Herr Schaefer hat die Notwendigkeit multiethnischer Gesellschaften in der Balkanregion hervorgehoben, während Herr Ahrens vorschlägt, die Zusammenarbeit unter den Albanern über die Grenzen hinweg zu stärken. Das leuchtet mir zwar ein, ich frage mich aber, ob wir damit nicht wiederum den Nationalismus befördern, was Herr Reljić befürchtet, und die multiethnische Zusammensetzung der Gesellschaften in der Region zusätzlich gefährden.

Arbeitsteilung Europa/USA

Herr Schaefer äußerte sich dann etwas kritisch zu einer gewissen Arbeitsteilung zwischen Europa und den USA. Er wandte sich dagegen, dass sich die Amerikaner vom Balkan zurückziehen, sondern plädierte dafür, dass sie ihre Truppen dort präsent halten sollten.

Die Lage insbesondere in Bosnien-Herzegowina ist ja alles andere als stabil, wie mir Soldaten, die von ihrem Einsatz dort zurückkehren, berichten. Nach ihren Aussagen würden die Kämpfe sofort wieder ausbrechen, sobald unsere Truppen abgezogen würden. Dennoch trete ich nicht zuletzt aus Gründen der Effizienz für eine gewisse Arbeitsteilung mit den USA ein.

Ich denke, es spricht einiges dafür, dass sich die europäischen Staaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, wesentlich auf dem europäischen Kontinent engagieren. Also Arbeitsteilung in dem Sinne, dass man die Kräfte auch geographisch bündelt und Europa in erster Linie seine Hausaufgaben hier erledigt. Dabei würde ich unsere Einflussphäre gar nicht eng definieren, sondern beispielsweise auch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion dazurechnen. Das gilt indes nicht für Afghanistan und auch nicht für Somalia. Da haben wir im Grunde nichts zu suchen, solange wir in Europa noch so vieles zu bewältigen haben.

Ahtisaari

Krisenmanagement

Ich würde hinzufügen, Herr Lutz, dass ich es nicht für möglich halte, die Militärausgaben in Europa in dem Maße zu steigern, wie es notwendig wäre, um die technologische Lücke zu Amerika zu überbrücken. Dass die Europäische Union sich jedoch um die Fähigkeit

zum Krisenmanagement bemüht, lässt darauf hoffen, dass es uns gelingt, funktionsfähigere Mechanismen als mit den traditionellen UN-Einsätzen zu schaffen. Mit dem Ausbau des Krisenmanagements wären wir vielleicht zumindest im europäischen Raum in der Lage, die UNO zu unterstützen. So weit mein Kommentar zum Thema Arbeitsteilung.

Ahrens

Wir alle befürworten die regionale Zusammenarbeit auf dem Balkan, was die Kooperation über die Grenzen hinweg dort nicht ausschließen sollte, wo Albaner auf beiden Seiten der Grenze leben. Das habe ich gemeint, Herr Lutz.

Es gibt zum Beispiel ein regionales Kooperationsprojekt zwischen der griechischen Stadt Florina, der albanischen Stadt Korca und der mazedonischen Stadt Ohrid, das auch die OSZE fördert. Ohrid ist ethnisch eine ganz überwiegend mazedonische Stadt; es gibt dort nicht viele Albaner. Dagegen gilt die Zusammenarbeit zwischen Peshkopia in Albanien und Debar in Mazedonien als problematischer, weil es sich bei beiden um überwiegend ethnisch albanische Städte handelt.

Auch in einigen Gebieten nahe der Grenze zum Kosovo gibt es Probleme. Die Bauern, die ich dort auf albanischer Seite in den Dörfern besucht habe, berichteten mir, dass sie ihre Produkte sehr gut auf dem Markt im nahe gelegenen Prizren/Kosovo verkaufen könnten. Sie kommen aber nicht über die Grenze hinweg. Die Waren auf dem Markt in Prizren kommen bisher aus Montenegro und Mazedonien. Es muss aber auch gesehen und verstanden werden, dass die Mazedonier nach den Ereignissen in ihrem Land nicht darauf erpicht sind, dass diese Grenzen ohne gewisse Garantien geöffnet werden.

Die Grenzen sind aber ohnehin nicht wasserdicht. Ich habe eine Karte der Gebirgsgegenden in diesen empfindlichen Bezirken gesehen. Es gibt zahlreiche Saumpfade. Manchmal sind es nur Maultiere, die allein, ohne menschliche Begleitung, Waffen und Munition transportieren. Wenn Bauern eine offiziell geöffnete Grenze überqueren, um ihre Kartoffeln in Prizren zu verkaufen, oder wenn eine Gruppe Jugendlicher von Peshkopia nach Debar gehen möchte, um dort andere Jugendliche zu treffen, dann ist das nicht gefährlich, selbst wenn sie alle Albaner sind. Aber je mehr Kämpfe es gibt und je mehr die Spannungen zunehmen, umso schwieriger wird die Situation. Ursprünglich war aber jedenfalls nicht beabsichtigt, Gebiete mit gleicher ethnischer Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze von der regionalen Zusammenarbeit auszuschließen.

Eiff

Die Entwicklung einer Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg, so dass diese letztlich kein Hindernis mehr darstellen, ist eine Grundvoraussetzung für ein normales Zusammenleben von Völkern, die durch Grenzen getrennt sind. Wir kennen dies etwa von Südtirol. Das sollte auch die Zukunftsvision für die Albaner sein, die in Albanien, Griechenland, Mazedonien und im Kosovo leben. Die politischen Grenzen werden nicht geändert, aber sie werden gegenstandslos. Dies klingt heute noch leicht futuristisch angesichts der bestehenden Spannungen. Verständlich ist zum Beispiel, dass Mazedonien derzeit noch auf einer möglichst genauen Kontrolle seiner Grenzen zum Kosovo und zu Albanien

*Regionale
Zusammenarbeit*

Grenzprobleme

Überwindung der Grenzen

besteht, weil es sich um grenzüberschreitenden Terrorismus und um grenzüberschreitende Kriminalität sorgt.

Ohne das Kosovo-Thema jetzt übermäßig strapazieren zu wollen: Solange die Zukunft des Kosovo ungewiss bleibt, wird sich ein Regime der Grenzen, die nur formal bestehen bleiben, kaum verwirklichen lassen.

Jacev

Eines der Hauptprobleme und die Hauptherausforderung für Europa auf dem Gebiet der europäischen Integration war und bleibt das organisierte Verbrechen und sein Einfluss auf den Integrationsprozess in der Region. In dieser Hinsicht sind beträchtliche Anstrengungen unternommen worden, sowohl von der internationalen Gemeinschaft als auch von den politischen Eliten und den Regierungen in der Region. Doch die Ergebnisse sind bisher mager, und es gibt viele Unzulänglichkeiten. Erhebliche Hilfsgelder und Leistungen, die in der Region in die Reformen investiert wurden, bringen zwar Ergebnisse, die aber nur langsam vorankommen, wenn man sie mit denen vergleicht, die in den baltischen und den mitteleuropäischen Ländern erreicht wurden.

Trotz der erwähnten Anstrengungen stellt sich die gegenwärtige Situation in der Region wie folgt dar: Statt Stabilität in der Region gibt es nach wie vor Tendenzen, die Instabilität schaffen; statt die Bedeutung der Grenzen zu verringern, bestehen immer noch Tendenzen, neue Grenzen zu errichten. Statt Zivilgesellschaften aufzubauen, die auf den einzelnen Bürger gründen, besteht ein starkes Verlangen nach Nationalstaaten. Das wird zwar nicht ausgesprochen, aber es ist eine Tatsache. Statt sich auf freie Märkte hin zu orientieren, besteht weiterhin ein hohes Maß von staatlicher Einflussnahme in der Wirtschaft und so weiter.

Der Grund für all diese Tatbestände liegt meiner Ansicht nach im Fehlen greifbarer Ergebnisse und in der Diskrepanz zwischen den offiziellen Erklärungen unserer politischen Eliten und der tatsächlichen Situation in der Gesellschaft. Das, was unsere politischen Eliten, unsere Parteien und unsere Regierungen der internationalen Gemeinschaft erzählen, unterscheidet sich erheblich von dem, was sie tatsächlich in ihren eigenen Gesellschaften tun. Der Hauptgrund dafür ist offenkundig und auf das weitgehende Fehlen der Rechtssicherheit zurückzuführen: Korruption, Geldwäsche und all die anderen illegalen Aktivitäten, die man unter dem Begriff organisierte Kriminalität zusammenfassen kann.

Organisierte Kriminalität gibt es natürlich in allen oder den meisten Ländern der Welt. Doch ihr Einfluss ist nicht der gleiche wie hier auf dem Balkan. Die Lage auf dem Balkan unterscheidet sich darin, dass die meisten politischen Eliten hier Geiseln zweier Faktoren sind: erstens der Finanzierung ihrer politischen Parteien und zweitens ihrer eigenen Wünsche (sowohl persönlich als auch als politische Partei), nämlich so schnell wie möglich reich zu werden. Diese beiden Faktoren führen dazu, dass Antireform und organisierte Kriminalität die politische Agenda in den Ländern unserer Region beeinflussen.

Der erste Faktor – die Finanzierung der politischen Parteien – hängt mit den Finanzierungsquellen zusammen und welche Vergütungen die politischen Eliten dafür leisten.

*Hauptproblem:
organisiertes Verbrechen*

*Gegenläufige
Entwicklungen*

*Fehlende
Rechtssicherheit*

*Finanzierung
der politischen Parteien*

Natürlich brauchen alle Parteien in der Welt finanzielle Unterstützung, um ihre Aufgaben zu erfüllen, und die Finanzquellen der politischen Parteien sind überall ähnlich. Der Unterschied zwischen entwickelten Ländern und unserer Region besteht darin, dass es bei uns keine Transparenz dieser Finanzierung gibt. Mit den offiziellen und legalen Einnahmen hätten die meisten der politischen Parteien in der Region Probleme, auch nur ihre Grundkosten zu bezahlen, wie Telefonrechnungen oder ihre Büromieten, von anderen Dingen ganz zu schweigen. Es ist offensichtlich, dass sie mit sehr viel mehr Geldern umgehen, als sie durch rechtmäßige und belegbare Einnahmen decken können. Das zeigt sich besonders während der Wahlkämpfe. Die Gelder, die den politischen Parteien zufließen, werden sehr häufig, um nicht publik zu werden, in bar gegeben, und das Problem wird dadurch noch schwerwiegender, wenn wir in Betracht ziehen, wer im Besitz der großen Gelder ist.

Die Gelder, die die Finanziere den politischen Parteien zukommen lassen, geben sie nicht, weil ihnen unsere Politiker so sympathisch sind, sondern sie betrachten sie als eine Art von Investition für die Zeit, wenn diese bestimmte politische Partei an die Macht kommt. Und die einzige Möglichkeit, die Vergünstigungen zurückzuzahlen, besteht darin, die Geldgeber bei öffentlichen Aufträgen und bei der Privatisierung in eine bevorzugte Position zu bringen beziehungsweise die Augen zu verschließen bei Steuerhinterziehung und der Umgehung von Zollgebühren. Dies ist die ideale Situation für Geldwäsche; denn es gibt in unseren Ländern einen Input von Bargeld unbekannter Herkunft und einen Output an sauberem Geld. Dies alles wirkt sich unmittelbar auf die Reformprozesse aus, die ja grundsätzlich am Recht orientiert sind, was die Rückzahlung unmöglich machen würde.

Der zweite Faktor, nämlich reich werden zu wollen, hängt mit dem ersten eng zusammen. Die Personen, die dem Recht nicht entsprechen können, um die Geldgeber ihrer politischen Parteien auszuzahlen, nehmen zugleich wahr, dass sie sich bezüglich ihrer persönlichen Vorteile in der gleichen Lage befinden. Das führt zu einem Teufelskreis einer hoch entwickelten Korruption und der Erosion des ganzen Reformsystems; denn diejenigen, die in der Lage wären, die Dinge in unseren Ländern zu verbessern, sind daran nicht interessiert.

Das heißt, eines der größten Probleme für die EU-Integration sind organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche. Die Standards für die EU-Integration und die Reformen stehen in völligem Gegensatz zur Praxis unserer politischen Parteien, um sich zu finanzieren und ihre eigenen Bankkonten zu unterhalten, und das gilt auch für einige der politischen Führer. EU-Integration bedeutet Standards im Hinblick auf Transparenz, Herrschaft des Rechts, Demokratisierung, Informationszugang und was eine demokratische Gesellschaft sonst noch braucht.

Was sollte man tun? Ich meine, es ist an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft die diplomatischen Samthandschuhe auszieht und unsere Regierungen auffordert, etwas gegen organisierte Kriminalität, Geldwäsche und Korruption zu tun, nicht nur um unserer Länder in der Region willen, sondern auch im Interesse der westlichen Länder selbst. Die internationale Gemeinschaft sollte die Entwicklung der organisierten Kriminalität aufmerksam verfolgen, nicht zuletzt deshalb, weil wir sie in die entwickelten Länder exportieren.

Geldwäsche

Persönliche Vorteilsnahme

*EU-Standards
durchsetzen*

*Organisierte Kriminalität
überall in Europa*

Um das zu illustrieren, will ich einige Informationen geben, die mir bekannt sind und die zeigen, dass ein Großteil der organisierten Kriminalität in Europa von kriminellen Elementen aus dem Balkan kontrolliert wird: über 50 Prozent des Drogenhandels in Europa und über 70 Prozent der Prostitution in London. Die Balkan-Mafia breitet ihr „Geschäft“ sogar in Länder aus, die normalerweise nicht der Bestimmungsort solcher „Gastarbeiter“ sind, zum Beispiel nach Polen. Wenn diese Informationen zutreffen, ist es dringend geboten – und zwar sowohl um die Stabilität in den westlichen Ländern als auch in den Ländern der Balkanregion zu sichern –, die diplomatischen Samthandschuhe auszuziehen und unsere Regierungen unter Druck zu setzen, dass sie ihren festen politischen Willen bekunden, organisierte Kriminalität, Geldwäsche, Korruption und illegale Aktivitäten an die Kandare zu legen.

*Engere Zusammenarbeit
der Balkanländer*

Deshalb unterstütze ich vorbehaltlos die Initiative, die der Präsident der Republik Mazedonien, Boris Trikovsky, vor zwei Wochen auf der Konferenz des politischen Balkan Clubs in Skopje gestartet hat. Um das organisierte Verbrechen in der Region zu bekämpfen, schlug er eine engere und wirksamere Zusammenarbeit unter den Balkanländern vor; denn niemand kann irgendetwas Wesentliches innerhalb der Grenzen unserer Länder selbst tun – gegen organisierte Kriminalität kann nur in einem regionalen Zusammenhang angegangen werden.

Was wir brauchen, ist ein klarer politischer Wille. Notwendig ist ein ausgiebiger Informations- und Erfahrungsaustausch über das, was man tun soll. Sonst werden einige Länder unserer Region zu „schwarzen Löchern“ für ausländische Direktinvestitionen, und kein zusätzliches Geld und kein Know-how werden dementsprechend zu uns gelangen.

Schließlich fürchte ich, dass Europa irgendwann das Interesse daran verliert, unsere Region und unsere Länder zu reformieren, wenn wir nicht den Willen deutlich zu erkennen geben, dass wir die gleiche Zielsetzung verfolgen. Ich meine deshalb, dass es hoch an der Zeit ist, die Bemühungen der Länder in dieser Region und in der Europäischen Union im Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu bündeln. Andernfalls wird uns die internationale Gemeinschaft die Rechnung präsentieren für das verantwortungslose Regieren unserer politischen Eliten.

Sorić

*Rückkehr der
serbischen Flüchtlinge*

Die Flüchtlingsfrage, die hier mehrfach angesprochen wurde, ist in der Tat von ungeheurer Bedeutung. Die Lösung dieses Problems wäre ein Beleg dafür, dass sich die Lage auf dem Balkan normalisiert. Bislang kann von einer Rückkehr der serbischen Flüchtlinge ins Kosovo nicht die Rede sein. Übrigens ist es der internationalen Gemeinschaft bisher auch nicht gelungen, dass Tausende von vertriebenen Serben nach Kroatien zurückkehren dürfen. Der Westen könnte natürlich mehr Druck auf Zagreb ausüben, damit die Flüchtlinge endlich in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Allerdings geschieht nichts in dieser Richtung – und ich frage mich, warum nichts passiert. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit des Westens, worauf Herr Lutz zu Recht hingewiesen hat. So bleibt der Vorwurf Belgrads, der Westen sei einseitig.

Wenn hier die Unabhängigkeit des Kosovo diskutiert und gefordert wird, dann muss man sich über die Folgen im Klaren sein: Eine Rückkehr der serbischen Flüchtlinge in das

Kosovo wird es dann nicht mehr geben. Denn welche albanischen Milizionäre könnten für die Sicherheit der serbischen Zivilisten garantieren? Jene Polizisten, die früher für die UCK gekämpft haben?

Mich interessiert die Meinung der Wirtschaftsexperten: Wäre ein unabhängiges Kosovo überhaupt wirtschaftlich überlebensfähig? Herr Jacev hat über die Allmacht der organisierten Kriminalität im Kosovo gesprochen. Wenn das so ist, wie er sagt, droht dann nicht aus dem Kosovo eine Art von Mafia-Staat zu werden, wenn eines Tages die westlichen Truppen von dort abziehen? Hätte solch ein Mafia-Staat nicht auch Auswirkungen auf den Westen?

Das ist doch interessant: Die viel beschworene regionale Zusammenarbeit auf dem Balkan funktioniert gar nicht oder nur schlecht. Die regionale Zusammenarbeit bei der organisierten Kriminalität hingegen funktioniert außerordentlich gut. Da spielt es keine Rolle, ob es sich bei den Ganoven um Albaner, Serben, Mazedonier oder auch Russen aus Transnistrien handelt. Die Russen beispielsweise arbeiten mit den Albanern beim Transport von Drogen und Waffen sehr eng zusammen. Was sie alle vereint, ist das gemeinsame Interesse, Geld zu verdienen, egal wie.

Politische Stabilität wird es nur dann geben, wenn es ökonomisch vorangeht. Bleibt der wirtschaftliche Aufschwung aus, werden Populisten und Extremisten wieder Auftrieb erhalten, nicht nur in Serbien, sondern in allen früheren Republiken Jugoslawiens. Der EU muss es gelingen, den Menschen in dieser Region eine wirtschaftliche Perspektive zu geben, andernfalls erhalten radikale Gruppierungen Zulauf.

Wer die politische Stabilität in Südosteuropa fördern will, muss in die Köpfe der heranwachsenden Generation investieren. Bildung kostet Geld, und der Westen macht hier sehr wenig. Das ist ein Fehler. In den postsozialen Staaten Südosteuropas ist das Gedankengut aus kommunistischer Zeit immer noch virulent. Der Titoismus ist zwar tot, doch die Titoisten leben weiter. Vielen jungen Menschen fehlt die geistige Orientierung. Sie sind empfänglich für den „nationalistischen Bazillus“.

Herr Ahrens hat davon gesprochen, dass die gebildeten Albaner ihre Heimat verlassen; das Gleiche gilt, wie Herr Schwarz-Schilling gesagt hat, für Bosnien-Herzegowina. Das zeigt sich aber auch in Serbien und anderen Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens. Wenn die Eliten ihre Heimat verlassen, spricht das Bände. Die Menschen haben offenbar die Hoffnung verloren, dass sich die Lage in absehbarer Zeit verbessern wird. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Länder hinkt der anderer europäischer Staaten hinterher.

Lassen Sie mich ein Wort zu den Medien sagen. Sie haben in der Vergangenheit auf dem Balkan eine verheerende Rolle gespielt, wie wir alle wissen. Sie waren oft der verlängerte Arm der jeweiligen Regierung, haben Propaganda verbreitet. Das professionelle Niveau junger Journalisten ist zum Teil bescheiden, um es höflich zu formulieren. Mein Vorschlag: Der Westen sollte bei der Aus- und Weiterbildung junger Journalisten helfen. Einiges geschieht bereits in dieser Hinsicht, aber eben doch viel zu wenig.

Zusammen mit einem albanischen Freund erarbeite ich zurzeit ein Lehrbuch für albani-

Unabhängiges Kosovo?

Kriminelle Zusammenarbeit

Wirtschaftliche Perspektive

Investitionen in Bildung

Abwanderung der Eliten

*Investitionen
in die Zukunft
der Medien*

EU: Perspektive für „übermorgen“

sche und serbische Journalisten, um die Grundsätze des westlichen Journalismus zu erklären, etwa die Trennung von Nachricht und Kommentar. Wie kein anderes Instrument tragen die Medien zur Bewusstseinsbildung der Menschen bei. Dort zu investieren lohnt sich. Dabei sind die Mediengesetze in Südosteuropa zum Teil ausgesprochen gut; das Problem ist, sich an diese auch zu halten.

Im Übrigen stimme ich Herrn Schwarz-Schilling zu, dass wir uns davor hüten sollten, ständig die EU als schnelle Perspektive für diese Länder zu beschwören; denn wir alle wissen, dass in dieser Hinsicht in den nächsten Jahren kaum etwas geschehen wird. Die EU ist eine wichtige Perspektive für „übermorgen“. Und auch hier gilt: Wer falsche Hoffnungen weckt, erntet echte Enttäuschungen. Zunächst müssen die Probleme in der Region gelöst werden, erst dann kann die Perspektive Europäische Union heißen.

Bender

Es besteht Übereinstimmung, dass schwache öffentliche Verwaltungen, die nicht im Stande sind, öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, eines der Schlüsselprobleme in der Region sind. Frau Järvenpää hat dieses Problem auf der „Makroebene“ angesprochen. Während es ein deklariertes europäisches Ziel ist, die Region der Europäischen Union näher zu bringen, fehlt es an einer Strategie, das zu erreichen oder diesen Prozess zu unterstützen.

Reform von Institutionen?

Noch viel mehr gilt das für die Mikroebene, was die Reform von Institutionen angeht. Wie kann man etwa das Rechtswesen so organisieren, dass es nach westlichen Standards effizient und vertrauensvoll funktioniert? Hier tapen wir noch sehr im Dunkeln.

EU-Bericht über Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

Lassen Sie mich das an einem Beispiel verdeutlichen. Die Europäische Kommission hat gerade Berichte über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess veröffentlicht. Es gibt einen allgemeinen Bericht und Studien für jedes einzelne Land über circa fünf- undzwanzig bis vierzig Seiten. Als Beispiel greife ich die Studie über Mazedonien heraus, das Land, das als erstes ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU abgeschlossen hat. Der Bericht besteht aus drei Hauptabschnitten, die jeweilige Prioritäten für die nächsten zwölf Monate auflisten. Im Bereich Politik lautet der erste Punkt: „Umsetzung des Rahmenabkommens nach Zeitplan für die Anpassung der Gesetzgebung und Sicherstellung einer behutsamen Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses, in dem den zentralstaatlichen Körperschaften geeignete Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Prozess durchzuführen und die lokalen Selbstverwaltungen so zu entwickeln, dass sie in der Lage sind, die ihnen übertragenen Verantwortlichkeiten zu übernehmen.“

Unrealistischer Zeitplan

Dies entspricht einer weitestgehenden Neuordnung der institutionellen Strukturen, und dieser Zeitplan ist total unrealistisch. Bevor der Prozess tatsächlich beginnen kann, bedarf es eines neuen Gesetzes zur lokalen Finanzierung und einer neuen territorialen Aufteilung der Gemeinden, was beides wesentliche Herausforderungen darstellt. Des Weiteren müssen rund achtzig Gesetze ergänzt werden, um das neue Lokalverwaltungsgesetz umzusetzen.

Was tun die Europäer, um diesen sehr herausfordernden Prozess zu unterstützen? Zum einen stellen sie eine Gruppe von Beamten für das Ministerium für Lokalverwaltung zur Verfügung, die im Februar eingetroffen ist. Diese neuen Berater unterstützen ein sehr schwaches Ministerium, das 1998 gegründet wurde und nur zwanzig Mitarbeiter hat. Die Berater machen jetzt rund ein Drittel des gesamten Stabes im Ministerium aus. Es gab zwar bereits zuvor einen europäischen Berater, doch dann entstand eine Lücke von sechs Monaten, und das neue Team fing praktisch bei Null an.

Europäische Berater

Der zweite Beitrag europäischer Hilfe in diesem Bereich ist ein Mitarbeiter der Europäischen Agentur für Wiederaufbau (European Agency for Reconstruction), der ebenfalls im Februar zu arbeiten begann und der mit der Aufgabe betraut wurde, Infrastrukturprojekte in den Gemeinden zu entwickeln. Obwohl er praktisch bei Null beginnen musste, hatte er nur sechs Wochen Zeit, sich ein klares Bild von der Lage zu verschaffen.

Diese Art von Hilfe wird wahrscheinlich nicht ausreichen, einen nachhaltigen Effekt zu erzielen, vor allem wenn wir den Hintergrund dieses Reformprojekts betrachten. Eines der größten Probleme liegt darin, dass es in Mazedonien 123 Gemeinden gibt, von denen zwei Drittel oder sogar mehr unterentwickelte, ländliche Gebiete sind, die nur aus Dörfern bestehen und die erst seit fünf Jahren existieren. Sie haben äußerst geringe administrative und wirtschaftliche Kapazitäten. Wie ein solch ambitionöser Reformprozess unter diesen Voraussetzungen in Gang gebracht werden kann, dieser Frage hat man bisher sehr wenig Beachtung geschenkt.

Fehlende Voraussetzungen für Reformprozess

Vor diesem Hintergrund ist es sehr interessant, die Prioritätenliste des dritten, wirtschaftlichen Bereichs des Berichts zu lesen. Als erster Punkt wird die Verringerung des Personals im öffentlichen Dienst genannt, wie es der IWF vorgeschlagen hat. Wenn nun aber im Hauptpunkt des ersten Abschnitts die Umsetzung des Rahmenabkommens gefordert wird, und das heißt zum Beispiel, dass im öffentlichen Dienst die Minderheiten repräsentativ vertreten sein sollen – was praktisch die Neueinstellung von Albanern, Türken und Roma bedeutet –, während im Wirtschaftsabschnitt Verringerungen im Staatsdienst gefordert werden, dann ist es äußerst schwierig zu sehen, wie dies funktionieren könnte. Der Abbau von Staatsbediensteten ist für jede Regierung unpopulär, ganz gleich, ob in Deutschland, in Großbritannien oder in Mazedonien. Insbesondere aber angesichts der Situation nach dem Konflikt im letzten Jahr ist es ausgesprochen schwierig, sich eine mazedonische Regierung vorzustellen, die die Anzahl der derzeitigen Staatsbediensteten – und das sind hauptsächlich ethnische Mazedonier – signifikant reduziert und dann noch mehr ethnische Mazedonier aus dem Staatsdienst entlässt, um Albaner und andere Minderheiten einzustellen.

Abbau von Staatsbediensteten

Wenn wir den Prozess von institutionellen Reformen in Südosteuropa unterstützen wollen, müssen wir die Komplexität dieser Reformprozesse anerkennen und mehr Energie und Ressourcen darauf verwenden, effektive und umfassende Hilfsstrategien zu entwickeln, beginnend damit, ein besseres Verständnis dafür zu gewinnen, wie die Verwaltungen in Südosteuropa derzeit funktionieren und welches die Implikationen der angestrebten Reformen sind.

Komplexe Reformprozesse

Jacev

Tatsache ist, dass – leider oder zum Glück – nur unsere Regierungen beziehungsweise Legislative, Exekutive und Judikative unsere Länder auf den Weg nach Europa bringen können. Das wird aber nur funktionieren, wenn die drei Gewalten darauf vorbereitet und entsprechend ausgestattet sind. Das ist die innenpolitische Sicht der Dinge. Für die internationale Gemeinschaft sind unsere Regierungen ohnehin die einzigen, zumindest die wichtigsten Gesprächspartner. Denn nur sie können die Forderungen der internationalen Gemeinschaft umsetzen und wirksam kontrollieren.

Veralteter Verwaltungsapparat

In welchem Zustand befindet sich der Verwaltungsapparat in unseren Staaten, und welche Rolle kann er spielen? Auf Grund der Erfahrungen, die ich im Rahmen meiner Tätigkeit in vier verschiedenen Ministerien der Republik Mazedonien gemacht habe, und durch meine Kontakte zu den Administrationen aller Länder der Region stelle ich fest, dass sämtliche Verwaltungen sehr ähnlich organisiert sind und nach der so genannten „top down“-Methode arbeiten. Das ist ein Überbleibsel aus der Zeit des Kommunismus mit der üblichen morgendlichen Direktive aus dem Zentralkomitee: Was ist heute zu tun? Wer hat Schuld? Wer hat Recht? Wer wird unterstützt? Wer wird fallen gelassen? Die anwesenden Minister übermitteln dies wiederum ihren Ministerien und weisen ihre Mitarbeiter bis hin zu den untersten Chargen entsprechend an. Und während – bildlich gesprochen – die hungrigen Jungvögel in den Nestern mit Informationen von oben gefüttert werden, drängen manche Minister auf Veränderungen und warten auf Informationen von unten. Ich sehe in diesen veralteten Strukturen die wesentliche Ursache für den schleppenden Gang der Reformen in den Ländern der Region.

Einfluss der politischen Parteien

Hinzu kommt die starke Beeinflussung der staatlichen Organe durch die politischen Parteien. Bei einem Regierungswechsel kann es immer noch zu einem kompletten Austausch der Leitungsebene innerhalb der Ministerien kommen. Dadurch werden die begonnenen Reformen entweder gestoppt oder zumindest verzögert, da die eingespielten Teams nunmehr durch andere Leute ersetzt werden, die sich erst einarbeiten müssen. Das führt zu einer weiteren Verzögerung der Reformen. Erschwerend kommt hinzu, dass in den Ministerien selbst unterschiedliche politische Richtungen vertreten sind, was gleichermaßen die Reformen und den Prozess der europäischen Annäherung behindert.

Fehlende Leistungsbewertung

Problematisch ist weiterhin die Tatsache, dass in den Ländern der Region immer noch kein Leistungsbewertungssystem existiert. Das heißt, kein Angestellter in einem Ministerium kann sicher sein, dass er nicht von einem Tag auf den anderen versetzt oder ausgewechselt wird. Ein in der Region und in den Ministerien nur allzu bekanntes Problem ist der weit verbreitete Nepotismus, ohne dass ich damit alle Verwaltungen pauschal verächtigen will.

Überforderte Verwaltungen

Außerdem werden die Verwaltungen häufig überfrachtet und überfordert mit Forderungen und Auflagen im Zusammenhang mit der Übergangssituation und im Hinblick auf die europäische Integration. Allein der Acquis Communautaire der EU zu den wirtschaftlichen Aspekten umfasst 80000 Seiten, die erst einmal übersetzt werden müssen, was sicherlich ein halbes Jahr und länger dauert. Dann müssen sie politisch umgesetzt und durchgesetzt werden, was ein sehr schwieriges Unterfangen ist. Damit appelliere ich auch an die internationale Gemeinschaft, uns bei der Reform des Verwaltungsappa-

rats zu helfen; denn das stellt in allen Ländern der Region ein grundlegendes Problem dar.

Was wir unbedingt brauchen, ist eine professionelle, unabhängige und sachverständige Verwaltung, die nicht den Einflüssen der Tagespolitik ausgesetzt ist. Dafür sollten „Bottom-up“-Kriterien gelten, das heißt, Experten sollten maßgeblichen Einfluss auf die Ausgestaltung von Politik nehmen, während die Politiker die strategischen Richtlinien vorgeben. Wenn das nicht geschieht, werden wir in Zukunft mit einer Situation konfrontiert, die in unserer Region nur allzu gut bekannt ist.

Bildlich ausgedrückt: Die Gesellschaft eines Landes ist der Motor des Prozesses, während der Staat das Fahrzeug darstellt. Das Problem ist: Solange man nicht das Kupplungspedal betätigt und einen Gang einlegt, kann man noch so sehr auf das Gaspedal treten, ohne dass sich das Fahrzeug bewegt. Das heißt, die Kupplung und die Schaltung des Systems sind ausschlaggebend für den Weg nach Europa. Wir werden nicht weit kommen, wenn diese beiden Komponenten nicht korrekt justiert sind. Aus diesem Grunde kommt es darauf an, dass der zivile Sektor in unseren Ländern den staatlichen Verwaltungsapparat reformiert und kontrolliert.

Auf der anderen Seite sollte auch die internationale Gemeinschaft die Notwendigkeit erkennen, dass nur der gleichzeitige Druck von Seiten der hiesigen öffentlichen Meinung und von der internationalen Gemeinschaft von unseren staatlichen Behörden verstanden wird. Sonst werden wir nicht weit kommen. Diese Gesichtspunkte sollten von der internationalen Gemeinschaft stärker beachtet werden.

Busek

Es gibt eine Reihe von Programmen seitens der Europäischen Union – insbesondere der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ist darauf ausgerichtet –, die die Innen- und die Rechtspolitik in den Ländern der Region unterstützen sollen. Man kann sicher nie genug tun, aber in dieser Hinsicht ist schon eine ganze Menge getan worden, vor allem was den Aufbau von Zivilgesellschaften angeht. Voraussetzung ist jedoch, dass die Zivilgesellschaft überhaupt existiert, wenn wir tatsächlich Fortschritt erreichen wollen.

Pajević

Ich wende mich zunächst Serbien zu, nicht nur, weil ich dort lebe und beabsichtige, auch weiterhin dort zu leben, sondern weil ich der festen Überzeugung bin, dass ein stabiles, aber demokratisches und zivilgesellschaftlich geordnetes Serbien sowohl ein Garant für Stabilität sein als auch eine Führungsrolle in der Region übernehmen kann. Ich denke, insbesondere nach den politischen Veränderungen wurde dies von Serbien auch erwartet. Infolge der Uneinigkeit oder weil es an ernsthaften Bemühungen fehlte, haben sich jedoch viele Erwartungen – im Inland wie im Ausland – nur ungenügend erfüllt.

Ich halte es für unrealistisch, dass die EU mit Hilfe ihrer detaillierten, fast detailbesessenen ausgearbeiteten Strategie unsere Verhältnisse ordnen kann. Das gilt für Serbien ebenso wie für den zukünftigen gemeinsamen Staat Serbien und Montenegro, der, wenn man sich das Abkommen ansieht, aber auch an die Ereignisse der letzten anderthalb Jahre

Druck auf die staatlichen Behörden

Zivilgesellschaft

Führungsrolle Serbiens

Problemlösung vor Ort

*Radikale Veränderungen
in den Institutionen*

denkt, selbst mit viel Optimismus nur schwer vorstellbar ist. Wir sollten unsere eigenen Kräfte anspannen, denn das Potenzial ist vorhanden, auch auf staatlicher Ebene. Allerdings sind wir angesichts der reichlich gespaltenen politischen Szenerie nicht in der Lage, eine konsistente Strategie zu definieren und detailliert auszuarbeiten. Ich halte es für naiv zu meinen, irgendjemand außerhalb Serbiens und der Region könnte unsere Beziehungen regeln. Aus dem Blickwinkel Brüssels oder irgendeiner anderen europäischen Hauptstadt ist es sehr schwierig, unsere Probleme wirklich zu kennen und praktisch zu lösen.

Ich möchte dann auf zwei Prozesse eingehen, die, wie ich meine, außerordentlich wichtig sind, die aber leider in Serbien und vermutlich auch in anderen Ländern der Region entweder überhaupt noch nicht oder nur sehr zaghaft in Form von kosmetischen Veränderungen begonnen haben, jedenfalls aber nicht mit der notwendigen Entschiedenheit angegangen wurden. Beide Themen sind hier bereits angesprochen worden.

Zum einen geht es um die Veränderungen in den Institutionen – radikale Veränderungen, wenn man bedenkt, dass wir die gesamte Politik, den Staatsapparat und die parastaatlichen Institutionen ändern müssen, und zwar nicht nur nach zehn Jahren totaler Anarchie und eines diktatorischen Regimes, sondern nach sechzig Jahren, die wir in einem zwar gemäßigten kommunistischen System, doch in einem System ohne Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie als den beiden wichtigsten Säulen gelebt haben.

Wir beginnen also erst jetzt damit – und wie ich meine viel zu langsam –, die neuen Institutionen zu schaffen, die unsere ganze Gesellschaft radikal reformieren sollen. Die politischen Veränderungen an der Spitze haben am 5. Oktober tatsächlich stattgefunden. Was aber hat sich konkret verändert? Es gibt zwanzig, dreißig neue Minister und ihre Berater sowie vielleicht noch ihre Stellvertreter oder Mitarbeiter. Tausende Menschen aus dem alten Apparat sind aber geblieben, wo sie nach dem Modell der späten fünfziger, sechziger oder siebziger Jahre etabliert wurden. Diese Mechanismen sind hinreichend bekannt, besonders natürlich in Serbien und in Jugoslawien. Allein werden wir mit den Veränderungen der Institutionen sicherlich nicht weit kommen, denn sonst hätten wir diesen Prozess in den vergangenen anderthalb Jahren vermutlich entschiedener vorangetrieben, auch wenn man in einem so kurzen Zeitraum keine großartigen Veränderungen erwarten kann, wohl aber eine Zielsetzung für die Zukunft. Dass es an einer wirklichen Strategie und an einer Zielsetzung für die kommenden Jahre fehlt, beunruhigt mich am meisten.

*Aufklärungs- und
Bildungsprozess*

Den zweiten wichtigen Prozess möchte ich als „Aufklärungs-“ oder „Bildungsprozess“ bezeichnen. Ich denke dabei nicht nur an das reguläre Bildungssystem, also an Universitäten, weiterführende Schulen und Grundschulen – denn das ist ein sehr langfristiger Prozess –, sondern an alle möglichen Formen von alternativer Bildung. Damit meine ich vor allem die elektronischen Medien, die neuen Technologien und all das, was in relativ kurzer Zeit die bestehende Kluft in unserem Bildungssystem auf Grund der letzten sechzig Jahre überbrücken kann. Wenn für Südosteuropa und für Serbien von einem Marshall-Plan die Rede ist, dann in erster Linie im Bildungssektor. Ich habe daher vorgeschlagen, die Bildung in den Rahmen des Stabilitätspakts – als dessen nationaler Koordinator ich bis vor kurzem tätig war – einzubeziehen.

Mit der Infrastruktur – Straßen, Schienennetz, Brücken – hat man sich bis zum Überdruß beschäftigt. Ohne die Bedeutung der Entwicklung auf diesem Gebiet bestreiten zu wollen, möchte ich in diesem Zusammenhang doch daran erinnern, dass beispielsweise Bosnien und Herzegowina eine solide Infrastruktur hatte, was Straßen, Schienennetz und Kommunikationssystem betrifft, dies aber einen äußerst brutalen Krieg und ein grausames Blutvergießen nicht hat verhindern können. Wir müssen uns also auf eine demokratische Zivilgesellschaft vorbereiten, nicht nur in Serbien, sondern in der ganzen Region. Dieser Prozess müsste umgehend und entschieden eingeleitet werden. Dabei benötigen wir unabdingbar die Unterstützung der Europäischen Union als einer multilateralen Organisation ebenso wie die Unterstützung aller führenden europäischen Staaten auf bilateraler Ebene.

*Demokratische
Zivilgesellschaft*

Primatarova

Sowohl Bulgarien als auch Rumänien führen Verhandlungen mit der Europäischen Union, wobei sie davon ausgehen, am 1. Januar 2007 beizutreten. Der beste Weg, die Europapolitik der Europäischen Union gegenüber der südosteuropäischen Region glaubwürdig zu machen, wäre in der Tat, Bulgarien und Rumänien als künftige Mitglieder der EU Anfang 2007 aufzunehmen, weil dies den Prozess für die ganze Region unumkehrbar machen würde.

Bulgarien und Rumänien

Die langfristige Perspektive einer europäischen Integration – selbst wenn sie auf weniger als zehn, fünfzehn Jahre bemessen sein sollte – bereitet den Regierungen große Probleme. Ich möchte mich hierbei auf die Schlussfolgerungen einer Untersuchung zu Fragen der Demokratie beziehen, die von Ivan Krastev, dem Vorsitzenden des Zentrums für Liberale Strategien, dem auch ich angehöre, durchgeführt wurde.

In der Tat gibt es seit einem Jahr in allen Ländern der Region Demokratien, die jedoch recht schwach sind. Wir müssen erkennen, wo die Probleme liegen. In dieser Hinsicht ist Bulgarien ein recht interessanter Fall. Auf der einen Seite ist Bulgarien in den letzten vier Jahren, zwischen 1997 und 2001, das stabilste und erfolgreichste Land gewesen, was die Umsetzung der Reformen gemäß den Anforderungen der Europäischen Union angeht. Auf der anderen Seite hatten wir im vergangenen Jahr zwei Wahlen, die allgemeinen Parlamentswahlen und die Präsidentschaftswahlen, und in beiden Wahlen haben die Wähler die höchst erfolgreiche Regierung und den sehr erfolgreichen Präsidenten abgewählt.

Schwache Demokratien

Wir analysieren zurzeit noch, warum das passiert ist. Die Ergebnisse dieser Analyse sollten anschließend berücksichtigt werden bei der Ausarbeitung einer Strategie für die EU-Integration der Länder, die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess beteiligt sind. Die Frage ist, wie die langfristige Perspektive in kurz- und mittelfristige Perspektiven unterteilt und dem Bürger näher gebracht werden kann.

In allen bisherigen Stellungnahmen wurden die Perspektiven nur aus der Sicht der Regierungen und im Hinblick auf die Beziehung zur Europäischen Union erörtert, aber nicht aus der Sicht der Bürger. Das größte Problem – und das zeigt sich im Falle Bulgariens – besteht darin, dass es echte Schwierigkeiten bereitet, die Menschen in der gegenwärtigen Situation bei der Stange zu halten. Selbst wenn man mit den Reformen sehr erfolgreich ist – und wir Bulgaren wünschen der serbischen Regierung jeden Erfolg bei den anstren-

Sicht der Bürger

genden Reformen –, was geschieht, wenn diese Regierung mit ihrer eigenen Tagesordnung sehr erfolgreich ist und dann in zwei Jahren abgewählt wird, weil die Bürger nicht verstehen, worum es eigentlich geht?

Demokratisches Defizit

Es lassen sich hier einige Parallelen ziehen zu den Problemen, denen sich die Europäische Union selbst gegenüber sieht. In gewisser Weise stellt sich die Frage des demokratischen Defizits. Um es genauer zu formulieren: In unseren Ländern haben wir gewissermaßen eine Demokratie ohne Politik, weil die Politik mehr oder weniger von der Europäischen Union vorgeschrieben wird. Auf der einen Seite ist es eine gute Sache, wie wiederum das bulgarische Beispiel zeigt. Die bulgarischen Wähler haben die Regierung abgewählt, und wir haben jetzt eine neue Regierung mit einem Ex-König als Premierminister, doch diese Regierung befolgt mehr oder weniger die gleiche Politik, weil sie ein Abkommen mit dem IWF erfüllen und die Beziehungen zur Europäischen Union fortsetzen muss.

Frustrierte Wähler

Es hat bereits große Enttäuschungen über die derzeitige Regierung gegeben, weil offensichtlich die von ihr betriebene Politik in vieler Hinsicht auf der gleichen Linie liegt wie bei der vorigen Regierung. Dies schafft Frustration bei den Wählern, die den Eindruck gewinnen, dass unabhängig davon, wen sie wählen, sich die Politik nicht ändert. Das macht die Leute zynisch, verzweifelt und ärgerlich. Wenn man deshalb über langfristige Strategien nachdenkt, sollte man sich stets über die Konsequenzen für die Bürger und nicht nur für die Regierungen im Klaren sein. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass ich damit eher Fragen aufwerfe als Antworten gebe; doch wenn wir nicht die richtigen Fragen stellen, werden wir auch nicht die richtigen Antworten erhalten.

Umsetzung der Reformpolitik in Bulgarien

Aus diesem Grund könnte Bulgarien ein interessanter Fall für die Länder sein, die sich an dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess beteiligen. Auf der einen Seite strebt Bulgarien ganz fest eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union im Jahre 2007 an. Auf der anderen Seite zeigt die bulgarische Erfahrung, dass die strikte Umsetzung der Reformpolitik entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union zu Schwierigkeiten führt, die Bürger über einen so langen Zeitraum bei der Stange zu halten. In unserem Fall sprechen wir von fünf oder sechs Jahren, während es bei den Ländern aus dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess um zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahre geht, und das ist ein noch sehr viel schwierigeres Unterfangen.

Europäischer Verfassungskonvent

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf die Diskussion über die Zukunft Europas. Herr Svilanović erwähnte den Konvent, der die Zukunft der Europäischen Union erörtern soll. Natürlich wissen wir heute nicht, welches Ergebnis der Konvent haben wird. Was mir jedoch auffällt, ist, dass es einerseits einen Konvent gibt mit einem sehr ehrgeizigen Vorsitzenden, Valéry Giscard d'Estaing, der in seiner Eröffnungsansprache vorschlug, die Teilnehmer sollten das Europa in fünfzig Jahren im Auge haben – also in einer sehr langfristigen Perspektive. Andererseits sind am Konvent gegenwärtig die derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten und die dreizehn Kandidatenländer, das heißt die zwölf Länder, die mit der EU verhandeln, plus die Türkei, beteiligt. Die Länder aus dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess jedoch nehmen nicht daran teil. Wenn der Konvent wirklich seinen ambitionierten Zielen gerecht werden wollte, nämlich ein Dokument auszuarbeiten, das die Perspektive „fünfzig Jahre von heute an“ beinhaltet, dann müssten die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens natürlich einen angemessenen Platz dabei erhalten.

Was die Nichtregierungsorganisation angeht, die ich vertrete, wollen wir ein Projekt ins Leben rufen, das auf NGO-Ebene die Stabilisierungs- und Assoziierungsländer in die Diskussion mit einbezieht, weil wir der Auffassung sind, dass wir die Ansichten der Länder aus dieser Region berücksichtigen müssen, wenn wir über die Zukunft Europas sprechen. Auf diese Weise könnten wir zumindest im Rahmen des Bürgerforums beim Konvent eine Art Sprecher für die Länder der Region sein.

Ahtisaari

Ich würde denen, die die Studie von Ivan Krastev nicht gelesen haben, dringend empfehlen, dies zu tun, weil ich der Meinung bin, dass es sich um eine höchst eindrucksvolle Arbeit handelt, denn sie behandelt vor allem das Problem, warum die herrschenden Eliten im Falle Bulgariens – und in vielen anderen Fällen – die Zustimmung der Wähler verlieren.

Sie erwähnten die EU-Gesetze und den gesamten Prozess einschließlich des IWF. Da bleibt sehr wenig Raum auf der nationalen politischen Ebene für kreatives Nachdenken. Die dortigen Parlamente tun nicht das, was sie normalerweise gemacht haben, nämlich einen Konsens bei der Gesetzgebung und bei ihren anderen Aufgaben zu suchen. Hier wird ihnen grundsätzlich eine Tagesordnung vorgegeben, was sie zu tun haben.

Was ich mich frage, ist, ob man versuchen sollte, im Zuge der Dezentralisierung mehr direkte Demokratie auf der lokalen Regierungsebene einzuführen, um die Menschen an der Lösung jener Probleme zu beteiligen, die sie am meisten betreffen. Vielleicht sollten die Amtsinhaber überwiegend durch direkte Wahlen gewählt werden, weil man den Menschen irgendwie eine Chance geben muss, ihre Vorstellungen zum Ausdruck zu bringen. Wenn man sie auffordert, sich zu beteiligen, aber keine Möglichkeit besteht, dies durch Wahlen zu nationalen Parlamenten zu tun, dann ist der Spielraum sehr klein.

Ich würde gern mit Ivan Krastev über den letzten Vorschlag in seiner Studie sprechen, weil das der einzige Bereich ist, wo er noch etwas mehr über die Sache nachdenken müsste. Auch in unseren Regierungen besteht auf der parlamentarischen Ebene ein Zwang. Die Mitgliedschaft in der EU verlangt, dass wir eine bestimmte Wirtschaftspolitik betreiben, und es gibt eine allgemeine Übereinkunft, wie gute Politik aussieht. Das lässt für die Politiker nicht eben viel Spielraum.

Um von meinen eigenen Erfahrungen in Finnland zu sprechen: Die EU befindet sich nicht mehr in der Ära, als ihre Aufgabe darin bestand, zusätzliche Geldmittel zu verteilen. Das ist eine neue Situation. Deshalb gilt die Studie von Ivan Krastev auch für mein Land. Wir alle müssen zu verstehen suchen, warum es diese Probleme zwischen den Bürgern und den Eliten gibt.

Stuth

Auch in diesem Kreis werden Erwartungen formuliert oder sogar Forderungen erhoben, die Europäische Union möge die Liste der Beitrittskandidaten nach Südosteuropa verlängern und südosteuropäische Länder am Europäischen Konvent beteiligen. Ich finde das ein wenig irritierend. Mitunter hat es den Anschein, man fordert von anderen etwas, ohne sich darüber im Klaren zu sein, was man selbst dazu beitragen könnte. Das gilt im Übrigen

*Eliten verlieren die
Zustimmung der Wähler*

Mehr direkte Demokratie

*Irritierende Erwartungen
und Forderungen an die EU*

auch für die internationale Gemeinschaft, die in Südosteuropa sehr schnell dabei ist, Erwartungen zu formulieren, was die anderen möglichst sofort tun sollten.

Es gibt vielfältige Erwartungen an die EU. Das reicht vom Mittelmeerraum bis nach Kaliningrad. Außerdem ist es erklärte Politik der Europäischen Union, die Vereinigten Staaten von Amerika in den nächsten zehn Jahren technologisch und wirtschaftlich einzuholen. Europa ist dabei, sich eine Verfassung zu geben; eine europäische Armee soll entstehen. Es ist schon erstaunlich, was man der EU alles zutraut.

Ich denke, das Verhältnis von Südosteuropa zur Europäischen Union sollte nicht auf die Frage der Mitgliedschaft verengt werden, ohne über irgendwelche Alternativen überhaupt nachzudenken. Da ist vielleicht ein wenig mehr Phantasie gefordert, auch seitens der Länder aus der Region.

*Fortschritte in
Bosnien-Herzegowina*

Ich bin in den letzten Tagen zum wiederholten Male in Bosnien-Herzegowina gewesen. Dort lassen sich jedes Mal erfreuliche Fortschritte feststellen: Bereitschaft, mehr Verantwortung zu übernehmen, Überwindung des ethnischen Denkens, mehr pragmatisches Verhalten. Aber es bleibt immer noch eine lange Wegstrecke zu bewältigen.

Bei den Verfassungskommissionen in der Republik Srpska und in der Föderation spielt nun wiederum der Hohe Repräsentant eine entscheidende Rolle. Ich frage mich, ob man nicht besser beraten wäre, derartige Dinge von den Betroffenen selbst erarbeiten zu lassen und sich mit, sagen wir, achtzig Prozent unserer Wunschvorstellungen zu begnügen, statt hundert Prozent erzwingen zu wollen.

Ich erinnere daran, dass man etwa Bosnien-Herzegowina unangemessen lange die Mitgliedschaft im Europarat vorenthalten hat, was gerade die aufgeschlossenen, nicht ethnisch denkenden Persönlichkeiten dort als Erniedrigung empfunden haben.

*Regionale
Eigenanstrengungen*

Wir fordern von den Ländern der Region Eigenanstrengungen, auch als Test für ihre Europatauglichkeit. Dazu gehört aus meiner Sicht die allmähliche Schaffung eines Binnenmarktes hier, um den wirtschaftlichen Austausch zu fördern. Ich meine, darüber sollten wir uns mehr Gedanken machen, statt über eine mögliche Mitgliedschaft südosteuropäischer Länder in der EU zu spekulieren. Das sollte man besser der weiteren Zukunft überlassen.

*Klare Zusage der EU
an Südosteuropa*

Reljić

Was Sie sagen, Herr Stuth, bestätigt nur ein grundlegendes Missverständnis zwischen den westeuropäischen Ländern und Südosteuropa. Ich will es ganz klar sagen: Die Reintegration Südosteuropas und die Prävention weiterer Konflikte sind nur möglich, wenn es eine klare Zusage seitens der EU an die südosteuropäischen Länder gibt, bald Mitglieder dieser Gemeinschaft zu werden. Andernfalls wird sich die Bildung von immer kleineren politischen Autonomien fortsetzen, die von politischen Bündnissen innerhalb und außerhalb Europas und von der „Sozialhilfe“ aus der EU abhängig sind. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, den Zerfallsprozess Südosteuropas aufzuhalten und umzukehren. Das ist aber nur möglich, wenn den Ländern eine zukünftige EU-Mitgliedschaft garantiert wird – vielleicht nicht in 5, aber dann doch in 10, nicht erst in 20 Jahren.

Knaus

Der zentrale Punkt, wenn wir darüber reden, was die Europäische Union in der Region tut oder tun könnte, betrifft aus meiner Sicht die Frage, wie es um die Qualität der Umsetzung von Programmen der EU und anderer internationaler Organisationen in der Region steht.

Einige Bemühungen in den letzten Jahren haben in der Tat beeindruckende Ergebnisse gezeigt. Ich denke, die Rückkehr der Flüchtlinge und die Rückgabe des Eigentums in Bosnien haben bislang nicht die Anerkennung gefunden, die sie verdienen – weder in der öffentlichen Meinung noch bei Analytikern von außen. Man vergleiche die Situation hier mit fast allen anderen Konfliktgebieten weltweit, wo die internationale Gemeinschaft einbezogen ist. Wo sonst wird sechs Jahre nach Ende des Krieges fast keine Gewalt mehr zwischen den Volksgruppen ausgeübt? Schauen Sie sich heute Bosnien an; Sie werden sich daran erinnern, dass es in Trebinje Unruhen gab, wo jemand verletzt wurde. Es gab Unruhen in Banja Luka, wo Menschen getötet wurden. Aber wir haben es hier mit einem Gebiet zu tun, in dem ständig Menschen der verschiedenen ethnischen Gruppen im ganzen Land unterwegs sind.

Von den rund 200 000 Personen, die Ansprüche auf Eigentumsrückerstattung stellen, haben gut 100 000 Haushalte eine realistische Chance, ihr Eigentum zurückzuerhalten, von dem sie während des Krieges vertrieben wurden. Wo sonst ist so etwas so schnell von den örtlichen Behörden unter internationaler Aufsicht abgewickelt worden?

Des Weiteren waren wir in Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal außerordentlich erfolgreich, die Rechtfertigung von ethnischen Säuberungen vor Ort in den Dörfern in Misskredit zu bringen. Es ist gut, dass es Versöhnungskonferenzen in den Hauptstädten gibt, aber Versöhnung erhält eine ganz andere Dimension, wenn sie in den Dörfern geschieht, wenn die Flüchtlinge zurückkehren und ihnen ihre Häuser und Geschäfte von einer serbischen Behörde zurückgegeben werden, die, indem sie die Dokumente unterzeichnet, eingesteht: „Es war Unrecht, als wir das Eigentum des Bosniaken weggenommen haben.“ So etwas geschieht im ganzen Land. Warum findet dergleichen nicht in Kroatien statt, und – vielleicht noch wichtiger – warum geschieht dies nicht im Kosovo? Ich weiß die Antwort nicht, sondern kann nur einige Vermutungen anstellen.

Wenn wir in Bosnien die Dinge in den Händen der internationalen Organisation gelassen hätten, die ein weltweites Mandat für Flüchtlingsfragen besitzt und weltweit Programme durchführt, nämlich der UNHCR, hätte es vielleicht gar keine Rückkehr der Flüchtlinge gegeben. Es ist der Fehler dieser Organisation, nicht zu erkennen, dass die normalen Instrumente, die sie überall einsetzt, eben nicht ausreichen und man sie der jeweiligen Lage anpassen muss.

Auf dem Balkan gibt es eine Vielzahl der üblichen internationalen Programme, die eine Menge Geld kosten, aber nicht den örtlichen Verhältnissen angepasst sind. Und sie erreichen oft auch nicht ihre Ziele, weil sie häufig unprofessionell durchgeführt werden. Darüber wird nur selten gesprochen. Stattdessen reden wir lieber über Dinge wie das Fehlen von politischem Willen, von örtlicher Obstruktion oder über Geldmangel. Worüber kaum gesprochen wird, ist, inwieweit schlecht geplante und durchgeführte Programme und

*Beeindruckende Ergebnisse
in Bosnien*

Eigentumsrückerstattung

Haager Tribunal

*Schlecht geplante und
durchgeführte Programme*

fehlende Verantwortlichkeiten den Erfolg verhindern und wir nicht erkennen, wo und wie wir unsere Mittel besser einsetzen könnten.

*Wenig seriöse
Berichterstattung*

Damit hängt auch das Problem der öffentlichen Meinung in Europa zusammen. Als der Friedensprozess in Bosnien vor drei, vier Jahren nicht so gut lief, waren zahlreiche Journalisten in Sarajevo. Heute dagegen treffen Sie dort keine internationalen Journalisten mehr an. Wenn es keine Unruhen gibt, sind Journalisten selten zu sehen, und es gibt wenig seriöse Berichterstattung. Wenn man ein Land wie Bosnien nur drei oder vier Tage bereist, reicht, was man zu sehen bekommt, allenfalls dafür aus, die Probleme anzusprechen, die ohnehin bekannt sind.

Zu wenig Feldforschung

Europäische Wissenschaftler betreiben sehr wenig Feldforschung. Ich sage nicht, dass sie auf dem Balkan nur Feldforschung machen sollten, aber sie sollten zumindest untersuchen, was mit unserem Geld und unseren Programmen auf dem Balkan geschieht, damit wir daraus lernen können. Damit will ich das, was erreicht worden ist, nicht herabsetzen. Mitunter entdecken wir dadurch Dinge, die ausgesprochen gut funktionieren und von denen wir lernen können. Doch ohne einen solchen Dialog klingt die Diskussion über das, was Europa tun kann, hohl.

*Versagende
europäische Strategien*

Europa kann die Förderung der Regierungen vor Ort ganz oben auf seine Prioritätenliste setzen, aber dann müssen wir fragen, wer konkret daran arbeitet, was diese Leute über die örtliche Führung wissen, wem sie Rechenschaft schuldig sind und wie wir nach zwei Jahren feststellen, was de facto geschehen ist. Wenn all dies außer Acht gelassen wird, kann man sicher sein, dass die europäischen Strategien versagen werden, und zwar nicht, weil es an Geld oder an politischem Willen fehlt, sondern weil sie nicht professionell durchgeführt werden.

Fetahu

*Vollendung
der Desintegration*

Es ist viel darüber gesprochen worden, dass der Integrationsprozess notwendig ist, um Stabilität in der Region zu erreichen. Bevor wir jedoch mit dem Integrationsprozess beginnen, muss zunächst die Desintegration vollendet und die Situation bereinigt sein, was die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro sowie den endgültigen Status des Kosovo angeht. Bevor diese beiden Punkte nicht geklärt sind, wird die Region nicht einen umfassenden Integrationsprozess beginnen können.

*Übertragung
von Kompetenzen?*

Im Kosovo zum Beispiel ist die UNMIK-Administration heute auf Grund der UN-Resolution und durch eigenes Mandat gehalten, der örtlichen Regierung, die kürzlich gewählt wurde, einige Kompetenzen zu übertragen. Die Schwierigkeit ist, dass es dort keine qualifizierten Leute gibt, denen sie diese Kompetenzen übertragen kann. Die Folge ist, dass eine Diskrepanz zwischen Mandat und Wirklichkeit besteht. In der jetzigen Regierung beispielsweise hat das Kosovo kein Außenministerium. Ich sehe deshalb nicht, dass UNMIK daran denkt, Kosovaren an der Schaffung einer Außenpolitik zu beteiligen, welche die Politik fortsetzen können, nachdem die UNMIK das Land verlassen hat.

In anderen Bereichen, zum Beispiel in Fragen der Verteidigung, der Polizei, der Steuerpolitik oder im Finanzministerium, sind keine Albaner oder irgendwelche einheimische Kosovaren am Aufbauprozess beteiligt.

Was Mazedonien angeht, stimme ich Herrn Jacev voll zu in dem, was er über die Finanzierung der politischen Parteien und so weiter gesagt hat, weil man keine Ahnung davon hat, wie politische Finanzierung auf dem Balkan vor sich geht. Um Ihnen dies auf eine humorvolle Art zu erklären: In diesem Teil der Welt braucht eine politische Partei zugleich eine Tankstelle oder irgendein anderes Unternehmen, das die Partei und ihre Aktivitäten unterstützt. Im Fall Mazedoniens geht die herrschende Regierung, die letztlich zwei politische Parteien vertritt – eine mazedonische und eine albanische –, darüber hinaus. Sie benutzt als Mittel nicht nur Korruption, Nachtreten und dergleichen, sondern wir haben es hier mit einer Situation zu tun, in der die beiden politischen Parteien sich zu sehr erfolgreichen Unternehmungen entwickelt haben, während sich das Land und das Wohlergehen der normalen Bevölkerung im Niedergang befinden.

Wie kann man also diese beiden Dinge in Einklang bringen, und wie kann man von möglichen regionalen Integrationsprozessen sowohl im Kosovo als auch in Mazedonien sprechen, ohne sich mit diesen Schlüsselfragen auseinander zu setzen?

Ahtisaari

Ich möchte Herrn Pajević fragen, wie viel ein Richter in Serbien heutzutage umgerechnet in DM verdient?

Pajević

Ich denke, ungefähr 200 DM; ganz genau weiß ich es nicht.

Anastasijević

Das Ziel sind 500 DM, und die Richter beklagen sich darüber, dass das bislang noch nicht erreicht wurde. Heute liegt das Gehalt eines Richters bei umgerechnet etwa 450 DM.

Petritsch

Alles, was hier gesagt wurde, kommt von Leuten, die sich mit dem Balkan befassen und trifft durchaus zu. Das läuft jedoch nicht auf eine so genannte „Große Theorie“ des Balkans hinaus, die wir gar nicht liefern können. Das sollten wir gegenwärtig auch nicht anstreben. Ich meine, wir sollten unsere Ziele viel mehr so ausrichten, wie Gerald Knaus gesagt hat: Konkret und sehen, wo Fortschritte möglich sind, ohne die Vision für Südosteuropa aus den Augen zu verlieren.

Ich möchte einige Bemerkungen zu Punkten machen, die zu Bosnien und Herzegowina geäußert wurden, nämlich zur Verfassungsreform, die zweifellos sehr wichtig, aber auf Grund ihrer Komplexität nicht so leicht zu verstehen ist.

Zunächst steht in der Tat die Idee der „konstituierenden Völker“ im Mittelpunkt, worauf Michael Schaefer hingewiesen hat. Dies ist eine sehr eigene jugoslawische Vorstellung, die tief in der Tito-kommunistischen Geschichte wurzelt und die jetzt ohne große Reflexion von einigen der ex-jugoslawischen Staaten übernommen wurde. Dies ist insbesondere in Bosnien und Herzegowina der Fall, das in vieler Hinsicht eine Art von Mini-

*Keine „Große Theorie“
des Balkans*

*Verfassungsreform in
Bosnien und Herzegowina*

„Konstituierende Völker“

Jugoslawien darstellt, mit all den Herausforderungen, Problemen und Fragen, die hier erörtert werden.

Man muss das vor dem Hintergrund einer nicht-demokratischen Geschichte und Gesellschaft sehen. „Minderheit“ ist etwas Geringwertigeres, etwas, das nicht die gleiche Bedeutung besitzt wie „Staatsvolk“, wie man im Deutschen sagen würde. Konstituierend zu sein verschafft einem das, was in nicht-demokratischen Ländern fehlt, wie Minderheitenrechte, das aber die Entwicklung in Westeuropa mit den individuellen Menschenrechten ausblendet.

*Zu viele
Regierungsebenen*

Deshalb müssen wir fürs Erste dieses alt/neue Konzept als eine gegebene Tatsache hinnehmen; doch wir dürfen es nicht als Endpunkt der Geschichte ansehen. Wir müssen dabei den damit verbundenen demokratischen Prozess im Auge haben. Herr Schwarzschilding, der ein Befürworter dieser Reformen ist, hat einen wichtigen Einwand erwähnt, nämlich dass das in Bosnien und Herzegowina etablierte politische System ziemlich kompliziert ist, mit zu vielen Regierungsebenen.

Vetomechanismus

Während der Verhandlungen zur Verfassungsreform habe ich darauf geachtet, dass der absolute Vetomechanismus, der in der Föderation besteht, nicht in ganz Bosnien und Herzegowina eingeführt wird. Das war übrigens der Grund, warum die Kroatische Demokratische Union (HDZ) die Verhandlungen verlassen und nicht unterschrieben hat, weil sie unbedingt daran festhalten wollte. Doch sogar bei den bosnischen Kroaten, die stets beklagen, dass sie kein geschlossenes Gebiet haben, findet ein Wandel statt. Herr Zubak, der kroatische Vertreter bei den Verhandlungen, den selbst Franco Tudjman nicht überzeugen konnte, Dayton zu unterschreiben, hat dieses Abkommen jetzt unterzeichnet, weil es in der Tat einen Fortschritt für das Land im Allgemeinen und die kroatische Gemeinschaft im Besonderen bedeutet.

*Ethnische Definition
von Staat und Gesellschaft*

Wir sprechen hier über eine Gesellschaft, die noch immer zutiefst von ihrer ethnischen Zugehörigkeit geprägt wird. Diese ethnische Definition von Staat und Gesellschaft muss allmählich zu Gunsten einer zivilgesellschaftlichen Definition verändert werden. Dabei müssen wir jedoch wiederum beachten, dass das, was in Bosnien abläuft, ein fortschreitender Prozess ist. Sogar in Banja Luka und in der Republik Srpska stellen wir gewisse Fortschritte fest. Es ist ein langsamer Prozess, aber er findet statt.

Akzeptierter Kompromiss

Man sollte sich jedoch bewusst sein: Das Abkommen, das mit den führenden serbischen Parteien verhandelt wurde, stellte bereits einen gegenseitig akzeptierten Kompromiss zwischen allen relevanten Parteien in Bosnien und Herzegowina dar. Das ist historisch einmalig. Deshalb müssen auch die Serben anerkennen: Nur wenn sie sich hundertprozentig auf diesen Kompromiss einlassen, werden sie das bekommen, was die Serben in der Föderation erhalten haben. Sie sind jetzt ein konstituierendes Volk in der Föderation mit genau den gleichen Rechten, die Nicht-Serben heute in der Republik Srpska haben.

Wir haben es hier also in der Tat mit einer „win-win“-Situation zu tun, eine der seltenen Gegebenheiten, wo dies geschieht. Deshalb müssen wir auf einer eindeutigen und vollständigen Umsetzung des Abkommens bestehen. Jede Einschränkung würde diese historische Leistung zu Fall bringen. Wir sollten uns der Fragilität bewusst sein, wenn wir über den Mrakovica-Sarajevo-Prozess sprechen.

Lassen Sie mich noch auf einige andere Punkte eingehen. Herr Lutz hat die militärische Situation erwähnt. Es ist richtig, SFOR wird noch benötigt, aber es hat eine wesentliche Veränderung stattgefunden, was die aktive Beteiligung des Militärs am Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina angeht. Während der letzten zwei Jahre hat sich die militärische Umsetzung des Friedensprozesses grundlegend zu Gunsten der zivilen Umsetzung verschoben. Die internationalen Friedenstruppen spielten zwar immer noch eine wichtige Rolle, die jedoch mehr und mehr passiver Natur geworden ist und eher eine symbolische Bedeutung angenommen hat, aber trotzdem wichtig ist.

*Zivile Umsetzung
des Friedensprozesses*

Als ich Mitte 1999 mein Büro in Bosnien übernahm, hatten wir dort an die 30 000 Mann SFOR-Truppen. Wir sind derzeit bei 17 000, und die Zahl wird auf 12 000 weiter zurückgehen. Aber das allgemeine Sicherheitsgefühl hat sich nicht verringert. Im Gegenteil, es hat sich nachhaltig verbessert, wie ich selbst erlebt habe. Ich bin kürzlich in Stolac gewesen, einem der Kerngebiete des kroatischen Nationalismus. Zwei Jahre lang konnte ich diesem Ort aus Sicherheitsgründen keinen offiziellen Besuch abstatten. Jetzt bin ich dort in einer multiethnischen, multireligiösen Umgebung herumspaziert, zusammen mit dem Mufti, dem orthodoxen Priester des Ortes, dem Vertreter der jüdischen Gemeinde und dem Bürgermeister. Leider war die katholische Kirche, die ein besonderes Problem in der Herzegowina darstellt, nicht dabei und hat sogar gegen meinen Besuch protestiert. Aber diese Haltung isoliert sich jetzt mehr und mehr.

*Zunehmendes
Sicherheitsgefühl*

Herr Jacev hat über die organisierte Kriminalität gesprochen. Das ist in der Tat eines der großen Probleme, mit dem wir es zu tun haben. Ich stimme ihm voll zu, dass sehr viel mehr Druck auf die lokalen Regierungen ausgeübt werden muss, damit sie etwas unternehmen. Ich bin mir sehr wohl bewusst, wie viel in Bosnien und Herzegowina noch getan werden muss. Die Parteienfinanzierung wurde erst vor ungefähr anderthalb Jahren geregelt und transparent gemacht, und aus der Erfahrung meines eigenen Landes, Österreich, weiß ich, dass es viel Zeit braucht, bis ein zufrieden stellender Zustand erreicht wird, wo Wirtschaft und Politik strikt getrennt sind. Gleichwohl müssen wir der weiter gehenden Reform der sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen große Aufmerksamkeit widmen.

Organisierte Kriminalität

Eine ganz andere Herausforderung betrifft den Status des Kosovo. Solange die Rückkehr der Flüchtlinge ungelöst ist, solange dort separatistische und isolationistische Tendenzen vorhanden sind und solange die monoethnische Philosophie dort vorherrscht, wird es keine ernsthafte Diskussion über den endgültigen Status des Kosovo geben. Wenn wir jetzt auf eine endgültige Regelung des Status drängen, würde das bedeuten, das vorherrschende Denken und Bewusstsein bei der kosovo-albanischen Bevölkerung und den Eliten zu zementieren. Das würde ein weiteres monoethnisches Gebiet zur Folge haben. Eben das können wir keinesfalls wollen.

Status des Kosovo

Auf der anderen Seite bedeutet dies, dass wir für einige Zeit mit gewissen Unsicherheiten leben müssen. Das heißt, die Situation im Kosovo wird noch eine ganze Zeit lang im Fluss bleiben. Damit muss die Politik umgehen. Es geht um das Nach-Konfliktmanagement. Das sind vermutlich für uns Europäer recht neuartige Vorstellungen. Wir müssen uns bei Herausforderungen wie im Kosovo sowohl in der Forschung als auch bei der Ausbildung der notwendigen Fähigkeiten mehr auf ein vorausschauendes und aktivierenderes Handeln konzentrieren. Wir dürfen nicht meinen, dass nachhaltige militärische Lösungen

Nach-Konfliktmanagement

möglich sind, und wir dürfen nicht dem ethnischen Verständnis nachgeben, dass neue Grenzen für Sicherheit und Wohlstand sorgen. Das würde letztlich zu einer Atomisierung des Balkans führen.

*Verantwortungsbewusste
Partnerschaften*

Es gibt hier keine Struktur mehr, so dass der einzige Weg für die EU – und der ist ohne Alternative – darin besteht, zu versuchen, Hilfe zu leisten, wo immer wir können, um verantwortungsbewusste Partnerschaften zu begründen, wo die Verantwortung auf beiden Seiten und nicht nur bei den Europäern liegt. Ich höre noch fast jeden Tag in Bosnien und Herzegowina, was ich dort zu tun hätte. Aber man hört auch von Seiten der Journalisten, die behaupten, so europäisch zu sein, nur sehr selten, dass sie die gewählten und bezahlten Politiker befragen, was jene denn selbst tun müssten.

Europäische Perspektive

Was die europäische Perspektive angeht: In der Tat müssen wir von einer Vision zu einer Strategie kommen, und da müssen wir uns fragen, ob es überhaupt eine Vision gibt. Sicher, wir müssen uns mehr um eine Strategie bemühen, die stärker regional und umfassend angelegt ist, um die gegenwärtige reaktive Einstellung zu überwinden.

Europäischer Konvent

Im Hinblick auf den Europäischen Konvent kann ich Herrn Stuth nicht zustimmen. Ich denke, was Herr Reljić und andere hier gesagt haben, ist in der Tat wichtig. Vor einigen Wochen fragte ich ein Mitglied des Konvents, ob man je daran gedacht habe, Nicht-EU-Mitglieder beziehungsweise EU-Kandidaten, wie etwa die ex-jugoslawischen Länder, zum Konvent einzuladen. Wir reden über die östlichen Grenzen Europas: Ist die Ukraine europäisch? Und wie verhält es sich mit Russland? Das sind schwierige Fragen. Aber beim Balkan ist es absolut klar, dass diese Region unbedingt ein integraler Bestandteil Europas ist. Deshalb sollten wir besser damit umgehen und diese Länder zur Teilnahme einladen. Ich denke nicht, dass nur wir die besten Ideen haben, wenn es um die Zukunft Europas geht.

Ich sagte bereits, dass es keine „allgemeine Theorie“ des Balkans gibt. Doch das Buch von Maria Todorova, „Die Erfindung des Balkans“, kommt dem sehr nahe. Dieses Buch sollte von allen Studenten Südosteuropas gelesen werden. Die Europäische Union sollte natürlich der Hauptpartner für die Länder Südosteuropas sein. Aber die bloße Tatsache, dass Herr Patten für die Außenbeziehungen verantwortlich ist, die den Balkan mit umfassen, ist, so meine ich, ein eigenes Problem.

*Aufnahme von Bosnien
in den Europarat*

Was den Europarat angeht, gehörte ich zu denen, die gesagt haben: Die Regierung von Bosnien und Herzegowina hat den Grundsätzen des Europarats zugestimmt. Jetzt muss sie diese Bedingungen besser erfüllen, und dann kann das Land aufgenommen werden. Verantwortung und Eigentumsrechte sind die Schlüsselbegriffe. Als Österreicher betrachte ich mein Land ausgesprochen als Teil des Balkans. Deshalb hoffe ich, dass meine Bemerkungen nicht überheblich klingen, da sie positiv und fürsorglich gemeint sind.

Es ist ganz klar, Partnerschaft zwischen den Ländern Ex-Jugoslawiens und Europa kann nur funktionieren, wenn beide Seiten verantwortungsbewusst handeln und darin übereinstimmen, zu dem zu stehen, was man beschlossen hat. Ich denke, es ist eine sehr wichtige Lektion, die wir unseren Freunden vermitteln müssen. Wenn sie die grundlegenden Bedingungen erfüllen, können sie beitreten. Zwei Jahre zuvor gab es buchstäblich keine Staatsregierung in Bosnien und Herzegowina. Jetzt gibt es einen Ministerrat mit sechs

Ministern. Als ich dort beim ersten Mal eintraf, waren es drei. Heute nimmt es sich in etwa wie eine moderne Regierung aus. Aus diesem Grunde meine ich, dass Bosnien und Herzegowina jetzt Mitglied des Europarats werden sollte, um sich weiterzuentwickeln und mehr und mehr Teil des gemeinsamen europäischen Projekts zu werden.

Viele dieser Probleme und Herausforderungen sind nicht auf Bosnien und Herzegowina begrenzt. Ich habe darauf hingewiesen, dass gegenwärtig weit mehr Korporationen in den Ländern der Region sichtbar werden. Nach meiner Ansicht sollte es das kurzfristige Ziel aller Länder in der Region sein, auf diesen Entwicklungen aufzubauen. Mehr Zusammenarbeit, mehr Koordination, mehr regelmäßige Treffen und mehr Routine, wie sie in Brüssel an der Tagesordnung sind, wenn sich die Mitgliedsländer der Europäischen Union treffen. Aber lassen Sie mich auch betonen, dass wir bereit sein müssen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, so dass wir auf die vor uns liegenden Herausforderungen besser vorbereitet sind und mit ihnen eleganter umgehen können.

Ahtisaari

Ich möchte einige Punkte für die weitere Diskussion zusammenfassen. Erstens besteht Konsens, dass die Herrschaft des Rechts wichtig ist. Es gibt genügend Untersuchungen darüber, was die Menschen hier erwarten. In erster Linie wollen sie eine faire Behandlung durch die Polizei und die Justiz. Aber wie können die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen werden? Deshalb habe ich nach den Gehältern gefragt. Ich meine, wir müssen uns solchen praktischen Fragen stellen.

Ein zweiter Punkt betraf die Parteienfinanzierung und wie die politischen Parteien aus dem Dilemma herauskommen können, wenn sie in der Gesellschaft mit organisiertem Verbrechen oder mit kriminellen Elementen zu tun haben.

Drittens halte ich es auch für wichtig, dass wir uns darüber einig sind, dass wir keine Stabilität in der Region zu Stande bringen werden, wenn es keine klare europäische Perspektive gibt, ob das nun zehn oder fünfzehn Jahre dauern wird.

Viertens schließlich stimme ich denen zu, die gesagt haben, dass es nicht eine Sache des fehlenden Geldes ist, sondern dass es darauf ankommt, die richtigen Dinge partnerschaftlich anzugehen und die Erfahrungen aus anderen erfolgreichen Unternehmungen zu berücksichtigen.

*Mehr Zusammenarbeit
und Koordination*

Herrschaft des Rechts

Parteienfinanzierung

Europäische Perspektive

*Partnerschaftliches
Vorgehen*

II. Die ökonomische Dimension: Findet Südosteuropa den Anschluss?

Ahtisaari

Unser Thema für die zweite Runde lautet: „Die ökonomische Dimension: Findet Südosteuropa den Anschluss?“

Der erste Redner ist Božidar Djelić, Minister für Wirtschaft und Finanzen der Republik Serbien.

Djelić

Ich denke, dieses Treffen ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, um die Probleme der hiesigen Region zu erörtern, einer Region, die das schwarze Loch Europas bleiben, aber auch in den nächsten zehn Jahren die Region mit dem höchsten Wachstum werden könnte.

Südosteuropa wird sich im nächsten oder übernächsten Jahr selbst entscheiden müssen – hoffentlich mit einiger Unterstützung durch die Europäische Union und von anderer Seite –, ob es das sein wird, was die Visegrad-Länder im vergangenen Jahrzehnt gewesen sind, nämlich eine europäische Erfolgsstory. Wenn ich das sage, fangen die Leute gewöhnlich an, ihre Augen zu verdrehen und ein höfliches Lächeln zu zeigen. Aber wir sollten uns daran erinnern, dass 1988/89 in Warschau Menschen in Schlangen nach Brot anstanden. Ich habe 1991 mit Herrn Balcerowicz gearbeitet, dem damaligen polnischen Finanzminister, und erinnere mich, wie verzweifelt die Menschen waren, wie grau die Straßen aussahen und wie weit sich Warschau zu jener Zeit vom europäischen Hauptstrom entfernt fühlte.

In einer Nachkriegssituation – und das trifft sicher auf viele Länder in der Region zu – beginnt man auf einem sehr niedrigen Niveau. Aber dann gibt es, wie ein Investment-Banker es nennen würde, einen starken Antriebseffekt. Ich möchte anhand zweier Schlüsselfragen aufzeigen, wie wir daraus eine wirkliche Erfolgsgeschichte machen, auf die wir alle in, sagen wir, zehn Jahren stolz sein können.

Wenn unser Thema lautet: „Die ökonomische Dimension. Findet Südosteuropa den Anschluss?“, dann ist meine erste Frage: Warum muss Südosteuropa aufholen? Und die zweite lautet: Wie kann Südosteuropa aufholen? Die Antwort auf die Frage: Warum aufholen? liegt auf der Hand. Sehen Sie sich die Zahlen an; Sie brauchen keinen sehr kundigen Ökonometriker, um zu erkennen, wie wichtig es für Südosteuropa ist, aufzuholen.

Es heißt, dass Slowenien in der Region die Spitzenposition einnimmt. Aber diese Spitzenposition macht nicht mehr als siebzig Prozent des EU-Durchschnitts aus. Alle anderen Länder liegen darunter. Ich hoffe, dass Serbien 2004 an die Europäische Union angrenzen wird, wenn Ungarn und die anderen Länder der ersten Beitrittswelle bis dahin integriert werden, Länder, die zwischen vierzig und fünfzig Prozent des EU-Durchschnitts erreichen. Mit unserer Kaufkraft sieht es allerdings im Vergleich besser aus; die Lebensver-

Referate

*Europäische
Erfolgsstory?*

*Lebensverhältnisse
in der Region
zum EU-Durchschnitt*

hältnisse in der Region sind jedenfalls besser, als die Statistik ausweist; denn der öffentliche Dienst, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die gesamte Infrastruktur kosten bei uns sehr viel weniger als in Westeuropa, so dass man kein zutreffendes Bild gewinnt, wenn man nur auf die Löhne oder das Brutto-Inlandsprodukt sieht.

Wenn Sie Südosteuropa nehmen, gibt der statistische Vergleich nicht viel her; denn wir haben es hier mit Ländern zu tun, deren Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf zwischen acht und fünfundzwanzig Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Das zeigt, wie notwendig es ist, aufzuholen, damit wir nicht auf die Dauer zum Mezzogiorno von Europa werden.

Serbien musste neun Jahre lang wirtschaftliche Sanktionen und drei Monate schwerste Bombardements seiner zivilen Infrastruktur durchstehen. Ich sage bewusst: der zivilen Infrastruktur; denn die NATO-Bomben haben das Energiesystem und große Teile der Eisenbahnen in allen größeren Regionen zerstört. Das müssen wir größtenteils selbst finanzieren; denn von der Europäischen Investitionsbank erhalten wir nur einige günstige und einige weniger günstige Anleihen. Dies alles, einschließlich der Zerstörungen bei unseren Nachbarn und in der eigenen Bevölkerung, die das vorherige Regime angerichtet hat, hatte zur Folge, dass sich das Brutto-Inlandsprodukt in diesen zehn Jahren auf ein Drittel reduziert hat.

Das heißt, 1989 lag das BIP von Serbien bei 29 Milliarden US-Dollar und war, als wir die Regierung im Jahre 2000 übernahmen, auf 10 Milliarden US-Dollar gesunken. Das ist in der modernen Wirtschaftsgeschichte der nördlichen Hemisphäre ohne Beispiel. Mir ist jedenfalls kein Land bekannt, das einen so schnellen Niedergang erlebt hat. Das ist Serbiens Erbschaft, auf der wir aufbauen müssen.

Bei den derzeitigen Wachstumsraten – die Experten des IWF, der Weltbank und der EU gehen von drei bis fünf Prozent Wachstum pro Jahr aus – ist unschwer zu erkennen, dass von Aufholen nicht die Rede sein kann, zumindest nicht zu meinen Lebzeiten, und ich bin jetzt 37 Jahre alt.

Aufholen ist also ein großes Problem. Nun hat niemand davon gesprochen, dass Südosteuropa den gleichen Lebensstandard erreichen muss wie Deutschland. Warum ist Deutschland so reich? Weil die Deutschen hart arbeiten und ihre Produktivität hoch ist. Deshalb stellt sich für die Menschen in Südosteuropa die Frage: Wie schaffen wir es, dass unsere Arbeitsproduktivität radikal steigt? Die serbische Regierung jedenfalls vermittelt unseren Menschen die Botschaft, dass es für uns ein absolut vordringliches Problem ist, aufzuholen.

Doch ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, wie es in den vierziger Jahren in Deutschland, in Frankreich, in Italien und in anderen Ländern aussah. Oder denken Sie gar an Bosnien im Jahre 1995. Die Beispiele zeigen, dass es ohne Hilfe von außen unmöglich ist, aufzuholen. Ohne den Marshall-Plan wäre Deutschland niemals so schnell vorangekommen. Wenn man gegenüber Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg die gleiche Politik verfolgt und dem Land ähnliche Sanktionen auferlegt hätte, wäre die Entwicklung wohl anders verlaufen. Ich will damit keine gewagten Parallelen ziehen; aber nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Dinge weit besser gelaufen als nach dem Ersten Weltkrieg.

Zerstörung der zivilen Infrastruktur in Serbien

Das BIP von Serbien

Steigerung der Arbeitsproduktivität

Notwendige Hilfe von außen

Mitunter kann man sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass Serbien fünfzehn Monate nach Ende des Milošević-Regimes noch keineswegs die freundliche Unterstützung erfährt, die wir eigentlich verdienen. Natürlich machen wir nicht alles perfekt; aber vor allem die EU und die Hauptpartner in der EU wären gut beraten, die Gelegenheit wahrzunehmen und uns freundschaftlich und ohne Vorbehalte entgegenzukommen.

Das gilt gleichermaßen für ganz Südosteuropa. Wir brauchen einen kräftigen An Schub. Der Stabilitätspakt ist gewiss eine große Hilfe, und es gibt zahlreiche Programme, doch all das ist, offen gesagt, unterdimensioniert. Aber mir war es wichtig, die historische Sicht zu betonen, die manchmal vergessen wird.

Es gibt keine einzige Region auf der Welt, die von sich aus im Stande wäre, zu ihren Nachbarn aufzuschließen, wenn sie nicht nachhaltig unterstützt wird. „Nachhaltig“ bedeutet nicht das eine Prozent des BIP, das die EU dem Teil des Kontinents zukommen lassen will, den sie demnächst integrieren will. Ich denke eher an fünf bis zehn Prozent des Bruttosozialprodukts, die die USA nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht haben und die die EU in Irland bewirkt hat, das heute der „wilde Tiger“ ist. Denken Sie daran, wie nervös die Franzosen waren, als sie erkannten, dass sie hinter Irland lagen!

Wie also holen wir auf? Ich will vier Bereiche nennen, um deutlich zu machen, wie Südosteuropa tatsächlich aufholen kann.

*Gemeinsames Ziel:
„Klub der Reichen“*

Der erste Bereich umfasst die Dinge, die wir sofort anpacken müssen. Das schließt die Verfolgung einer langfristigen Wirtschafts- und Sozialpolitik ein. Hier besitzt die Region einen großen Aktivposten. Denn zum ersten Mal in der Geschichte werden heute alle südosteuropäischen Länder von Demokraten geführt, von Leuten, die von ihrem Volk frei gewählt worden sind. Der andere große Aktivposten ist, dass wir alle das Ziel verfolgen, das letzte friedliche utopische Ideal gewissermaßen, nämlich dem „Klub der Reichen“ anzugehören, der EU. Das heißt nicht nur Streben nach Wohlstand.

*EU-Perspektive
als Versicherungspolice*

Das ist natürlich eine starke Motivation, der jedoch noch etwas anders zu Grunde liegt. Zum ersten Mal in der Geschichte befinden wir uns dank der EU in einer Situation, die es unmöglich macht, sich vorzustellen, dass erneut ein kriegerischer Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland oder anderen Ländern ausbrechen könnte. Teil der Europäischen Union zu sein bedeutet deshalb für Südosteuropa und für uns Serben so etwas wie eine ungeheure Versicherungspolice, die besagt, dass der Balkan nie wieder in einen Konflikt hineingezogen wird. Der Einsatz wäre einfach zu hoch.

„Stop-and-go“-Politik

Wer wie ich viel Zeit damit verbringt, über Zahlen zu reden, weiß, dass wir mitunter aus dem Blick verlieren, warum es so wichtig ist, unsere Länder in die Europäische Union zu integrieren. Wenn ich dennoch die Dinge anspreche, die wir erreichen müssen, dann ist das in erster Linie einer verantwortungsbewussten Politik geschuldet. In dieser Hinsicht hat sich Südosteuropa in den neunziger Jahren nicht gerade hervorgetan. Serbien mag ein extremer Fall sein auf Grund des Traumas, das es erlitten hat, aber es trifft auch für Rumänien und Bulgarien zu, dass wir die Neigung haben, eine Politik des „Stop-and-go“ an den Tag zu legen.

Verantwortliche Politik schließt soziale Spannungen ein. Verantwortliche Politik heißt, nicht einfach Geld zu drucken, sondern den Menschen die Wahrheit zu sagen, dass die Reallöhne und die Renten nicht schneller steigen können als die Arbeitsproduktivität. Das tut weh; denn es bedeutet: Nur einige Prozentpunkte pro Jahr, und nach der nächsten Wahl kommen dann neue Leute und verkünden, dass ihre Vorgänger, diese Amateure, unfähig waren und dass es durchaus möglich sei, sagen wir, 1000 DM zu verdienen. (Wir sind vielleicht die Letzten in Europa, die noch in DM rechnen. Diese Währung mag nicht im Umlauf sein, aber sie ist in allen Köpfen.) Es ist ganz einfach: Du musst nur für mich stimmen. Dann werden die Versprechen natürlich nicht erfüllt, die Inflation steigt auf vierzig, fünfzig, hundert Prozent. Die Menschen sind enttäuscht, es gibt Unruhe – und alles fängt wieder von vorne an. Die verantwortungsbewussten Leute kehren in die Regierung zurück; sie sind etwas langweiliger, aber sie scheinen zu wissen, wie man es macht.

*Versprechungen
und Enttäuschungen*

Wenn man in der Weise fortfährt, wie das zumeist in der Region geschieht, erhält man mittelfristig zwar ein reales Wachstum, doch im Vergleich holt man damit nicht auf, sondern fällt zurück. Das Erschreckende ist, dass Südosteuropa in den letzten zehn Jahren, was das Pro-Kopf-Einkommen angeht, im Verhältnis zur EU immer weiter zurückgefallen ist. Dies ist die harte Botschaft. Die gleichen Zahlen gelten nicht für die Visegrad-Länder oder für Slowenien.

*Pro-Kopf-Einkommen
im Verhältnis zur EU*

Warum geschieht das in dieser Weise? Ich rede nicht über tiefe historische Wurzeln oder die religiöse Trennung und dergleichen. Damit würden wir nur dem Unsinn einer Art von „Zivilisationsschock“ das Wort reden, was ich nicht tun will. Auf diesem Niveau sind in den siebziger Jahren genügend Bücher geschrieben worden, in denen begründet dargelegt wurde, warum die Iren immer arm bleiben müssen. Niemand hat mir bisher erklären können, wie Irland diesem „Schicksal“ entkam. Natürlich sind darin immer auch einige zutreffende Aussagen enthalten. Doch dahinter steht etwas, mit dem wir uns beschäftigen müssen, und das ist die politische Verfassung von Südosteuropa.

*Politische Verfassung
von Südosteuropa*

Ich verbiege die Realität vielleicht ein wenig, wenn ich sage, dass es in allen unseren Ländern etwas gibt, das man als aktives Drittel der Bevölkerung, als Schwungrad bezeichnen könnte, und die EU und unsere Regierung wären gut beraten, sich auf diese Kreise zu konzentrieren; denn dieses Drittel der Bevölkerung treibt die Gesellschaft an. In Serbien tritt dieses Drittel heute nachdrücklich für die Reform ein. Es ist sicher nicht überraschend, dass diese Leute in der Regel jung und gut ausgebildet sind und in Städten leben. In Belgrad erzielt die reformorientierte serbische Regierung außergewöhnlich gute Wahlergebnisse.

*Aktives Drittel
der Bevölkerung*

Auf der anderen Seite gibt es ein Drittel, das absolut gegen die Reform ist. Dass diese Gruppe eher älter und weniger gut ausgebildet ist und in der Regel in ländlichen Gebieten lebt, wird wiederum niemanden überraschen. Dieses Drittel ist gegen die Reform, obwohl zum ersten Mal seit zwölf Jahren in Serbien die Renten pünktlich ausgezahlt werden. Seit wir die Macht übernommen haben, sind die Renten um ungefähr dreißig Prozent gestiegen, und bei den lebenswichtigen Gütern hat es keine Verknappung gegeben. Darüber hinaus waren wir – dank Hilfe von außen – in der Lage, mehrfach Sonderzahlungen an das Drittel der Rentner zu leisten, das am schlechtesten dran ist. Aber das alles zählt offenbar nicht; denn vierzig Prozent dieser Leute stimmen nach wie vor für Milošević.

Antireform-Gruppe ...

... für Reformpolitik gewinnen

Dieses Drittel repräsentiert gewissermaßen den harten Kern, der schwer für eine Bewegung in Richtung europäische Integration zu gewinnen sein wird. Diese Leute sind typischerweise über fünfzig Jahre alt. Sie haben schwere zehnjährige, fünfzehn Jahre durchgemacht; sie haben Kinder, die jetzt erwachsen sind und selbst Schwierigkeiten haben, und sie haben noch zehn bis fünfzehn Jahre in ihrem Beruf vor sich. Viele von ihnen arbeiten in staatlichen Unternehmen, und sie leben überwiegend in Kleinstädten. Diese Menschen bilden das Herzstück, das man für die Reformpolitik gewinnen und zugleich in den europäischen Mainstream lenken muss.

Nachfrage nach Konsumgütern

Hier liegt meiner Ansicht nach der Schlüssel, wenn wir in den nächsten zehn Jahren eine „Stop-and-go“-Politik vermeiden wollen. Ich weiß nicht, ob die serbische Regierung in dieser Hinsicht genug getan hat, aber wir müssen unser Augenmerk auf ebendiese Gruppe richten, um sicherzugehen, dass es eine stabile Mehrheit für eine weitere europäische Integration gibt, statt uns in eine „Stop-and-go“-Politik drängen zu lassen. Wenn wir das schaffen, werden wir einen großen Gewinn daraus ziehen, was wir bei einem kürzlichen Treffen der Finanzminister in Belgrad feststellen konnten. Nach unseren Statistiken werden wir, wenn wir so weitermachen, in den nächsten drei bis fünf Jahren etwa fünf, sechs Prozent reales Wachstum beim Bruttosozialprodukt erzielen. Es gibt eine gewaltige Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern, etwa im Wohnbereich. Die Menschen wollen konsumieren und so leben wie das übrige Europa.

Südosteuropa kein Lateinamerika

Was das wachsende Pro-Kopf-Einkommen angeht, wird die Elastizität für all diese Waren zurückgehen, und es wird genau das passieren, was in den fünfziger Jahren in Westeuropa und in gewissem Maße in den Visegrad-Ländern in den neunziger Jahren geschehen ist. Das Ziel ist erreichbar, vorausgesetzt, dass der politische Prozess nicht zu sehr durch bestimmte generelle Trends gefährdet wird.

Deshalb sehe ich unsere Hauptaufgabe darin, dieses Drittel unserer Bevölkerung zu gewinnen und sicherzustellen, dass wir unsere verantwortungsbewusste Politik über mehr als zwei oder drei Jahre weiterentwickeln können, um den Kreislauf von Zusammenbruch und erneutem Wiederaufbau zu durchbrechen. Südosteuropa sollte nicht Lateinamerika sein.

Regionale Zusammenarbeit

Der zweite Weg, auf dem wir aufholen können, läuft zweifellos über die regionale Zusammenarbeit. Ich habe dieses Problem bereits angerissen. Anfang der neunziger Jahre ist darüber viel geredet worden. Wo die geopolitische Lage dementsprechend war, kam auch das Geld. Ich habe damals in Polen gearbeitet. Es ist uns leicht gefallen, einen Ein-Milliarde-Dollar-Sloty-Fond aufzulegen, um die Währung zu stabilisieren. Das war möglich, weil die Sowjetunion gerade zerfallen war, jedermann von Atomwaffen sprach und Europa jenen Teil der Welt stabilisieren wollte.

Natürlich sahen die Polen dies als eine historische Chance an, um nach drei oder vier Jahrhunderten, wo sie sich in einer äußerst schwierigen Lage befunden hatten, wieder in den europäischen Mainstream zurückzukehren. Heute komme ich indes nicht umhin zu erkennen, wie schwierig die Lage für uns ist.

Ich will niemanden beleidigen, aber man hat uns hier mit „n-minus 16“-Gruppierungen allein gelassen, um miteinander Diskussionen zu führen, wobei jeder seine eigenen Inter-

essen und Ansichten hat. Es ist sehr schwer, heute ein paar Millionen US-Dollar oder Euro zu erhalten, um irgendetwas aufzubauen.

Der Stabilitätspakt war an sich eine gute Idee, aber wir würden von den politischen Entscheidungsträgern ganz gern erfahren, wo das Geld bleibt. Es war für die Leute nicht schwer zu erkennen – obschon die EU ihre ausgewiesene Regionalpolitik hat –, dass alle wichtigen Instrumente, Konditionen, technische Hilfsprogramme, Kredite und das Stabilitäts- und Assoziierungsprogramm selbst, rein bilateral angelegt sind. Der Stabilitätspakt ist somit eine Idee, die gestärkt werden muss, und das ist ohne Geld nicht möglich.

Die EU wäre gut beraten, zumindest einige ihrer Fonds in regionale Projekte unter regionalen Bedingungen zu stecken. Ich meine, das würde sehr viel mehr Sinn machen. Jeder Geschäftsmann, der nach Belgrad kommt, ist an unserem Markt interessiert, aber offen gesagt, sie wollen vor allem Zugang zu den 55 Millionen Menschen in der Region bekommen, ohne große Probleme in die Europäische Union zu exportieren. Wir müssen deshalb sicherstellen, dass es genügend regionale Programme gibt, um das gemeinsam tun zu können. Wenn die EU dazu nicht den Anstoß gibt, müssen wir das in der Region selbst tun.

Vor zwei Wochen habe ich zum allerersten Treffen der Finanzminister der Region eingeladen. Keiner hat dabei gefehlt, mit Ausnahme derjenigen, die krank waren oder in Gesprächen mit dem IWF standen. Wir hatten eine Menge zu tun, angefangen beim Kampf gegen die Geldwäsche, gegen den Schmuggel und so weiter. Diese Gespräche werden in einigen Wochen im Kosovo fortgesetzt. Dabei werden wir darüber sprechen müssen, wie die Kluft zwischen vermeintlichen und tatsächlichen Risiken in der Region verringert werden kann. Wir müssen deutlich machen, dass es sich lohnt, in Südosteuropa zu investieren. Wir müssen die Visegrad-Länder nachahmen, indem wir sowohl miteinander konkurrieren als auch in unserem eigenen Interesse zusammenarbeiten.

Regionale Zusammenarbeit ist deshalb für diesen Aufholprozess lebenswichtig. Wie kann das funktionieren? Wenn die EU uns sagt, dass es mit dem Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen so lange nicht weitergeht, bis alle Länder in der Region bilaterale Freihandelsabkommen unterzeichnet haben, werden wir in diesem Sinne weitermachen. Der Stichtag dafür ist der 31. Dezember dieses Jahres. Serbien hat bereits eine Reihe von bilateralen Freihandelsabkommen unterzeichnet, und wir werden damit fortfahren.

Sicher, multilaterale Gespräche in großer Runde wären optimal gewesen, aber für einige Länder wie Kroatien und andere wäre das politisch schwer zu verkraften gewesen, weil sie immer den „Vampir“ Jugoslawien vor Augen gehabt hätten, der brüllend sein Haupt erhebt. Doch in dem Moment, wenn wir alle bilaterale Abkommen haben, ist es nur noch eine technische Frage, die Freihandelszone in Südosteuropa zu schaffen. Deshalb kann auch die regionale Zusammenarbeit erreicht werden.

Die dritte Möglichkeit um aufzuholen ist, darauf hinzuweisen, dass es nicht zuletzt im strategischen Interesse der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft liegt, dass diese Region gewissermaßen entbalkanisiert und Teil des europäischen Mainstreams wird. Es geht um zwei oder drei Prozentpunkte beim Bruttosozialprodukt über die nächsten fünf Jahre. Nach all dem, was in den letzten zwölf Übergangsjahren

Gelder aus dem Stabilitätspakt?

Risiken in der Region verringern

Bilaterale Freihandelsabkommen

Freihandelszone

Entbalkanisierung der Region

gesagt und getan wurde, schlage ich keinen Marshall-Plan vor. Mir geht es vielmehr um sichtbare und wichtige Projekte, über die wir reden sollten. Lassen Sie mich dafür zwei Arten von Beispielen nennen.

Infrastrukturprojekte

Zum einen geht es um Infrastrukturprojekte. Westeuropa hat seine Wirtschaftsentwicklung mit Investitionen in die Infrastruktur begonnen. Wir brauchen Brücken, Eisenbahnen, Energie, Straßen, Telekommunikationsverbindungen. Wenn wir uns in diesem Bereich auf, sagen wir, zwei ehrgeizige und sicher auch kostenträchtige Projekte konzentrieren würden, könnte das einen gewaltigen Schub in den beteiligten Regionen auslösen. Es fehlt heute an großen nationalen und regionalen Projekten, mit denen wir uns identifizieren können.

Anhebung des Lebensstandards

Zum anderen geht es um die Anhebung des Lebensstandards als Teil des serbischen oder auch des rumänischen Traums. Dabei stehen langlebige Konsumgüter und Wohnungseinrichtungen im Vordergrund. Schauen Sie sich an, wie viele Menschen kein Dach über dem Kopf haben. Das heißt, neben den Infrastrukturmaßnahmen sollten wir uns auf die Wohnverhältnisse konzentrieren und den Menschen Zugang zu einigen langlebigen Konsumgütern verschaffen. Wenn uns das gelänge, könnten wir in drei bis fünf Jahren jenem Drittel der Bevölkerung, das ich erwähnt habe, das Leben erheblich erleichtern. Unser Ziel in Serbien ist es jedenfalls, dass in drei bis fünf Jahren ein großer Teil der Bevölkerung – sicher nicht die Mehrheit, das ist unrealistisch – tatsächlich die Früchte des Wachstums bei uns genießen kann. Wenn sie dann ihren neuen Eisschrank zeigen können oder jemanden kennen, der sich ein neues Haus oder eine Wohnung gekauft hat, werden die Menschen wieder Zutrauen fassen und entsprechend weitermachen.

Beziehungen zwischen Belgrad und Zagreb

Die vierte Möglichkeit hat sehr viel mit Gruppendruck zu tun. Seit die serbische Regierung vor fünfzehn Monaten an die Macht gekommen ist, haben wir ein positives Beispiel für andere geschaffen – zumindest haben mir das meine Kollegen aus der kroatischen Regierung bestätigt. Die Beziehungen zwischen Belgrad und Zagreb sind von großer Bedeutung, und wir konkurrieren in der Tat miteinander, beispielsweise um Investitionen. Wir achten darauf, was sie im Bankenbereich auf die Beine stellen. Ich sehe mir an, was unsere rumänischen Freunde tun. Wir müssen im Wettbewerb stehen.

Aufholprozess

Beim Aufholprozess gibt es keine lineare Entwicklung. Ich habe einige klassische Beispiele genannt, aber letztlich muss jedes Land seine eigene Antwort finden. Es steht uns in Serbien nicht an, zu sagen, nur die Länder haben wirklich aufgeholt, die eine neue „Mausefalle“ oder einen neuen Trick entdeckt haben. Die kleinen Länder – und die meisten der Region sind klein – haben nicht davon profitiert, dass sie in ihrem Land kleine Wunderdinge erfunden haben. Es geht darum, den kommenden gewichtigen „Gorilla“ auf dem Weltmarkt zu finden.

Aktivposten Diaspora

Für Singapur hieß das in den siebziger Jahren Intel. Für Irland in den achtziger Jahren war das Apple. Das heißt, in Serbien halten wir heute Ausschau nach einem neuen Apple oder einem neuen Intel. Dazu sind wir noch nicht in der Lage, aber wir sehen uns die Liste der schnell wachsenden Firmen in Amerika an. Wir blicken auf den Neuen Markt in Deutschland. Wir nehmen uns Fortune 2000 vor, doch eher im Bereich der Tausender bis Zweitausender. Wir setzen in erheblichem Maße auf unsere Diaspora; denn das ist einer von Serbiens großen Aktivposten. An die 300000 gut ausgebildete junge Serben haben

Milošević den Rücken gekehrt, den sie nicht wollten. Sie sind ins Silicon Valley, nach London oder nach Berlin gegangen. Viele von ihnen helfen uns heute, um diese neue „Mausefalle“ zu finden.

Um zusammenzufassen: Wir müssen aufholen. Das wird nicht leicht sein, weil wir von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau starten. Es gibt vier Wege, auf denen wir das tun können. Erstens müssen wir jenes Drittel der Wählerschaft einbeziehen, das Voraussetzung dafür ist, von der „Stop-and-go“-Politik wegzukommen. Zweitens brauchen wir die regionale Zusammenarbeit und eine Ermutigung durch die EU, dem Stabilitätspakt mehr Biss zu geben. Drittens gilt es, mit Hilfe von Geldern der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusammen mit privaten und eigenen Finanzmitteln sicherzustellen, dass die Infrastruktur und andere Projekte in den kommenden drei bis fünf Jahren entwickelt werden. Viertens muss jedes Land im Wettbewerb den besten „Trick“ herausfinden, damit zumindest ein Teil unserer Wirtschaft nicht nur um sechs oder sieben Prozent – obwohl das schon ein guter Durchschnitt ist –, sondern um zwanzig bis vierzig Prozent im Jahr wächst.

Ich hoffe, dass ich dafür einige Ideen beigesteuert habe. Eines meiner Vorbilder ist Jean Monnet, der versucht hat, mit seinen Ideen andere anzustecken, ungeachtet dessen, wer später diese Ideen für sich beansprucht hat. Eine Idee, die hoffentlich ansteckend wirkt, möchte ich abschließend nennen: Was wir vor allem anderen in der Region brauchen, ist Frieden, und ein großes Sinnbild des Friedens sind sicherlich die Olympischen Spiele. Ich kann mir kein besseres konkretes Projekt vorstellen. Das hat nichts mit einer erzwungenen politischen Integration zu tun, sondern es würde Wachstum, Zusammenarbeit und Verständigung fördern und zugleich vielen Menschen in den kommenden Jahren Arbeit verschaffen, wenn die olympischen Sommerspiele 2012 in der Region ausgerichtet würden. Warum sollten wir uns dieses Ziel nicht setzen?

Ahtisaari

Jetzt hat Herr Bearpark, stellvertretender Leiter der UN-Verwaltung im Kosovo, das Wort.

Bearpark

Es war nicht ganz leicht, Herrn Djelić in einem Punkt zu folgen. Ich könnte versucht sein, zu sagen, dass wir im Kosovo eine „Mausefalle“ erfunden haben. Das Problem ist, dass es „Mafia“ genannt wird, und das ist vielleicht nicht ganz das, was wir wollten. Ich stimme Herrn Djelić jedoch weitgehend zu, werde dies aber aus einer anderen Blickrichtung tun, nämlich aus der Sicht meines Zahlmeisters in Brüssel und aus der Perspektive meiner internationalen Gemeinschaft.

Zuvor will ich auf die Wirtschaft des Kosovo eingehen, die hier verschiedentlich erwähnt wurde, wobei mein Eindruck ist, dass man das doch etwas zu pessimistisch gesehen hat. Ich behaupte nicht, alles sei großartig und wundervoll, aber es gibt Fortschritte im Kosovo. Herr Svilanović hat den Anschlag auf die Versammlung der Demokratischen Liga Kosovos (LDK) vor einigen Wochen erwähnt, in der Tat ein tragisches und schreckliches Ereignis. Aber ich bin achtzehn Monate lang in Prishtina gewesen und habe erlebt, dass die ethnischen Gewalttaten von Woche zu Woche abgenommen haben. Es ist jetzt

*Niedriges
Ausgangsniveau*

Vorbild Jean Monnet

Fortschritte im Kosovo

viel besser als noch vor sechs Monaten, was nicht heißen soll, dass es bereits gut genug ist, aber man ist auf dem richtigen Weg.

Sogar in der Wirtschaft geht es voran. Die Infrastruktur ist größtenteils wiederhergestellt worden. Die Straßen sind belebt, das Telefonsystem wird überbeansprucht. Es gibt sieben Lizenz-Banken. Das mag den meisten Menschen nicht eben viel erscheinen, aber für uns sind es sechs mehr, als es Anfang letzten Jahres gab. Das Vertrauen in die Wirtschaft ist im Kosovo jedenfalls im Allgemeinen recht hoch. Das ist die gute Seite der Geschichte.

*Kosovo-Status:
ausbleibende Kapitalhilfe*

Die schlechte Seite darf ich Ihnen natürlich nicht verschweigen. Wir haben es hier mit einer Wirtschaft zu tun, die auf dem Wiederaufbau basiert. Die Gelder stammen vorwiegend aus der Diaspora, und der Handel spielt eine wichtige Rolle. Das Problem ist, dass diese Gelder auslaufen – meiner Ansicht nach zu Recht – und nicht im gleichen Maße durch Kapitalhilfe der internationalen Finanzinstitutionen und des privaten Geldsektors ersetzt werden. Das liegt vor allem daran, dass die Frage des Kosovo-Status nicht geklärt ist. Die Argumente, die vorgebracht wurden, verstehe ich durchaus, wenn es heißt, solange der Kosovo-Status ungeklärt ist, halten wir diese Gelder besser zehn Jahre lang zurück. Das mag an diesem Tisch und bei Leuten, die in den verschiedenen Hauptstädten sitzen, einleuchten, aber ich warne davor, dass wir dafür in diesen zehn Jahren einen hohen Preis zahlen müssen, weil es dann hier keine wirtschaftliche Entwicklung geben wird.

*Korruption,
Wirtschaftskriminalität,
organisiertes Verbrechen*

Noch einmal kurz zurück zur so genannten „Mausefalle“. Korruption, Wirtschaftskriminalität und organisiertes Verbrechen stellen in der Tat ein großes Problem dar. Wer das seitens der UNMIK oder aus dem Kosovo abstreitet, lügt. Wir haben mit diesen Problemen zu tun. Was ich jedoch nicht verstehe, ist, warum in den Hauptstädten niemand etwas dagegen tun will; denn das ist gar nicht so schwer einzusehen. Niemand weiß beispielsweise so recht, wie die Staatsunternehmen arbeiten. Das ist im Dunstkreis der Rechtsstreitigkeiten untergegangen. Aber wir begreifen sehr wohl, wie das organisierte Verbrechen arbeitet, weil dies Folgen für Westeuropa hat.

Wir wissen, wie der Zigarettenschmuggel im Kosovo funktioniert. Es gibt Leute, die mir sagen können, zu welcher Stunde welcher Lastwagen welchen Punkt passiert hat, wo Männer mit schwarzen Masken aus welchem vierrädrigen Fahrzeug herausgesprungen und den Weg hinuntergelaufen sind. Wir haben in den europäischen Hauptstädten durchaus die Möglichkeit, mit diesen Dingen fertig zu werden. Deshalb verstehe ich nicht, warum wir nicht mehr für das Kosovo tun. Wir sagen: mehr tun! Bei jeder internationalen Konferenz, bei jedem Treffen der Kontaktgruppe, bei jeder Tagung der Europäischen Union stimmt man mir zu, dass wir mehr gegen die Wirtschaftskriminalität tun müssen. Auf allen Seiten begrüßt man das, aber niemand tut etwas für mich, und ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, warum das so ist.

Aufholen?

Ist das eine Frage des Aufholens? Meine Antwort lautet: nein. Wenn ich den Balkan insgesamt nehme und die von Michael Schaefer und Christian Schwarz-Schilling vorgebrachte Analogie miteinander verbinde, dann sage ich: Ja, das Glas ist halb voll, aber es ist weit schwerer, das Glas ganz zu füllen, als es nur halb voll zu machen. Was jedoch noch weit schwerer ins Gewicht fällt, ist, dass die anderen ständig ein größeres Glas bekom-

men, so dass man überhaupt nicht aufholt. Aber wissen wir das wirklich? Ich freue mich über das, was Herr Djelić gesagt hat. Denn ich fürchte, trotz der intensiven Präsenz der internationalen Gemeinschaft auf dem Balkan in den letzten sechs oder sieben Jahren wissen wir häufig sehr viel weniger, als wir zu wissen glauben.

Das hat auch institutionelle Gründe. Nehmen Sie zum Beispiel den Berater, der für eine Woche hierher kommt, um mich in Fragen der Tarifstruktur im Energiesystem des Kosovo aufzuklären, und der am siebten Tag wieder wegfliegt, wobei er nicht einmal realisiert hat, dass wir über keine Kernkraftwerke, sondern nur über Kohlekraftwerke verfügen. Ich könnte Ihnen zahllose Beispiele dieser Art nennen.

Hier besteht ein genereller Konsens darüber, dass die Staaten Südosteuropas im Augenblick nicht aufholen können. Ich kann die Bezeichnung „Südosteuropa“ nicht mehr hören. Dies ist der Balkan, und ich bin stolz darauf, auf dem Balkan zu sein! Die internationale Gemeinschaft ist hier einem Missverständnis aufgesessen. Als man nach dem Bombardement in das Kosovo ging, glaubten die Vertreter der internationalen Gemeinschaft, sie sollten dort den Wiederaufbau voranbringen, um die durch den Krieg verursachten Schäden zu beseitigen. Das ist Unsinn. In diesem Sinn hat es im Kosovo keinen Krieg gegeben – nicht wie in Bosnien mit wechselnden Fronten und der Zerstörung von Eigentum. Es gab praktisch keine Zerstörung, die diesen Namen verdient. Man hätte die Kriegsschäden im Kosovo in zwei Wochen beseitigen können, wenn man gewollt hätte. Womit wir es tatsächlich zu tun haben, ist, dass hier zehn Jahre lang alles vernachlässigt und nichts zur Erhaltung getan wurde. So wollte man es jedenfalls hier sehen, auch wenn das den Tatsachen nicht entspricht. Mir haben Fachleute, denen ich wirklich vertraue, gesagt, dass sich das Kosovo seit etwa dreiundvierzig Jahren in einem wirtschaftlichen Niedergang befindet. Wir versuchen diesen Trend umzukehren, und das ist keine kurzfristige Angelegenheit.

Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen auf dem Balkan, aber die wirtschaftlichen Probleme sind überall vorhanden, und die sind in erster Linie eine Frage der politischen Entwicklung. Ich habe vor kurzem in einem Papier gelesen, es sei unbestreitbar, dass die wirtschaftliche Entwicklung notwendig sei, bevor es politische Stabilität geben könne. Ich bestreite das. Ich meine, man braucht zuerst die politische Entwicklung. Zumindest muss man akzeptieren, dass die beiden Entwicklungen absolut miteinander verbunden sind und sich gegenseitig bedingen. Die Wirtschaftsentwicklung kann nicht dazu dienen, auf irgendeine wundersame Weise eine politische Wirkung zu erreichen.

Mich würde interessieren, wie Sie das hier sehen. Ich war in der letzten Woche im Kosovo und habe versucht festzustellen, ob sich für diese Behauptung noch stärkere Beweise finden lassen. Ich habe meine Leute von der Weltbank, dem IWF, der Europäischen Investitions- und Entwicklungsbank gefragt, welches nach ihrer Meinung in den letzten fünf bis zehn Jahren die fünf erfolgreichsten und welches die fünf am wenigsten erfolgreichen Ökonomien gewesen sind. Die Liste, die wir erhalten haben, zeigt folgendes Bild: Die fünf Gewinner sind Botswana, Südkorea, Singapur, Hongkong und China; die fünf Verlierer sind Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Libyen, Irak und der Kongo. Man könnte dazu die jeweilige Regierungsstruktur dieser Länder analysieren. Ich möchte mich hier auf ein anderes Argument beschränken. In der Liste der fünf Verlierer gibt es vier, die über ungeheure Bodenschätze in Form von Erdöl verfügen, während das fünfte

Berater

Kriegsschäden im Kosovo?

*Politische Stabilität
vorrangig*

*Ländervergleich:
wirtschaftlicher Erfolg
und gute Regierung*

Land, der Kongo, die größten Diamantvorkommen der Welt besitzt. Trotz dieser ökonomischen Vorteile haben diese fünf Länder elend versagt.

Wenn wir uns die fünf Gewinner anschauen, dann bin ich mir, ehrlich gesagt, nicht ganz sicher. Ich bin in Botswana gewesen und habe dort keine großen wirtschaftlichen Fortschritte gesehen. Es gibt einen schönen Freizeitpark, und das ist es. Ich bin mehrfach in Singapur gewesen, ein vergleichsweise kleiner Ort, der die Finanzmärkte übernommen und darin seine „Mausefalle“ gefunden hat. Doch ich sehe keine eigentlich wirtschaftlichen Gründe, warum diese fünf Länder die Gewinner sein sollten. Ich denke, die Gründe liegen weit mehr in ihrer Regierungsform und haben mit ihrem politischen Erfolg zu tun.

Solche Vergleiche ließen sich auch bei den Übergangsländern anstellen. Zugespitzt formuliert sind zwei Dinge von Bedeutung: erstens eine gute Regierung, wirkliche Demokratie, lokales Wachstum. Zweitens, wenn es an diesen Dingen fehlt, werden einem Land all sein Erdöl oder seine Diamanten nicht helfen.

Viele Fachleute wollen das nicht akzeptieren, sondern bestehen darauf, dass die wirtschaftliche Entwicklung Vorrang habe. Diesen Glauben vertreten viele Besucher, die in mein Büro in Prishtina kommen und ehrlich meinen, im Schrank hinter meinem Schreibtisch ständen Kartekästen mit der Aufschrift „Wirtschaftliche Entwicklung“. Die Militärs sind völlig uneins mit mir und fragen mich, warum ich ihnen diese nicht aushändige. Und wenn ich sie ihnen aushändigen könnte, würden sie fragen, warum ich das nicht etwas schneller tue. Sie glauben wirklich, dass die wirtschaftliche Entwicklung so funktioniert. Natürlich ist das nicht der Fall.

*Entwicklungshilfe-
Programme
für den Balkan?*

Welche Instrumente setzen wir ein? Ich vertrete die Auffassung, dass die Instrumente, die wir benutzen, nicht sehr erfolgreich sind. Auf dem Balkan sind dies beispielsweise „Entwicklungshilfe-Programme“. Aber welche Bedeutung können Programme, die ausgearbeitet wurden, um Ländern der Dritten Welt zu helfen, ihre Sterberaten in einem Zeitraum von zwanzig, dreißig oder vierzig Jahren zu senken, für eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilisierung auf dem Balkan haben? Das läuft so nicht. Entwicklungshilfe-Programme haben ihre Bedeutung, aber sie können diese Aufgabe nicht leisten. Sie führen uns geradewegs auf den falschen Weg, mehr Geld zu fordern. Wann immer ich meinen Chef, Chris Patten, um mehr Geld für das Kosovo bitte, antwortet er: Ich kann Ihnen nicht mehr geben; das Kosovo erhält bereits jetzt mehr als Indien. Ich arbeite nicht mit solchen Vergleichen. Aber Chris Patten geht natürlich zu Recht davon aus, dass jeder Cent, den er dem Balkan aus dem Entwicklungshilfe-Budget gibt, nicht mehr zur Verfügung steht, um Armutsprobleme in Afrika, Lateinamerika oder sonst wo zu lindern oder zu bewältigen.

Solange solche Gleichungen aufgemacht werden, werden wir keinen Erfolg haben. Bei den baltischen Staaten beispielsweise stellen wir solche Vergleiche nicht an. Die Länder im Rahmen der EU-Erweiterung werden nicht aus einem Entwicklungshilfe-Fonds finanziert. Sie erhalten Mittel anderswoher.

*Bürgschaften –
kein reales Geld*

Das Zweite, was wir tun, ist: dass wir uns beim Geld in die Tasche lügen. Bei den Geldern für die Entwicklungshilfe geht es um Mittel, wie sie auf Schuldnerkonferenzen bewilligt werden. Das ist kein Geld, das man ausgeben kann. Das hat sich in mancher Situation

zeigt, als ich mit Wolfgang Petritsch in Bosnien war. Wir sind verschiedentlich in Schwierigkeiten geraten, weil man uns in Bosnien Korruption unterstellte, da niemand die fünf Milliarden US-Dollar finden konnte. Das war auch gar nicht möglich, denn diese fünf Milliarden Dollar hat es nie real gegeben. Es handelte sich dabei um Bürgschaften, die man in Konferenzen angeboten hatte, weil es gut klang. Es war kein Geld, das von einem Bankkonto zu einem anderen geflossen ist und ausgegeben werden konnte, um, sagen wir, Häuser wieder aufzubauen. Es gibt viele derartige Beispiele. Was ich damit sagen will, ist: Entwicklungshilfe-Gelder sind notwendig, sie reichen jedoch nicht für eine ökonomische Umgestaltung aus.

Ein weiteres Instrument ist der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, ein im Grunde völlig nichts sagender Begriff. Was ist die Vision des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses? Dieser Prozess führt keine politische Veränderung, keinen demokratischen Wandel herbei, den wir erwarten.

Ich möchte damit schließen, dass ich an fünf Beispielen zeige, was getan werden könnte, damit es besser wird.

Erstens sollten wir es wirklich ernst meinen, wenn wir sagen, dass wir mit echten Partnern vor Ort arbeiten wollen. Das behaupten wir zwar immer, aber die Zwänge, mit denen wir es zu tun haben, führen dazu, dass wir dies in Wahrheit nicht tun. Wir ziehen es vor, einen Berater für eine Woche einzufliegen, der die Dinge falsch mitbekommt und dann einen netten Bericht verfasst. Zumindest ist das Geld verteilt worden, was sehr wichtig ist. Deshalb plädiere ich für echtes „ownership“ vor Ort und wirkliche lokale Partnerschaft.

Zweitens vertrete ich die Ansicht, dass wir in jedem Fall mehr Geld brauchen. Das ist sicher keine gute Nachricht für die Steuerzahler in Europa. Ich sage das deshalb nicht gern, aber wir brauchen mehr Geld, doch keine Hilfgelder als solche. Wir benötigen Geld in unterschiedlichen kreativen Formen, um den wirtschaftlichen Wandel zu schaffen.

Als Drittes ist der regionale Ansatz notwendig, von dem Herr Djelić gesprochen hat. Das ist in der Tat ein sehr wichtiger Punkt. Wir brauchen den Stabilitätspakt. Wir wollen daran mit Erfolg weiterarbeiten, denn ohne das sind wir verloren.

Das Vierte ist eine ebenso langweilige wie wichtige Angelegenheit. Wir brauchen Mechanismen, um das schaffen zu können, von dem wir meinen, es schaffen zu sollen. Gerald Knaus und andere haben die Umsetzung der Eigentums-Gesetzgebung in Bosnien erwähnt. Ohne in die Einzelheiten zu gehen, sollten Sie wissen, dass dieses Instrument zu einem positiven Ergebnis geführt hat. Ohne solche Mechanismen bleibt es nur bei Worten, die nichts ändern werden.

Fünftens: Auf Seiten Europas brauchen wir eine realistische Vorstellung davon, was auf dem Balkan geschehen soll. Wir haben allzu viel den Bürokraten überlassen, wobei ich mich selbst einschließe. Wir brauchen eine politische Vision. Ich will nur ein Beispiel nennen. In den nächsten Wochen soll ich im Kosovo ein gewaltiges Kraftwerk planen und in Angriff nehmen, das Energie für den gesamten Balkan liefern wird. Durch entsprechende Abkommen sollen alle eingebunden werden, damit jedermann im Kosovo und auf

*Stabilisierungs- und
Assoziierungsprozess*

Partner vor Ort

Mehr Geld

Regionaler Ansatz

Geeignete Mechanismen

*Realistische Vorstellung
auf Seiten Europas*

dem Balkan reich und glücklich werde. Das kann sogar stimmen, nach allem was ich höre. Was ich indes mit Sicherheit weiß, ist, man erwartet von mir, dass ich das mit einem Budget für Öffentlichkeitsarbeit von wahrscheinlich 50 bis 100 Euro tun werde.

Ich erinnere nicht, dass der Kanaltunnel von einigen Halbtagsbürokraten gebaut worden ist, die gesagt haben: „Oh, dies könnte eine gute Idee sein, und mir liegt dazu irgendeine Studie der Weltbank vor.“ Nein, er wurde gebaut, weil die Führer zweier Länder seinerzeit eine politische Vision hatten. Solch eine politische Vision vermessen wir in Europa für den Balkan.

Ahtisaari

Botswana

Warum steht Botswana so gut da? Erstens hat es Diamanten. Zweitens hat es eine der maßvollsten Regierungen, die mir jemals bekannt geworden ist. So hat man beispielsweise nur wenige auswärtige Botschaften. Wann immer ich mit jemandem aus diesem Land gesprochen habe, habe ich gesagt: „Eröffnen Sie keine neue Botschaft, wenn Sie sie nicht brauchen.“

Botswana fördert zudem die Demokratie. So hat die Regierung sogar Geld dafür ausgegeben, um die Opposition am Leben zu halten, als diese in Gefahr war, sich aufzulösen. Die Regierung hat sich also für die Erhaltung des Mehrparteiensystems eingesetzt. Deshalb denke ich, dass viele Länder von Botswana lernen können.

Knaus

ESI-Studie

Vor kurzem hat die European Stability Initiative (ESI) eine größere Studie durchgeführt, die sich mit Volkswirtschaften im südlichen Balkan befasste. Wir nahmen uns in unserer Fallstudie eine der größeren Städte im Kosovo vor, nämlich die Stadt Pec. Wir untersuchten die früheren Industrieunternehmen, die in den letzten drei Jahrzehnten im jugoslawischen Sozialismus errichtet wurden, um herauszufinden, was mit ihnen passiert war. Was wir feststellten, war, dass die jetzigen Produktionsunternehmen in Pec genau dieselben sind, die es bereits in den 1930er Jahren gab, also vor dem Zweiten Weltkrieg und vor dem Kommunismus. Insgesamt sind in den Staatsunternehmen in Pec rund 1500 Arbeiter beschäftigt. 500 davon in einer Brauerei. Die anderen sind in kleinen Einzelhandelsläden angestellt. Nun mag jemand einwenden, dies sei nur im Kosovo so, aber wir haben sehr ähnliche Dinge in Bosnien vorgefunden. Das bedeutet, kurz gesagt, dass auf dem südlichen Balkan ein tief greifender Prozess der Deindustrialisierung abläuft. Dieser Befund legt nahe, dass Serbien teilweise vor den gleichen Problemen steht.

Deindustrialisierung

Eine weit gehende Deindustrialisierung der alten sozialistischen Industrien hat erhebliche soziale und wirtschaftliche Folgen. Es liegt auf der Hand, dass die Antwort darauf im Wachstum eines neuen privaten Sektors liegen muss. Auf der positiven Seite steht, dass in Pec neunzig Prozent der Steuereinnahmen bereits vom privaten Sektor stammen. Der Prozess der Deindustrialisierung begann Mitte der 1980er Jahre, als die Bundesinvestitionen ausblieben. Das ging Milošević und dem Ende des jugoslawischen Sozialismus voraus. Seit 1987 wurde kein Geld mehr in die Staatsbetriebe investiert. Der Niedergang der Betriebe hat länger gedauert als deren Aufbau: nämlich zwischen 1965 und 1980.

Die Menschen in der Region sind sich dessen bewusst, weil sie es erlebt haben; aber dieser Prozess ist bisher nicht voll verarbeitet worden. Ich ziehe daraus den Schluss, dass viele Probleme, die wir im südlichen Balkan antreffen, weit gehend den Problemen gleichen, die die ärmeren Länder im südlichen Europa hatten – und ich nenne hier bewusst das europäische Beispiel.

Wenn wir Berichte über die Volkswirtschaften Sardinien, Siziliens, Nordgriechenlands oder Spaniens und Portugals in den 50er Jahren lesen, stellen wir fest, dass weder das Kosovo noch Mazedonien so außergewöhnlich sind. Die seinerzeitigen Probleme gleichen den Problemen, mit denen das Kosovo oder Bosnien heute konfrontiert sind. Es ist sicher richtig, dass sich der ärmere Teil Südeuropas seitdem weiterentwickelt hat, wenn auch unter großen Schwierigkeiten. Aber der Mezzogiorno ist immer noch der Mezzogiorno, auch wenn er sich von der Wirklichkeit, die vor zwei Generationen bestand, weit entfernt hat. Die Frage ist also, wie sicher wir sein können, dass der Trend im Kosovo, in Bosnien, Mazedonien, Albanien oder in Serbien in die gleiche Richtung geht. Bisher war das Gegenteil der Fall.

In Bosnien beispielsweise werden in den kommenden zwei oder drei Jahren höchstwahrscheinlich drei Dinge gleichzeitig stattfinden. Zum einen werden die Finanzhilfen erheblich reduziert werden, was sich unmittelbar auf die wenigen Industrien auswirken wird, die in den letzten Jahren so schnell wie nie zuvor gewachsen sind. Dazu gehört vor allem der Bausektor. Zweitens fällt die Reduzierung der Finanzmittel von Seiten der Hauptgeberländer einschließlich der Europäischen Union in den nächsten zwei Jahren zusammen mit den erheblich steigenden Geldbeträgen, die Bosnien benötigt, um seine Auslandsschulden zu bedienen. Diese werden um rund 120 Millionen US-Dollar pro Jahr zunehmen. Und diese Entwicklung wird drittens dazu führen, dass eine Reihe von Unternehmen Bankrott gehen, die bisher verschont wurden. Die britische Entwicklungshilfagentur, DFID, hat geschätzt, dass weitere 70 000 Menschen ihre Arbeitsplätze in den Staatsunternehmen der verschiedenen städtischen Zentren in Bosnien verlieren werden. Das alles tritt in den nächsten zwei Jahren gleichzeitig ein.

Wir müssen uns fragen, warum die politische Situation in der Region so instabil ist; warum Regierungen gewählt und dann bei den nächsten Wahlen wieder aus dem Amt geworfen werden, wie das in Bulgarien geschehen ist, wo die Regierung, die von allen gelobt wurde, eine dramatische Niederlage erlitten hat. Auch in Rumänien ist das bei den letzten Wahlen passiert.

Die Erklärung ist natürlich, dass sich ganz neue Institutionen, die gerade erst entstanden sind, äußerst schwer tun, die Legitimität zu gewinnen, die sie benötigen, um ihren Bürgern die Dienstleistungen zu vermitteln, wenn sie lediglich in der Lage sind, Haushaltsbeschränkungen zu verwalten. Darüber hinaus haben sie keine Kontrolle über die Finanzhilfen und Investitionen, weil alles von ausländischer Unterstützung abhängt. Dies sind jedoch eben jene Institutionen, die die wirtschaftlichen Reformen durchführen müssen. Bei der Deindustrialisierung und dem neuen Wirtschaftswachstum handelt es sich nicht um eine Wirtschaftsreform im eigentlichen Sinne. Vielmehr wird hier eine völlig neue Gesellschaft aufgebaut, wo Menschen in verschiedenen Städten wohnen, ganz unterschiedlich leben und sogar ihre Häuser unterschiedlich bauen.

*Vergleich zur
Entwicklung Südeuropas*

*Einflussfaktoren
in Bosnien*

*Instabile
politische Situation*

*Fehlendes Vertrauen
in Institutionen*

*Sozialer Wandel
durch Migration*

Im Mezzogiorno zum Beispiel hat in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren ein dramatischer sozialer Wandel stattgefunden. Was Sardinien, Sizilien und andere Regionen heute mit dem Balkan gemeinsam haben, ist lediglich die große Zahl von Migranten. In Italien haben sechs Millionen Menschen den Süden verlassen. Ein Drittel der Sardinier ist aus Sardinien weggegangen. Das war nicht ungewöhnlich und hat sich geradezu traumatisch auf diese Regionen ausgewirkt.

Was kann die EU tun?

Was kann in Bosnien, in Mazedonien oder im Kosovo getan werden, wenn die Finanzhilfen zum Wiederaufbau auslaufen? Was kann die EU tun? Bei der EU sehen wir momentan zwei Dinge. Nicht nur die Europäische Union, sondern die Europäer insgesamt stellen in verschiedener Form ungeheure Mittel für die gesamte Region zur Verfügung. Es gibt Tausende von internationalen Mitarbeitern in den verschiedenen Institutionen. Es sind Soldaten im Einsatz, es gibt enorme Wiederaufbauprojekte und internationale Verwaltungen im Kosovo und in Bosnien. Das ist jedoch in jedem Land verschieden, und jedes Land hat andere Beziehungen zur Europäischen Union.

*Europäische Hilfe
geht zurück*

Wie wird sich die europäische Hilfe entwickeln? Wir können die Hilfe zum Wiederaufbau nicht ewig fortsetzen. Aber welche anderen Formen europäischer Unterstützung können dazu beitragen, die Region weiter zu stabilisieren und die positiven Tendenzen zu stärken, statt eine immer größere Abhängigkeit zu erzeugen? Darauf wissen wir im Augenblick noch keine Antwort. Fest steht, dass die Hilfe für das Kosovo und für Bosnien in den nächsten Jahren seitens der Europäischen Union und anderer Geber deutlich zurückgehen wird. Als Mazedonien in eine Krise geriet, erhielt das Land eine finanzielle Sonderzuwendung von der Geberkonferenz. Das zeigt: Sobald es eine Krise gibt, fließt Geld. Diese europäische „Stop-and-go“-Unterstützung untergräbt eine konsistente Politik, die es diesen Regierungen erlauben würde, in einem Zeitrahmen von fünf Jahren irgendwelche Hilfe einzuplanen.

*Art der Unterstützung
überdenken*

Bei den Strukturfonds der Europäischen Union dagegen wissen die Regierungen, welche Hilfe sie erhalten werden, was die Geber berechtigt, mehr Forderungen zu stellen. Nach dem, was Finanzminister Djelić und Herr Bearpark gesagt haben, bin ich der Meinung, dass Europa die Art seiner Unterstützung für den Balkan überdenken muss. Wir müssen dies in einer historischen Perspektive sehen und uns dabei die Politik vor Augen halten, die seinerzeit dem ärmeren Teil Südeuropas so sehr geholfen hat.

Man sollte nicht vergessen, dass diese Länder in der Zeit des massiven sozialen Umbruchs Demokratien und die meisten schon Mitglieder der Europäischen Union waren. Das trifft für Italien zu. Griechenland musste natürlich mit seiner Diktatur fertig werden und trat nach den politischen Unruhen in den 70er Jahren sehr schnell der Europäischen Union bei. Während dieser Übergangszeit profitierten viele dieser Länder von der europäischen Unterstützung, ob diese nun aus den Fonds für die Landwirtschaft oder aus dem Strukturfonds kam.

*Griechenland:
Abhängigkeit
von Unterstützungen*

In Griechenland hängen heute zehn Prozent der Beschäftigung und dreißig Prozent der Bauindustrie von Projekten aus dem Strukturfonds ab, wie aus der Europäischen Kommission verlautet. Das heißt, dort besteht eine Abhängigkeit von den Unterstützungsmaßnahmen. Dies wird im Falle Griechenlands damit gerechtfertigt, dass man sagt, Griechenland müsse aufholen und dürfe nicht weiter zurückfallen.

Wir müssen es mit dem Versprechen ernst meinen, Südosteuropa in die europäischen Strukturen hineinzubringen. Nur so werden diese Länder sich in gleicher Weise entwickeln wie die anderen ärmeren Regionen Europas, die vor Jahrzehnten eine ähnliche Ausgangsposition hatten. Dann muss sich die Diskussion darauf konzentrieren, ob Europa bereit ist, den zurückgebliebenen Regionen entsprechende Strukturhilfen zu leisten. Denn das ist eine europäische Aufgabe sui generis. Das bedeutet ein langfristiges europäisches Engagement auf dem Balkan.

*Langfristiges
europäisches Engagement*

Ich weiß, dass Statistiken gefährlich sind, aber sie vermitteln zumindest ein Verständnis für die Dimensionen, um die es geht. Sizilien beispielsweise, das erhebliche Probleme auf dem Gebiet der Rechtssicherheit aufweist – was in mancher Hinsicht Teilen des Balkans nicht unähnlich ist –, erhält in einem Zeitraum von 2000 bis 2006 20 Milliarden Euro Hilfe aus dem Strukturfonds von der Europäischen Kommission. Es geht nicht um Beträge für den Balkan in ähnlicher Größenordnung, sondern entscheidend ist, wie ernst wir es mit den Prinzipien meinen. Das sind keine Geschenke, sondern worauf es ankommt, ist eine Kofinanzierung. Wir sollten nicht in Bosnien und im Kosovo herumfahren und lokale Infrastrukturen aufbauen ohne Partner auf der Gegenseite. Die EU-Strukturfonds setzen voraus, dass die örtlichen Behörden Informationen zur Verfügung stellen und zur Kofinanzierung bereit sind. Damit stellen sie einen Anreiz dar. Das heißt, wenn sich das Regieren nicht bessert, gibt es kein Geld. Wenn aber mit diesen Geldern gerechnet werden kann, wird dies gleichzeitig die Reformen anregen.

Kofinanzierung

Südosteuropa hat seine wirtschaftlichen Probleme noch lange nicht überwunden. Meine Schlussfolgerung ist, dass es absolut im europäischen Interesse liegt zu zeigen, dass Europa in der Lage ist, diesen Teil der Welt zu stabilisieren, eine Region, wo wir so viele unserer Soldaten einsetzen und so viel an politischem Prestige investiert haben. Damit tragen wir auch zur institutionellen Glaubwürdigkeit bei. Eine Untersuchung, die amerikanische Politikwissenschaftler durchgeführt haben, hat gezeigt, dass in Deutschland, wo man nach dem Zweiten Weltkrieg die neuen deutschen Länder geschaffen hatte, erst 1960 eine Mehrheit der Bevölkerung dies befürwortet hat. 1978 hat eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung zugestimmt, dass die Länder eine wichtige Verwaltungsstruktur darstellen.

*Stabilisierung
Südosteuropas*

Mein Argument ist, dass Institutionen erst mit der Zeit Legitimität erwerben, wenn sie erfolgreich arbeiten. Der bosnische Staat wird das Vertrauen des bosnischen Volkes dann gewinnen, wenn er die Erwartungen der Menschen erfüllt. Wenn er versagt, wird das zweifellos politische Konsequenzen haben.

Hier wurde Jean Monnet erwähnt. Die europäische Integration hat mit etwas sehr Konkretem begonnen: nämlich mit Kohle und Stahl. Sie war anfangs nicht sehr ehrgeizig. Als man mit der Verteidigung anfangen wollte, gelang dies nicht. Analog dazu könnten wir uns in Südosteuropa eine strategisch wichtige Industrie im Rahmen des Stabilitätspakts vornehmen und nicht nur in einige Projekte investieren, sondern in den gesamten Prozess, um die Wähler zu überzeugen. Das könnte zum Beispiel der Energiesektor sein, in dem substanzielle europäische Investitionen getätigt werden, um den Ländern der Region in diesem Bereich zu helfen. Dafür müssten diese Länder bereit sein, inhaltlich zu kooperieren, die entsprechenden Politikfelder festzulegen, Prioritäten zu setzen und im Sinne einer funktionalen Integration zusammenzuarbeiten, so wie dies Jean Monnet für die erste

Kooperationsbereitschaft

Europäische Gemeinschaft vorgeschlagen hat. Das wäre natürlich viel einfacher, wenn es unter dem Schirm der Europäischen Union geschehen würde, so dass es nicht als ein Versuch verstanden wird, das alte Jugoslawien wieder zu beleben.

Busek

Was hat der Stabilitätspakt bei der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht, und was hat er noch nicht geschafft?

Stabilitätspakt

Zunächst sollte man festhalten, dass der Stabilitätspakt die erste international abgestimmte Initiative ist, die für alle Länder der Region eine europäische Perspektive eröffnet hat. Vor dem Juli 1999 war das keineswegs sicher. Diese Perspektive im Sinne einer Erweiterung der europäischen Integration zu intensivieren, darum muss unter den Mitgliedern der Europäischen Union sicherlich noch geworben werden. Denn das will ich deutlich sagen: Jedes kritische Ereignis in dieser Region hat eine negative Rückwirkung in unseren Ländern. Es fällt unseren Politikern jedenfalls nicht gerade leicht, ihren Wählern zu erklären, dass diese Länder Mitglieder der Europäischen Union werden sollten, wenn sie zugleich auf die Probleme hinweisen müssen, die noch vorhanden sind. Ich denke, das sollte man nicht unterschätzen; denn wir sind in allen unseren Ländern mit politischen Meinungen konfrontiert, die dem Integrationsprozess kritisch begegnen. Sie wissen, dass ich entschieden anders darüber denke und dafür kämpfe, dass die Integration weitergeht. Aber wir dürfen vor dieser Realität nicht die Augen verschließen.

Einheitlicher Wirtschaftsraum

Worauf es mir ankommt, ist, die Länder der Region davon zu überzeugen, dass sie sich als ein einheitlicher Wirtschaftsraum verstehen sollten, als ein Markt von 55 Millionen Menschen. Es gibt keinen Sonderweg für irgendein Land. Angesichts der bestehenden Instabilitäten bin ich mir bewusst, wie schwierig das ist. Die ungelösten Probleme veranlassen ja gerade die Wirtschaft zu sagen: Wieso sollen wir denn hier investieren?

Grenzüberschreitende Kooperation

Dazu ein Zitat, das der scheidende Co-Chairman des Business Advisory Councils beim Stabilitätspakt, immerhin ein früherer Kommissar der Europäischen Union, unlängst äußerte: „Wenn Sie mich fragen, wo man investieren sollte, dann rate ich jedem, nach China und nicht nach Südosteuropa zu gehen.“ Dabei war er für ein Unternehmen tätig, das beträchtliche Investitionen in die Wasser- und Abwasserversorgung in der Region getätigt hat. Meine Meinung ist, dass die Regierungen insgesamt sensibler sein müssen, wie sie die Region nach außen darstellen. Was immer hier zur grenzüberschreitenden Kooperation gesagt wurde, kann ich nur unterstreichen. In der Hinsicht sollte jede Möglichkeit genutzt werden.

Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftszone

Ich habe kürzlich am Gipfeltreffen des Southeast European Cooperation Process in Tirana teilgenommen und war, offen gestanden, enttäuscht, dass die Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftszone noch nicht weiter vorangekommen ist. Dafür sind die Positionskämpfe zwischen den beteiligten Ländern noch zu stark. Um es ganz realistisch zu sagen: Der Wirtschaft kann man diese Region nur insgesamt verkaufen. Das höre ich unmissverständlich auf jedem Wirtschaftsforum, von jeder Industriellenvereinigung und jeder Wirtschaftskammer. Es wird Ihnen nicht gelingen, die Leute vom Gegenteil zu überzeugen. Das wird von vielen nicht immer richtig gesehen.

Vor dem Stabilitätspakt war ich fünf Jahre lang als Koordinator der Southeast European Cooperative Initiative tätig. Was man in dieser Region lernen muss, ist, nicht immer nur nach dem Geld zu fragen. Es geht mitunter um ganz einfache Dinge. Dazu ein simples Beispiel. Die Zöllner in Bulgarien und in Mazedonien machen eine Stunde Mittagspause, was ihnen vergönnt sei. Da sie aber in verschiedenen Zeitzonen zu Hause sind, bedeutet das, dass die Grenze zwischen Bulgarien und Mazedonien zwei Stunden lang geschlossen bleibt. Ich habe mit beiden Seiten monatelang darüber verhandelt, die Pausen so zu legen, dass sie zeitgleich stattfinden.

Sie werden mir zustimmen, das ist an sich keine große Sache. Aber wie viel Kraft kostet es, in diesen kleinen Dingen etwas zu bewegen! Erklärungen von Regierungen auf Gipfelkonferenzen und dergleichen helfen dazu rein gar nichts. Aber für die Unternehmen, die ihre Transporte über diese Grenze führen müssen, ist das ein erhebliches Problem. Der Geschäftsmann will von mir wissen, warum sein LKW an der Grenze zwei Stunden lang aufgehalten wird. Gott sei Dank haben wir dieses Problem inzwischen gelöst. Aber wenn wir für all die kleinen Probleme immer so viel Zeit brauchen, werden wir noch lange warten müssen, bis die wirtschaftliche Entwicklung in die richtige Richtung läuft. Diese Dinge können nur von der Region selbst geregelt werden.

Nun zum Stabilitätspakt. Abgesehen von der europäischen Perspektive, hat er erreicht, dass es mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit gibt als je zuvor. Das ist ein positives Ergebnis, das zwar nicht wirtschaftlich messbar, aber eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region ist, wobei noch viel zu tun bleibt. Ich bemühe mich seit fünf Jahren um eine Verbesserung der Grenzabfertigungen für die Wirtschaft. Schon die Grenzstationen zu identifizieren ist äußerst schwierig. Dank der Veränderungen in Jugoslawien haben wir jetzt die Möglichkeit, im Rahmen eines sehr guten Weltbankprogramms in dieser Frage voranzukommen. Aber die politischen Probleme rangieren hierbei immer noch vor den wirtschaftlichen Notwendigkeiten.

Wenn man die Wirtschaft fördern will, dann muss man wirtschaftliche Prioritäten setzen, und das heißt, Grenzübergänge festlegen, an denen die Transporte tatsächlich stattfinden, damit die stundenlangen Wartezeiten vermieden werden können. In dem Zusammenhang spielt auch die Zollabfertigung eine Rolle. Auf der Strecke von Thessaloniki beziehungsweise von Istanbul bis zur österreichischen Grenze verlieren wir durch die Zollabfertigung sechzehn Stunden im Vergleich zur normalen Fahrtzeit. Die betreffenden Länder wissen, dass sie dieses Problem nur selbst lösen können.

Der Stabilitätspakt wird in der Öffentlichkeit vor allem in seinen Bemühungen um die Verbesserung des Wirtschaftsklimas wahrgenommen, wenngleich das nicht seine einzige Aufgabe ist. Auch für die Entwicklung der Demokratie, die Einhaltung der Menschenrechte und für die Sicherheit in der Region hat er einiges geleistet. Dass dieser breitere Ansatz ein wenig untergegangen ist, hängt vielleicht damit zusammen, wie der Stabilitätspakt in der Öffentlichkeit dargestellt wird, und natürlich auch mit den Wünschen und Sehnsüchten der Menschen in der Region. In der Hinsicht haben auch wir offensichtlich falsche Erwartungen geweckt nach dem Motto: Heute wird ein Projekt geplant, eine Woche später wird darüber entschieden, und in vier Wochen rücken die Caterpillars an.

*Beispiel:
Zollabfertigung*

*Verbesserung der
Grenzabfertigungen*

*Breiter Ansatz
des Stabilitätspakts*

*Bedingungen
der Geldgeber*

Dabei wird auch auf Seiten des Stabilitätspakts unterschätzt, dass jeder der Geldgeber – Gerald Knaus hat das erwähnt – diese Mittel jeweils unter ganz bestimmten Bedingungen zur Verfügung stellt. Gewiss, die Kritik ist berechtigt, dass in manchen Bereichen die Abwicklung sehr bürokratisch vor sich geht. Dass es auch ganz anders laufen kann, zeigt das Beispiel der Agency for Reconstruction der EU in Thessaloniki, die ein Verfahren entwickelt hat, das wesentlich schneller ist als das der Europäischen Kommission. Der große Vorteil dieses Modells ist, dass dort alles in einer Hand liegt.

Projektbegleitung

Ich habe dem General Affairs Council der Europäischen Union vorgeschlagen, dass wir jedem der laufenden Projekte nachgehen, um die auftretenden Schwierigkeiten zu überwinden, zumal die zuständigen Stellen häufig geneigt sind, Probleme in der Weise zu erledigen, dass sie per Computer eingeben: Terminplan um drei Monate verschoben. Damit ist aber gar nichts gewonnen. Ich habe nunmehr eigens Leute dafür engagiert, jedes Projekt zu begleiten, und meine Bitte an die Vertreter der Region ist, dass die Regierungen der betreffenden Länder ebenfalls Personen dafür abstellen, die sachkundig die Projekte verfolgen, was bisher nicht der Fall ist, weil es an Sachkenntnis fehlt.

Koordination

Auch die Koordination spielt eine wichtige Rolle. So haben mir die Staatspräsidenten von Albanien, Mazedonien und Bulgarien erklärt, vor allem der Verkehrskorridor Nummer acht von Bulgarien über Mazedonien nach Albanien sei wichtig, während die Außenminister dieser drei Länder meinten, es gehe primär um die Eisenbahnverbindungen. Was soll nun gelten? Für beide Projekte reichen die Gelder aus dem Stabilitätspakt nicht aus. Es ist also notwendig, die Projektdimensionen zu reduzieren und sich auf die wirklich wichtigen Projekte zu konzentrieren.

*Überzogene
Projektwünsche*

Verständlicherweise hat Serbien beziehungsweise Jugoslawien eine Vielzahl von Projektwünschen, weil es erst später hinzugekommen ist. So lagen uns zunächst 60 Projektanträge vor, worauf ich den zuständigen serbischen Minister für die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Ausland, Goran Pitic, vor kurzem gebeten habe, diese Zahl zu reduzieren. Daraufhin hat er mir jetzt drei Projekte zugehen lassen. Dadurch haben wir viel Zeit verloren.

Ich will in diesem Zusammenhang auch deutlich sagen, dass Eisenbahnprojekte weniger Chancen haben, weil kaum internationale Finanzinstitutionen bereit sind, so etwas zu finanzieren; denn der Return on Investment liegt in unerreichbaren Fernen! Die Geschichte des Eisenbahnwesens in Südosteuropa ist begleitet von Bankrotten. Das heißt, man muss hier realistisch sein.

*Verkehrskorridor
Nummer zehn*

Was ich sehr begrüße, ist, dass die Europäische Investitionsbank jetzt die Ausbesserung des Verkehrskorridors Nummer zehn ins Auge fasst im Hinblick auf die Olympiade in Athen 2004. Das hat zwei Vorteile. Zum einen geschieht da rasch etwas, und zum anderen erhalten die Menschen dadurch Arbeit. Wenn dagegen eine neue Autobahn gebaut wird, ist das vornehmlich eine Angelegenheit für technologisch hoch entwickelte Unternehmen meist aus dem Westen, aber für die einheimische Beschäftigung bleibt da wenig zu tun. Auch diesen Aspekt sollte man sehen.

*Infrastructure
Steering Group*

Ich erwähne in diesem Zusammenhang noch die Infrastructure Steering Group, in der die Weltbank, die Europäische Kommission, die Europäische Investitionsbank (EIB), die

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Stabilitätspakt vertreten sind. Mit Vertretern der Region sind wir im Gespräch, um zu klären, welche Projekte in den einzelnen Ländern aussichtsreich sind, wobei grenzüberschreitende Projekte sicherlich Vorrang haben werden; denn die sind die eigentliche Aufgabe des Stabilitätspakts.

Gemeinsamer Wirtschaftsraum: Der Stabilitätspakt versucht, mit allen Ländern der Region Freihandelsabkommen zu schließen. Von den erforderlichen 21 Abkommen sind bereits 18 beschlossen oder in Verhandlung, und ich bin zuversichtlich, dass wir diesen Prozess Ende 2002 abgeschlossen haben werden. Aber wie könnte der nächste konkrete Schritt aussehen? Denn von den Freihandelsabkommen ist für die wirtschaftliche Belebung wenig zu erwarten, da die beteiligten Länder über keine eigenen Investitionsmittel verfügen. Was wir anstreben müssen, sind weitergehende, nicht-tarifäre Handelsliberalisierungen nach dem Vorbild von CEFTA, EFTA und dergleichen. Dagegen gibt es bisher bei den südosteuropäischen Partnerländern noch gewisse Bedenken, zumal, wie Gerald Knaus sagte, die wirtschaftliche Situation in den einzelnen Ländern der Region sehr unterschiedlich ist.

Ein Problem will ich nicht unerwähnt lassen. Nach der kommenden EU-Erweiterung im Jahre 2004 oder 2005 werden Rumänien und Bulgarien weiterhin Kandidatenländer sein. Dazu kommen die Länder aus dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess mit jeweils unterschiedlichen Abkommen. Wie sich das weiterentwickeln lässt, müssen wir sehen. Dafür brauchen wir auf jeden Fall eine geeignete Strategie, die noch nicht vorhanden ist. Dabei spielen auch die jeweiligen regionalen Probleme eine große Rolle, die den Aufnahmeprozess erheblich behindern.

Wenn Herr Djelić danach fragt, was ich sehr wohl verstehe: Wo ist das Geld?, dann stelle ich die Gegenfrage: Wie steht es um die Projekte? Das heißt, viele der eingereichten Projekte sind inhaltlich kaum entwickelt und lassen sich infolgedessen Unternehmern nicht verkaufen. Ich denke, da ist ein Lernprozess auch in den Ländern der Region erforderlich, um die einzelnen Projekte entsprechend auszuarbeiten.

So hat seitens des Stabilitätspakts gemeinsam mit der jugoslawischen Regierung eine Projektpräsentation unter anderem in den Bereichen Kommunikation, Verkehr und Energie stattgefunden. In vielen Fällen waren die Vertreter der Region nicht in der Lage, die Fragen der Unternehmensvertreter, die Bereitschaft signalisierten, sich zu engagieren, zu beantworten. Etwa: Wie steht es um den Return on Investment? Mit welchen gesetzlichen Bedingungen muss gerechnet werden? Und dergleichen mehr. Hier muss ein Lernprozess stattfinden, der bisher etwas vernachlässigt wurde. Auch der Stabilitätspakt muss in dieser Hinsicht mehr tun. Der Graz-Prozess allein reicht dafür nicht aus. Die ganze Berufsausbildung ist hier ebenfalls von entscheidender Bedeutung.

Ein weiteres Problem ist, dass die Gesetze in den Ländern der Region nach ihren politischen Bedürfnissen zu rasch geändert werden, was erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Bedingungen der Unternehmen hat. Wir brauchen hier eine gewisse Kontinuität. Ich bin Politiker genug, um zu verstehen, dass ein Regierungswechsel auch dazu führt, dass Gesetze geändert werden. Für die Unternehmen sind damit jedoch erhebliche Risiken verbunden, die sie nicht kalkulieren können.

Freihandelsabkommen

Fehlende Strategie

Unpräzise Projektanträge

Lernprozess

*Problematische
Gesetzesänderungen*

*Politische
Ämterbesetzungen*

Dann die bereits erwähnte Problematik der Korruption, die wir von uns aus nicht lösen können. Wir können dabei allenfalls helfen. Damit zusammen hängt die Frage der politischen Ämterbesetzungen. Ein Beispiel aus dem Elektrizitätssektor. In Bosnien-Herzegowina gibt es drei private Elektrokonzerne, die jeweils politisch besetzt sind. Die Folge ist, dass ein gemeinsamer regionaler Elektrizitätsmarkt nicht zu Stande kommt, weil das schon in Bosnien-Herzegowina nicht funktioniert. Ähnliche Probleme gibt es auch in anderen Ländern.

*Rekrutierung
geeigneten Personals*

Es war im Übrigen auch in Österreich lange Zeit ein großes Problem – zum Teil ist es das noch –, Ämter politisch zu besetzen. Ich denke, da muss sich unbedingt etwas ändern, um geeignetes Personal für solche Aufgaben zu rekrutieren. Die Europäische Kommission, der Stabilitätspakt und eine Reihe von Geberländern sind durchaus bereit, hierfür Geld zur Verfügung zu stellen. Denn Stromabschaltungen, wie wir sie im vergangenen Winter erlebt haben, gefährden auch die Stabilität der Regierungen. Das ist den politisch Verantwortlichen durchaus bewusst, aber es fehlt an den entsprechenden Konsequenzen.

Gerichtswesen

Dann das Gerichtswesen. Ohne die Möglichkeit, notfalls eine Klage bei einem ordentlichen Gericht einzureichen, werden sich Unternehmen kaum zu Investitionen bereit finden. Ich weiß natürlich, dass man die amtierenden Richter nicht einfach entlassen kann. Dann muss man eben verstärkt mit Hilfskonstruktionen arbeiten, mit Schiedsgerichten etwa, mit Vermittlungsverfahren und dergleichen.

*Subregionale
Zusammenarbeit*

Ein Sonderproblem ist die subregionale Zusammenarbeit. Unabhängig von den politischen Problemen müssen wir verhindern, dass ein Loch in der Region entsteht. Das heißt, beim Verkehr, bei der Elektrizität, in der Verbrechensbekämpfung, im Grenzmanagement müssen wir kooperieren, egal welchen Status das Kosovo hat. Es ist nicht meine Aufgabe, diese politische Frage zu lösen. Aber wenn in den anderen Feldern ein Loch entsteht, schadet das der wirtschaftlichen Entwicklung der Region insgesamt. Bestimmte Dinge können wir nur gemeinsam angehen.

Was schließlich die Erweiterung der Europäischen Union betrifft, sehe ich darin eine Art osmotischen Prozess. Ich stimme Ihnen zu, Herr Djelić, dass der Beitritt Ungarns sich für die Vojvodina und für Serbien positiv auswirken wird. Darauf müssen wir uns vorbereiten und auch die nächsten Schritte mit bedenken.

*Programme
in Kooperation
ausarbeiten*

Ich komme gerade aus Thessaloniki, wo die Griechen beschlossen haben, 550 Millionen Euro in die Region zu investieren, nicht in einem Jahr, aber Schritt für Schritt. Ich denke aber, es sollten jetzt nicht in einem Wettbewerb zwischen den Ländern der Regionen, sondern in Kooperation Programme ausgearbeitet werden, die für die Griechen interessant sind. Dazu braucht man ein gemeinsames Management, wobei man die institutionelle Entwicklung der Region selbst in die Hand nehmen muss. Mit dem South East Europe Cooperation Process-Gipfel in Tirana wurde das Problem durch eine Formulierung in der Schlussklärung gelöst, dass es einen Vertreter der Region gibt. Da Jugoslawien für ein Jahr den Vorsitz innehat, ist es ein jugoslawischer Vertreter. Doch die vorbereitenden Gespräche sind bisher mühsam und sollten im gemeinsamen Interesse verbessert werden. Der Stabilitätspakt kann dabei assistieren, aber die Partner in der Region müssen den ehrlichen Willen haben, zusammenzuarbeiten, und dies nicht nur deklamieren.

Noch zwei persönliche Bitten, Herr Djelić. Zum einen: Dem Center for Fighting Organized Crime in Bukarest gehört Jugoslawien immer noch nicht als Vollmitglied an. Die jugoslawische Regierung hat zwar zugestimmt, aber die Beschlussfassung des Bundesparlaments steht noch aus. Ich denke, es wäre hilfreich, wenn das nunmehr erfolgen würde.

Zum anderen würde ich es für sehr wichtig halten, wenn die zerstörte Brücke bei Novi Sad möglichst bald wieder errichtet wird; denn die jetzige Pontonbrücke behindert die Befahrung der Donau in diesem Bereich. Die Wirtschaft kommt inzwischen weitgehend ohne die Donau aus. Ich halte aber die Transporte auf der Donau für dringend erforderlich.

Daianu

Bei den Ausführungen von Herrn Busek habe ich doch etwas gemischte Gefühle. Er ist sehr pragmatisch und hat auch eine Vision. Er vertritt sehr überzeugend die Ansicht, dass die Menschen mit beiden Füßen auf dem Boden bleiben und nicht nach den Sternen greifen sollten. Wir brauchen Visionen, aber wir müssen solche Visionen mit Pragmatismus verbinden. Auf der anderen Seite – obwohl ich wahrscheinlich in meinen eigenen Vorurteilen gefangen bin, auch auf Grund persönlicher Erfahrung – meine ich, dass dieser Teil Europas nach wie vor eine sehr harte Nuss ist, die es zu knacken gilt. Dafür gibt es verschiedene Gründe, und ich vermute, dass es dynamische Vorgänge gibt, die nicht eben hilfreich sind, um mit dem Balkan umzugehen.

Mein Eindruck ist, dass der Balkan gegenwärtig im Westen von den obersten Führungen nach der Tragödie vom 11. September zu wenig wahrgenommen wird. Man sollte nicht vergessen, dass die westlichen Regierungen ihren Wählern gegenüber verantwortlich sind, wenn sie für die Außenpolitik großartige Ideen verkünden, insbesondere, wenn sie die Rechnung bezahlen sollen. Dann hilft die Erkenntnis nicht sehr viel weiter, dass sich der Weg nach vorn nur über den institutionellen Wandel erzwingen lässt. Das mag nicht viel Geld bedeuten, aber es kostet viel Zeit und ist ein recht diffuses Konzept. Wir können viel über institutionelle Wandel und gutes Regieren reden, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, aber wenn es konkret wird, gibt es bei der Umsetzung große Probleme. Das ist jedenfalls kein einfaches Unterfangen.

Ein anderer Punkt, der beachtet werden muss, ist, dass die Aufmerksamkeit gegenwärtig weitgehend davon in Anspruch genommen wird, wie die Aufnahme der zehn Länder verdaut wird, die der EU sehr wahrscheinlich in einigen Jahren beitreten werden. Das heißt, wer widmet dem Balkan eigentlich die entsprechende Beachtung? Gleichzeitig müssen die Reformen innerhalb der EU angegangen werden; ebenfalls ein recht schmerzhafter Prozess. Hier kommen also verschiedene Tatbestände zusammen: der Krieg gegen den Terrorismus, die Ereignisse im Nahen Osten und der Niedergang der Weltwirtschaft. Das mag ein zu weiter Rahmen sein, dennoch müssen wir uns mit solchen Fragen befassen.

Auch mich reizt es, darüber zu reden, dass wir eine große Vision für den Balkan brauchen. Sicher wäre es recht unfair, wenn wir sagen würden, unsere westlichen Partner, die Leute in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten, hätten keine Vision für den Balkan. Schon die Tatsache, dass es Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit den Ländern

Diskussion

Pragmatische Visionen

Institutioneller Wandel?

Reformprozesse in der EU

Vision für den Balkan?

des westlichen Balkans gibt und Rumänien und Bulgarien zu den Beitrittsländern gehören, zeigt, dass trotz mancher Zweifel gegenüber einem möglichen Beitritt der westlichen Balkanländer zur EU ein Lernprozess im Gange ist und einflussreiche Persönlichkeiten der Meinung sind, dass es vorangeht. In dieser Hinsicht teile ich die Auffassung von Herrn Djelić, dass die Region unbedingt aufholen muss und dies eine außerordentliche Herausforderung ist, die aber nicht nur für den westlichen Balkan gilt, sondern auch von den Beitrittsländern selbst nachdrücklich verfolgt wird.

Wirtschaftswachstum

Nun ist das Aufholen ein seltenes Phänomen in der neueren Geschichte, für die es nicht eben viele anregende Beispiele gibt. Deshalb wäre ich zurückhaltender, was die Aussichten für ein schnelles stetiges Wirtschaftswachstum in der Region angeht. Von daher würde ich nicht von Wachstumsraten von sieben oder acht Prozent sprechen, die nach meiner Ansicht nicht erreichbar sind, wenn ein Land nicht von außergewöhnlichen Umständen profitiert. Ich wäre schon zufrieden, wenn es in der Region ein stetiges Wachstum mit kleineren Schwankungen und Wachstumsraten von durchschnittlich vier oder fünf Prozent geben würde. Selbst das ist schon ein recht ehrgeiziges Ziel, wenn wir uns die harten Daten ansehen.

Wachsende Hilfeorientierung

Wirtschaftliches Wachstum hängt ab von dauerhaften Institutionen und hohen Spar-(Investitions-)raten, und wo finden wir das in der Region? Wir mögen jetzt in der ganzen Region eine geringe Inflation haben, aber entspricht dies einer tragfähigen makroökonomischen Stabilität? Dabei muss man auch eine wachsende Hilfeorientierung in großen Teilen der Region in Rechnung stellen. Was geschieht, wenn die Geldgeber die Hilfe beträchtlich reduzieren? Eine andere Frage ist, wie das Geld am wirkungsvollsten verwendet wird, das in die Region hineingepumpt wird. Das mag sich in der Theorie leicht ausnehmen, aber in der Praxis ist das äußerst schwierig.

Arbeitslosigkeit

Lassen Sie mich hinzufügen, dass die Notwendigkeit hoher Wachstumsraten im Zusammenhang mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit in der Region zu sehen ist. Bei einer Arbeitslosigkeit von 30 bis 40 Prozent lässt sich unschwer vorstellen, welche Art von Gesellschaften in der Region entstehen, warum hier so viele Menschen versucht sind, in der Schattenwirtschaft tätig zu werden, und warum die Kriminalitätsrate in diesen Volkswirtschaften so hoch ist.

Stetiges Wachstum ist unbedingt notwendig. Vielleicht sollten wir auch längerfristige Migration nicht so widerstrebend akzeptieren. Wenn wir der Meinung sind, dass die EU auf Grund des Alterungsprozesses ein Problem auf ihrem Arbeitsmarkt hat, könnte die Migration ein Weg sein, um die Leiden auf beiden Seiten des künftigen Europa abzumildern.

Infrastrukturprojekte

Was die Infrastruktur angeht, sehe ich natürlich die Gründe, warum diese Priorität haben muss, und gute Infrastrukturprojekte sind zweifellos die beste und eindeutigste Botschaft, die Brüssel und die EU ganz generell ausgeben könnten, um zu zeigen, dass Südosteuropa möglicherweise Teil der EU wird. Andernfalls würden die Menschen hier das Gefühl haben, dass alle Bemühungen sich mehr auf Schadensbegrenzung richten und dass nicht eben viel in substanzieller Hinsicht unternommen wird. Menschen brauchen Hoffnung.

Schließlich noch ein Wort zur politischen Klasse. Das hängt eng mit einer verantwortli-

chen Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen. Man kann Politikern der Region einen Rippenstoß versetzen; man kann sie ermahnen; man kann sie abstrafen; doch letztlich sind sie es, die den Bürgern gegenüber verantwortlich sind. Und in dieser Hinsicht bedarf es politischer Eigenverantwortung. Wie können wir es erreichen, dass die gewaltige internationale Präsenz in der Region die einheimischen Politiker, die einheimische politische Klasse, nicht daran hindert, in verantwortlicher und effektiver Weise tätig zu werden und für ihre Wählerschaft berechenbar zu sein? Das wird nicht leicht sein, und ich kenne auch keine einfache Lösung. Ich bringe lediglich einige Bedenken zum Ausdruck.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal einige der Bedrohungen hervorheben, die ich für die Region sehe. Eine Bedrohung habe ich bereits erwähnt, nämlich den Ruf nach Hilfe von außen. Eine zweite Bedrohung sind die Not leidenden Volkswirtschaften. Die Region besteht in großen Teilen aus solchen Elendswirtschaften, in denen es nur ums Überleben geht. Drittens nenne ich die Symptome von Staatsverfall. Das Regieren in solchen Staaten ist außerordentlich schwierig. Mit welchen Partnern hat man es in Ländern mit Staatsverfall zu tun? Es reicht nicht, nur zu sagen, dass es jetzt demokratische Wahlen oder eine demokratische Regierung gibt. Und viertens natürlich das Problem der organisierten Kriminalität.

Es gibt also sehr viel zu tun. Vielleicht sehe ich die Perspektiven für die Region zu schwarz, aber ich halte es für besser, die Dinge so zu sehen und damit das öffentliche Bewusstsein zu wecken, als zu optimistisch zu sein.

Ahtisaari

Herr Daianu hat die Migration in die EU-Länder angesprochen. Wie Sie wissen, ist das ein Thema, mit dem sich die europäischen Regierungen schwer tun. Diese Erfahrung habe ich auch in Finnland in den frühen neunziger Jahren gemacht, als die Arbeitslosigkeit bei uns sehr hoch war. Als Staatsbeamter versuchte ich von der damaligen Regierung eine Antwort zu erhalten, ob sie unser Land bei einer Bevölkerung von fünf Millionen Einwohnern belassen wollte. Alle Kabinettsmitglieder hielten das für eine großartige Perspektive. Als ich jedoch erwähnte, angesichts der Altersstruktur unserer Gesellschaft würde das heißen, dass wir ab dem Jahre 2000 eine Einwanderung von jährlich 15 000 Menschen zulassen müssten, verließen sie den Raum.

Man sollte sich in dem Zusammenhang den enormen Bedarf in der Europäischen Union mit Blick auf das Jahr 2020 oder 2030 ansehen. Ich weiß, wie ausgesprochen schwer es ist, eine vernünftige Diskussion über das Thema Einwanderung zu führen. Es wäre äußerst sinnvoll, darüber nachzudenken, wie wir unsere Kräfte bündeln könnten; denn auf der einen Seite gibt es Arbeitskräfteüberschuss in dieser Region, und auf der anderen Seite braucht die EU auf Grund des Alterns der Bevölkerung zusätzliche Arbeitskräfte in der Wirtschaft. Ich denke, damit wäre den Interessen beider Seiten gedient.

Busek

Ohne institutionelle Änderungen werden wir die Investoren nicht überzeugen können, Herr Daianu. Ein Beispiel: In Rumänien tätigt Coca-Cola eine Investition nahe der ungarischen Grenze. Aus Rücksicht gegenüber den Kreisbehörden (Judiciul) zwingt der rumä-

Bedrohungen für die Region

Erfahrungen in Finnland

*Einwanderungsbedarf
in der EU*

Institutionelle Änderungen

nische Zoll den Investor, für seine Exporte nach Ungarn einen anderen Grenzübergang zu benutzen als den nächstliegenden. Das bedeutet 80 Kilometer Umweg. Daraufhin sagt der Investor: Nein. Ich habe monatelang mit allen möglichen Regierungsmitgliedern geredet und will darüber nicht nochmals mit den Kreisbehörden verhandeln. Um solche Dinge geht es, und die sind ohne institutionelle Veränderungen nicht zu erreichen.

Rückwirkende Gesetze

Oder die Frage der rückwirkenden Gesetzesänderungen. Sie kennen alle das Hotel von Herrn Rogner in Tirana. Vor kurzem hat die albanische Regierung die Gesetzgebung geändert, und Rogner soll jetzt 500 000 Euro nachzahlen. Er bedankt sich und verkauft sofort das Hotel. Dass solche Dinge unterbleiben, darauf müssen wir hinwirken.

Warum fehlt es an privaten Investoren? Ich meine, man hat zu viel erwartet. Volkswagen hat in Bosnien investiert. Das hat nur deshalb funktioniert, weil es einen Präferenzvertrag mit der Türkei gibt und VW seine gesamte Produktion in die Türkei liefert. Lieferungen in die EU waren nicht gewollt. Das ist eines der Hindernisse.

Großinvestitionen?

Des Weiteren sollte man nicht immer nur auf Großinvestitionen setzen. So besteht beispielsweise die Möglichkeit, Komponenten für die Autoindustrie zuzuliefern. Dafür werden wir hier den Markt öffnen müssen. Vertreter von Industrieverbänden haben mir in Brüssel erklärt: Wir gehen nach Südosteuropa, weil dort die Löhne niedriger sind als in Polen und in Tschechien. Das spielt hier schon eine Rolle.

Klein- und Mittelbetriebe

Ein anderes Beispiel: Eine österreichische und österreichisch-bayerische Bank haben mehr Gelder akquiriert, als Kredite nachgesucht werden. Folglich gehen die nicht beanspruchten Gelder zurück an die Europäische Union. Hier ist also unternehmerische Phantasie gefragt. Deshalb eignet sich diese Region mehr für Klein- und Mittelbetriebe, die keine Fonds brauchen, sondern auf eine funktionierende Gesetzgebung, ein intaktes Bankensystem und ein unabhängiges Gerichtswesen angewiesen sind. Das sind die Kriterien, nach denen man sich die Länder jeweils anschauen sollte. Außerdem bräuchte man eine Art Ombudsmann. Ich werde täglich mit Fällen konfrontiert, wo die Dinge nicht laufen. Die Regierungen sind überfordert und können nicht helfen, sondern das hängt von den jeweiligen Verwaltungen ab, die in der Tat ein großes Problem sind.

Eiff

Schattenwirtschaft

Herr Minister Djelić hat den dramatischen Niedergang des Bruttosozialprodukts angesprochen. In dem Zusammenhang möchte ich die Frage nach dem Ausmaß der Schattenwirtschaft in Serbien und in der Region stellen, die statistisch kaum oder gar nicht erfasst wird. Wenn das der Fall wäre, dürfte sich die wirtschaftliche Situation in diesen Ländern vermutlich wesentlich besser darstellen.

Beispiel Mazedonien

Um ein Beispiel zu nennen: Nach der Arbeitslosenstatistik der Vereinten Nationen weist Mazedonien eine Arbeitslosigkeit von etwa 42 Prozent auf. Das wären drei Mal mehr Arbeitslose, als in den anderen früheren jugoslawischen Teilrepubliken oder auch in Bulgarien und Rumänien angegeben werden. In der Realität ist gerade in Mazedonien die Schattenwirtschaft besonders ausgeprägt. Vor allem ein größerer Teil der mazedonischen Albaner lebt und wirtschaftet traditionell außerhalb des offiziellen Systems. Das heißt, die Statistik liefert kein reales Bild von der wirtschaftlichen Lage.

Meine Frage an Herrn Djelić ist, ob Maßnahmen ins Auge gefasst sind, um in Serbien die Schattenwirtschaft in die legale Wirtschaft zu überführen. Das betrifft zum Beispiel die Steuergesetzgebung.

Dann zu den ausländischen Privatinvestoren, ein Thema, das Herr Bearpark unter dem Stichwort „real money“ angesprochen hat. Das heißt, es geht dabei nicht um Gelder, die auf internationalen Geberkonferenzen zugesagt werden, dann aber vielleicht gar nicht abfließen. Private Investitionen, wie sie bis 1991 aus Westeuropa und den USA in das frühere Jugoslawien, vor allem auch nach Serbien, reichlich flossen und die heute fehlen, wären dringend erforderlich. Man kann sich vorstellen, dass ausländische Privatinvestoren wegen der ungelösten politischen Probleme hier derzeit noch zurückhaltend sind. Was geschieht, um die möglichen Kapitalgeber trotzdem zu stimulieren?

Herr Knaus sprach von einer tief greifenden Deindustrialisierung. Das ist eine in vormalig sozialistischen Ländern weit verbreitete Erscheinung. Unrentable Großbetriebe mussten schließen, und die Privatisierung bereitet Probleme. Auch in Ostdeutschland kann man leider von Deindustrialisierung sprechen. Mich würde interessieren, worin spezifische Probleme Serbiens bestehen.

Busek

Was wir sehen müssen, Herr Eiff, ist, dass die Schattenwirtschaft und die Zahlungen derer, die ausgewandert sind, das Überleben der Menschen in der Region gesichert haben.

Djelić

Sie fragen nach den ausländischen Privatinvestitionen, Herr Eiff. Das ist in der Tat ein Schlüsselproblem. Serbien hat vor kurzem ein neues Privatisierungsgesetz verabschiedet. Im Dezember letzten Jahres wurden drei Zementfabriken für 150 Millionen US-Dollar verkauft. Dabei ist das wichtigste Kriterium nicht das Geld, sondern, einen strategischen Investor zu finden. Den Zuschlag haben zwei griechische Firmen erhalten. Wir haben 43 Firmen für die Privatisierung vorgeschlagen. Die Europäische Entwicklungsbank hat in ihrem Zwischenbericht vom vergangenen Jahr unser Privatisierungsgesetz als das beste in den Transformationsländern bezeichnet, weil es sehr klar ist. Über 70 Prozent der Anteile sind dabei an strategische Investoren gegangen.

So haben wir in den letzten zweieinhalb Monaten ein strategisches Geschäft zwischen unserem Stahlkonzern und US-Steel abgeschlossen. Außerdem hat eine führende deutsche Teppich-Firma ein 50-Millionen-Euro-Geschäft mit einer sehr guten hiesigen Firma vereinbart, die für die Region, für Westeuropa und Russland produzieren soll. Michelin, der führende Reifenhersteller, hat hier 50 Millionen Euro investiert. Die Liste ließe sich unschwer verlängern. Insgesamt erwarten wir in diesem Jahr eine halbe Milliarde US-Dollar aus der Privatisierung, und wir hoffen, dass sich diese Zahl auf eine Milliarde US-Dollar im kommenden Jahr steigern wird.

In Ergänzung des Privatisierungsgesetzes haben wir darauf bestanden, dass so bald wie möglich ein neues Arbeitsgesetz verabschiedet wird, was im vergangenen Dezember geschehen ist. Wir sind der Meinung, dass wir uns damit einen Wettbewerbsvorteil gegen-

*Ausländische
Privatinvestoren*

Deindustrialisierung

*Privatisierungsgesetz
in Serbien*

*Beispiele für
strategische Geschäfte*

Neues Arbeitsgesetz

über anderen Ländern verschaffen, die noch kommunistische oder sozialistische Gesetze haben oder dabei sind, sie erst allmählich zu ändern. Im Wesentlichen haben wir die deutsche Gesetzgebung übernommen und unseren Gegebenheiten angepasst. Für die Unternehmen ist es sehr wichtig, dass sie unter diesen Voraussetzungen arbeiten können.

*Verhandlungen
mit Firmenchefs*

Private Investitionen sind für uns also ein sehr wichtiges Thema, und wir versuchen dabei so aktiv wie möglich vorzugehen. Wenn wir auf ein Land zugehen wollen, warten wir nicht ab, bis man uns ruft. Wir nehmen uns zehn oder fünfzehn Firmen pro Jahr vor und gehen geradewegs auf die Spitze zu. Gewöhnlich treffen wir die Firmenchefs und erklären ihnen die Lage, denn wenn man mit den regionalen Repräsentanten arbeitet, die das dann dem Vorstand vorlegen, heißt es seitens der Chefs: „Oh, wie interessant – Serbien. Doch ist es da nicht etwas instabil?“ Mit einem Vermittler zu arbeiten kann gefährlich sein, deshalb gehen wir möglichst zur Spitze.

Schattenwirtschaft

Zum Thema Schattenwirtschaft: Ungefähr 20 bis 30 Prozent des serbischen Brutto-sozialprodukts entsteht in der Schattenwirtschaft, aber das ist auch in anderen Ländern der Fall. Wir bewegen uns also in einem vergleichbaren Rahmen. Ich weiß, dass auch in Westeuropa 10 bis 20 Prozent auf die Schattenwirtschaft entfallen. In Deutschland ist der Anteil der Schattenwirtschaft auf Grund der hohen Steuern gestiegen.

Zuckerbrot und Peitsche

Bei den grauen Märkten gehen wir nach dem Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche vor. Auf der „Zuckerbrotseite“ werden wir bis Ende Juni ein Investitionspaket auf gesetzlicher Grundlage schnüren. Wir werden denjenigen, die sich registrieren lassen, zwei oder drei Jahre lang eine Befreiung von Sozialabgaben gewähren. Wir haben die Lohnnebenkosten verringert und werden weitere Steuersenkungen vornehmen. Auf der „Peitschenseite“ haben wir die Steuertatbestände verschärft und die Strafen erhöht für diejenigen, bei denen sich herausgestellt hat, dass sie sich nicht haben registrieren lassen oder zu wenig Steuern gezahlt haben.

*Sondersteuer für
Milošević-Freunde*

Wir sind das einzige Übergangsland, das eine Sondersteuer für Milošević-Freunde erhebt, also von Leuten, die während der Milošević-Ära besondere Privilegien genossen haben. Das hat bisher rund 50 Millionen US-Dollar gebracht. Das ist eine Steuer für Leute, die für ihr Geld nichts getan haben oder Dinge exportieren durften, die allen anderen verboten waren.

Ahrens

*Einheitlichkeit
der Lebensverhältnisse*

Die regionale Wirtschaftsentwicklung in Südosteuropa wird dann zu mehr Stabilität führen und auch die europäische Perspektive verbessern, wenn es gelingt, das zu erreichen, was wir im Deutschen die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse nennen. Dafür sorgt in der Bundesrepublik Deutschland der so genannte Länderfinanzausgleich, der seit der Wiedervereinigung in besonderer Weise den neuen Bundesländern, der ehemaligen DDR, zugute kommt. Und innerhalb der Europäischen Union fördern die Strukturfonds die regionale Entwicklung, indem zum Beispiel Gelder aus Luxemburg nach Portugal fließen. Wäre so etwas auch in Südosteuropa denkbar? Das kann gewiss nicht bedeuten, dass Mazedonien an Albanien Geld überweist, weil Albanien noch ärmer ist als Mazedonien. Aber bei der Hilfe von außen für die Region sollte die Vergabep Praxis schon das Ziel verfolgen, die Lebensverhältnisse in wirtschaftlicher Hinsicht zu vereinheitlichen.

Ich bin seit drei Jahren in Tirana und werde nicht müde, immer wieder darauf zu verweisen, dass Albanien nicht vergessen werden darf. Herr Busek hat zu meiner Freude gesagt: Wir dürfen hier kein Loch schaffen. Dann hat er aber das Kosovo genannt und nicht Albanien. Sollten Sie die Absicht haben, einmal von Bajram Curri in Nordalbanien in den Kosovo zu fahren, dann empfehle ich Ihnen einen sehr stabilen Geländewagen und zum anderen eine Polizeieskorte. Ausländische Projekte werden Sie in dieser Gegend nicht entdecken. Was Sie sehen, sind Warnschilder mit Totenköpfen und der Aufschrift: „Minengefahr“. Sobald Sie dann die Grenze zum Kosovo überqueren, finden Sie eine Fülle von Hinweisen: Hier baut ..., hier rekonstruiert ..., hier hilft ..., hier räumt Minen ... Überdies fahren Sie auf sehr guten Asphaltstraßen, ein Erbe Jugoslawiens, das im Kosovo für eine viel bessere Infrastruktur gesorgt hat.

*Albanien darf
nicht vergessen werden*

Auf der anderen Seite in Albanien entdecken Sie die Unmenge Bunker, die Enver Hod-scha dort bauen ließ – und Industrieruinen. Herr Knaus und Herr Eiff haben das erwähnt. Ich denke etwa an das riesige Chemiewerk in Lac oder das Stahlwerk in Elbasan, um das herum die ganze Stadt mit mehreren zehntausend Einwohnern gebaut wurde. Alle, die dort beschäftigt waren, sind jetzt arbeitslos.

Deindustrialisierung

Dann das Thema „Stromsperre“. Ich zitiere hier das Institute for War and Peace Reporting: „Albania’s economy is grinding to a halt as the country confronts its most disastrous energy crisis in decades. The public was alerted to the scale of the catastrophe on 10 January, when the government announced daily power cuts lasting up to 18 hours.“ Es war die schlimmste Energiekrise seit Jahrzehnten. Wir haben das vor Ort in diesem Winter noch schlimmer erlebt, als es hier gesagt wird – bis zu 20 Stunden waren wir zeitweise ohne Strom.

Energiekrise

Das Gefälle zwischen Albanien und seinen Nachbarn führt dazu, dass beispielsweise der Strom von Wirtschaftsflüchtlingen nicht abreißt. Immer wieder ist in den Zeitungen zu lesen, dass Albaner ertrunken sind, als sie mit einem Schlauchboot versuchten, die italienische Küste zu erreichen. Über fünfzig Personen sind vor kurzem auf dem Weg nach Italien aus Seenot gerettet worden. Den Italienern ist an niedrigen Zahlen gelegen, wohl auch aus dem Grund, um den Vorwürfen aus Deutschland und anderen Ländern zu begegnen, die die Italiener auffordern, mehr zu unternehmen. Das ist in der Tat ein sehr großes Problem. Des Weiteren nenne ich die bekannten Themen wie Autodiebstahl, Drogen-, Waffen- und Menschenhandel.

Wirtschaftsflüchtlinge

Deshalb ist es so wichtig, das regionale Gefälle auszugleichen. Im Grunde ist es das alte Thema: Was ist wichtiger – zuerst politische Stabilität zu schaffen oder auf die wirtschaftliche Stabilität hinzuwirken? Natürlich brauchen wir in Albanien vor allem die Schaffung eines Rechtsstaates. Herr Busek hat zu Recht darauf hingewiesen, dass ohne ein funktionierendes Gerichtswesen keine Investitionen kommen werden.

*Regionales Gefälle
ausgleichen*

Aber es geschieht auch von internationaler Seite in Albanien zu wenig. Die OSZE-Mission im Kosovo hat über 500 internationale Mitarbeiter, während ich in Tirana mit 45 Mitarbeitern auskommen soll, von denen jetzt wieder zwanzig Prozent abgezogen werden. Deshalb möchte ich Ihnen Albanien so sehr ans Herz legen; denn wenn dort ein schwarzes Loch vorhanden ist, führt das zur Instabilität in der ganzen Region.

Schwarzes Loch Albanien

*„Mit den Albanern
kann man nichts machen“*

Von albanischer Seite werde ich gelegentlich dafür kritisiert, ich würde ihr Land zu negativ darstellen. Meine Antwort darauf lautet: Albanien in der Weltöffentlichkeit zu vergessen ist gefährlicher, als konstruktive Kritik zu üben. In der Agenda des Stabilitätspakts wird unter anderem gefragt nach „information on people’s attitudes, fears and expectations on main issues that concern their ongoing life and their future to draw the conclusions relevant for policy making“. Albanien ist in diesem Zusammenhang von Interesse.

Busek

Ich fürchte, Herr Ahrens, bei Albanien ist der Zug schon fast abgefahren. Mein Eindruck ist, dass die Europäische Kommission im Energiebereich Albanien inzwischen aus ihren Überlegungen grundsätzlich ausschließt, was ich sehr bedauerlich finde. Die Einstellung bei manchen EU-Mitgliedsstaaten tendiert dahin: Mit den Albanern kann man nichts machen. Ich würde es begrüßen, wenn man der albanischen Regierung deutlich zu verstehen geben würde: Mit euch können wir so lange nichts machen, wie ihr nicht selbst die Initiative ergreift und euch für eine Änderung der Verhältnisse einsetzt. Das ist auch eine Frage der Verhaltensweise.

Medish

Als ich den sehr bedenkenswerten Darlegungen, insbesondere von unseren Kollegen in der Region, zuhörte, habe ich mich gefragt, wie mein Memorandum an den Präsidenten wohl aussehen würde, wenn ich noch im Weißen Haus wäre und die Hauptpunkte dieser Diskussion über den Stand der regionalen Entwicklung zusammenfassen müsste, und zwar sowohl im Hinblick auf die jugoslawischen Nachfolgestaaten als auch anderer Länder wie Albanien, Rumänien, Bulgarien, also die gesamte Region. Natürlich gibt es Unterschiede, aber gleichzeitig zahlt die Region insgesamt einen Preis in Form einer hohen Risiko-Prämie dafür, dass sie schicksalhaft und geographisch vereint ist.

*Stand der
regionalen Entwicklung*

Szenarien

Ich beschreibe im Folgenden drei Szenarien, mit zwei Dimensionen interner Risiken, wobei jede Dimension vier Konfliktpunkte aufweist. Daraus werde ich dann eine Schlussfolgerung ziehen.

Die drei regional zusammenhängenden Szenarien von Risiken und Möglichkeiten, die ich auf mittlere Sicht aus den bisherigen Darlegungen ableite, sind die folgenden: Erstens gibt es den günstigen, oberen Fall, den man als „Durchbruch“ bezeichnen könnte. Zweitens ein mittleres Szenario, das man „Durchwursteln“ nennen könnte. Und drittens den unteren Fall, dass die Dinge schief gehen. Persönlich würde ich dem oberen Fall eine Wahrscheinlichkeit von zehn Prozent einräumen, dem mittleren Szenario von 60 Prozent und dem dritten Szenario von 30 Prozent.

Über den „Durchbruch“ hat Minister Djelić gesprochen, nämlich die Schaffung von „Balkan-Tigern“: schnelle Anpassung, Dynamik, Integration, politische Reife der Institutionen. Im mittleren Szenario haben wir es mit einer Grundtendenz von halbherzigen Maßnahmen, Populismus, Sicherung des Existenzminimums, Verzögerungen, schwachen Institutionen, Korruption und bestenfalls mit einer kontrollierten Instabilität zu tun. Der dritte Fall, das Scheitern, ist gewissermaßen das schwarze Loch: Rücknahme der Refor-

men, Desintegration, Instabilität, Gewalt, Staatsverfall, Vorherrschaft des organisierten Verbrechens.

Wenn ich zusammenfasse, was hier diskutiert wurde, sehe ich wiederum zwei Ebenen interner Risiken. Zum einen gibt es auf der Ebene politischer Sicherheit vier miteinander verbundene Konfliktherde, die hier bereits angesprochen wurden. Erstens Serbien und Montenegro. Das hat mit der föderalen Struktur der beiden zu tun und damit, ob der Solana-Plan wirklich funktionieren kann. Der zweite Konfliktherd ist das Kosovo und die Frage nach seinem endgültigen Status sowie die Rückkehr der Flüchtlinge. Der dritte betrifft Bosnien-Herzegowina und die Vertiefung des Dayton-Abkommens. Und der vierte Konfliktherd, den ich gegenwärtig für den wichtigsten halte, ist Mazedonien, das heißt, ob es uns gelingt, einen Modus Vivendi für die dortigen Gemeinschaften zu erreichen.

Diese vier Herausforderungen, die ich hervorgehoben habe, sollen die allerdings seltene Möglichkeit nicht ausschließen, die Božidar Djelić erwähnt hat, die mit der Tatsache zu tun hat, dass es in allen diesen Gebieten demokratisch gewählte Führungen gibt. Und zweifellos sollten wir diese Legitimation möglichst gut nutzen.

Für Akteure von außen, die EU und die USA – wenn die USA den Juniorpartner stellen –, kommt es entscheidend darauf an, dass wir unsere normative Sicht beibehalten, die sich auf bestimmte Werte gründet; aber gleichzeitig müssen wir in unseren Erwartungen realistisch bleiben, was den Zeithorizont angeht. Und da kann ich einigen der Vorredner nicht zustimmen. Ich denke, wir brauchen ein nachhaltiges aktives Engagement, aber wir müssen auch Geduld aufbringen, was den Zeitfaktor bei den Fragen politischer Sicherheit angeht. Sowohl aktives Engagement als auch Geduld sind knappe Güter – zumindest sind sie es gegenwärtig in Washington. Das richtige Timing ist sehr wichtig, denn die hiesigen politischen Führungen haben nur sehr begrenzte politische Mittel, und sie sehen sich zugleich einer großen Anzahl von Herausforderungen gegenüber, mit denen sie fertig werden müssen. Ich habe den Eindruck, dass insbesondere von Belgrad alles auf einmal erwartet wird. So steht beispielsweise die Sanktionspolitik, wie sie von einigen Leuten in Washington unterstützt wird, um das Verhalten Belgrads zu beeinflussen, nicht mehr im Verhältnis zu ihrem tatsächlichen Nutzen.

Lassen Sie mich zur wirtschaftspolitischen Ebene kommen. Auch da sehe ich vier miteinander verbundene Konfliktpunkte. Erstens ist für alle Länder die Stabilisierung auf der Makroebene wichtig, der Mix von Geld- und Fiskalpolitik, die Wechselkurs-Strategie und die Auslandsschuldenpolitik. Zweitens geht es um die Strukturreformen mit all den Maßnahmenbündeln von Privatisierung über Liberalisierung, Wettbewerbsfähigkeit, Einschnitte in die Bürokratie und Deregulierung. Der dritte kritische Punkt ist der Aufbau von Institutionen, Rechtssicherheit und Anti-Korruptions-Bemühungen, die einen entscheidenden Einfluss auf das Investitionsklima haben. Der vierte wurde Punkt betrifft die nachhaltige, starke Unterstützung von außen einschließlich der Erhaltung des Zahlungsbilanzgleichgewichts, technische Hilfe, Zugang zu den westlichen Märkten, Stimulierung der Kapitalzuflüsse für Infrastrukturmaßnahmen und auf anderen Gebieten, von denen hier die Rede war. Wir können darüber diskutieren, welches die richtigen Instrumente und Strukturen sind, doch eines weiß ich sicher, wir brauchen in jedem Fall mehr und nicht weniger an Unterstützung.

Konfliktherde

*Aktives Engagement
und Geduld*

*Wirtschaftliche
Konfliktpunkte*

*Übergangswirtschaften:
rasche Reformen –
schnelles Wachstum*

Auf eine Lektion im wirtschaftspolitischen Bereich will ich auf Grund der Erfahrung hinweisen, die sämtliche Übergangswirtschaften in ganz Eurasien gemacht haben: Diejenigen, die die Reformen schneller angegangen sind, haben auch ein rascheres Wachstum erzielt. Da besteht eine äußerst enge Korrelation, und die Lücke wird immer größer, das heißt, die Notwendigkeit, aufzuholen, wächst ständig. In diesem Punkt würde ich auf größte Ungeduld drängen, im Gegensatz zu dem, was ich im Hinblick auf politische Sicherheit fordere. Nebenbei gesagt ist Jugoslawien ein sehr gutes Beispiel dafür, dass man sich bemüht, die Reformen schnell voranzubringen, und nicht der Vorstellung unterliegt, allmählich vorzugehen, denn in Volkswirtschaften bedeuten langsame Reformen allzu oft gar keine Reformen.

Risikofaktoren

Meine eine Schlussfolgerung hängt zusammen mit den drei externen Risikofaktoren: Die Wahrscheinlichkeit, das obere Szenario zu erreichen, den günstigsten Fall, also das Szenario mit der zehnpromigen Wahrscheinlichkeit, ist außerordentlich gering. Denn wir von außen und Sie im Inneren müssen gemeinsam alle die acht Dinge, die ich erwähnt habe, hinbekommen. Vielleicht haben wir eine Chance, wenn wir wirklich darum kämpfen, aber die äußeren Risiken stehen dem doch entgegen. Ich bin jedoch auf der anderen Seite davon überzeugt, dass wir uns das mittlere Szenario, also das „Durchwursteln“, nicht leisten können, weil es grundsätzlich instabil ist. Das „Durchwursteln“ birgt ein hohes Risiko, dass man auf das untere Szenario abrutscht.

*Nachlassendes Interesse
der Geldgeber*

Ich erinnere an die drei externen Risikofaktoren, die Herr Daianu erwähnt hat, die ich keineswegs für theoretisch, sondern für sehr real halte. Erstens das nachlassende Interesse und die Skepsis der Geldgeber. Sie sind des Balkans, des langsamen Aufbaus der Nationenbildung und vor allem des Staatsaufbaus müde. Und man ist skeptisch, ob wir wirklich wissen, was wir da tun, wie Herr Bearpark andeutete.

*Verschiebung des
strategischen Interesses*

Das zweite externe Risiko besteht darin, dass sich das strategische Interesse sowohl auf Seiten der USA wie auch bei der EU verschiebt, was nicht unterschätzt werden sollte. Die Gründe dafür sind unterschiedlich, aber sie sind aus meiner Sicht grundlegend. In den USA ist die Bush-Administration stark in das internationale Geschehen involviert, obwohl sie dem internationalen Aktivismus ideenmäßig nicht zuneigt. Sie ist in die Welt durch den Krieg gegen den Terrorismus geradezu hineingezerrt worden. Aber dieser Krieg bedeutet zugleich eine Erschöpfung der politischen Mittel, und das wird offensichtlich härter und nicht leichter wegen der Ereignisse im Nahen Osten. Bei der EU haben mich einige Äußerungen hier und die vielen Anstrengungen, die unternommen werden, ermutigt. Doch ich fürchte, dass die internen Probleme der EU letztlich das Gefühl für die Verpflichtung hier zurückdrängen werden.

*Globales wirtschaftliches
Umfeld*

Der dritte Risikofaktor ist das globale wirtschaftliche Umfeld. Es mag sein, dass die wilden 1990er Jahre wirklich vorüber sind und nur eine abnormale Periode des globalen Wachstums waren. Das ist ein Risikofaktor für alle sich entwickelnden Marktregionen. Mit anderen Worten: Es könnte sein, dass Polens Erfolgsstory in einem abnormalen internationalen Umfeld stattgefunden hat, als die Kapitalflüsse umfangreicher und schneller stattfanden. Anders gesagt: Die Prämie für das Investitionsrisiko ist in dieser Region höher geworden, und zwar genau zu einer Zeit, wo die Risikobereitschaft der Investoren zurückgeht.

In diesem Zusammenhang braucht man nur darauf zu sehen, was in der Wirtschaft in den USA, in der EU und in Japan stattfindet. Es sind wir, diese G3, die eine neue „Mausefalle“ brauchen. Meine Folgerung ist deshalb: Wir mögen an der globalen Gesamtwirtschaftslage nichts ändern, können aber etwas gegen die Ermüdung der Geber und das nachlassende strategische Interesse tun. Wir alle müssen gegen diese Trends aktiv angehen und unsere Anstrengungen hundertprozentig darauf konzentrieren, um die zehn Prozent für den günstigsten Fall zu erreichen.

Busek

Gebermüdigkeit, Herr Medish. Mitunter bin ich geneigt zu sagen: Es hat auch seine gute Seite, dass die Geber allmählich müde werden. Denn wir erleben auf der Empfängerseite, dass man sich mehr und mehr auf die Geldgeber verlässt. So hat man mir kürzlich in Bosnien unverblümt zu verstehen gegeben: Wir schauen der internationalen Gemeinschaft zu, wie sie die Arbeit macht, während wir derweil im Kaffeehaus sitzen. Das mag übertrieben sein, aber es zeigt, welche Gefahren die reine Empfängermentalität hat. Ich meine, wir müssen darauf hinwirken, dass in der Region die Bereitschaft wächst, selbst Verantwortung zu übernehmen. Anders wird man die Dinge hier nicht in den Griff bekommen. Das war in Deutschland und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg genauso. Man muss die Dinge selbst in die Hand nehmen, sonst ist sehr schnell „donors fatigue“ die Folge. Davon sind wir in dieser Region nicht mehr sehr weit entfernt.

Sorić

Das „Durchwursteln“ haben wir auf dem Balkan nicht erst in den letzten zehn Jahren erlebt, sondern auch in der Zeit davor. Deshalb halte ich es für am wahrscheinlichsten, dass dies auch in Zukunft so weitergeht.

Herr Bearpark hat mehr Geld für das Kosovo gefordert. Ich kann nur davor warnen, sich der Illusion hinzugeben, dass die EU noch mehr Geld in das Kosovo pumpt. Ich denke, es wird eher weniger geben.

Anfang dieser Woche war ich in Weimar beim deutsch-russischen Petersburger Dialog. Dort erfuhr ich, dass Weimar, diese relativ kleine Stadt im Osten Deutschlands, eineinhalb Milliarden D-Mark für Sanierungsmaßnahmen erhalten hat. Gewiss, in der Innenstadt sind inzwischen sehr viele Fassaden gestrichen worden, aber bei weitem noch nicht alle. Ich wage gar nicht daran zu denken, wie viel Geld notwendig wäre, um nur die Fassaden überall auf dem Balkan zu streichen. Mit anderen Worten, wir sollten nicht zu viel erwarten.

Die Klagemauer ist auf dem Balkan besonders beliebt. Aber statt zu klagen, sollte man besser daran gehen, die bürokratischen Hindernisse abzubauen, Korruption zu bekämpfen, wie es Herr Busek und andere hier gefordert haben. Was kann getan werden, um das produzierende Gewerbe hier wieder in Gang zu bringen? Denn es gilt vor allem, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zu den Rahmenbedingungen will ich nur ein kleines Beispiel anführen. In unserem Hotel hier lief im serbischen Fernsehen ein Beitrag über eine Gruppe wohlhabender Serben aus

Gebermüdigkeit

„Wir sollten nicht zu viel erwarten“

Rahmenbedingungen für Investoren

der Diaspora, die vor einigen Tagen in Belgrad zusammengekommen sind in der Absicht, in Serbien zu investieren. Sie sind dann enttäuscht wieder abgezogen, weil sie nicht die notwendigen Rahmenbedingungen vorfanden. Wenn also nicht einmal die serbische Diaspora bereit ist, in Serbien zu investieren, dann werden sich andere ungleich schwerer tun.

Schwarzweiß-Malerei gegenüber Serbien

Herr Busek hat gesagt, man müsse sein Land gut „verkaufen“, um es für Investoren interessant zu machen. Das ist für Serbien auch deshalb so wichtig, weil Serbien in den letzten zehn Jahren in der westlichen Öffentlichkeit nicht gerade positiv dargestellt wurde, um es gelinde auszudrücken. Da dominiert die Schwarzweiß-Malerei, und die Serben gelten nun mal als das „Tätervolk“, so die Diktion einer großen konservativen deutschen Tageszeitung. Die Serben sind in den westlichen Medien oft „die Bösen“, und bei „den Bösen“ investiert man nicht. Dass solche Schwarzweiß-Malerei Unsinn ist, wissen wir alle an diesem Tisch. Fakt ist aber auch, dass ein Standort schlechtgeredet werden kann und das natürlich auch Folgen hat.

Demütigung

Unseren amerikanischen Freunden möchte ich sagen, dass die Demütigung ganzer Völker nichts Positives bewirkt. Viele Serben fühlen sich gedemütigt, wenn sie von Vertretern der amerikanischen Regierung zu hören bekommen: Wenn ihr unsere Forderungen nicht erfüllt, gibt es kein Geld. Die Botschaft lautet somit: Verhaltet euch botmäßig, sonst ergeht es euch schlecht. Ich freue mich, wenn Herr Schaefer dafür plädiert, dass der Westen hier behutsamer auftreten soll.

Am Tropf des Westens

Noch ein Wort zum Thema Wirtschaft. Wenn ständig viel Geld in den Balkan hineingepumpt wird, fördert das nicht unbedingt die Eigeninitiative der Menschen dort. Vor allem Bosnien und auch das Kosovo hängen wirtschaftlich am Tropf des Westens. Die Menschen gewöhnen sich an die Hilfe. Ich halte das für eine gefährliche Entwicklung.

Unabhängiges Kosovo?

Aus ökonomischer Perspektive wäre für Serbien ein unabhängiges Kosovo das Beste. Im Klartext: Eine Loslösung des Kosovo von Serbien würde der wirtschaftlichen Entwicklung Serbiens zweifellos zugute kommen. Letztlich ist die Kosovo-Frage aber eine politische.

Altmann

Sie fragen nach den Investoren, vor allem im produzierenden Gewerbe, Herr Sorić. Im November vergangenen Jahres hat „EURO-Money“ in Dubrovnik eine Regionalkonferenz veranstaltet. Eingeladen waren unter anderem Unternehmer, die in Südosteuropa investieren wollen und die beredt Klage führten über die Probleme, denen sich Investoren hier gegenübersehen.

Rechtssicherheit

Ein wichtiges Thema ist natürlich die mehrfach erwähnte Rechtssicherheit. Neue Gesetze sind ja schön und gut; aber was nützen sie, wenn sie vor Gericht nicht durchgesetzt werden können? Ein befreundeter Rechtsanwalt aus München, der vornehmlich Streitfälle mit Kroatien bearbeitet, wies auf dieser Konferenz darauf hin, dass er für Mandanten seit Jahren über Rechtstitel verfügt, die er aber nicht durchsetzen kann. Dabei wird Kroatien schon zu den fortgeschritteneren Ländern in der Region gerechnet.

Ein anderes Beispiel: Fondsmanager, die auf der Suche nach investitionswürdigen Objekten sind, tun sich in dieser Region unglaublich schwer. Seriöse Projekte, die man mit einem kalkulierbaren Risiko finanzieren könnte, finden sich kaum. Die Folge ist, dass die neuen Pensionsfonds in der Region kein ausländisches Privatkapital bekommen, sondern Schuldverschreibungen bei den Regierungen unterbringen müssen, die relativ teuer sind. Dabei laufen sich die Anleger privater Fonds die Füße wund nach geeigneten Objekten.

Ein weiteres Thema auf jener Konferenz betraf das Bild des Unternehmers auf dem Balkan, das nicht sonderlich positiv eingeschätzt wird. Gerade ausländische Investoren sind unsicher, ob sie mit Unternehmen in der Region kooperieren können. Diese Unsicherheit äußern weniger die ausländischen Großunternehmen, die durchaus einen langen Atem haben und auch in der Lage sind, Streitfälle über längere Zeit vor Gericht auszugetragen.

Vielmehr geht es um mittelgroße oder kleine Unternehmen, die sich hier vielleicht engagieren wollen. Sie brauchen geeignete, seriöse Partner in der Region, und die scheinen dünn gesät zu sein. Da wurde die Seriosität der Buchführung bezweifelt oder dass Unternehmen keine Steuern bezahlen, Angestellte schwarz beschäftigen und dergleichen mehr. Viele tun sich auch schwer mit zuverlässigen Machbarkeitsstudien in Form und Inhalt. Wenn mögliche Investoren mit einem solchen Bild des hiesigen Unternehmens konfrontiert werden, schrecken sie natürlich zurück, sich in dieser Region zu engagieren.

Hinzu kommt ein weiterer Gesichtspunkt, den Herr Busek bereits erwähnte. Jeder Unternehmer fragt sich, ob ein Markt von der Größe her für ihn interessant ist. Bisher wird über Freihandelszonen in der Region erst in Ansätzen gesprochen, das heißt, von einem funktionsfähigen größeren Markt kann überhaupt noch nicht die Rede sein. Auch von daher ist das Interesse, hier zu investieren, gering.

Schließlich noch ein Wort zur Landwirtschaft, die bisher noch gar nicht erwähnt wurde. Dabei könnte die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte durchaus ein Bereich sein, wo sich ohne allzu große Investitionen relativ schnell Fortschritte erzielen ließen, die auch Beschäftigungseffekte hätten. Mir ist jedenfalls bei meinen Aufenthalten in Podgorica oder in Prishtina aufgefallen, dass sich in den Geschäften kaum einheimische Produkte finden, während die Regale voll von ausländischen Importwaren sind. Das ist mit Sicherheit eine Fehlentwicklung, die sich aber, so meine ich, aufhalten ließe, wenn die hiesigen Betriebe von der reinen Subsistenzwirtschaft zu einer marktorientierten Produktion übergehen würden.

Busek

Ich stimme Ihnen zu, Herr Altmann, wenn Sie die Landwirtschaft erwähnen. Das Problem ist, dass die EU mit der Landwirtschaft in der Region nichts zu tun haben will, weil die Landwirtschaft geradezu das Trauma der Europäischen Union darstellt. Sie haben durchaus Recht: Die Länder hier wären sehr wohl in der Lage, auf dem Gebiet etwas zu tun. Bosnien, einst ein führendes Agrarland, importiert heute so gut wie alles aus der Europäischen Union. Wenn diese Länder dann ihre Produkte in die EU exportieren wollen, gibt es Probleme; denn auch wir blocken ab.

*Seriöse
Finanzierungsprojekte?*

Ansehen der Unternehmer

*Seriöse Partner
in der Region?*

Funktionsfähiger Markt?

Landwirtschaft

*Landwirtschaft:
Trauma der EU*

Ahtisaari

Vielleicht könnten die Länder, die auf dem Agrarmarkt tätig sind, sich anderweitig orientieren, weil sie keinen Zugang zur EU haben.

Teokarević

Herr Altmann hat in seinem ersten Beitrag drei verschiedene Arten einer EU-Mitgliedschaft erwähnt. Romano Prodi hat in diesem Zusammenhang den Begriff „virtual membership“ geprägt. Ich denke, darüber sollten wir eingehender nachdenken; denn das könnte in den nächsten Jahren durchaus eine realistische Perspektive sein, wenn ich etwa an Russland oder an Länder aus der Region denke, die noch nicht Mitglieder der EU sind.

Ein gutes Beispiel dafür auf dem östlichen Balkan sind Rumänien und Bulgarien, Länder, die Entwicklungen durchgemacht haben, die sich auch auf dem westlichen Balkan, zumindest in Serbien, wiederholen könnten. Ich denke beispielsweise an die lange erhofften Visaregelungen, die dort kurz vor den Wahlen eingeführt wurden, als bereits allgemein prognostiziert wurde, dass die Reform-Regierungen in diesen beiden Ländern die Wahlen verlieren würden. Vielleicht haben sie auch deshalb verloren, weil jene Regelungen zu spät erfolgten.

Herr Busek hat die Vision und Strategie einer Balkan-Politik der EU angesprochen. Mit Beginn des Mandats von Herrn Busek nehmen wir erfreulicherweise einige Bausteine wahr, die in das Mosaik hier passen. So hat Herr Busek in seiner Rede bei der Europäischen Union vor etwa einem Monat ungeschminkt und überzeugend die Idee vorgetragen, dass der Stabilitätspakt den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess unterstützen und dafür sorgen sollte, dass Hilfe für den Balkan mit politischen Reformen und regionaler Zusammenarbeit einhergeht. Allerdings sind viele von uns auf dem Balkan der Meinung, es wäre sowohl für die EU wie für den Balkan effizienter, wenn der Stabilitätspakt zu einem integralen Bestandteil in der Struktur der Europäischen Union werden würde.

Ein zweiter Aspekt könnte sein, dass dadurch eine Verbindung zwischen der Europäischen Union und der NATO geschaffen wird. Die NATO ist hier bisher nicht erwähnt worden, obwohl der Balkan in erster Linie die Sicherheit der Welt und der EU betrifft. Auch wenn die NATO seit dem 11. September nicht mehr in der alten Form existiert, bleibt sie eine wichtige Institution, nicht zuletzt für den Balkan und vergleichbare Regionen. Wenn die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der NATO institutionalisiert werden, etwa durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, könnte die Balkanregion dazu beitragen, zwischen beiden eine funktionsfähige Verbindung zu schaffen, möglicherweise durch den Stabilitätspakt.

Herr Djelić hat es klugerweise vermieden, sich zu dem neuen Staat zu äußern, den uns Brüssel aufgetragen hat. Da wir in Serbien und Montenegro unfähig waren, uns auf irgendetwas zu einigen, musste die EU einspringen, auch wenn das nicht ihrem ursprünglichen Plan entsprach. Allerdings ist das, was hier entstanden ist, unter funktionalen Gesichtspunkten sehr schwer umzusetzen, insbesondere wenn ich an die Beziehungen zwischen diesem neuen Staat und Brüssel denke. Deshalb würde mich interessieren, Herr Djelić, wie Sie die künftige Zusammenarbeit sehen.

*„Virtual membership“
in der EU*

*Beispiel Rumänien
und Bulgarien*

*Vision und Strategie einer
EU-Balkan-Politik*

*Verbindung zwischen
EU und NATO*

*Serbien und Montenegro:
ein aufgezwungener
neuer Staat*

Die Art und Weise, wie uns dieser neue Staat aufgezwungen wurde, wird die Haltung der serbischen und montenegrinischen Bevölkerung gegenüber der EU zweifellos negativ beeinflussen. Das könnte sich nur dadurch verbessern, wenn das neue Gebilde wirklich funktionsfähig ist. Nebenbei bemerkt: In der englischen Version des Rahmenabkommens wird der Ausdruck „Staat“ für das neue Gebilde verwendet, während im serbischen Text von einer so genannten „staatlichen Gemeinschaft“ die Rede ist, ein Begriff, der bislang im Völkerrecht und in der Staatstheorie unbekannt ist.

Järvenpää

Herr Medish hat von der Ermüdung und Skepsis der Geldgeber gesprochen. Ich denke, wir, die wir häufig in einem Kreis von Balkanenthusiasten miteinander reden, vergessen dabei die Leute, die in der Tat skeptisch sind. Es ist deshalb gut, dass wir in der heutigen Diskussion den Realitätsgehalt solcher Aussagen überprüfen. Dennoch gibt es auch manches, was mir den Eindruck vermittelt, dass diese Leute „so genannte“ Realisten sind. Ich würde jedenfalls der Auffassung widersprechen, wir sollten über eine Reduzierung der Finanzhilfen froh sein und versuchen, andere Finanzformen zu finden und die Hilfe anders zu strukturieren. Dafür gibt es zwei Gründe.

Erstens. Wenn wir das Niveau der Hilfgelder für den Balkan mit dem vergleichen, was die Visegrad-Länder in den letzten zehn Jahren erhalten haben, so machen diese Beträge pro Kopf für den Balkan gerade einmal ein Drittel dessen aus, was die Visegrad-Länder bekommen haben. Und die Visegrad-Länder haben keine Zerstörungen und Bürgerkriege erlebt und mussten ihre Infrastruktur nicht erneuern und so weiter.

Zweitens. Soweit ich weiß, werden in Griechenland rund dreißig Prozent der Arbeitsplätze in der Industrie durch Subventionen der EU finanziert. Ich kenne aber niemanden, der sagen würde, Griechenland sei von Hilfe abhängig. Ich würde deshalb einige Bemerkungen über zu viel Hilfe in Frage stellen. Ich hielte es jedenfalls für angemessener, uns Gedanken darüber zu machen, wie wir die Hilfsprogramme besser strukturieren und sicherstellen, dass das Geld wirklich dorthin gelangt, wo es benötigt wird.

Des Weiteren müssen wir endlich damit beginnen, den Bürgern der Europäischen Union klar zu machen, dass letztlich jeder dabei gewinnen wird. Es wird mehr Stabilität und mehr wirtschaftliches Wachstum geben, wenn wir den Balkan als Teil des umfassenden Wirtschafts- und Stabilitätsraumes begreifen, den wir in Westeuropa geschaffen haben.

Vielleicht muss man die Bürger auf dem Balkan dafür aktivieren. Man müsste ihnen so etwas wie eine Vision geben und ihre Phantasie anregen, was die europäische Integration für sie konkret bedeuten könnte. Doch zugleich müssen wir sicherstellen, dass die Bürger der Europäischen Union begreifen, dass der Balkan tatsächlich einen positiven Beitrag leisten kann und es eine großartige Perspektive ist, die Bewohner des Balkans dafür zu gewinnen.

Abschließend eine kleine Fußnote zur Migrationsdebatte. Derzeit sind ungefähr siebenzig Prozent der Bevölkerung im Kosovo jünger als dreißig Jahre. Dies ist eine beachtliche Ressource, wenn wir sie zu nutzen wissen. Wenn wir Ausbildung, richtiges IT-Training

*Reduzierung
der Finanzhilfen?*

*Niveau der Hilfgelder
für den Balkan*

Verteilung der Hilfgelder

*Europäische Integration:
Sicht der Bürger*

Migration

und die Schaffung von technischen Fachkräften angehen, könnte das ein wesentlicher Faktor sein, um die erforderliche Einwanderung zu erreichen und für neue Arbeitsplätze in Westeuropa zu sorgen.

Primatarova

Herr Busek hat die Schaffung eines Wirtschaftsraumes erwähnt, der die ganze Region Südosteuropa, einschließlich Bulgarien und Rumänien, umfassen könnte. Aus Sicht des Stabilitätspakts, aber auch im Hinblick auf die Tatsache, dass Bulgarien und Rumänien im Jahre 2004 noch keine Mitglieder der Europäischen Union sein werden, hat Herr Busek festgestellt, dass es bisher keine entsprechende Strategie gibt. Eine solche Strategie hat es aber noch nie gegeben.

Bilaterale Abkommen

Bulgarien hat sogar auf die bilateralen Abkommen mit Zurückhaltung reagiert; denn wir sehen einen Widerspruch zwischen der Politik des Stabilitätspakts im Hinblick auf die regionale Zusammenarbeit einerseits und unseren Verhandlungen mit der Europäischen Union andererseits. So hatte Bulgarien ein Freihandelsabkommen mit Mazedonien, bevor der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess begann. Als wir über die Außenbeziehungen verhandelten, haben wir die Position vertreten, dass wir möglicherweise eine Übergangsfrist beantragen würden, um unsere Beziehungen zu Mazedonien aufrechtzuerhalten. Bei Abschluss der Verhandlungen war dann das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen bereits auf dem Wege. Aus diesem Grund waren wir der Meinung, unser Vorbehalt habe sich erübrigt, weil wir davon ausgegangen sind, dass in dem Augenblick, wo wir Mitglied der EU sind, das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen unsere bilateralen Probleme lösen würde. Deshalb haben wir auf Übergangsfristen verzichtet.

Übergangsfristen?

Die EU-Kommission hat aber darauf bestanden, Bulgarien solle ausdrücklich erklären, dass wir keine Übergangsfrist für unser Abkommen mit Mazedonien verlangen. Wir haben dagegen argumentiert, das sei ein politisch sensibler Punkt; denn warum sollen wir eine solche Erklärung abgeben, wenn wir auf jegliche Übergangsfristen überhaupt verzichten? Wir sind bereit, am 1. Januar 2007 den Acquis in seiner jetzigen Form zu übernehmen.

Politische Unsensibilitäten

Solche politischen Unsensibilitäten seitens der EU-Kommission führen dazu, dass die bilaterale regionale Zusammenarbeit mitunter als Handicap betrachtet wird. Wenn in der Hinsicht keine Strategie entwickelt wird, dürfte es auch in Zukunft Probleme geben. Denn hier wird immer wieder über einen Wirtschaftsraum geredet, der vom europäischen Wirtschaftsraum getrennt ist. Es ist stets nur von 55 Millionen Menschen die Rede; dabei wird übersehen, dass es 130 Millionen sind, wenn man Griechenland und die Türkei hinzu-rechnet.

Südosteuropa als gemeinsamer Wirtschaftsraum

Warum spricht man nicht von einem Wirtschaftsraum, der Griechenland, die Türkei oder auch Slowenien einbezieht? Ich sehe in der Hinsicht ein erhebliches Problem, für dessen Lösung wir eine geeignete Strategie entwickeln müssen, um die Bedenken einiger Länder zu zerstreuen. Denn der gemeinsame Markt, der hier entstehen soll, müsste nicht nur von außen zugänglich sein, sondern er sollte seine Produkte auch in die EU Länder exportieren können.

Djelić

Ich will mich auf vier Fragen konzentrieren, die direkt an mich gerichtet waren beziehungsweise die serbische Regierung generell betreffen.

Erstens: der neue Staat Serbien und Montenegro. Zweitens: das Problem Hilfe versus Investition. Drittens: private Investitionen und Prioritäten, die dabei bezüglich der Sektoren gesetzt werden. Dazu gehört auch die Art und Weise, wie wir mit verschiedenen Gruppen von Investoren einschließlich der Diaspora umgehen. Und viertens die Frage nach den Menschen. Denn die Wirtschaft dreht sich zunehmend nur um ein Wort: eben die Menschen. Das meiste, über das wir hier sprechen, hat mit Menschen zu tun, die im Stande sind, eine Geschäftsidee zu entwickeln oder ein Projekt zu planen.

Zu Serbien und Montenegro: Was ich hier von Herrn Teokarević und anderen höre, ist in gewissem Sinne altes Denken. Gewiss, eine eindeutige Lösung wäre besser gewesen. Das heißt entweder eine klare Föderation, ein wirklicher Staat oder, wenn das nicht erreichbar ist, eine klare Trennung mit einem unabhängigen Serbien und einem unabhängigen Montenegro. Ich meine aber, das, was am 14. März unterzeichnet wurde, ist ein Zeichen dafür, dass sich der Balkan auf gutem Weg befindet. Es war das erste Mal in den letzten zwölf Jahren, dass Menschen die Konsequenzen ihres Handelns mitbedacht haben. Es gab einige Unterstützung von außen, doch in diesem Fall hat die EU positiv geholfen mit mehr Zuckerbrot als Peitsche. Die Menschen hätten die Trennung akzeptiert; aber sie fragten auch, was sie damit der Gemeinschaft der Investoren signalisiert hätten. Würde damit die Balkanisierung des Balkans für einige Jahre gestoppt? Würde es eine neue Runde geben? Was ist mit Mazedonien, was mit dem Kosovo und Bosnien, was schließlich mit Serbien selbst? Was geschieht mit dem Sandjak und der Vojvodina und mit Montenegro? Was wird aus dem östlichen Teil Montenegros, wo die Bevölkerung mehrheitlich albanisch ist?

Das Abkommen vom 14. März klammert all diese Fragen aus, obschon es einige konstitutionelle, rechtliche und wirtschaftliche Neuerungen beinhaltet, mit denen man gut leben kann. Wenn man sich die gegenwärtigen politischen Trends anschaut, dann neigen im Grunde alle Gruppierungen – natürlich mit Ausnahme der extremistischen Randgruppen – dem Abkommen zu. In Montenegro schließt das auch die Parteien ein, die zuvor standhaft für die Unabhängigkeit eingetreten waren.

Das gilt beispielsweise für Herrn Zhikovic, den Führer einer bedeutenden Partei in Montenegro, die seit Jahren versucht hat, die Unabhängigkeit für Montenegro zu erreichen. Er war zunächst am Boden zerstört, als das nicht realisiert werden konnte. Vor zwei Tagen traf er in Brüssel mit Herrn Solana zusammen und hat anschließend dem Abkommen zugestimmt und ist bereit, mit der EU zusammenzuarbeiten und abzuwarten, ob Montenegro in drei Jahren unabhängig werden sollte oder nicht. Das ist in der Tat eine ganz neue Entwicklung. Ich denke, wir sollten jetzt nicht die ganze Zeit darüber jammern, was hätte sein können, sondern lassen Sie uns auf die realistischen Optionen schauen und auf das, was auf dem Tisch liegt. Denn dies war das Beste, was sich machen ließ.

Wie wird das funktionieren? Die gute Nachricht für die Investoren ist, dass Probleme, wie sie Herr Busek in der Zusammenarbeit mit unseren Leuten gehabt hat, nunmehr aus dem

*Der neue Staat
Serbien und Montenegro*

*Unabhängigkeit
Montenegros*

Sicherheit für Investoren

Weg geräumt werden, denn zuvor hätten wir Leute aus der Föderation geschickt, die keinen Anhaltspunkt dafür hatten, was die Republiken mit den Projekten im Sinn hatten. Oder Investoren hätten mit einem Wirtschafts- oder mit einem Finanzminister der Föderation gesprochen, um dann festzustellen, dass ein serbischer Wirtschafts- oder Finanzminister offenbar mehr Gewicht hat. Das hätte sie sicherlich etwas verwirrt.

Positiv zu werten ist, dass es keinen föderalen Wirtschafts- und Finanzminister mehr geben wird. Lediglich die Aufwendungen für die Diplomatie und für die Verteidigung werden gemeinsam getragen. Im Hinblick auf die Integration mit Europa gibt es eine einheitliche Linie, denn darin sind sich Montenegro und Serbien hundertprozentig einig.

Stabilität sichern

Wir werden sehen, wie sich das entwickelt. Augenscheinlich wird dadurch eine Menge an Geld eingespart in einer Situation, in der die Bürokratie sehr stark ums Überleben kämpft. Doch der Hauptgrund, warum ich glaube, dass dieses Abkommen eine Chance bietet, ist, dass es Serben und Montenegrinern erlaubt, ihre eigenen Angelegenheiten auf wirtschaftlichem Gebiet zu regeln und bei der Sicherheit gemeinsam vorzugehen, was nicht nur für uns, sondern auch für die Region insgesamt wichtig ist. Das gibt uns die Möglichkeit, die Stabilität dieses Raumes zu sichern. Das alles ist positiv, und ich glaube wirklich, dass es funktionieren wird.

Ermüdung der Geldgeber

Dann zum zweiten Punkt: Ermüdung der Geldgeber, das heißt Finanzspritzen à la Marshall-Plan versus private Investitionen. Insbesondere einige amerikanische Besucher, die nach Belgrad kommen, wollen hören, wie wir darüber denken, dass das Entwicklungshilfe-Programm der Vereinigten Staaten 0,1 Prozent des US-Bruttonominalprodukts ausmacht, während die OECD-Länder von 0,7 Prozent, also sieben Mal so viel, sprechen. Und darauf antworten sie dann, was wirklich zähle, seien Privatinvestitionen.

Hindernisse für Privatinvestitionen

Natürlich sind Privatinvestitionen wichtig, doch wie steht es mit Privatinvestitionen in Ländern, wo der Strom abgeschaltet wird und es teilweise keine Elektrizität gibt? Was ist mit Ländern, wo man auf Straßen fahren muss, die vermint sind? Was ist mit Privatinvestitionen an Orten, wo die Krankenhäuser nicht in Stand gesetzt worden sind, wie es leider in Belgrad heutzutage der Fall ist, wo es keine funktionierenden Apparaturen zur Krebsbehandlung gibt? Kein Privatinvestor würde seine Familie in solche Länder bringen. Dann gibt es natürlich noch die Tatbestände von Korruption, organisiertem Verbrechen, Entführungen und so weiter.

Hilfsprogramme

Man kann sich also nicht auf private Investoren für alles und jedes verlassen. Sie kommen nicht, wenn das Land nicht in Ordnung ist. Man sollte auch nicht alles von Hilfsprogrammen erwarten. Sie sind viel zu gering; und dann erhalten mitunter Länder, die bessere Ausgangspositionen haben, weitaus mehr und dergleichen. Mein Eindruck ist jedenfalls, dass Europa manchmal in Kleinigkeiten übergenau und im Großen verschwenderisch vorgeht. Was sollten wir also tun? Wir können Appelle aussprechen und vielleicht das System zum Laufen bringen. Insbesondere können wir die politischen Zyklen und Zwänge berücksichtigen, denen die Staatsoberhäupter ausgesetzt sind, wenn sie entscheiden sollen, wann man um etwas bittet. Ich denke, damit sind wir insbesondere in Belgrad besser dran.

Wir müssen die verschiedenen Strategien miteinander abstimmen. Aber es ist zu einfach, nur zu sagen: „Führt bessere Gesetze ein und findet Kleinunternehmer.“ Wir müssen die Donau wieder schiffbar machen; wir müssen die Minen wegräumen. Ich bin nicht der Auffassung, dass das Geld für das Kosovo verringert werden sollte. Wir müssen einen Weg für das Kosovo finden, um Geld von den internationalen Finanzinstitutionen zu erhalten. Das Problem dabei sind die Statuten. Wie können wir sicherstellen, dass das Kosovo Anleihen erhält von der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank (EIB), von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)? Ich habe mit jemandem von der EBRD gesprochen, der mir schlichtweg gesagt hat, dass das für ihn alles zu kompliziert sei. Das reicht aber nicht.

Serbien hat ein Interesse daran, dass sich die Lebensbedingungen für die Menschen in der Provinz Kosovo in jeder Hinsicht verbessern, so dass man wirklich von einer wirtschaftlichen Entwicklung sprechen kann oder dass sie, in kleineren Kreisen, die Notwendigkeit einsehen, dass die Menschen dort bleiben, wo sie sind. Wir könnten die gleiche Richtung verfolgen, die die EU uns für unseren Umgang mit einigen unserer Nachbarn vorgibt.

Der dritte Punkt betrifft die Investitionen. Um die Infrastruktur und die öffentlichen Finanzen auf das richtige Niveau zu bringen, geht es natürlich primär um Investitionen. Ich war kürzlich zu einer Veranstaltung der Diaspora im Ausland eingeladen. Gleichzeitig hielten sich drei Wirtschaftsminister aus der Region in verschiedenen Hauptstädten auf, um sich mit ausländischen Investoren zu treffen. Mein Eindruck ist, dass unsere Diaspora einige Führungspersönlichkeiten hat, die hier nicht einen Pfennig investieren wollen. Sie würden gern Ministerpräsident von Serbien werden. Wenn Sie beispielsweise Herrn Djorjevic zuhören, der eine große Pressekampagne veranlasst hat, oder anderen Persönlichkeiten, dann wissen Sie, dass bei denen eine andere Agenda gilt.

Wenn ich über die Diaspora nachdenke, was ich häufig tue, dann denke ich mehr an die 75 Leute, die wir in New York in unserem Konsulat angetroffen haben. Wir hatten den Konsul gebeten, die Leute einzuladen, die gern kommen würden. 75 sind gekommen, alle in einem Alter zwischen 25 und 40 Jahren, die alle Visitenkarten von der Commerzbank, Goldman Sachs, Chase Manhattan und Morgan Stanley hatten. Von den 75 sind zehn nach Serbien zurückgekehrt, darunter derjenige, der Erster Vorsitzender des serbischen Schatzamts werden soll und jetzt ein Exekutivdirektor bei Morgan Stanley in London ist.

Wenn man in Amerika eine Party veranstaltet, heißt es auf den Einladungen: BYOB – „bring your own beer“. Unsere Einladungen in der Diaspora sollten lauten: „bring your own investor“. Am besten ist es, wenn die Leute, die in solchen Unternehmen, Banken oder Industriekonzernen arbeiten, zurückkehren, denen jene Institutionen vertrauen. Sie stellen die beste Verbindung dar für Leute, die hierher kommen und hier arbeiten.

Herr Busek hat Coca-Cola erwähnt. Der Chef von Coca-Cola in Jugoslawien, als das Unternehmen hier wieder eröffnet wurde, war zugleich Leiter für Coca-Cola der GUS-Region. Er hat ein Team gebildet von Leuten, die zur Hälfte Einheimische waren, während die andere Hälfte aus der Diaspora kam. Der Vertreter der Hypo Vereinsbank hat mir berichtet, dass er hier nach drei Wochen zunächst eine Lizenz erhalten hat und erst dann in

Wiederaufbau im Kosovo

*Investitionen:
Einfluss der Diaspora*

*Handelsfirmen
als Investoren*

*Problembereich
Landwirtschaft*

der Lage war, in zwei Monaten ein gutes Team zusammenzustellen auf Grund der größeren Breite der hier vorhandenen Management-Talente. Ich denke, das ist ein bemerkenswerter Wettbewerbsvorteil für die Serben. Deshalb würde ich bei den Investitionen nicht zustimmen, dass die Schwerindustrie von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das ist noch ein verkapptes kommunistisches Wirtschaftsverständnis. Die heutigen Handelsfirmen sind die Investoren, die morgen mehr Geld machen, wo auch immer.

In dieser Hinsicht werde ich an Polen in den 90er Jahren erinnert, als die Händler Spekulanten genannt wurden. Handelsgeschäfte operieren mit kleinen Margen, wenn sie wettbewerbsfähig sein wollen, und sie müssen sich dorthin begeben, wo es Wettbewerbsvorteile gibt, und dabei manches Hindernis überwinden, um da hineinzukommen. Deshalb habe ich nichts gegen Handelsunternehmen. Und beim produzierenden Gewerbe bin ich sehr erfreut, dass hier eine private französische Gesellschaft in ein Software-Unternehmen in Belgrad investiert hat, das jetzt für die Firma in Paris arbeitet.

Was die Landwirtschaft angeht, so ist das ein Problem, das wir bislang nicht gelöst haben. Mit der EU ist es schwierig, die aus verständlichen Gründen bei der Landwirtschaft nicht einmal technische Hilfe leisten will. Das spricht sich bis zur Weltbank herum, die auch keine Berater für den Agrarbereich abstellen will. Es ist sehr schwer, gute Beratung in der Landwirtschaft zu bekommen, weil es auf diesem Gebiet zu viele Probleme im Westen selbst gibt. Dabei macht die Landwirtschaft 26 Prozent des serbischen Bruttosozialprodukts aus, vor allem weil der Dienstleistungsbereich zu klein ist und weil das produzierende Gewerbe rückläufig ist.

Es gibt hier noch gute Möglichkeiten, obwohl sie sich eher für Unternehmen wie den serbischen Fruchtsaftproduzenten „Fresh & Co.“ auf tun, der vor kurzem 2 Millionen Euro von Sidel, einem Maschinen-Lieferanten, erhalten hat und außerdem 26 Millionen Euro von der IFC für die Expansion. Und eine israelische Firma will hier 80 Millionen Euro in ein spezielles System zur Produktion von Winter-Tomaten investieren.

Diese Projekte laufen natürlich nur, wenn die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, etwa ein funktionsfähiges Wasserversorgungsnetz. Doch hier hat unser Ministerpräsident in New York alles versucht, um den Firmenchef von Nestlé zu treffen, die sich hier um einige Geldanlagen in den nächsten Monaten bemühen wird. Auf der gleichen Linie ist Unilever aktiv, das 1974 ein Joint Venture mit einem Eiskrem-Produzenten begonnen hat und jetzt offenkundig daran interessiert ist, dieses Unternehmen zu kaufen.

*Investitionen
in Menschen*

Mein vierter Punkt hat mit den Menschen zu tun. Eine Investition, die niemals verloren ist, ist die Investition in Menschen und ihr Wissen. Ich denke, dabei sollten wir uns vor allem auf zwei Ziele konzentrieren. Während die Infrastruktur gewissermaßen die Hardware darstellt, stellen die Menschen und ihr Wissen die Software dar.

Serbien hat zehn Jahre Niedergang und Isolation hinter sich. Dazu will ich anmerken, dass die Isolation leider sogar das Verbot von Fachaufsätzen und Zeitschriften einschloss. Ingenieure, Architekten und Wissenschaftler waren wirklich isoliert. Zum Glück hat ihnen das Internet die Möglichkeit verschafft, in Kontakt mit der Außenwelt zu bleiben.

Wir müssen uns an einem Wirtschaftsplan orientieren, und in dieser Hinsicht bleibt enorm viel zu tun. Das Gute ist, dass die Elite hier im Durchschnitt besser ist; aber das Problem ist, wie man tiefer in die Hierarchie der Verwaltung, des Managements und des politischen Spektrums eindringen kann, weil sonst eine Rückkehr zum „Stop-and-go“-Verhalten nur allzu wahrscheinlich ist.

Ich habe nichts mit Bukarest oder gar mit Tirana zu tun, wo ich nie gewesen bin. Und ich bin auch über Belgrad keineswegs beunruhigt. Wir müssen jedoch etwas dafür tun, um die regionale Entwicklung und die Bildungsmöglichkeiten für die Menschen zu fördern, die in kleinen Städten leben, in den Fünfzigern sind, kein Englisch sprechen und nie an einem Computer gearbeitet haben. Für diese Leute müssen wir etwas tun; denn die 25- bis 30-Jährigen können das ohne weiteres selbst schaffen.

Ich möchte schließen mit der Feststellung: Wir können aufholen. Wir stehen immer noch sehr unter dem furchtbaren Schatten, den die letzten zehn Jahre auf die meisten Länder der Region geworfen haben. Der Eindruck, den dieser Zeitraum hinterlassen hat, zeigt ein Bedürfnis, auch in internationalen Kreisen, dass sich neue Leute mit neuer Begeisterung der Dinge annehmen. Ich stimme meinem Freund, Mark Medish, nicht zu; ich schätze die Erfolgsaussichten für die Region höher als zehn Prozent ein. Ich bin zuversichtlich, dass die Chancen für mein Land, für Serbien, weitaus größer sind.

Ahtisaari

Ich denke, es ist durchaus von Bedeutung, wenn eine Gruppe von so vielen Persönlichkeiten wie die unsere hier sich in einem Punkt einig ist: Wir alle wollen, dass der Balkan Erfolg hat. Wir alle haben begriffen: Wenn wir auf dem Balkan nicht erfolgreich sind, werden wir dennoch mit dem Balkan für den Rest unseres Lebens leben müssen; vielleicht auch noch die nächste Generation. Ich hoffe, dass wir während der 90er Jahre eines gelernt haben: dass es besser ist, das, was getan werden muss, schnell zu tun, und zwar in Partnerschaft mit den Ländern und den Menschen, statt die Dinge schleifen zu lassen. Es ist sehr viel kostspieliger, wenn wir mit unseren gemeinsamen Bemühungen scheitern.

Ich meine, ein wahrer Freund ist jemand, der einem Dinge sagen kann, die man ungern hört, und der einen anspornt, wenn sich die Dinge nicht so entwickeln, wie sie sollten. Wenn ich das vergleiche mit meinen Notizen von einer Tagung, die hier vor sechs Monaten stattgefunden hat, dann stelle ich fest, dass sich seit damals in der Gesetzgebung in Belgrad viel getan hat. Das ist ein gutes Zeichen. Gleichwohl werden wir Sie weiterhin daran erinnern, wenn bestimmte Bereiche in der Gesetzgebung vernachlässigt werden. Denn das wird dazu beitragen, dass ausländische Investitionen ins Land kommen.

Ich muss jetzt weiter nach Washington zu einer anderen Tagung reisen, aber ich werde meine Freunde, die aus vielen Teilen der Welt sowohl nach Washington als auch nach New York kommen, herzlich von Ihnen grüßen.

Bildungsmöglichkeiten fördern

Erfolgsaussichten für die Region

Wir alle wollen, dass der Balkan Erfolg hat

Fortschritte in der Gesetzgebung

Wehmeier

Im Namen der Körber-Stiftung sage ich Herrn Ahtisaari ganz herzlichen Dank. Sie sind ein gefragter Mann und haben mir erzählt, dass Sie im vergangenen Jahr 208 Tage unterwegs waren, um für die Zukunft Südosteuropas in Europa zu wirken.

Wir danken Ihnen für Ihre engagierte Moderation und möchten die Hoffnung äußern, dass Sie auch in Zukunft die Arbeit unserer Stiftung mit Interesse verfolgen. Ich denke, wir haben in Ihnen einen Freund gewonnen, und darüber freue ich mich ganz besonders. Wir alle wünschen Ihnen eine gute Reise in die USA und viel Erfolg bei Ihren zukünftigen Projekten.

III. Welche Gesellschaftsstrukturen braucht die Region?

Busek

Wir haben bisher Fragen der politischen Stabilisierung, des Aufbaus von Institutionen und über die wirtschaftliche Situation diskutiert sowie den internationalen Kontext erörtert, in dem sich Südosteuropa derzeit befindet. Probleme des institutionellen Aufbaus und der Infrastruktur sind eher technischer Natur. Ich meine indes, dass Probleme der Stabilität und der Verbesserung der Lage in Krisengebieten insgesamt sehr viel mehr mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu tun haben. Deshalb wollen wir jetzt über das Thema sprechen: Welche Sozialstrukturen werden in der Region benötigt?

Das halte ich für sehr wichtig, und meine Erfahrung ist, dass diese Fragen häufig vernachlässigt werden. Bei der Errichtung des Stabilitätspakts gab es eine heftige Diskussion darüber, ob der Bildungsbereich einbezogen werden sollte oder nicht. Praktische Überlegungen und zeitliche Zwänge liefen darauf hinaus, dieses Thema außen vor zu lassen. Das war insofern nicht sinnvoll, als wirklicher Wandel nur möglich ist, wenn wir auch in die Bildung investieren.

Fragen der Multiethnizität und eines verbesserten gegenseitigen Verstehens können nicht sinnvoll angegangen werden, wenn die kulturelle Dimension vernachlässigt wird. Wenn wir auf die Zeit vor 1989 zurückblicken, so wurden die eigentlichen Veränderungen in den früheren kommunistischen Ländern von Künstlern, Intellektuellen, Schriftstellern, Akademikern angestoßen. Deshalb meine ich, dass wir uns jetzt auf diesen Aspekt konzentrieren sollten.

Darf ich zunächst Herrn Kempf, den Leiter des Goethe-Instituts in Belgrad, bitten, uns in die Diskussion einzuführen.

Einbeziehung der Bildung

Kulturelle Dimension

Kempf

Ich knüpfe zunächst an einige Fragen aus der bisherigen Diskussion an, die aber einen Bezug zu unserem jetzigen Thema haben. Das betrifft beispielsweise den Visumzwang, ein Thema, mit dem wir uns im Goethe-Institut jeden Tag beschäftigen müssen. So schreiben wir ständig an das deutsche Konsulat und bitten darum, unsere serbischen Kulturpartner nicht zwei, drei oder gar vier Stunden vor dem Konsulat warten zu lassen, wenn sie ein Visum für Deutschland oder ein EU-Schengen-Visum brauchen.

Ich frage mich, ob der Visumzwang überhaupt nötig ist, der ja auch innerhalb der Region besteht. So müssen etwa die Serben für Kroatien ein Visum beantragen, das 60 US-Dollar kostet. Die Folge ist, dass die meisten Leute, die von Serbien beziehungsweise Serbien und Montenegro nach Slowenien reisen wollen – der Kulturaustausch zwischen beiden Ländern hat sich in letzter Zeit erheblich verstärkt –, nicht den direkten Weg über Kroatien nehmen können, sondern den weiten Umweg über Ungarn in Kauf nehmen müssen.

Ich plädiere dafür, den Visumzwang aufzuheben, zumal die letzten Untersuchungen gezeigt haben, dass die legale Migration zurückgeht, während die illegale Migration sehr zugenommen hat. Das heißt, wer nicht legal ausreisen und anschließend wieder zurückkehren kann, ist eher versucht, im Ausland zu bleiben.

Dann noch einmal zur Frage einer möglichen Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Ich würde es sehr begrüßen, wenn man in dieser Hinsicht für Südosteuropa eine Art zeitlichen Fahrplan erstellen würde. Sicherlich wird es nicht möglich sein, die Länder dieser Region alle auf einmal in die EU aufzunehmen, aber man sollte ihnen zumindest eine Perspektive geben. Das würde die Region insgesamt stabilisieren und vor allem auch die Wirtschaft anregen, hier zu investieren. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur das Stichwort Hermes-Bürgschaften.

In der Zwischenzeit sollte man Partnerschaften insbesondere im kulturellen Bereich, etwa zwischen Schulen und zwischen Universitäten, intensivieren. Auch Städtepartnerschaften bieten sich dafür an. Das heißt, es kommt darauf an, Strukturen zu schaffen, die diese Länder mit Westeuropa so stark verbinden, dass es kein Zurück mehr geben kann.

Ich komme jetzt zu meinem eigentlichen Thema, der Kultur. Diese Region weist insgesamt eine bemerkenswerte kulturelle Kreativität und Dynamik auf, die wir in Westeuropa noch viel zu wenig wahrnehmen. Multiethnische Gesellschaften sind ja per se äußerst dynamisch und kreativ in kultureller Hinsicht.

Das gilt insbesondere für Serbien, das ein ungemein lebendiges Kulturleben hat. Beispielsweise gab es gestern hier zwei Theaterpremierer, und es wurde eine großartige Ausstellung zur jugoslawischen Kunst für den Zeitraum von 1900 bis 1991 eröffnet, die Kunstschätze aus dem Museum für zeitgenössische Kunst präsentiert. Dabei waren Kuratoren und Experten aus Kroatien, Bosnien und Mazedonien anwesend, ein Beweis dafür, dass auf kulturellem Gebiet bereits eine gewisse regionale Zusammenarbeit stattfindet.

Für die Verbesserung der Kulturarbeit halte ich vor allem drei Faktoren für wichtig. Erstens die Stärkung der örtlichen Strukturen. Das versuchen wir seitens des Goethe-

Referate

Visumzwang

*Zeitlicher Fahrplan
für EU-Mitgliedschaft*

Partnerschaften

Lebendiges Kulturleben

*Stärkung
örtlicher Strukturen*

*Förderung
interregionaler
Zusammenarbeit*

Instituts in Belgrad, das für Serbien und Montenegro und auch für Mazedonien zuständig ist, und in Zagreb, das neben Kroatien auch Slowenien mitbetreut, zu unterstützen. Außerdem befindet sich seit zwei, drei Jahren in Sarajevo ein kleines Goethe-Institut im Aufbau.

In Zusammenarbeit mit den einheimischen Kulturinstitutionen und Kultusministerien geht es zunächst darum, die lokalen kulturellen Einrichtungen besser auszustatten, was natürlich Geld kostet. Das gilt beispielsweise für das wunderschöne Nationaltheater in Belgrad, das sich in einem geradezu museumsreifen Zustand befindet und von Grund auf modernisiert werden müsste. Städte mit 50 000 oder 100 000 Einwohnern verfügen vielfach nicht einmal über einen richtigen Kinosaal. Das wird mir auch aus Bosnien berichtet.

Der zweite Faktor ist die Förderung der interregionalen Zusammenarbeit, die weniger Geldmittel beansprucht; denn dabei geht es vor allem um zwischenmenschliche Kontakte, die im Kulturbereich noch weit gehend intakt sind, wie ich zu meiner eigenen Verwunderung bei Beginn meiner Arbeit hier feststellen konnte. Das gilt vornehmlich für die ältere Generation, die sich noch aus der jugoslawischen Zeit kennt. Die Zwischengeneration ist davon weit gehend ausgeschlossen, während die Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen wieder sehr intensive regionale Kontakte hat, beispielsweise über Internet und E-Mail. Ich denke, gerade die jungen Leute sind sehr daran interessiert, sich nicht nur über diese technischen Medien auszutauschen, sondern würden gern die Möglichkeit wahrnehmen, sich auch persönlich zu treffen und kennen zu lernen. Das sollten wir in jedem Falle fördern.

Dank der Gelder aus dem Stabilitätspakt sind wir jetzt in der Lage, Veranstaltungen durchzuführen, um Menschen dieser Region zusammenzubringen. Das gelingt bisher allerdings nicht mit dem Kosovo und nur schwer mit Kroatien. Während Kulturschaffende aus Slowenien, Bosnien und Mazedonien, natürlich aus Bulgarien und Rumänien unseren Einladungen ohne weiteres Folge leisten können – in letzter Zeit übrigens erfreulicherweise auch aus Albanien –, ist es schwierig, Vertreter aus Kroatien dazuzuholen.

Öffnung nach Westeuropa

Der dritte Punkt betrifft die Öffnung der Wege für diese Region nach Westeuropa. Dabei geht es nicht nur um die bereits erwähnte Visumsproblematik, sondern auch um die fehlenden Geldmittel. Viele Theater- und Musikergruppen, aber auch Individualkünstler würden gern die westeuropäischen Länder besuchen. Ihnen das zu ermöglichen, darin würde ich eine wichtige Aufgabe für uns sehen, die wir noch viel zu wenig wahrnehmen.

*Hoch qualifizierte
Experten und Künstler*

In allen Kulturbereichen dieser Region gibt es hoch qualifizierte Experten und hervorragende Künstler. Es kann keine Rede davon sein, dass diese Region kulturell unterentwickelt ist. Das gilt etwa für den so genannten Wortbereich. Themen wie Schuld, Versöhnung, Verantwortung wurden hier bereits in finstersten Milošević-Zeiten diskutiert, wie ich im Februar/März 2000 auf einem Seminar vor Ort selbst miterlebt habe. Die Teilnehmer wurden damals per Telefon eingeladen, weil solche Veranstaltungen für die Leute sehr gefährlich waren. Dabei waren Experten aus Argentinien, Südafrika und, wenn ich es richtig erinnere, aus Indonesien und anderen Ländern anwesend.

Solche Debatten finden auch heute immer wieder statt, wenn auch weit gehend nur im Kreise von Fachleuten. Eine breitere Diskussion steht noch aus – aber es hat ja auch in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg lange gedauert, bis das in Gang kam.

In dem Zusammenhang wurde übrigens kürzlich auf einem Geschichtsseminar darauf hingewiesen, dass seinerzeit in den Nürnberger Prozessen allenfalls zehn Prozent der deutschen Kriegsverbrecher abgeurteilt wurden, während alle anderen Verurteilungen von deutschen Gerichten in der Folgezeit ausgesprochen wurden, ein Tatbestand, der auch für die Region hier beachtet werden sollte.

Ich erwähne weiter den Bereich Kulturmanagement. Wir sollten nicht vergessen, dass ein Land wie Serbien nicht nur zehn Jahre des Milošević-Regimes ertragen hat; die Länder dieser Region sind allesamt von fünfzig Jahren starrer kommunistischer Strukturen geprägt. Das ist nicht von einem Tag zum anderen aus den Köpfen der Menschen herauszubringen. Gerade beim Kulturmanagement bleibt noch sehr vieles zu tun.

Dann der Bereich Regional- und Stadtplanung, Stadterneuerung, die Bewahrung alter Kulturgüter, Kirchen, Klöster, historischer Gebäude und so weiter. Der Bildungsbereich ist ein ungeheuer weites Feld, bei dem Partnerschaftsbeziehungen eine wichtige Rolle spielen müssten. Die Europäische Union hat vor kurzem eine Kommission hierher entsandt, um den Bildungsbereich zu evaluieren und anschließend neue Lehrpläne und Curricula zu erarbeiten. Dieses gilt natürlich besonders für die Geschichtsthemen. Das heißt, die Geschichtsbücher, in denen die Geschichte des Balkans geschrieben steht, müssen aufgearbeitet werden.

Ein besonders wichtiger Bereich ist die Medien- und Filmkunst. Der Film war in dieser Region einmal Schwerpunkt. Viele westeuropäische Filmgesellschaften nutzten hier die Produktionsstätten. Das alles ist total heruntergekommen. Die Medienkunst ist ein wichtiger Bereich, der europäisches Niveau hat.

Das Theater stellt einen großartigen Schwerpunkt zumal in Belgrad dar. Es gibt hier sechs bis acht professionelle Theatergruppen und weit über zwanzig Amateurtruppen. Allein in Belgrad haben im vergangenen Jahr vierzig Theaterpremierer stattgefunden. Auf diesem Gebiet gibt es inzwischen auch eine rege interregionale Zusammenarbeit, vor allem zwischen Serbien und Slowenien. Das wird nicht zuletzt dadurch erleichtert, dass in der ganzen Region keine Sprachprobleme bestehen. Im Grunde kann man sich überall auf Serbokroatisch verständigen, obwohl jetzt offiziell von vier verschiedenen Sprachen die Rede ist.

Dann die Musik. Wenn etwas diese Region zusammenhält, ist es die Musik, vor allem die so genannte Zigeunermusik, die in der gesamten Region geliebt wird. Die Belgrader Philharmoniker gehörten noch bis in die achtziger Jahre zu den großen Orchestern Europas, bei denen alle großen Dirigenten, zum Beispiel Karajan, gastiert haben. Auch die Folklore ist sehr bedeutsam. Das gilt etwa für Turbofolk, eine Musikrichtung, die schon zur Milošević-Zeit sehr beliebt war – autoritäre Systeme bedienen sich ja mit Vorliebe der Musik, um die Leute zu stimulieren. Gerade die Musik eignet sich für den interregionalen Austausch, der auch breitere Schichten erreicht.

Kulturmanagement

Bildungsbereich

Medien- und Filmkunst

Theater in Belgrad

Musik in der Region

Bildende Kunst

Schließlich die bildende Kunst, ein äußerst dynamischer Bereich, der sich für Austauschprogramme sehr gut eignet, die wir weit mehr unterstützen sollten. Es gibt bereits interregionale Kunstausstellungen. So wird gerade in Thessaloniki eine große Ausstellung vorbereitet. Und im Juni dieses Jahres planen wir – mit Geldern des Stabilitätspakts – in Belgrad eine große Billboard Ausstellung mit 36 Künstlern aus neun Ländern der Region – aus jedem Land kommen vier. Wir hoffen, das Kultusministerium und die Stadtväter sind einverstanden, dass Belgrad 14 Tage lang mit 36 Großpostern à drei Mal vier Meter dekoriert wird. Das wäre eine wunderbare Gelegenheit, um die interregionale Zusammenarbeit im Kulturbereich bewusst zu machen.

„Festivalitis“

Natürlich gibt es im kulturellen Bereich auch Probleme. Ich spreche einmal drei Dinge an. Eine schlimme Krankheit auf dem Balkan nenne ich die „Festivalitis“. Jedes Dorf will sein eigenes Festival veranstalten. In Belgrad finden jährlich mindestens zehn Film- und mehrere Jazzfestivals statt. Und sie alle gehen das hiesige Kultusministerium und die ausländischen Kulturinstitute um finanzielle Unterstützung an, die angesichts der Fülle der Veranstaltungen überhaupt nicht möglich ist.

Exorbitante Individualität

Ein weiteres Problem sehe ich in der geradezu exorbitanten Individualität. Jeder will gewissermaßen das Rad selbst neu erfinden. In Serbien sind gegenwärtig etwa 1500 NGOs tätig, davon mindestens 200 im Kultursektor. In vielen Fällen arbeiten diese Organisationen an ganz ähnlichen Themen, ohne sich darüber auszutauschen.

Das zeigt sich im Übrigen auch im politischen Bereich. So gab es hier vor zwei Jahren an die 250 politische Parteien; heute sind es vielleicht noch 150. Wie Sie wissen, setzt sich DOS aus 18 politischen Parteien zusammen. Die übertriebene Individualität stellt zweifellos einen Hemmschuh für eine intensive Zusammenarbeit dar.

Und was man ebenfalls beklagen könnte, ist, dass der Weg vom Wort zur Tat oft sehr lang und mühsam ist. Mitunter wäre es sicherlich besser, man würde in kleinen Schritten zu Taten kommen, statt nur große Worte zu verkünden.

Gelder aus dem Stabilitätspakt

Lassen Sie mich abschließend noch einen Appell formulieren, zumal der Koordinator des Stabilitätspakts hier unter uns ist. Dankenswerterweise hat die Kultur aus dem Stabilitätspakt nicht unbedeutende Gelder erhalten. Es ist jedoch bedauerlich, dass die Mittel schon 2002 stark reduziert wurden.

Ich möchte sehr dafür plädieren, Mittel des Stabilitätspakts weiterhin zur Verfügung zu stellen. Denn die Kultur – ich hoffe, ich habe das deutlich machen können – ist für die Zukunft dieser Region ein unverzichtbarer Faktor und trägt wesentlich zur Stabilität bei.

Busek

Visum für Künstler

Herr Kempf hat zu Beginn die Visumfrage angesprochen. Darf ich Sie bitten, mir in einem Brief das Visumproblem für Künstler in den Ländern der Region darzulegen. Wir sind beim Stabilitätspakt in einer Arbeitsgruppe gerade dabei, das Visumregime für LKW-Fahrer zu erleichtern. Warum sollte das nicht auch für Künstler möglich sein? Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Euro-

pa, die 1975 in Helsinki stattfand und im so genannten Korb 3 die kulturellen Fragen behandelt hat. Ich denke, es macht keinen Sinn, die Visumfrage in der Region selbst zu erschweren.

Ich bin des Weiteren der Meinung, dass wir im Rahmen des Stabilitätspakts ein Forum schaffen sollten, auf dem konkrete Vorschläge zur kulturellen Entwicklung behandelt werden. Es ist ein zunehmendes Interesse in verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erkennbar, auf diesem Gebiet etwas zu tun. Dafür sollte vielleicht nicht die Ebene der Union gewählt werden, um Grundsatzdebatten zu vermeiden, die nicht sehr weit führen, sondern es muss sich konkret etwas tun.

Darf ich jetzt Alexandra Jovičević, die stellvertretende serbische Kulturministerin, bitten, uns ihre Sicht darzulegen.

Jovičević

Um zunächst auf die Visumsfrage zurückzukommen: Eine unserer führenden Künstlerinnen, Tatjana Ostojic, brachte eine Aufführung auf die Bühne, die zwei oder drei Jahre lief und die in Teilen der Biennale in Venedig im letzten Jahre gezeigt wurde. Der Titel hieß: „Ich suche einen Ehemann mit einem EU-Pass“. Eine Frau richtete im Internet eine Seite ein, auf der sie nach einem Ehemann suchte und ihn fand. Es gab sogar vor einigen Wochen eine Hochzeit in Belgrad. Die ganze Aufführung drehte sich um die Schwierigkeiten, die wir durchstehen müssen, wenn wir versuchen, ein Visum für irgendwohin zu bekommen.

Auf Ihrer Fahrt durch Belgrad haben Sie vielleicht festgestellt, dass wir auf den Kriegstourismus stolz sind. Sie können Gebäude sehen, die von der NATO, und solche, die vom Milošević-Regime zerstört wurden. Sie können Verfall und Verwüstung sehen und zig Kioske, die sicherlich zum Markenzeichen des Milošević-Regimes geworden sind. Doch es gibt etwas, was Sie wahrscheinlich nicht bemerkt haben, nämlich riesige Schlangen vor den Botschaften Österreichs, Deutschlands, Italiens und anderer EU-Länder. Diese Schlangen bilden sich am Abend im Hinblick auf den anderen Morgen. Das ist ein unglaublicher Tatbestand. Einer unserer Künstler, der mit dem Zentrum für kulturelle Entgiftung zusammenarbeitet, hat darüber ebenfalls eine Aufführung produziert.

Ich will damit sagen: Wir alle wissen in der Theorie, was zu tun ist, aber in der Praxis laufen die Dinge anders. Im vergangenen Jahr habe ich als stellvertretende Ministerin gelernt, nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, um das kulturelle Niveau an untypischen Orten zu heben. Ich weiß, dass Kultur „die Künste“ sind, aber sie steht auch für viele andere Dinge.

Dabei möchte ich etwas hervorheben, das sehr wichtig ist. Vor etwa einem Monat wurde ein Bundesgesetz über die Rechte ethnischer Gemeinschaften verabschiedet, eines der wichtigsten Gesetze im letzten Jahr in diesem Land. Dieses Gesetz hat darauf aufmerksam gemacht, dass in unserem Land vierzig Prozent Nicht-Serben leben. Wenn wir uns auf den Bildungsprozess einlassen, ist es äußerst wichtig, diesen Menschen klar zu machen, dass sie zwar keine Serben, aber Bürger Serbiens sind. In diesem Prozess kommt

*Forum für
kulturelle Entwicklung*

„Ehemann mit EU-Pass“

Kriegstourismus

*Rechte ethnischer
Gemeinschaften*

*Kultur als Mittel
für Bürgerrechte*

den NGOs – Herr Kempf hat die 1500 NGOs erwähnt, von denen 200 im kulturellen Bereich tätig sind – eine bedeutsame Rolle zu.

Beim Stabilitätspakt, wie Herr Pajević sehr wohl weiß, haben wir mit Nachdruck darauf gedrängt, dass die Kultur bei den Fragen mitbehandelt wird, die sich mit Menschenrechten, Minderheitenrechten, Bildung und so weiter befassen. Dabei haben wir einen Trick angewandt. Wir haben zum Beispiel einige der Nichtregierungsorganisationen dazu angehalten, ihre Anträge so einzubringen, dass Kultur ein Mittel ist, um Bürgerrechte, Bildung und verschiedene regionale Kooperationsziele zu erreichen. Das hat gut funktioniert, denn rund sechzig Projekte wurden auf diesem Gebiet durchgeführt, von denen einige mit ausgesprochen interessanten Fragen wie „Wahrheit und Versöhnung“ zu tun hatten.

Kulturelle Erinnerung

Meine Kollegen und ich nehmen das Konzept der kulturellen Erinnerung in Angriff, das hier erwähnt wurde. Wir müssen die Menschen dazu anhalten, sich der neueren Vergangenheit zu stellen, aber wir müssen ebenso mit den letzten fünfzig Jahren fertig werden, wo viele Grausamkeiten unter dem Deckmantel ideologischer Korrektheit verübt wurden. Wir alle wissen, was in dieser Region geschehen ist. Während des Zweiten Weltkriegs zum Beispiel wurden die Deutschen für alles verantwortlich gemacht, aber gleichzeitig haben wir einen Bürgerkrieg geführt, und die vier oder fünf Kriege, die wir in den letzten zehn Jahren erlebt haben, waren wahrscheinlich das Erbe jenes Bürgerkriegs.

Wir müssen auf diesen Gebieten arbeiten, bevor wir uns mit den Künsten beschäftigen; doch andererseits stellen die Künste eine sehr vitale Kraft dar und wie mehrfach erwähnt wurde, waren es in verschiedenen kommunistischen Ländern Künstler und Intellektuelle, welche die Revolution ausgelöst haben. Das war gewiss hier der Fall.

Zensur unter Tito

Tito war an den Künsten sehr interessiert, und wo immer Politiker an den Künsten sehr interessiert sind, gibt es auch eine starke Zensur. Zwischen 1945 und 1989 sind rund siebzig Aufführungen und auch viele Filme und Bücher verboten worden. Das ist insofern merkwürdig, weil es keine offizielle Zensur gab. Alles wurde mündlich weitergegeben, auch in der Zeit von Milošević. Es gibt darüber keinerlei Unterlagen. Wir sind eine Nation mit einer mündlichen Erzähltradition. Wir vermeiden schriftliche Dokumente, und wenn wir sie besitzen, pflegen wir sie zu zerstören. Sie können das an den ärmlich ausgestatteten Archiven und Bibliotheken erkennen, die wirklich in einem beschämenden Zustand sind.

*Miloševićs
Beziehung zur Kunst*

Miloševićs Einfluss auf unser kulturelles Erbe ist eindeutig. Er hatte kaum eine Beziehung zur Kunst. In der Tat war er überhaupt nicht an Dingen interessiert, die mit Kunst zu tun hatten. Er hat nie eine Kunstaussstellung eröffnet. Er ging nie ins Theater. Doch das kam den Theaterleuten und Künstlern zugute, die im Grunde tun konnten, was sie wollten. Keine Aufführung und keine Ausstellung wurde verboten, keine Buchveröffentlichung untersagt. Insofern war das eine wirklich fruchtbare Zeit.

*Ansätze
einer Zivilgesellschaft*

Natürlich waren daran nur einige tausend Leute beteiligt, weil inzwischen ein erheblicher „brain drain“ stattfand und viele Menschen das Land verließen. Gleichwohl, weil Milošević und sein Regime den Vorgängen keine Beachtung schenkten, waren wir in der Lage, mit theatralischen Mitteln, mit karnevalesken und künstlerischen Instrumenten unsere

Ziele zu verfolgen. Deshalb bin ich der Ansicht, dass es uns durch die Arbeit dieser Intellektuellen, Künstler und anderer auf kulturellem Gebiet gelungen ist, zumindest Ansätze zu einer Zivilgesellschaft zu schaffen. Ich denke, wir sollten auf diesem Erbe aufbauen; denn das kann sich als das wichtigste Vermächtnis aus dieser Zeit erweisen.

Schließlich möchte ich die wundervolle Ausstellung erwähnen, die gestern eröffnet wurde. Ihre Bedeutung reicht weit über das Künstlerische hinaus. Sie heißt „Jugoslawische Kunsträume von 1900 bis 1991“ und umfasst die Zeit vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Niedergang Jugoslawiens 1991. Das ist wichtig; denn das ist der einzige Bereich, der intakt geblieben ist. Während all der Kriege, Verwüstungen, Zerstörungen und Tötungen hat niemand gewagt, diese Sammlung anzufassen; denn alles war ja legal. All diese Bilder wurden vom Museum selbst angekauft; es handelt sich um eine wundervolle Sammlung, die im Kontext eines Dialogs zwischen unterschiedlichen „Ex-Nationen“ und neuen Nationen steht.

Was die Sprache angeht, so haben wir jetzt eine serbo-kroatische, eine bosnische und eine montenegrinische Sprache. Wir vermeiden es jedoch, uns dabei festzulegen, indem wir sagen: „Lasst uns in unserer eigenen Sprache reden – was immer das heißt.“ Es ist wunderschön, alle diese regionalen Dialekte in unserer Sprache zu hören. Wenn man die Prioritäten für den Finanzminister und die Regierung bestimmt, so stehen für mich der regionale Aspekt und die regionale Zusammenarbeit immer ganz oben, weil sie von größter Bedeutung sind.

Die Slowenen waren vor einem Monat in unseren Theatern zu Gast, und das war eines der wichtigsten kulturellen Ereignisse bei uns. Sie sehen also, die wichtigsten kulturellen Ereignisse in Belgrad und den umliegenden Städten haben einen regionalen Bezug. Die Menschen sehen sich das an und nehmen diese Verbindungen wahr.

Wir beginnen, kulturelle Barrieren und Vorurteile niederzureißen. Das Gesetz über ethnische Minderheiten dürfte sich hierbei als äußerst wichtig erweisen. Das Kulturministerium arbeitet zum Beispiel mit B 92 zusammen, einer unabhängigen Radiostation aus der Milošević-Ära. Wir machen zurzeit mehrere Projekte zusammen, etwa das Projekt über die Roma-Musik. Roma-Musik ist Zigeunermusik; sie ist die beste auf der Welt. Dieses Projekt bietet uns die Möglichkeit, die Zigeuner bei uns mit allem, was sie zu bieten haben, wahrzunehmen. Einige meiner Freunde haben ihre Kinder mitgenommen und gesagt, dies sei das erste Mal gewesen, Zigeuner in einem anderen Zusammenhang zu erleben: als wunderbare Menschen mit großen künstlerischen Traditionen und nicht nur als erniedrigte Bürger dieses Landes.

Ich schließe, indem ich das wiederhole, was Herr Busek kürzlich auf einer Konferenz über die Gefahr eines unsichtbaren „Silbernen Vorhangs“ gesagt hat, der zwischen den entwickelten europäischen Ländern und den weniger entwickelten Ländern Südosteuropas errichtet wurde. Das ist ein wichtiger Tatbestand, dem wir mehr Aufmerksamkeit schenken und über den wir ernsthaft nachdenken sollten. Wir müssen mehr praktische und pragmatische Wege finden, um voranzukommen. Vielleicht sollte es weniger Konferenzen, weniger Reden und mehr praktische Arbeit geben.

„Jugoslawische Kunsträume von 1900 bis 1991“

Regionale Sprachen

Abbau kultureller Barrieren und Vorurteile

„Silberner Vorhang“

*Kunst aus der Region
in die EU*

Busek

Zwei Anmerkungen zu den Ausführungen von Frau Jovičević. Zum einen ist es sicher gut, dass Kunstausstellungen in dieser Region stattfinden. Aber man sollte gleichzeitig sicherstellen, dass diese Kunst auch in die Länder der Europäischen Union kommt. Ich habe das Museum für Moderne Kunst in Wien dazu angehalten, Kunst aus dieser Region zu sammeln, die in mancher Hinsicht eindrucksvoller ist als die Kunst, die in unseren Ländern betrieben wird. Sie ist ausdrucksstärker wegen ihres politischen und geschichtlichen Hintergrunds. Die Künstler haben infolge der Kriege, ethnischen Säuberungen und all der anderen Ereignisse in einem ganz anderen Umfeld gearbeitet.

Selbst unter Künstlern in unseren Ländern gibt es manches Missverständnis. Es wird häufig behauptet, Künstler aus dieser Region hätten sich nicht in gleicher Weise entwickelt wie wir und sie würden hinter uns zurück sein. Aber die hiesigen Künstler haben unter ganz anderen Voraussetzungen gearbeitet. Ich denke, wir müssen für die Verbreitung dieser Arbeiten sorgen, und, soweit ich weiß, gibt es Leute, die bereit sind, das zu tun. Es ist nicht die Aufgabe der EU-Kommission, dies zu organisieren, aber sie könnte Gelder dafür zur Verfügung stellen; denn ich halte es für sehr wichtig, dass man andernorts Kenntnis davon erhält, was hier geschieht.

*Schriftsteller-
wettbewerb*

Zweitens erwähne ich, dass eines der „Off-Broadway“-Theater einen Wettbewerb für Schriftsteller dieser Region veranstaltet hat. Siebzig Autoren beteiligten sich daran, und sieben sind ausgezeichnet worden. Ich habe zwei von ihnen erlebt, die mich sehr beeindruckt haben. Deshalb meine ich, dass wir helfen müssen, ihre Arbeiten zu verbreiten.

Übersetzungen

In dem Zusammenhang habe ich mir Übersetzungen der Werke von Romanciers in der Region angesehen. Es gibt eine Reihe von Übersetzungen aus der Zeit, als Ivo Andrić den Nobelpreis gewonnen hatte. Und dann gab es ein großes Loch, wo nahezu nichts übersetzt wurde. Jetzt ist es wieder besser geworden, nicht nur in Hinsicht auf Werke in serbokroatischer Sprache, die bislang praktisch nicht übersetzt wurden, sondern auch aus dem Albanischen und anderen Sprachen.

Es muss jedoch unbedingt etwas getan werden – nicht nur hier in der Region, sondern auch außerhalb. Ich bemühe mich, die Kultusminister aus verschiedenen Ländern zusammenzubringen. Ich würde Sie bitten, mehr Druck auf die reicheren Länder auszuüben, etwas in diesem Bereich zu tun, denn es fehlt an Informationen über all die eindrucksvollen Dinge, die sich in dieser Region tun, insbesondere auf dem Gebiet der Kunst.

Fetahu

Kultur im Kosovo

Als ich 1999 nach zwölf Jahren aus den USA in das Kosovo zurückkehrte, war alles zusammengebrochen. Das Ausmaß der Zerstörungen war jenseits jeder Vorstellung. Es gab Massengräber; Flüchtlinge kamen gerade wieder zurück. In dieser Situation war das Interesse an Kultur und kulturellen Dingen nicht allzu groß. Nachdem die Menschen zurückgekehrt waren und versuchten weiterzuleben, hat sich die internationale Gemeinschaft auf den Wiederaufbau konzentriert und versucht, eine Art Verwaltung einzusetzen, wobei die Sicherheitsfragen ganz obenan stehen.

Deshalb steht Kultur nirgendwo auf der Prioritätenliste, auch wenn die UNMIK eine Kulturabteilung hatte, die solche Fragen angehen sollte. Die EU zum Beispiel zog in das Gebäude des einzigen Museums in Prishtina ein, und ich verstehe sehr wohl, dass Herr Rugova dieses Gebäude als Präsidialamt übernehmen will.

Ich bin jedoch stolz darauf, dass es jetzt nach drei Jahren ein Kino im Kosovo mit ganz neuen Projektoren gibt. Es ist vollständig renoviert und sehr schön geworden. Aber kurz nach der Renovierung fiel den Betreibern ein, dass sie keine Lizenz hatten, um Filme zu zeigen. Das dauerte einige Zeit, denn auf Grund dieses merkwürdigen regionalen Abkommens bedurfte es einer gewissen politischen Korrektheit im Umgang mit Serbien beziehungsweise mit Belgrad. Schließlich fanden sie einen Weg über Albanien, was für sie viel leichter war.

Dann gibt es ein Theater. Es werden gegenwärtig nicht viele Aufführungen gezeigt, aber es ist jedenfalls das Gebäude vorhanden. Angesichts des Geldmangels versuchen die Schauspieler, Jobs als Übersetzer zu bekommen, denn die internationale Präsenz schafft Nachfrage nach Dolmetschern und Übersetzern. Einige von ihnen nehmen sogar Jobs als Fahrer an, was immerhin besser ist, als im Theater nichts zu tun.

Es gibt auch eine Kunstgalerie, die etwas besser läuft als das Theater und das Kino. Es gibt Ausstellungen von Künstlern aus dem Kosovo und eine gewisse internationale Zusammenarbeit. Das letzte internationale Ereignis war eine Foto-Ausstellung Ende vergangenen Jahres.

Musikveranstaltungen finden so gut wie gar nicht statt. Es gibt einige private Gesellschaften, die letztlich nur Abfall produzieren. Es handelt sich meist um Volks- und nationale Musik, aber dafür gibt es wenigstens einen Markt. Wirkliche Kunst lässt sich weder in der Musik noch sonst wie verkaufen.

Dies war die Situation nach dem 12. Juni. Aber die Probleme, denen sich das Kosovo in der Kultur heute gegenüber sieht, beziehen sich auch auf die Zeit, als die Albaner in den Milošević-Jahren diskriminiert wurden. Nach 1990 gab es kein Radio und kein Fernsehen. Die einzige Tageszeitung wurde ebenfalls 1990 eingestellt. Kulturelle Ereignisse fanden nicht statt, zumindest waren die Albaner nicht daran beteiligt. Deshalb sprechen wir im Grunde über eine Lücke von 15 bis 20 Jahren, in der keine kulturellen Veranstaltungen stattfanden und es keine kulturelle Entwicklung gab.

Jetzt sind einige Fortschritte wahrzunehmen; das gilt auch für Veröffentlichungen. Es gibt einen oder zwei Verlage, die überwiegend Übersetzungen von Werken verschiedener internationaler Autoren herausbringen. In hiesigen Veröffentlichungen werden meist Kriegsereignisse behandelt, Geschichten über Volkshelden oder Schlachten. Es gibt keine Romane oder Lyrik, und da Derartiges nicht veröffentlicht wird, finden auch keine Veranstaltungen statt; denn eine Buchvorstellung setzt voraus, dass es ein Buch gibt.

Zur Visafrage: Ein Visum ist eine feine Sache, wenn man einen Pass hat. Früher lief das so, dass derjenige, der einen jugoslawischen Pass hatte, damit reisen konnte. Inzwischen hat Jugoslawien seinen Pass geändert; bisher war er normalerweise groß und rot; jetzt ist

Visafrage

er klein und blau. Er sieht aus wie ein amerikanischer Pass. Wenn aber Albaner einen jugoslawischen Pass bekommen wollen, müssen sie zu einem Amt in Prishtina gehen und ein Bestechungsgeld oder eine Gebühr zahlen. Einige Leute sind glücklich, einen Pass zu erhalten. Aus irgendwelchen Gründen hat diese Behörde jedoch auch 20 000 gefälschte Pässe ausgegeben, und einige Leute sind daraufhin festgenommen worden, als sie versuchten, damit an verschiedenen Grenzen auszureisen.

Inzwischen liegt es in der Hand der UNO, Pässe für Kosovaren oder Bürger des Kosovo auszugeben, doch das Problem ist, wenn es keine regionalen Abkommen gibt, wird der Pass nicht anerkannt, denn man kann ihn nicht einmal benutzen, um nach Mazedonien zu kommen, ganz zu schweigen nach Serbien oder Montenegro. Letztlich ist das einzige Land, in das Albaner aus dem Kosovo reisen könnten, Albanien. Das ist, bei aller Fairness, nicht eben viel.

Medien im Kosovo

Zu den Medien: Den Medien kommt eine wichtige Rolle zu, um kulturelle Veranstaltungen zu fördern. Ich kenne mich in diesem Punkt ein wenig besser aus, weil ich über die OSZE an Projekten zur Restrukturierung des öffentlichen Rundfunks und Fernsehens im Kosovo direkt nach dem Krieg beteiligt war. Aber wie gesagt, die jüngste Geschichte und die kriegerischen Ereignisse haben zu einer äußerst angespannten Situation geführt, und die Medienanstalten haben große Anstrengungen unternommen, um Sendungen, Veröffentlichungen oder was auch immer zu beginnen. Deshalb gab es einen Boom bei Radio, Fernsehen und Zeitungen.

Einige Medienveranstalter versuchen, in dieser Hinsicht etwas zu tun, aber das Problem ist, wie gesagt, dass es keine örtliche Produktion von Büchern, Musik oder CDs und so weiter gibt. Deshalb ist von der lokalen kulturellen Szene sehr wenig zu berichten. Was berichtet wird, sind meistens internationale Ereignisse wie Oscar-Verleihungen, Golden Globes, Emmy-Auszeichnungen und Vorstellungen internationaler Literatur.

Aus diesem Grunde hat sich in kultureller Hinsicht wenig getan. Es haben einige Konferenzen, Workshops und dergleichen stattgefunden. Es gab ein paar Produktionen im Nationaltheater von einem britischen Regisseur. Das ist auch schon alles. Es sind keine Theatergruppen aus Belgrad, Montenegro, Bosnien oder Mazedonien dort gewesen, und es sind auch keine Theatergruppen aus Prishtina aufgetaucht. Das heißt, die Situation stellt sich recht finster dar.

Busek

Neue Konsulate

Bei den Reisedokumenten für das Kosovo tut sich jetzt einiges. Die Schweiz eröffnet ein Konsulat, die Amerikaner richten ein Büro ein, und auch einige Länder der Europäischen Union gehen in diese Richtung. Das ist ein ernstes Problem, denn zurzeit ist es für Kosovaren durchweg nur möglich, nach Podgorica zu gehen. Das kann keine Lösung sein; denn auch auf der anderen Seite gibt es ein Problem. Aber die UNMIK und die EU sind sich dessen voll bewusst.

Sozialer Zusammenhalt

Ich denke, es ist wichtig, dass wir uns hier mit kulturellen Fragen befassen, aber wir sollten dabei auch die gesellschaftlichen Strukturen mit einbeziehen, denn in einigen Teilen dieser Region, nicht in allen, haben wir es auch mit einer älter werdenden Gesell-

schaft zu tun und mit Problemen, was den sozialen Zusammenhalt angeht. Beim Stabilitätspakt ist eine Sondergruppe mit Fragen der sozialen Kohäsion befasst, aber wir kommen auf diesem Gebiet nur schleppend voran. Beispielsweise fehlt es den Gewerkschaften an Organisationsmöglichkeiten. Bei diesen und vielen anderen sozialen Fragen haben wir es mit spezifischen Problemen zu tun, die jetzt angepackt werden müssen.

Ahrens

Bei all dem, was bisher über die hiesige Kultur gesagt wurde, kommt Tirana wiederum nicht vor. Dabei hat Albanien eine sehr interessante Kultur. Es gibt nicht nur den auch international anerkannten Schriftsteller Ismail Kadaré, sondern noch eine ganze Reihe anderer. Was in Tirana derzeit zu beobachten ist, ist eine gewisse Zweiteilung der Gesellschaft. Auf der einen Seite haben wir die politische Klasse, die sich für die kulturellen Aktivitäten im Land nur wenig zu interessieren scheint, während auf der anderen Seite die geistige Elite sich vor einigen Monaten veranlasst sah, ein von vielen Intellektuellen unterzeichnetes Manifest zu veröffentlichen, in dem die Politiker geradezu verdammt werden, weil sie sich nur für ihr Geld und ihr persönliches Fortkommen interessieren und sich wenig um die Nation und deren Belange scheren.

Ein interessanter Aspekt dabei ist, dass die wissenschaftlichen Akademien durchaus nicht immer zur fortschrittlicheren geistigen Elite gehören. Sie kennen sicherlich das berühmte Memorandum der serbischen Akademie; es gibt auch ein Memorandum der bulgarischen Akademie. Die albanische Akademie hat Ende 1998 ein Manifest angenommen, das eindeutig großalbanische Züge trägt. Darauf hat dann die mazedonische Akademie entsprechend geantwortet. Diese Akademien sind also in gewisser Weise fragwürdig, und ihre Vertreter repräsentieren nicht unbedingt die fortschrittliche geistige Elite in ihren Ländern.

Nun lastet natürlich die kommunistische Vergangenheit schwer auf diesen Ländern, wie schwer, ist nicht jedermann klar. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf zwei empfehlenswerte albanische Filme. Der eine hat den Titel „Oberst Bunker“. Er erzählt die Geschichte jenes Obersten, der von Enver Hodscha den Auftrag erhält, eine Unzahl von Bunkern zu bauen. Als diese Bunker fertig sind, begibt sich das gesamte Politbüro auf einen Feldherrnhügel. Dem Oberst wird befohlen, in einen dieser Bunker zu gehen, der anschließend mit schwerer Artillerie beschossen wird, um zu sehen, ob er standhält. Nach der Beschießung taumelt der Oberst staubbedeckt und halb tot aus dem Bunker heraus und soll nun zum großen sozialistischen Helden erklärt werden. Er weigert sich, die Auszeichnung anzunehmen, was zur Folge hat, dass man ihn in dem albanischen Gulag inhaftiert, wo er einen unvorstellbaren Leidensweg durchmacht. Der erschütternde Film beruht auf einer wahren Geschichte.

Der andere Film heißt „Slogans“ und behandelt die politischen Parolen, die überall in den Dörfern zu Ehren von Enver Hodscha angebracht werden mussten. Dieser Film ist gerade mit einem Preis ausgezeichnet worden. Diese Filmemacher sind hochinteressante Leute, wie wir vor kurzem bei einem Treffen mit serbischen Journalisten – Herr Reljić war dabei – und albanischen Journalisten und Schriftstellern feststellen konnten. Daraus kann sich durchaus eine produktive Zusammenarbeit auch mit Serben entwickeln.

Kultur in Albanien

Wissenschaftliche Akademien

*Zwei albanische Filme:
„Oberst Bunker“*

„Slogans“

Schulbücher

Ein Wort zu den Schulbüchern. Ein albanisches Schulkind lernt, dass Aristoteles und Alexander der Große Albaner gewesen sind. Einem mazedonischen Schulkind erzählt man, das seien Mazedonier gewesen in dem Sinne, wie man sich heute als Mazedonier versteht. Die griechischen Kinder lernen natürlich, dass Alexander und Aristoteles Griechen waren. Ich denke, in der Hinsicht ist noch eine Menge zu tun.

Zivilgesellschaft

Hier wurde das Thema Zivilgesellschaft angesprochen. Gemeinsam mit einer niederländischen Entwicklungshilfeorganisation haben wir in Albanien fünf so genannte Zivilgesellschafts-Entwicklungszentren eröffnet, die jetzt mit albanischen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten sollen. Aber denen fehlt es weitgehend an Erfahrung, und einigen geht es schlichtweg nur darum, Geld zu bekommen. Da muss man sehr stark die Spreu vom Weizen scheiden. Die Gewerkschaften übrigens, die Sie erwähnen, Herr Busek, spielen in Albanien kaum eine Rolle. Sie sind lediglich der verlängerte Arm der Parteien und bewegen nicht sehr viel.

Rolle der Frau in Albanien

Ein weiteres Thema in Albanien ist die Gleichberechtigung der Frau. Es zeigt sich nämlich, dass die albanischen Frauen weit weniger durch die Vergangenheit belastet sind als die Männer. Auch die noch immer bestehende Blutrache und andere männliche Rituale beeinflussen Frauen sehr viel geringer, so dass man mit den Frauen vieles leichter voranbringen könnte.

Gemeinsamkeiten der Balkanvölker

Ich reise nun immerhin schon ein halbes Jahrhundert auf dem Balkan herum und habe festgestellt, dass es unter den Balkanvölkern sehr viele Gemeinsamkeiten gibt. Ich denke etwa an die Küche und an Tänze und Musik; da ist vieles sehr ähnlich. Und auch die kommunistische Vergangenheit hat gemeinsame Erfahrungen gebracht. Ein Film wie „Slogans“ müsste auch bei anderen Südosteuropäern Erinnerungen auslösen, selbst wenn die Dinge in Albanien schlimmer gewesen sind als anderswo.

Noch ein Wort zum Kosovo. Zwischen Tirana und Prishtina besteht eine gewisse Rivalität, und nach dem, was Herr Fetahu über das geistige Leben in Prishtina gesagt hat, dürfte Tirana die Oberhand gewinnen; denn in Tirana entwickelt sich eine ganze Menge. Was ich nicht verstehe, ist, warum die Albaner in Prishtina sich nicht stärker für das kulturelle Leben in Tirana interessieren.

Insgesamt halte ich fest, dass alle Völker dieser Region bestrebt sind, als Europäer anerkannt zu werden. Sie alle wollen mit uns normale Beziehungen aufbauen. Deshalb denke ich, sie werden eher früher als später begreifen, dass sie dieses Ziel nur gemeinsam erreichen können. Das kann nur gelingen, wenn sie gemeinsam Fortschritte erzielen und nicht der eine oder andere zurückbleibt.

Daianu

Rolle der Intellektuellen

Frau Jovičević hat die wichtige Rolle, die Intellektuelle in der gesamten Region spielen müssen, betont. Die Intellektuellen haben in der Tat einen großen Einfluss auf die kollektive Psyche eines Volkes. Deshalb sollten Intellektuelle darauf hinwirken, die politischen Eliten in ihren Ländern moralisch zu beeinflussen, und die regionale Zusammenarbeit fördern. Was ich indes feststelle, ist, dass eben das in dieser Region kaum geschieht.

Es mag sein, dass zwischen dem Kulturleben, das die Intellektuellen einbezieht, die zum politischen Regimewechsel in der Region zweifellos einen wesentlichen Beitrag geleistet haben, und dem, was in der übrigen Gesellschaft geschieht, eine tiefe Kluft besteht. Vielleicht läuft es bei den Intellektuellen darauf hinaus, dass sie kaum zum Kulturexport beitragen. Ich bezweifle aber erheblich, dass die Kultur ein bedeutendes Exportprodukt für die Region sein kann, wie Herr Busek meinte.

Kultur ist ein Produkt der Gesellschaft in dem Sinne, dass sie in der Weise entsteht, wie die Gesellschaft als ganze wirkt. Die Kultur kann sich nicht völlig aus dem Funktionszusammenhang der Gesellschaft ausblenden. Laufen da etwa unterschiedliche Prozesse ab in der Psyche des Normalbürgers einerseits und in der Psyche des Intellektuellen andererseits? Das würde mich interessieren. Denn wenn dort ein großer Unterschied besteht, hätten wir ein erhebliches Problem. Man kann nicht die Gesellschaft überwachen. In der Hinsicht besteht eine ziemlich intellektuelle Arroganz, so als wollte man sagen, dass die Intellektuellen die Wächter von Wahrheit sind und bestimmen, was moralisch in der Gesellschaft richtig ist, während das dumme Volk auf der Straße keine Ahnung davon hat.

Ich frage mich, was man tun kann, denn wir haben es hier möglicherweise mit zwei verschiedenen Wahrnehmungen von Geschichte zu tun. Die Menschen mögen nicht mehr bereit sein, zu akzeptieren, was ihnen die Geschichtsbücher oder die Intellektuellen weismachen wollen. Ich habe vor zwei Wochen im Sender CNN zwei Filme gesehen, die jeweils die Rolle Serbiens und Kroatiens bei den Ereignissen der letzten zwölf Jahre völlig verschieden interpretierten. Die Filme waren von hoch angesehenen Produzenten und Künstlern gedreht worden, und doch haben sie die letzten Jahre ganz unterschiedlich gedeutet.

Wir können also nicht einfach davon ausgehen, dass Intellektuelle einer besonderen Züchtung angehören, die weiß, wie die Gesellschaft gestaltet werden sollte. Es ist sehr viel komplizierter. Auch Intellektuelle haben – wie alle anderen – ihre eigenen Vorurteile und ihre eigenen Deutungen der Geschichte, und sie reden häufig in zwei verschiedenen Sprachen. Sie mögen auf internationalen Konferenzen eine bestimmte Sprache sprechen, aber wenn sie zu Hause sind, reden sie ganz anders.

In der Visumsfrage würde ich vorsichtig sein, um niemanden zu diskriminieren. Bei bestimmten Bürgern üben wir mehr Nachsicht, weil sie Intellektuelle oder Künstler sind, während alle anderen erst einmal „erwachsen“ werden müssen. Ich denke, damit würde man bei vielen Menschen erhebliche Enttäuschungen auslösen.

Schließlich sollten wir einen Blick auf den Sport werfen, in welcher Weise er die regionale Zusammenarbeit fördern könnte. Ich meine nicht unbedingt Großprojekte wie etwa internationale „Balkan-Spiele“. Die Olympiade wurde bereits erwähnt, aber ein solches Vorhaben dürfte sich als schwierig erweisen, weil Athen 2004 die Olympischen Spiele ausrichtet, und Griechenland ist auch ein Balkan-Land. Dennoch sollten wir den Sport stärker in unsere Überlegungen einbeziehen, als Mittel, die Menschen in der Region mehr zu verbinden.

*Kultur ist ein Produkt
der Gesellschaft*

*Wahrnehmungen
von Geschichte*

Sport in der Region

Busek

Ich möchte zwei weitere Punkte erwähnen, Herr Daianu. Zum einen: Wie steht es um den Dialog zwischen Intellektuellen aus dieser Region und Intellektuellen in Europa und in den USA? Mein Eindruck ist, dass dieser Dialog eher begrenzt ist; denn im Grunde treffen sich immer die gleichen Leute. Man geht von einer Konferenz zur nächsten; nur die Hotels wechseln, während die Personen weit gehend dieselben sind. Ich denke, wir sollten dafür Sorge tragen, dass sich der Dialog intensiviert. Sonst laufen wir Gefahr, dass immer die gleichen Diskussionen geführt werden, wobei jeder schon im Vorhinein weiß, was der andere sagen wird.

Was den Sport angeht, so sind beispielsweise die meisten Fußballer aus der Region von westlichen Klubs engagiert. Auch in Österreich spielen nur noch wenige Österreicher in der Ersten Liga. Hier findet also ein gesunder Austausch statt, und die Migration funktioniert da recht gut.

Altmann

Der Sport ist ein Bereich, der in vielen Ländern dem Kultusministerium zugeordnet ist. In dem Zusammenhang möchte ich auf ein Ereignis hinweisen, das am vergangenen Sonntag in Prishtina stattgefunden hat, nämlich eine internationale Marathon-Veranstaltung, die unter dem Motto stand „Marathon für Frieden und Toleranz“. Daran haben an die 700 Läufer aus der Region, aus Bosnien, Serbien, Mazedonien, Slowenien, teilgenommen – auch Deutsche waren dabei. Es war eine eindrucksvolle, friedliche Veranstaltung, die die Verbindung in der Region veranschaulichte.

Aber Sportler sind auch begehrte „Exportartikel“. Ich denke besonders an die hoch bezahlten jugoslawischen Basketballer, die überall in Europa zu finden sind.

Anastasijević

Bei diesem Marathon in Prishtina hat übrigens ein Albaner gewonnen, von dem es zunächst hieß, er stamme aus Mazedonien, bis sich dann herausstellte, dass er in Belgrad geboren wurde und einem dortigen Leichtathletikverein angehörte. Das haben aber die Zeitungen in Prishtina leider nicht berichtet.

Reljić

Herr Busek und ich sind Kuratoriumsmitglieder des Zentrums für Demokratie und Ausöhnung in Südosteuropa mit Sitz in Thessaloniki. Dieses Institut, das zurzeit von Robert Shifter geleitet wird, dem ehemaligen Vizepräsidenten des Nationalen Sicherheitsrats der USA, hat einige Projekte durchgeführt, von denen mir eines besonders wichtig erscheint.

Es handelt sich dabei um eine vergleichende Untersuchung von Geschichtslehrbüchern in Südosteuropa. Die Ergebnisse dieser Studie, die Anfang 2002 auf einer Konferenz in Athen vorgestellt wurde und an der Historiker von Slowenien bis zur Türkei beteiligt waren, bestätigen alles, was Herr Ahrens gesagt hat. Der Nationalismus ist quicklebendig in der Region, und er wird auch institutionell, zum Beispiel in Schulen und in Lehrbü-

chern, reproduziert. In der nächsten Phase des Projekts soll zwar kein einheitlicher Standard für Geschichtsbücher erarbeitet, zumindest aber aufgezeigt werden, wie grundlegende historische Absurditäten beseitigt werden können, die in den Lehrbüchern immer noch enthalten sind und die dazu beitragen, das nationalistische Bewusstsein in den einzelnen Ländern lebendig zu halten.

Ich möchte auf zwei weitere Punkte eingehen. Der eine betrifft die Freizügigkeit von Menschen, Waren und Ideen in Südosteuropa; der andere fragt danach, wie diese Region zu einem eigenen Subjekt gegenüber der EU werden kann.

Was die Freizügigkeit von Menschen, Ideen und Waren angeht, kann man die Ausführungen von Herrn Kempf gar nicht genug unterstreichen. Die Visumpflicht ist nämlich mehr als nur ein technisches Problem; es ist eine politische und, wenn Sie so wollen, sogar eine ideologische Frage. Deutschland könnte und sollte bei der Abschaffung der Visumpflicht für Serbien, Montenegro und andere Länder der Region eine tragende Rolle spielen, und das nicht nur wegen seines Gewichts in der EU. Diese Angelegenheit kann nicht nur durch die Bürokratie der EU gelöst werden; denn in der EU gibt es nun einmal mehr und weniger einflussreiche Mitgliedsstaaten, und Deutschland kommt zweifellos ein erhebliches Gewicht in dieser Hinsicht zu.

*Abschaffung
der Visumpflicht*

Wir sollten uns daran erinnern, dass von 1968 bis 1991 zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und fast allen der heutigen EU-Staaten keine Visumpflicht bestand. Diese wurde in den Jahren 1989 bis 1992, insbesondere auf Drängen Deutschlands, eingeführt. Anlass war zunächst die wachsende Zahl von Asylbewerbern, die 1989 ungefähr 3500 Asylanträge pro Monat erreicht hatte. Die damalige christlich-liberale Regierung in Bonn schränkte daraufhin schrittweise die Reisefreiheit ein und führte im Herbst 1991, ohne zunächst die bestehenden Abkommen zu ändern, faktisch die Visumpflicht ein, weil Staatsbürger der Jugoslawischen Föderation auf Flughäfen und anderen Grenzübergängen entsprechend behandelt wurden.

Im Laufe der Jahre 1992 und 1993 schließlich wurde Jugoslawien – oder jetzt Serbien und Montenegro – als Teil der internationalen Sanktionen gegen Belgrad und im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen auf die Liste derjenigen Staaten gesetzt, deren Staatsbürger ein Visum benötigten. Die Abschaffung der Visumpflicht, etwa bei der Unterzeichnung eines Stabilitäts- und Assoziierungsabkommens mit der EU, wäre meines Erachtens eine wichtige symbolische Geste, die deutlich machen würde, dass die EU die europäische Identität dieser Region anerkennt. Mit anderen Worten, hier geht es um eine politische Frage von großer symbolischer Bedeutung und nicht um ein rein technisches Problem.

Im Übrigen liegt die Zahl der Asylbewerber aus Serbien und Montenegro, einschließlich des Kosovo, gegenwärtig bei 400 pro Monat, von denen 0,2 Prozent schließlich anerkannt werden. In dem Zusammenhang sollte man sich erinnern, dass in Deutschland circa 700000 Menschen leben, die aus Serbien und Montenegro sowie dem Kosovo stammen, von denen viele weiterhin einen Pass der Bundesrepublik Jugoslawien besitzen. Dies ist die größte Zahl in der gesamten EU, und für diese Menschen ist es äußerst schwierig geworden, Familienkontakte aufrechtzuerhalten, etwa die Großmutter, die Mutter oder den Vater nach Deutschland einzuladen. Ich möchte also Herrn Kempfs Appell unterstützen.

Asylbewerber

*Eine institutionelle Identität
für Südosteuropa?*

Dann zur Frage eines möglichen institutionellen Subjekts von Südosteuropa. Sie erinnern sich an die ironische Frage von Henry Kissinger bezüglich der EU: „Welche Telefonnummer soll ich wählen, wenn ich mit der Europäischen Union sprechen möchte?“ Lange Zeit hatte die EU tatsächlich keine eigene Telefonnummer für die Außenpolitik, während sich jetzt wohl Javier Solana unter dieser Nummer meldet. Die Länder Südosteuropas kommunizieren heute auf bilateraler Ebene mit der EU. Deshalb ist meine Frage, ob sich zusätzlich ein institutionelles Subjekt schaffen lässt, das die gemeinsamen Interessen dieser Region bündeln könnte.

Bekanntlich beginnt der Balkan zwar am Rennweg in Wien, weil dort zum Kaffee ein Glas Wasser serviert wird, dennoch wird Herr Busek, auch wenn er Österreicher ist, kaum derjenige sein können, der im Rahmen des Stabilitätspakts die Interessen Südosteuropas insgesamt vertritt. Auf der anderen Seite dürfte es aber auch illusorisch sein, gleich eine neue Institution gründen zu wollen, beispielsweise eine Art Südosteuropa-OSZE oder einen Flügel der NATO oder eine Unterorganisation der EU für Südosteuropa.

*Bilaterale Gespräche
reichen nicht*

Klar ist jedoch auch, dass Gespräche mit der EU auf bilateraler Ebene allein nicht ausreichen. Wenn die EU mit den Beitrittskandidaten oder auch mit den Kandidaten der zweiten oder dritten Runde verhandelt, stellt sie Forderungen; Frau Primaterova hat darauf hingewiesen. Die Staaten müssen eine Reihe von Auflagen erfüllen, wobei die besonderen gemeinsamen regionalen Interessen Bulgariens, Rumäniens, Serbiens und so weiter nur schwach artikuliert und oft nicht berücksichtigt werden.

*Kommunikation
zwischen Südosteuropa
und der EU*

Wir sollten deshalb gemeinsam darüber nachdenken, ob die Möglichkeit besteht, langfristig eine oder mehrere Institutionen neu zu schaffen oder im Eilverfahren bereits bestehende Institutionen wie den Stabilitätspakt in die Lage zu versetzen, dass sie im Sinne einer verstärkten Kommunikation zwischen Südosteuropa und der EU agieren können. Auf diese Weise wäre es möglich, den Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahren zu überbrücken, in denen vermutlich die Länder der Region der EU oder der NATO noch nicht beitreten können. Bleibt alles auf dem Niveau der bilateralen Kommunikation, dann befürchte ich, dass sich einzelne Bündnisse bilden werden entsprechend den besonderen historischen Verbindungen zwischen einigen Ländern Mittel- und Südosteuropas. Ich halte das für kontraproduktiv und meine, dass ein „grand plan“ notwendig ist – ein mutiger Entwurf, der einen qualitativen Sprung in den Beziehungen zwischen der EU und den Ländern Südosteuropas ermöglicht.

Anastasijević

Ich will nur anmerken, Herr Reljić, das erste Land, das im Jahre 1988 oder 1989 die Visumpflicht für Jugoslawien eingeführt hat, war Frankreich.

Busek

Ich denke, Herr Reljić, wir bewegen uns bereits in eben diese Richtung. Das war nicht einfach, ist aber Teil des Stabilitätspakts. Doch wir müssen auf diesem Wege fortfahren. Mit der Schaffung neuer Institutionen dürfte es schwierig werden. Dann wollen die Griechen das Sekretariat in Thessaloniki haben; andere fordern es für Bukarest und so weiter. Aber Herr Schaefer und ich arbeiten speziell an dieser Thematik.

Nun haben die Länder der Region mitunter den Eindruck, wenn wir in diese Richtung drängen, sei das als Ersatz für eine mögliche Mitgliedschaft in der EU zu verstehen. Diese Versuchung besteht in der Tat auf Seiten der EU, und das sollten wir vermeiden. Ich erinnere in dem Zusammenhang an den Europäischen Wirtschaftsraum, der als eine Art Zwischenstufe vor der Aufnahme von Schweden, Finnland, Norwegen und Österreich fungieren sollte. Ich denke, in diese Richtung sollte es nicht gehen.

*Kein Ersatz für
EU-Mitgliedschaft*

Eine Bemerkung zu der Kissinger-Story mit der Telefonnummer der EU. Auf einer Konferenz der Bertelsmann-Stiftung sagte Solana in Anwesenheit von Kissinger: „Henry, jetzt haben wir eine Telefonnummer.“ Henry, der ein wenig eingenickt war, wachte sofort auf und meinte: „Ich weiß, aber welche Vorwahl soll ich wählen?“

Eiff

Was die Aufhebung des Visumzwangs angeht, stimme ich Herr Reljić und Herrn Kempf zu. Unter dem Schengen-Regime fällt die Frage aber nicht mehr allein unter nationale deutsche Verantwortung, was die Aufhebung nicht leichter macht.

Visumzwang

Von 1968 bis 1991 bestand in der Tat für jugoslawische Staatsangehörige bei uns kein Visumzwang. Das Bundeskabinett hatte zwar bereits 1989 dessen Wiedereinführung beschlossen. Der Grund war, dass Deutschland sich zunehmend dem Zustrom von albanischen Asylbewerbern, vor allem aus dem Kosovo, aber auch aus anderen Teilen Jugoslawiens, ausgesetzt sah, dessen man nicht mehr Herr wurde. Der Beschluss wurde jedoch aus Rücksicht auf Gesamtjugoslawien zunächst nicht vollzogen. Nach dem Zerfall Jugoslawiens blieben Slowenien und Kroatien weiterhin visumfrei, während für die übrigen Nachfolgestaaten der Visumzwang eingeführt wurde. Der ursprüngliche Grund für die Einführung der Visumpflicht besteht heute nicht mehr in dem früheren Ausmaß.

Heute wird als Begründung für die Aufrechterhaltung des Visumzwangs von den EU-Ländern vor allem die schwierige Lage auf dem westeuropäischen Arbeitsmarkt angeführt.

Der Visumzwang ist für die Menschen in den betroffenen Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien, vor allem wenn sie die freien Reisemöglichkeiten selbst noch kannten, schwer zu akzeptieren. Es bleibt schwer zu vermitteln, dass für den Inhaber eines jugoslawischen oder mazedonischen Passes heute anderes gilt als für den eines kroatischen. Dass sich ein Mazedonier oder ein Serbe, der zufällig auch den Pass eines anderen Staates besitzt, damit helfen kann, ist gewiss keine Lösung des Problems.

Was das unterschiedliche Geschichtsverständnis angeht, das in Europa nicht nur auf dem Balkan zu den Ursachen und Folgen von Konflikten gehört hat, kann man an Erfahrungen denken, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Frankreich und Polen gemacht hat. Hier hat ein langwieriger, aber letztlich erfolgreicher Dialog über die Angleichung der Darstellung jüngerer Geschichte in Schulbüchern stattgefunden. Noch vor nicht allzu langer Zeit wurde man leicht als weltfremd belächelt, wenn man dergleichen auch für diese Region empfahl. Inzwischen gibt es auch auf dem Balkan solche Projekte. Dies ist sehr zu begrüßen.

Geschichtsverständnis

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf die Unterschiede im kulturellen Selbstverständnis der hiesigen Nachbarvölker eingehen. Der missbräuchliche Umgang mit diesen Unterschieden von Politikern und anderen für die Bildung der öffentlichen Meinung maßgebenden Persönlichkeiten hat zum Zusammenbruch Jugoslawiens und zu den Kriegen beigetragen.

Lassen Sie mich hierzu drei Zitate vortragen, die ich einem Konferenzbeitrag des serbischen Ethnologen Ivan Colovic aus dem Jahre 1996 verdanke.

Kulturelle Relikte

Zunächst der verstorbene Präsident Kroatiens, Tudjman, aus einem Spiegel-Gespräch: „In Jugoslawien haben alle Republiken besondere kulturelle und zivilisatorische Traditionen, sei es mit westlich kulturellem, sei es mit byzantinischem Hintergrund.“ Bei einem Mitglied der slowenischen Regierung nimmt sich das im Jahr 1991 wesentlich deutlicher aus. Da ist vom „gewalttätigen und degenerierten östlichen byzantinischen Erbe“ die Rede, das „der westlichen katholischen Tradition der Bescheidenheit und des Fleißes“ gegenübergestellt wird mit der Schlussfolgerung: „Beides kann in einem gemeinsamen Staat nicht miteinander auskommen.“

Und zum Dritten ein serbischer Priester, der 1993 formulierte: „Der Westen ist vom Irdischen eingenommen und ihm verhaftet. Deshalb glaubt er nicht an den Himmel. Aus diesem Grund ist er heute unser Feind. Sie, die Menschen im Westen, sind Gottes und des Himmelreichs beraubt.“ Das könnte auch von einem islamischen Fundamentalisten stammen.

Man kann hoffen, dass heute, nach den Kriegen und mit politischen Führern einer jüngeren Generation, solchen Ansichten allenfalls noch marginale Bedeutung zukommt. Dennoch sollten wir solche Standpunkte nicht unbeachtet lassen. Deshalb würde es mich interessieren, wie man auf serbischer Seite heute zu dieser „West-Ost“-Problematik steht.

Busek

Als gläubiger Katholik darf ich Sie trösten, Herr Eiff: Die Möglichkeiten von Häresien sind unbegrenzt. Die Theologie bietet leider viele Beispiele dafür.

Visaschranken in der Region

Zur Visafrage will ich nur anmerken: Dabei geht es nicht nur um die Europäische Union und das Schengen-Regime. Visaschranken bestehen auch in der Region selbst. Bulgarien und Rumänien beispielsweise haben neue Visapflichten für Länder dieser Region eingeführt, die von den Betroffenen als sehr schmerzlich empfunden werden. Auch die Türken haben sich beklagt, dass sie plötzlich nach Bulgarien ein Visum brauchen, was die Wirtschaftsbeziehungen sehr beeinträchtigt. Das ist ein Ergebnis von Schengen.

Schaefer

Mittel aus dem Stabilitätspakt

Herr Kempf hat sich in seinem Beitrag auch an die Adresse des Stabilitätspakts und der deutschen Bundesregierung gewandt, wobei man Lob, aber auch Tadel heraushören konnte. Ich möchte vor allem auf einen Punkt hinweisen: Die Bundesregierung hat in präzedenzloser Art und Weise schnell und effektiv Mittel für den Stabilitätspakt zur Ver-

fügung gestellt: 300 Millionen Euro jährlich für einen Zeitraum von vier Jahren. Ich bin recht zuversichtlich, dass wir dieses Engagement auf ähnlich hohem Niveau fortsetzen können.

Ich will in diesem Zusammenhang auf ein Problem eingehen: Nach Schaffung des Stabilitätspakts haben wir uns in den ersten beiden Jahren im Wesentlichen darauf konzentriert, den demokratischen Wandel in Serbien zu unterstützen. Das heißt, die Mittel für Tisch 1 des Stabilitätspakts sind schwerpunktmäßig nach Serbien gegangen. Damit wurden die unabhängigen Städte, die Medien und auch, wie Herr Kempf sagte, eine ganze Reihe wichtiger kultureller Projekte gefördert. Seit Mitte 2000 können wir davon ausgehen, dass sich die Situation in Serbien weit gehend normalisiert hat; seitdem setzen wir die uns zur Verfügung stehenden Mittel für alle Länder Südosteuropas ein. Das heißt: Wir waren gezwungen, die Mittel für Serbien entsprechend zu kürzen; Länder wie Bosnien, Mazedonien oder Albanien haben ebenfalls Anspruch auf die Förderung wichtiger Projekte. Hier müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir die Prioritäten setzen können.

Nun zu dem gelegentlich geäußerten Vorwurf, der Stabilitätspakt tue zu wenig. Da heißt es oft, lediglich die Deutschen und die Amerikaner, in einigen Fällen auch die Holländer und die Schweden seien aktiv, nicht aber der Stabilitätspakt. Diesem Urteil liegt ein Missverständnis zu Grunde. Den Menschen in der Region – auch den politisch Verantwortlichen – ist vielleicht nicht hinreichend klar gemacht worden, dass der Stabilitätspakt über keine eigenen Finanzmittel verfügt; dass er vielmehr ein Katalysator ist, ein Koordinierungsmechanismus, der bewirken soll, dass die vorhandenen bilateralen Mittel richtig eingesetzt werden. Dabei spielt der Stabilitätspakt allerdings eine zentrale Rolle. Die Finanzmittel müssen letztlich von den einzelnen (EU-)Mitgliedern aufgebracht werden, wobei Deutschland ganz an der Spitze steht. Aber ohne den Stabilitätspakt, der zur politischen Stabilisierung des Gesamttraums beitragen soll, hätte auch die deutsche Bundesregierung sicherlich nicht Mittel in diesem Umfang zur Verfügung gestellt. Ich denke, das sollte bei der Kritik am Stabilitätspakt nicht übersehen werden.

Dann zum Thema Visumzwang. Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass da Verbesserungen notwendig sind. Aber das wird nicht so einfach umzusetzen sein. Die Visumfrage ist in der EU vergemeinschaftet. Das heißt: Die Regierungen der einzelnen Mitgliedsländer üben – entgegen anders lautenden Forderungen – keinen unmittelbaren Einfluss aus; es entscheidet die Europäische Kommission, so wie das etwa auch im Agrarbereich der Fall ist. Die Regierungen können natürlich politisch auf solche Entscheidungen Einfluss nehmen, soweit darüber im eigenen Land Einvernehmen besteht; aber auch da stehen unterschiedliche Interessen im Widerstreit. Die jeweiligen Innenbehörden werden diese Frage in der Regel anders beantworten als etwa die Außenministerien. Ich stimme daher Herrn Sonderkoordinator Busek zu, wenn er sagt, dass diese Frage vom Stabilitätspakt an die Kommission herangetragen werden muss.

Herr Busek erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Visazwänge innerhalb der Region selbst. Ich denke, wir sollten seitens des Stabilitätspakts darauf hinwirken, dass diese Hindernisse in der Region schnellstmöglich abgebaut werden. Erleichterte Reisebedingungen innerhalb der Region sind eine wichtige Voraussetzung für eine stärkere regionale Zusammenarbeit.

*Stabilitätspakt
als Katalysator und
Koordinierungsmechanismus*

Visumfrage in der EU

Dann ein Wort zum Internationalen Strafgerichtshof. Dabei geht es zum einen um die Frage von Schuld, Verantwortung und Versöhnung. Wir Deutschen haben damit unsere eigenen schwierigen Erfahrungen gemacht. Dieses Thema muss in Serbien und in den Nachbarstaaten der Region in der Tat angegangen werden. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch oder das Helsinki Komitee können hierbei Hilfestellung leisten, um es den betroffenen Völkern zu erleichtern, nicht nur die nähere, sondern auch die fernere Vergangenheit objektiver in den Blick zu nehmen. Ich nenne in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Bemühungen, Wahrheitskommissionen einzurichten. In der Hinsicht bleibt noch sehr viel zu tun, um bei der Aufarbeitung der Vergangenheit voranzukommen. Und daran müssen sich alle Länder der Region beteiligen.

Dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien kommt hier eine besondere Rolle zu. Und ich stelle mit einiger Sorge fest, dass seit dem Beginn des Milošević-Prozesses eine Art von Legendenbildung stattfindet, nicht nur in Serbien, sondern auch in Teilen der internationalen Gemeinschaft. Dieser Prozess hat in der hiesigen Öffentlichkeit durch die tendenziöse Art und Weise, wie hier darüber berichtet wird, zu Verfälschungen der Realität geführt.

Ich will nochmals eines betonen: Das Den Haag-Tribunal sitzt nicht – wie ich es immer wieder auch von serbischen Freunden höre – über das serbische Volk zu Gericht. Wir haben jahrzehntelang um die Schaffung eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofs gekämpft; vor zwei Tagen ist jetzt das Römische Statut über den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof in Kraft getreten. Das ist ein Quantensprung im Völkerrecht. Wir können jetzt das gewaltige Problem der Straflosigkeit von Personen, die sich der schlimmsten Verbrechen schuldig gemacht haben, erstmals systematisch angehen. Und zwar global.

Der Ständige Internationale Strafgerichtshof wird noch einige Zeit brauchen, um effektiv tätig zu werden. Bis dahin behalten die vom Sicherheitsrat der UNO eingesetzten Ad-hoc-Gerichte ihre Bedeutung. Solange es in Serbien keine nationalen Gerichte gibt, die bereit und in der Lage sind, die Aufgabe der Strafverfolgung derer zu übernehmen, die unter das Status dieses Gerichts fallen, brauchen wir einen Internationalen Gerichtshof, der auf Grundlage eindeutiger Beweise Recht spricht. Und ich unterstreiche nochmals: In Den Haag sitzen nicht nur serbische Angeklagte vor Gericht, sondern auch Kroaten und Bosniaken; ich bin sicher, dass sich auch albanische Kriegsverbrecher dort zu verantworten haben werden, wenn entsprechendes Beweismaterial vorliegt.

Schließlich noch zwei Bemerkungen zur europäischen Vision für diese Region, insbesondere wie sich die Zeit bis zu einem möglichen Beitritt der Staaten Südosteuropas zur EU überbrücken lässt.

Es geht erstens nicht nur um die Integration in die Europäische Union, sondern in die euro-atlantischen Strukturen generell. Dazu gehören beispielsweise auch der Europarat und die Mitgliedschaft in der „Partnership for Peace“ im sicherheitspolitischen Bereich, sodann um den Beginn des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses mit der EU. Das ist eine Vielzahl konkreter Schritte, um die Länder der Region allmählich in die gewachsenen europäischen Strukturen zu integrieren.

Es fehlt zweitens nicht an Visionen. Es wird vielmehr darum gehen, die verschiedenen Visionen in der Region, aber auch bei uns, in Übereinstimmung zu bringen. Wenn ich die Menschen hier nach ihren politischen Zielen frage, dann sagen alle: Wir wollen nach Europa. Aber welche Vorstellung haben sie von diesem Europa? Sie wollen in erster Linie dem „rich man's club“ beitreten, wie es Herr Djelić ausdrückte. Aber die EU ist nicht primär eine Wirtschaftsgemeinschaft, wie das noch zur Zeit des Gemeinsamen Marktes der Fall war, sondern eine Werte- und Rechtsgemeinschaft. Das wird noch viel zu wenig verstanden. Deshalb erfordert der Weg zur EU sehr viel mehr als nur die Integration in die wirtschaftlichen Strukturen, nämlich die Akzeptanz von Wertestandards, die sich in den Staaten Mitteleuropas in einem langwierigen, schwierigen Bewusstseinsprozess allmählich entwickelt haben. Es wird sehr darauf ankommen, diese Perspektive im Bewusstsein der Menschen wie der Verantwortlichen in der Region zu verankern. Wenn sie sich für Europa entscheiden, wird dies nur durch Verwirklichung dieses „Acquis“ realisiert werden können.

Visionen

Busek

Ich stimme Herrn Schaefer besonders in dem letzten Punkt zu. Das Verständnis dafür, was es in Wirklichkeit bedeutet, den Weg nach Europa zu gehen, ist die eigentliche Herausforderung für die Länder dieser Region im Hinblick auf die Herstellung von Recht und Gesetz.

Altmann

Ich denke, die Schritte in Richtung EU sind vorgezeichnet, was indes nicht heißt, dass wir hier einen festen zeitlichen Fahrplan aufstellen können. Das hängt wesentlich davon ab, wie diese Länder die Probleme in den einzelnen Bereichen angehen. Aber auch die Entwicklung der EU selbst spielt hierbei eine wichtige Rolle. Deshalb käme ein Fahrplan für Europa zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich zu früh und wäre unglaubwürdig.

Fahrplan für Europa?

Seit zwei Jahren gibt es die so genannte Adriatisch-Ionische Initiative, der auch Jugoslawien seit November 2000 angehört. Bei dieser Initiative geht es insbesondere um den Ausbau der kulturellen Beziehungen, etwa die Zusammenarbeit im Tourismus. In Ravenna wurde eine Deklaration verabschiedet, die die Zusammenarbeit von Universitäten im adriatisch-ionischen Raum zum Ziel hat. Dazu gehört auch eine so genannte virtuelle Universität, genannt UNIADRION, in Form eines Netzwerks. Es mag sein, dass vieles davon erst auf dem Papier steht.

Adriatisch-Ionische Initiative

Ich denke auch an die Initiative im Bereich Umwelt und Natur, bei der die Länder Südosteuropas mit den Nachbarstaaten Italien und Griechenland in einen Austausch eintreten wollen.

Meine Frage ist, ob sich im kulturellen Bereich möglicherweise eine engere regionale Zusammenarbeit andeutet.

Anastasijević

Ich denke, wir sollten ernsthaft in Rechnung stellen, was Herr Djelić gesagt hat, dass sich

*Befriedung der Region –
Zugang zum Eldorado*

diese Region in einer beispiellosen Situation befindet, in der alle Regierungen, so zerbrechlich sie sein mögen, noch demokratisch sind. Diese Tatsache sollte genutzt werden, um die gesamte Region wirtschaftlich und politisch zu fördern. Das ist ohne Hilfe von außen zweifellos sehr schwierig, wobei uns bewusst ist, dass dafür eher die Europäische Union als die Vereinigten Staaten in Frage kommt, insbesondere nach den Ereignissen vom 11. September.

Hier war verschiedentlich von Vision die Rede. Gewiss, es herrscht kein Mangel an Visionen, weder auf Seiten der Region noch der Europäischen Union. Die Region wünscht die Mitgliedschaft in der EU, und zwar so schnell wie möglich; sie will Zugang zum Eldorado. Die EU dagegen möchte diese Region befriedet sehen; denn wir sind uns wohl alle darin einig, dass die Kosten der Prävention wesentlich geringer sind als die Kosten, die entstehen, um Schäden zu beheben, wie Bosnien und das Kosovo zeigen.

Ob wir jedoch über die regionalen Regierungen oder über die Europäische Union sprechen, ich würde gern die Strategie erkennen. Wir haben die Vision – ein großes blitzendes EU-Zeichen –, doch wir wissen noch sehr wenig darüber, was die EU ist und was Integration tatsächlich meint.

Reisen in der Region

Bei der Visumfrage sollten wir nicht vergessen, dass ihr große symbolische Bedeutung zukommt. Damit wird kein schneller Weg eröffnet, um die Freizügigkeit für Menschen, Güter und Ideen zu erreichen, aber es könnte dazu beitragen, das Stigma zu beseitigen, dass man nicht akzeptiert wird. Reisen in der Region stellt jedoch ein Riesenproblem dar, was nicht nur mit der Visumfrage zusammenhängt. Ich denke, jeder, der nicht mit dem Flugzeug hierher angereist ist, könnte eine Anekdote erzählen, wie er Belgrad erreicht hat. Herr Ahrens zum Beispiel musste mit dem Auto nach Podgorica fahren – eine Fahrt von rund fünf Stunden –, bevor er ein Flugzeug nach Belgrad nehmen konnte.

Es ist äußerst schwierig, innerhalb der Region zu reisen, und bei diesen Geschichten wird mir immer wieder bewusst, wie sehr wir uns alle schon auf die Europäische Union konzentrieren, während wir noch kaum etwas über unsere Nachbarn wissen. Die Wahlen in Ungarn, die gerade stattgefunden haben, kümmern uns nicht. Wir wissen nicht, wer der Ministerpräsident von Bulgarien ist, und die meisten von uns kennen den Präsidenten von Rumänien nicht. Aber wir wissen, wer Herr Solana ist oder Condoleezza Rice und so weiter. In dieser Hinsicht könnte die Kultur unsere Beziehungen in der Region in relativ kurzer Zeit erleichtern. Aber wir müssen natürlich bei den Reisebedingungen etwas tun; denn das ist mitunter ausgesprochen problematisch.

Ich habe kürzlich mit einer Gruppe serbischer Journalisten Tirana besucht. Dort trafen wir den Bürgermeister, der auch ein bekannter Konzept-Künstler und überhaupt eine interessante Persönlichkeit ist. Er ist zum Beispiel berühmt für seine Bemalung von Bunkern in rosa und roten Farben. Er war uns gegenüber ausgesprochen offen, und er meinte, er habe die Serben überhaupt nicht gemocht nach dem, was er über die Kriege in Bosnien und im Kosovo sowie über die Beziehungen mit den Kosovaren gehört hatte. Doch dann traf er in Stockholm einen Konzept-Künstler aus Belgrad und hat seine Einstellung vollkommen geändert. Er sagte, dass er sich jetzt schäme, so voller Vorurteile gewesen zu sein, weil er feststellen musste, dass es da um ganz andere Dinge geht.

Ich erwähne diese Geschichte, weil die Lage der Minderheiten hier noch nicht zufrieden stellend ist. Wir brauchen Mechanismen, um deren Sicherheit zu gewährleisten. In der gesamten Region, insbesondere in meinem Land, werden Minderheiten immer noch als ein Sicherheitsrisiko behandelt, und das ist außerordentlich schlecht. Wir sind nun einmal eine multiethnische Gesellschaft, selbst wenn wir bislang keine multikulturelle Gesellschaft sind; aber die Kultur kann zumindest in der Anfangsphase helfen, die vorgefassten Wahrnehmungen und Vorurteile, die wir über einander haben, abzubauen.

Lage der Minderheiten

Als wir aus Tirana nach Belgrad zurückkamen, wurde mir klar, wie wenig wir über die Menschen dort wussten – im Grunde überhaupt nichts. Die Leute stellten mir die unsinnigsten Fragen über Albanien, welche Art von Kleidung die Menschen dort tragen und so weiter. Ich könnte ebenso gut bei einem Besuch auf dem Mars gewesen sein.

Ich muss dann noch das Problem ansprechen, wie wir mit unserer Vergangenheit fertig werden: „Vergangenheitsbewältigung“ ist eines der wenigen deutschen Wörter, die ich kenne. Das Haager Tribunal ist nur ein Aspekt der ganzen Geschichte, und weder wir als Gesellschaft noch die internationale Gemeinschaft sollten erwarten, dass durch dieses Gericht so etwas wie eine Läuterung erreicht wird. Nürnberg hat das auch in Deutschland nicht vermocht. Es ist nur ein Element in diesem Prozess. Eine sehr kleine Zahl von Leuten wird angeklagt, und wenn ich in diesem Land bleiben will, dann muss ich mir stets bewusst sein, dass ich mit Menschen zusammenlebe, die viel Blut an ihren Händen haben, die aber nie vor das Haager Gericht kommen werden, weil dort gar keine Möglichkeit besteht, alle Kriegsverbrecher anzuklagen. Dies ist vor allem ein Problem für unsere eigene Gesellschaft.

„Vergangenheitsbewältigung“

Die Zivilgesellschaft versucht diese Frage mit bestimmten Projekten anzupacken. Es gibt einige Organisationen, die daran arbeiten. Dennoch benötigen wir politische Unterstützung von Seiten des Establishments, um dieses Problem grundsätzlicher anzugehen. Dafür brauchen wir die „rule of law“, denn kein Paragraph in unserer Verfassung oder in unserer Gesetzgebung verbietet uns, unsere eigenen Kriegsverbrecher zu verfolgen, die sich nicht selbst stellen. Wir brauchen einen neuen Ansatz für die Diskussion im Interesse unserer Gesellschaft.

„Rule of law“

Wir tragen Verantwortung nicht nur gegenüber Nachbarländern wie Bosnien und Kroatien, sondern auch gegenüber Bulgarien und Rumänien; denn auch sie sind von diesem Balkan-Bild genereller Instabilität angesteckt worden. Rumänien ist nicht so instabil; es war Jugoslawien, das auseinander brach. Deshalb brauchen wir Rechtssicherheit und starke Rechtsinstitutionen in diesem Land, um unsere Ziele zu verfolgen. Das Übrige muss in einem längeren Prozess geschehen, der wahrscheinlich Jahrzehnte brauchen wird. Doch das wäre immerhin ein Anfang.

Negatives Balkan-Bild

Busek

Die Reisefreiheit ist in der Tat ein entscheidendes Problem. Zurzeit kämpfe ich für eine regionale Luftfahrtgesellschaft. Aber das Problem ist, dass jede Fluglinie in der Region davon überzeugt ist, dass sie die Regional-Airline ist. Derzeit muss jeder über Wien oder München fliegen, wenn er von einer Hauptstadt der Region in die andere will. Das ist ein sehr teurer Unsinn.

Regionale Luftfahrtgesellschaft

Ich spreche dabei auch den Umstand an, dass der jugoslawische Luftraum noch geschlossen ist. Ich denke nicht, dass es für die österreichische Fluglinie möglich ist, derzeit eine Verbindung zwischen Wien und Podgorica herzustellen. Benutzt man eine Privatmaschine, muss man um den jugoslawischen Luftraum herumfliegen. Das ist nicht die Schuld der NATO. Die führenden Leute der Wirtschaft und der multinationalen Unternehmen wollen ihre eigenen Flugzeuge benutzen, und es gibt keinen Krieg mehr, der als Entschuldigung dafür dienen könnte, dass sie das nicht dürfen. Lassen Sie uns zur Normalität zurückkehren!

Knaus

Vor kurzem ist eine unserer Mitarbeiterinnen, die in Bosnien über die Landreform in den Gemeinden forscht – ein sehr aktuelles Thema dort –, zum bosnischen Nationalarchiv gegangen, um sich einige Dokumente auszuleihen. Zunächst fiel ihr auf, was das für eine verschlafene Institution ist. Man sagte ihr, es käme so gut wie nie jemand vorbei. Für die meisten Bücher, die sie ausleihen wollte, hieß es, brauche sie eine besondere Genehmigung des bosnischen Staatspräsidiums. Das waren Bücher aus den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren. Ich denke, das zeigt sehr gut, wie die Situation dort ist.

Während in der Region sehr viel über Geschichte, vor allem über die ältere gesprochen wird, findet die Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte auf einem sehr niedrigen Niveau statt, wobei es einige bemerkenswerte Ausnahmen gibt, so bei einer Reihe hervorragender Institute der Region. Aber generell weiß man sehr wenig, wie die Menschen in Südosteuropa heute wirklich leben. Durch die Erfolge der Hochkultur in Belgrad kann man sich leicht blenden lassen. Denn was Herr Fetahu über das Kosovo berichtet hat, trifft auch auf andere Teile des Balkans zu.

Wie erfahren wir mehr über Gesellschaften, in denen sich mancherorts so gut wie alles verändert hat, wo unzählige Menschen ihre Heimat verlassen haben? In diesen Städten ist eine völlig neue Gesellschaft entstanden, über die wir wenig wissen. Das ist eines der großen Probleme für die politische Elite, die auch aus diesem Grunde Schwierigkeiten hat, die Bevölkerung auf dem Reformkurs mitzunehmen. Auch die Diskussion über Europa mit all den Konzepten, über die da geredet wird, ist nur schwer zu vermitteln. Dies ist auch bei uns ein Problem, das aber auf dem Balkan noch sehr viel schwieriger ist.

Ich bin jetzt des Öfteren im Kosovo – in Bosnien ist es zum Teil ähnlich: Nach dem Krieg gab es viele kulturelle Veranstaltungen im Kosovo. Es kamen viele Künstler dorthin – im gewissen Sinne eine humanitäre Geste. Das ist gegenwärtig aber stark rückläufig, so dass der Eindruck entstehen könnte, im Kosovo gäbe es kaum Kultur. Das wiederum stützt genau jene Vorurteile, die auf dem Balkan und auch außerhalb ohnehin vorhanden sind. Es gibt kein Nationaltheater, es finden keine Ausstellungen statt, also gibt es keine Kultur. Wie die Kosovaren in Mittelkosovo oder wie die Albaner in Nordalbanien oder die Bosnier in Zenica oder die Serben in kleineren Städten in Serbien leben, was sie denken, wie sich ihr unglaublich bewegtes Leben abspielt, das wird sehr wenig untersucht und diskutiert.

Das ist im Übrigen nicht etwas, das erst in jüngerer Zeit zu Tage tritt. Das war zu Zeiten des Kommunismus genauso der Fall wie in früheren Epochen. Der Gegensatz zwischen

*Auseinandersetzung
mit Geschichte*

Fehlende Kenntnisse

Vorurteile

*Gegensatz zwischen
Stadt und Land*

Stadt und Land, zwischen einer europäisierten Elite in den Großstädten und dem gewissermaßen rückständigen Hinterland, auf das man herunterblickt, ist natürlich ein großes Problem für die Demokratie hier, aber auch für Europa. Die Auseinandersetzung mit dem Balkan bei uns findet nur sehr wenig statt. So kämpft etwa das Osteuropainstitut in Berlin ums Überleben. Und was heute an Forschung überhaupt noch stattfindet, betrifft eher die ferne Vergangenheit, aber kaum die heutige Situation auf dem Balkan.

Sorić

Herr Kempf sprach von einer Intensivierung von partnerschaftlichen Beziehungen, beispielsweise Städtepartnerschaften von serbischen mit westlichen Städten. Das dürfte gegenwärtig recht schwierig sein; denn Serbien hat in den westlichen Medien, insbesondere in Deutschland und Österreich, ein katastrophales Image. Ich denke, dass wir daran zunächst etwas ändern müssten; denn zurzeit wird kaum ein deutscher Bürgermeister auf die Idee kommen, eine Partnerschaft mit einer serbischen Stadt einzugehen. Ausnahmen bestätigen die Regel, wie das Beispiel Dortmund – Novi Sad zeigt.

Was die Rolle der Intellektuellen angeht, sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Überall auf dem Balkan sind viele von ihnen mitverantwortlich für das, was in den 90er Jahren geschehen ist. Mythen, die zum Teil noch aus der Zeit des Mittelalters stammen, spuken in den Köpfen vieler Intellektueller herum – und das bei Kroaten, Serben oder Albanern gleichermaßen. Gegen diese Mythen gilt es anzukämpfen.

Ich habe kürzlich mit Zoran Jacev in einem Kreis von Young Leaders – dort waren junge Leute aus allen Balkanländern, auch der Türkei und Griechenland, vertreten – überlegt, wie man gegen die Mythenbildung vorgehen kann. Alle Projekte, die uns dazu eingefallen sind, kosten Geld, das aber sinnvoll angelegt wäre. Beispielsweise könnte man mit Jugendlichen aus verschiedenen Ländern der Region darangehen, gemeinsam die Legenden in den Geschichtsbüchern zu revidieren. Das ist zwar sehr mühsam, aber ungeheuer wichtig.

Busek

In der Tat haben die Intellektuellen auf dem Balkan einiges zum Nationalismus beigetragen, Herr Sorić. Ich habe in den achtziger Jahren in Belgrad selbst erlebt, dass von einer bemerkenswerten demokratischen Bewegung die Forderung erhoben wurde: Erst das Kosovo und dann Demokratie! – ein tragischer Fehlschluss, wie wir wissen. Allerdings muss man fairerweise hinzufügen, dass ohne den Einsatz von Intellektuellen – ich denke etwa an den Radiosender B 92 – der Umschwung in Belgrad kaum möglich gewesen wäre. Das heißt, es hat hier ein Lernprozess stattgefunden.

Bei allen Transformationsprozessen jenseits des Eisernen Vorhangs haben die Intellektuellen eine erhebliche Rolle gespielt. Ich denke an die Solidarnosz in Polen oder an die Charta 77 in der Tschechoslowakei. Ähnliche Beispiele ließen sich auch aus anderen Ländern nennen. Diese Rolle einmal näher zu untersuchen, würde ich für eine wichtige Aufgabe unserer Zeitgeschichtler ansehen.

Städtepartnerschaften?

Rolle der Intellektuellen

*Projekte zur
Völkerverständigung
in der Körber-Stiftung*

„Eustory“

Wehmeier

Ein wichtiges Anliegen der Körber-Stiftung ist es, Projekte zur Völkerverständigung zu initiieren. Das gilt insbesondere für den historisch-politischen Dialog in Europa. So führt die Körber-Stiftung seit über dreißig Jahren einen Geschichtswettbewerb in Deutschland durch, an dem sich Schüler im Alter zwischen zehn und zwanzig Jahren beteiligen. Im Rahmen einer bundesweit einheitlichen Thematik sollen die Schüler in ihrer heimischen Umgebung zu diesem Thema forschen. Eben das, was hier in der Region fehlt – Herr Knaus hat darauf hingewiesen –, ist die wahrhafte Kenntnis der jüngeren Geschichte. In diesem Zusammenhang ist das Stichwort „Vergangenheitsbewältigung“ erwähnt worden.

Vor drei Jahren hat die Körber-Stiftung nunmehr begonnen, ein europäisches Netzwerk aufzubauen, das unter dem Begriff „Eustory“ läuft, abgeleitet aus „Europe“ und „History“. In der Zwischenzeit haben sich vierzehn Länder an diesem Netzwerk beteiligt. Dazu gehören unter anderem: Belarus, Estland, Polen, Rumänien, Russland, Slowenien, die Tschechische Republik, die Türkei, die Ukraine und einige westliche Länder. In diesen Ländern hat die Körber-Stiftung zusammen mit lokalen Organisationen – in der Regel NGOs und Bildungsinstitutionen – nach dem Vorbild des deutschen Schülerwettbewerbs ähnliche Wettbewerbe ins Leben gerufen.

Was ich den Repräsentanten aus den Ländern Südosteuropas anbiete, ist, dass die Körber-Stiftung Informationsveranstaltungen zu dieser Initiative in ihren Ländern organisieren könnte. Mit einem solchen Projekt würden junge Menschen in dieser Region eine Chance bekommen, ihre eigene Geschichte – insbesondere nach den Geschehnissen der letzten Jahre – zu erforschen. Es gehört außerdem zu unserem Konzept, dass die Preisträger der einzelnen Wettbewerbe zu einem internationalen Campus eingeladen werden, damit sie ihre Erfahrungen austauschen und die Probleme und Sichtweisen anderer kennen lernen können.

Wenn Sie beklagen, Herr Sorić, dass die Projekte, die Sie mit anderen überlegt haben, zu aufwendig sind, so kann ich Ihnen versichern, dass unser Eustory-Wettbewerb mit, wie gesagt, vierzehn Ländern relativ kostengünstig ist. Er hat zudem den Vorteil, dass er schnell initiiert werden kann.

Busek

Ich denke, Herr Wehmeier, dieses Eustory-Projekt könnte im Rahmen des Stabilitätspakts für den Graz-Prozess interessant sein. Auch mit dem Center for Democracy and Reconciliation in Southeastern Europe in Thessaloniki ließe sich unschwer eine Verbindung herstellen.

Bulović

Es dürfte Ihnen allen bekannt sein, dass die Kirchen und die Religionsgemeinschaften die Kultur und das Bewusstsein der Völker im früheren Jugoslawien in erheblichem Maße beeinflusst haben. Zugespielt formuliert: Die Religionszugehörigkeit hat die Identität der Völker entscheidend geprägt. In vielen Gebieten des größeren Jugoslawien trifft man Menschen, die keinerlei Unterschiede aufweisen, bis man dann erfährt, dass bestimmte

*Rolle der Kirchen und
Religionsgemeinschaften*

Personen Serben sind, die ausnahmslos der orthodoxen Kirche angehören, während andere Kroaten und damit unbedingt katholisch sind. Eine besondere Problematik stellen dabei natürlich die Mischehen dar, in denen beide religiöse Einflüsse wirksam sind, mit all den Schwierigkeiten, die daraus entstehen können.

Auf der anderen Seite will ich jedoch mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Kirchen nicht Ursache der Feindschaften, Trennungen und Teilungen sind und auf ihre Weise sehr viel mehr zu einer wirklichen Integration und zum Verstehen der Menschen untereinander beitragen könnten, als sie es bisher getan haben. Wenn ich von Kirchen spreche, dann meine ich damit auch die anderen Religionen, die in der Region wirksam sind, also die islamischen oder die jüdischen Gemeinschaften. Wichtig ist, dass die Menschen und Völker hier verstehen, dass Integration und Miteinanderleben nicht ihre eigene Identität, Kultur, Geschichte und ihr Selbstbewusstsein in Frage stellen oder gar zerstören.

Nun ist mir natürlich bekannt, wie viele Missverständnisse und Vorurteile es auf Seiten mancher Kirchenvertreter gibt – in Serbien genauso wie in den anderen Ländern – und dass manche Äußerung aus Kirchenkreisen völlig unakzeptabel, ja verwerflich ist. Das widerspricht unserem christlichen Verständnis ebenso, wie es mit unserem geistigen Erbe als Europäer unvereinbar ist.

Dass einseitige und ungerechtfertigte Urteile auch in den westeuropäischen Ländern anzutreffen sind, muss ich bei meinen vielen Besuchen dort leider immer wieder feststellen. Da ist dann beispielsweise die Rede davon, dass die Orthodoxie nicht nach Europa gehöre, sondern eine ganz andere Zivilisation darstelle. Oder es heißt, der so genannte Byzantinismus oder Obskurantismus sei eine der Ursachen für die Konflikte auf dem Balkan gewesen und dergleichen mehr.

Solche Missverständnisse betreffen vor allem die serbisch-orthodoxe Kirche. Ich will hier nur eine persönliche Erfahrung schildern, die ich auf einer Tagung gemacht habe, auf der es um den Dialog der christlichen Kirchen zum Thema Menschenrechte ging. Ich vertrat in diesem Kreis die Ansicht, dass die Betonung der Menschenrechte dann in eine Art geistige Falle führt, wenn dabei die Lehren der christlichen Evangelien und der Hymnus des Apostels Pauli an die Liebe in Vergessenheit geraten. Ich wollte lediglich deutlich machen: Wenn wir Christen die Menschenliebe und die Liebe als ein Ideal außer Acht lassen und nur über die Menschenrechte sprechen, die viel niedriger stehen, dann sind wir schon tief gesunken. Denn bei den Menschenrechten geht es nur um eine äußerliche Toleranz, während die Menschenliebe die Akzeptanz des Menschen in der Weise meint, dass wir ohne den anderen, ohne den Andersartigen gar nicht existieren können. Was schrieben die westlichen Journalisten am nächsten Tag in ihren Zeitungen? Der serbische Bischof habe sich öffentlich gegen die Menschenrechte ausgesprochen. So wurde also mein Versuch, die Menschenrechte aus dem Geist der Liebe zu verstehen, fälschlich interpretiert.

Gewiss, mir ist auch zu Ohren gekommen, dass vor kurzem ein orthodoxer Priester, der schon im Ruhestand ist, am Tag des jüdischen Pessah-Festes dumme und verwerfliche Äußerungen zum Judentum getan hat. Aber das sind Einzelfälle, die nicht die offizielle Position der orthodoxen Kirche in der Region ausdrücken. Das gilt auch für die anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Vorurteile über Religionen

*Menschenrechte
und Menschenliebe*

*Kontakte zwischen
den Kirchen und
Religionsgemeinschaften
sind nie abgerissen*

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, dass auch in den Kriegsjahren, während der kriegesischen Auseinandersetzungen in Bosnien, in Kroatien und anderswo, der Kontakt zwischen den Kirchen und den anderen Religionsgemeinschaften nie abgerissen ist. Dass wir immer zusammengearbeitet haben, ist in der westeuropäischen Öffentlichkeit wenig bekannt. Auch die Medien bei uns haben dies weitgehend verschwiegen und nur sehr wenig darüber berichtet. Es gibt ständige offizielle Kommissionen, die den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Bischofskonferenzen von Kroatien und Bosnien und der Bischöflichen Vollversammlung von Serbien und ganz Jugoslawien pflegen. Und ich erwähne auch die so genannte Vlatadon-Initiative, bei der die Kirchenführer, die Imame und Muftis, die Rabbiner und andere in einem ständigen Austausch sind, um im Geiste der Versöhnung gemeinsam tätig zu werden. Auch das ist kaum bekannt.

Vor einigen Monaten wurden Vertreter dieser Initiative von der Europäischen Kommission in Brüssel empfangen, und bei der Gelegenheit hat ein Vertreter des Judentums die dortige Versammlung im Namen der gesamten Delegation aus Jugoslawien begrüßt. Das ist für uns völlig normal und keineswegs die Ausnahme, um etwa das negative Image der Kirchen zu verbessern.

Es bestehen auch enge Beziehungen zu den Kirchen in Westeuropa. Ich nenne etwa Bischof Homeyer, der mit der Europäischen Union zu tun hat, und auch andere Bischöfe; das Gleiche gilt für die EKD, die norwegischen, schweizer und andere Kirchen.

*Geistige Ausstrahlung
der Kirchen*

Worum es mir geht, ist, dass wir Unterstützung brauchen, damit die Kirchen wieder ihre echte und unverfälschte Rolle in den Gesellschaften Südosteuropas wahrnehmen, dass sie durch ihre geistige Ausstrahlung die Tradition und die Kultur dieser Völker wieder beleben können. Vor allem müssen wir verhindern, dass unsere Kirchen zu nationalistischen und anderen politischen Zwecken benutzt und manipuliert werden.

Lassen Sie mich abschließend noch eine kleine Anekdote erzählen. Bei einem Treffen von Amtsbrüdern und Kirchenvertretern aus der größeren Region sprach ein Bischof aus Mazedonien unter anderem über Alexander den Großen und meinte, dass er in seinen Adern nicht nur das Blut unserer slawischen Vorfahren, sondern auch das Blut Alexanders spüre. Daraufhin musste ich ihm antworten und darauf hinweisen, dass ich noch weit ältere und wichtigere Vorfahren in meinem Blut spüre, nämlich das von Adam und Eva. Diese wichtige Wahrheit vergessen wir sehr oft.

*Mehr Verbindendes
als Trennendes*

Wer oder was wir sind, wird immer ein Rätsel sein. Jedenfalls gibt es sehr viel mehr, das uns in dieser Region und auch mit Westeuropa verbindet, als Trennendes. Wenn die Kirchen und die Religionsgemeinschaften in unserer Region von unseren Freunden aus Westeuropa die entsprechende Unterstützung erhalten, wird es uns gelingen, ganz Südosteuropa auf den Weg der europäischen Integration zu bringen. Ich denke, die Kirchen und die Religionsgemeinschaften können und sollten dabei sehr hilfreich sein.

Busek

Lassen Sie mich zum Abschluss dieser intensiven Diskussion nur einige konkrete Zielsetzungen nennen, die wir weiterverfolgen sollten.

Erstens sollten wir im Sinne des Stabilitätspakts die Visa-Regelung in den Blick nehmen. Das richtet sich weniger an die Europäische Union, sondern in erster Linie an die Länder in der Region. Dazu gibt es auch bereits einige Vorschläge, wie das zu realisieren ist.

Visa-Regelung

Zweitens plädiere ich für eine Ausweitung des kulturellen Austausches. Die ersten Schritte sind gemacht, doch wir müssen noch einige Regierungen in der EU und in der Region dazu anhalten, sich in dieser Hinsicht stärker zu engagieren und die bereits bestehenden Gruppierungen zu unterstützen.

Kultureller Austausch

Drittens müssen wir uns mehr auf die Bildung konzentrieren. Dabei halte ich den Graz-Prozess im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Geschichtsbücher für außerordentlich wichtig.

Bildung

Viertens erwähne ich das Treffen von regionalen Initiativen am 23. April 2002. Diese Initiativen müssen koordiniert werden, um Überschneidungen zu vermeiden und sicherzustellen, dass die Themen und Probleme effizienter behandelt werden, die wir hier erörtert haben. So konzentriert sich beispielsweise die Central European Initiative (CEI) auf die Themen Kultur und Universitäten im Rahmen der Adriatic Ionian Initiative, von der hier die Rede war.

*Koordinierung
regionaler Initiativen*

Fünftens sollten wir der Frage des sozialen Zusammenhalts größere Aufmerksamkeit widmen. Ich halte diesen Bereich für äußerst wichtig und bin der Auffassung, dass wir uns nicht nur mit der Rolle der Gewerkschaften, sondern auch mit Fragen der älter werdenden Gesellschaft beschäftigen müssen.

Sozialer Zusammenhalt

Um diese Zielsetzungen zu unterstützen, würde ich es sehr begrüßen, wenn auch der Bergedorfer Gesprächskreis dieser Region künftig weiterhin seine Aufmerksamkeit schenkt. Wir brauchen solche informellen Ebenen und Veranstaltungen, weil sich hier offener und leichter über die schwierigen Fragen reden lässt, als das bei offiziellen Treffen der Fall ist. Das liegt nun einmal in der Natur der Politik und der internationalen Institutionen. Das spricht für den informellen Meinungsaustausch, bei dem sich neue Erkenntnisse gewinnen lassen und man auch Personen besser kennen lernt.

Informelle Veranstaltungen

von Weizsäcker

Ich will zum Abschluss noch einmal betonen, dass der Bergedorfer Gesprächskreis eine private Initiative ist, die niemanden belehren will, sondern die sich gewissermaßen einer Lernkultur verpflichtet weiß, um die Verständigungsprozesse in unserem größer werdenden Europa zu fördern und zu verbessern.

Anfang der neunziger Jahre gab es unter den Mitgliedsländern der damaligen Europäischen Gemeinschaft sehr unterschiedliche Verbindungen und Einstellungen zum Balkan. Nicht zuletzt in Deutschland bestanden Vorurteile, die sicherlich immer noch nicht genügend abgebaut worden sind. Auch deshalb war es uns besonders wichtig, diese Tagung in Belgrad auszurichten, um unser Urteilsvermögen gegenüber diesem Land und gegenüber dieser Region zu schärfen und Vorurteilen entgegenzuwirken. Ich denke, dazu haben die Vertreter der hiesigen Regierungen wichtige Beiträge geliefert, und ich bin sehr dankbar, dass sie so offen und eingehend mit uns diskutiert haben.

Einstellungen zum Balkan

Aber auch den Sachverständigen und Verantwortlichen, die seitens der Europäischen Union und anderer Institutionen in der Region tätig sind und die sich bemühen, die schwierige Situation auf dem Balkan nach dem Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaates durch eine intensivere interregionale Zusammenarbeit zu verbessern, haben wir viele wichtige Einsichten in diesem Gespräch zu verdanken. Sie haben es ja auch in ihren eigenen Organisationen nicht immer leicht, die nach wie vor bestehenden Vorurteile zu überwinden und eine den Bedingungen vor Ort angemessene Politik zu verfolgen.

Das gilt nicht zuletzt für unseren heutigen Gesprächsleiter, Herrn Busek, der aus einem Land kommt, Österreich, das im besonderen Maße Erfahrungen in dieser südosteuropäischen Region hat und das weiß, was es bedeutet, in einem multiethnischen und multi-kulturellen Gebiet zusammenzuleben. Dass Sie zudem durch ganz persönlichen Einsatz auf dem Balkan engagiert sind, zeichnet Sie in eindrucksvoller Weise aus. Das haben Sie mit Ihrer ebenso prägnanten wie toleranten Gesprächsführung einmal mehr unter Beweis gestellt.

Genauso möchte ich mich im Namen aller Teilnehmenden nochmals bei Herrn Ahtisaari bedanken, der mit viel Geschick und Geist unsere gestrige Gesprächsrunde geleitet hat.

Anmerkung:

Dieses Protokoll enthält eine von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern autorisierte, überarbeitete Version ihrer mündlichen Beiträge.

Anhang

Redner

Dr. Geert-Hinrich Ahrens

geb. 1934

Leiter der OSZE-Präsenz in Tirana; 1999 Sondergesandter der Europäischen Präsidentschaft in Mazedonien; 1996–1999 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bogotá, Kolumbien; 1996 Beauftragter für Asienpolitik im Auswärtigen Amt; 1992–1996 Botschafter für besondere Aufgaben bei der Genfer Konferenz zum früheren Jugoslawien; 1991 Leiter des deutschen Kontingents der Überwachungsmission der EG in Zagreb, Kroatien.

Seite: 30, 45, 92, 119

Martti Ahtisaari

geb. 1937

1994–2000 Präsident der Republik Finnland; Vorsitzender der International Crisis Group (ICG), Brüssel; Vorsitzender des East West Institute, New York; Vorsitzender der Balkan Children and Youth Foundation; Mitglied des Vorstands von IDEA (International Institute for Democracy and Electoral Assistance); Vorstandsvorsitzender des Finnischen Industriefonds für Entwicklungsländer; Leiter der Crisis Management Initiative (CMI); 2000 Mitverfasser des Berichts der „Drei Weisen“ zu Österreich; 1999 EU-Sonderbeauftragter für das Kosovo; 1992–1993 Vorsitzender der UN-Arbeitsgruppe für das frühere Jugoslawien, Bosnien und Herzegowina in Genf.

Seite: 17, 21, 26, 29, 30, 32, 35, 37, 43, 44, 57, 61, 65, 66, 73, 78, 89, 100, 107

Dr. Franz-Lothar Altmann

geb. 1942

Leiter der Forschungsgruppe Westlicher Balkan am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP), Berlin; Geschäftsführender Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde; Vorstandsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft; Chefredakteur „Osteuropa-Wirtschaft“ und „Südosteuropa“; 1987–2000 Stellvertretender Direktor des Südost-Instituts, München.

Seite: 35, 98, 122, 129

Dužanka Anastasijević

Journalistin; Übersetzerin und Redakteurin der Wochenzeitschrift „Vreme“, Belgrad; Beraterin des Direktors des Humanitarian Law Centre; 1999–2001 Reporterin für das Belgrade Centre for Human Rights; 1998 Koordinatorin der internationalen Konferenzen „Media for a Democratic Europe“ und „Truth, Responsibility and Reconciliation“; seit 1997 freie Mitarbeiterin „Time Magazine“ und „Die Woche“; 1991–1999 Dolmetscherin und Beraterin für die internationale Presse, u.a. „The New York Times“, „Time Magazine“, „Chicago Tribune“, „BBC World Affairs“, „Dagbladet“.

Seite: 61, 122, 124, 129

Andy Bearpark

Stellvertretender Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für den Wiederaufbau im Kosovo (EU/UNMIK); 1998–2000 Stellvertretender Sonderbeauftragter für Wiederaufbau und Rückkehr in Sarajewo; 1991–1997 Leiter der Abteilung Information und Katastrophenhilfe im britischen ODA (Overseas Development Administration); 1991–1995 Pressesprecher der ODA-Ministerin Baroness Chalker; 1990 Stabschef von Lady Thatcher.

Seite: 73

Kristof Bender

geb. 1971

Mitarbeiter der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI), Berlin/Belgrad im Forschungsbereich und Leiter der ESI-Forschungsprojekte in Serbien, Montenegro und Mazedonien; ehem. Leiter von Hochschulprojekten des World University Service in Bosnien, Berater des österreichischen Kanzleramtes und Mitarbeiter des International Centre for Migration Policy Development; ehem. Attaché für Humanitäre Angelegenheiten in der Österreichischen Botschaft in Belgrad.

Seite: 50

Dr. Irinej Bulović

geb. 1947

Bischof der Serbisch-Orthodoxen Kirche, Novi Sad; Professor der Theologischen Fakultät, Belgrad; Herausgeber der theologischen Zeitschrift „Beseda“; Mitglied u. a. der serbischen Schriftstellervereinigung, des Zentralausschusses der Konferenz Europäischer Kirchen, der Panorthodoxen Kommission für den Dialog mit der Römisch-Katholischen Kirche und den Lutheranern, des jugoslawischen Komitees der Bewegung zur Einheit und Kooperation zwischen Christen im Osten, der jugoslawischen Delegation bei der UNESCO und der Kommission der Heiligen Bischofsversammlung der Serbisch-Orthodoxen Kirche für den Dialog mit der entsprechenden Kommission der Bischofskonferenz von Kroatien und der Europäischen Gemeinschaft.

Seite: 134

Dr. Erhard Busek

geb. 1941

Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, Brüssel; Koordinator der Southeast European Cooperative Initiative (SECI); Herausgeber der Monatsschrift „Wiener Journal“; Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa; Mitglied der EU-Reflexionsgruppe Bildung und Erziehung; 2000–2001 Regierungsbeauftragter der österreichischen Bundesregierung für EU-Erweiterungsfragen; 1991–1995 Vizekanzler der Republik Österreich und Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei; 1994–1995 Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten; 1989–1994 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

Seite: 53, 82, 89, 91, 94, 97, 99, 108, 112, 116, 118, 122, 124, 126, 129, 131, 133, 134, 136

Dr. Nebojša Čović

geb. 1958

Vize-Premierminister der Republik Serbien, mit besonderen Zuständigkeiten in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen; Präsident des Coordination Centre for Kosovo and Metohija; Gründer und Vorsitzender der Demokratischen Alternative; 1993–1997 Abgeordneter im serbischen Parlament; 1994–1997 Bürgermeister von Belgrad.

Seite: 26

Prof. Dr. Daniel Daianu

Professor am Romanian Center for Economic Policies, Bukarest; Gastprofessor an der Anderson School of Management der Universität von Kalifornien, Los Angeles (UCLA); 2001 Vorsitzender des Wirtschaftsforums der OSZE; 1998 rumänischer Finanzminister; 1992–1998 Chefvolkswirt der Nationalbank von Rumänien; Präsident des Rumänischen Instituts für Freies Unternehmertum.

Seite: 87, 120

Božidar Djelić

geb. 1965

Finanz- und Wirtschaftsminister der Republik Serbien, Belgrad; 2000 Chefunterhändler Serbiens in den Verhandlungen mit den internationalen Finanzinstitutionen; 1993–2000 Partner bei McKinsey & Co; Berater der Regierung Polens und Russlands im Transformationsprozess.

Seite: 66, 91, 103

Dr. Hansjoerg Eiff

geb. 1933

Botschafter a. D.; 1999–2001 Senior Civilian Representative der NATO in Mazedonien; 1998 Berater des albanischen Außenministers im Auftrag des Auswärtigen Amtes; 1998 Leiter einer Technical Assessment Mission im Auftrag des OSZE-Vorsitzes in der Bundesrepublik Jugoslawien; 1995–1998 Leiter der deutschen Vertretung bei der OSZE, Wien; 1994–1995 Leiter der OSZE-Mission in Georgien; 1992–1994 Beauftragter der Bundesregierung für Humanitäre Hilfe; 1988–1992 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien, Belgrad.

Seite: 29, 45, 90, 125

Agim Fetahu

Projektleiter des Institute For War and Peace Reporting, Skopje; 2001 Medienberater und Beauftragter für Sonderprojekte des Institute For War and Peace Reporting, London und Prishtina; 2000 Redakteur der European Broadcasting Union (EBU) des TV Kosova, Prishtina; 1999–2000 Direktor von Radio Kosova, Prishtina; 1990–1999 Redakteur „Voice of America“, Washington, D.C.; 1989–1990 Überseekorrespondent für TV/Radio Prishtina und der albanischen Tages-

zeitung „Rilindja“ in New York, mit Zuständigkeit für die UN-Generalversammlung und den UN-Sicherheitsrat.

Seite: 60, 116

Zoran Jacev

geb. 1964

Geschäftsführer des Forum-Center for Strategic Research & Documentation in Skopje; 1997–1998 Kabinettschef und Berater des Verteidigungsministers der Republik Mazedonien; 1996–1997 Kabinettschef und Berater des Außenministers der Republik Mazedonien; 1995–1996 Kabinettschef und Assistent des Ministers für Erziehung und Sport der Republik Mazedonien; 1989–1995 Referent, Innenministerium der Republik Mazedonien.

Seite: 46, 52

Minna Järvenpää

geb. 1971

Strategische Beraterin von Michael Steiner, Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für das Kosovo und Leiter der UN-Mission zur Übergangsverwaltung des Kosovo (UNMIK), Prishtina; Vizepräsidentin der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI); ehem. Beauftragte des ESI für die Föderative Republik Jugoslawien (FRJ) und Mazedonien; ehem. Beraterin für politische und Flüchtlingsangelegenheiten des Hohen Repräsentanten in Sarajewo und Beraterin des früheren finnischen Präsidenten, Martti Ahtisaari, bei verschiedenen Krisenmanagement-Initiativen auf dem Balkan und in ganz Europa.

Seite: 36, 101

Dr. Alexandra Jovičević

Stellvertretende Ministerin für Erziehung und Kultur der Republik Serbien, Belgrad; Professorin der Kunstuniversität Belgrad und des Alternative Educational Network, Belgrad; Gastprofessorin an der Internationalen Theater-Akademie Ruhr, Bochum, (1999) und an der La Sapienza Universität, Rom (1998); 1997–1999 Direktorin des Instituts der Darstellenden Künste (FDU), Belgrad; Mitbegründerin und Mitglied der Vereinigung unabhängiger Schriftsteller, Belgrad.

Seite: 113

Dr. Herwig Kempf

geb. 1943

Leiter des Goethe-Instituts Inter Nationes, Belgrad; 1994–1999 Leiter des Goethe-Instituts Peking; verschiedene frühere Tätigkeiten für das Goethe-Institut, u. a. in Deutschland, Addis Abeba, Äthiopien, und Osaka, Japan; ehem. Dozent an der Universität München und der Universität von Sapporo, Japan.

Seite: 109

Gerald Knaus

geb. 1970

Präsident und Gründungsmitglied der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI), Berlin/Belgrad; Leiter der Lessons Learned and Analysis-Abteilung (LLA) von UNMIK im Kosovo; ehem. Berater der International Crisis Group; ehem. politischer Berater des Hohen Repräsentanten und internationalen Vermittlers für Bosnien-Herzegowina, Dr. Christian Schwarz-Schilling; ehem. Dozent für Ökonomie in der Ukraine; Länderdirektor des Civic Education-Projekts in Bulgarien.

Seite: 59, 78, 132

Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz

geb. 1949 († 2003)

Wissenschaftlicher Direktor und Stiftungsvorstand des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH); Vorsitzender des Stiftungsrates und des Geschäftsführenden Vorstandes der Deutschen Stiftung Friedensforschung; 2000 Begründer des OSZE-Forschungszentrums (CORE); 1976–1994 Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführender Direktor des IFSH; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Seite: 43

Mark C. Medish

Partner der internationalen Anwaltskanzlei Akin, Gump, Strauss, Hauer & Feld, L.L.P., Washington, D.C.; Finanz- und Strategieberater verschiedener Regierungen des Balkans einschließlich der Bundesrepublik Jugoslawien; 2000–2001 Sonderreferent des US-Präsidenten und Direktor des Be-

reichs Russland, Ukraine und Eurasien im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Washington, D.C.; 1997–2000 Deputy Assistant Secretary für internationale Angelegenheiten im US-Finanzministerium unter Robert Rubin und Lawrence Summers; 1996 Chefberater des Direktors des UNDP-Programms der UNO, New York; 1994–1996 Sonderreferent des stellv. Direktors der U.S. Agency for International Development; 1990–1991 Fellow am Japan Institute for International Affairs, Tokio.

Seite: 94

Milan Pajević

geb. 1965

Präsident des Vorstandes des G17 PLUS-Expertennetzwerks, Belgrad; 2000 Botschafter im jugoslawischen Außenministerium und außenpolitischer Berater des stellv. Premierministers der Bundesrepublik Jugoslawien; 2000–2002 nationaler Koordinator des Stabilitätspaktes der Bundesrepublik Jugoslawien; 1994 Vizepräsident der Europäischen Bewegung in Serbien.

Seite: 53, 61

Dr. Wolfgang Petritsch

geb. 1947

Ehem. Hoher Repräsentant der Vereinten Nationen für Bosnien und Herzegowina, Sarajewo; 1999 Chefunterhändler der EU bei den Kosovo-Friedensgesprächen in Rambouillet und Paris; 1998–1999 Sondergesandter der EU im Kosovo; 1997–1999 Botschafter der Bundesrepublik Österreich in Belgrad; 1995–1997 Leiter der Magistratsdirektion Internationale Beziehungen der Stadt Wien; 1994 Leiter der Abteilung Europa-Information im österreichischen Bundeskanzleramt; 1984–1992 Leiter des österreichischen Presse- und Informationsdienstes in New York; 1983–1984 Österreichische Vertretung bei der OECD, Paris; 1977–1983 Sekretär und Pressesprecher des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky.

Seite: 21, 61

Antoinette Primatarova

geb. 1954

Direktorin des Centre for Liberal Strategies, Sofia; 1999–

2001 Botschafterin Bulgariens bei der Europäischen Union; 1997–1999 stellv. Außenministerin von Bulgarien; 1993–1997 Bulgarische Botschafterin in Schweden, Norwegen und Island.

Seite: 55, 102

Dušan Reljić

geb. 1956

Kurator der Michael-Zikic-Stiftung, Bonn; seit 1996 Wissenschaftlicher Berater des Europäischen Medieninstituts, Düsseldorf; ehem. Mitarbeiter am Deutschen Institut für internationale Politik und Sicherheit (SWP), Berlin; Mitbegründer und erster Generaldirektor der Presseagentur BETA, Belgrad; Gremiumsmitglied des Zentrums für Demokratie in Südosteuropa, Thessaloniki; ehem. Redakteur bei Radio Free Europe, München, des Nachrichtenmagazins „Vreme“, Belgrad, und der jugoslawischen Presseagentur TANJUG, Belgrad.

Seite: 37, 58, 122

Dr. Michael Schaefer

geb. 1949

Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Berlin; ehem. stellvertretender Politischer Direktor des Auswärtigen Amtes und Beauftragter für die Stabilitätspolitik in Südosteuropa; 1999–2001 Leiter des Sonderstabs Westlicher Balkan des Auswärtigen Amtes; 1995–1999 Leiter der politischen Abteilung, Ständige Vertretung Genf; 1991–1995 Leiter der Ausbildung Höherer Dienst, Auswärtiges Amt; 1987–1991 Ständiger Vertreter, deutsche Botschaft Singapur; 1984–1987 Referent im Auswärtigen Amt, Grundsatzreferat Vereinte Nationen.

Seite: 32, 126

Dr. Christian Schwarz-Schilling

geb. 1930

Bundesminister a.D.; ehemaliger Bundestagsabgeordneter (CDU); 1982–1992 Minister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland; seit 1995 Internationaler Streitschlichter für die Föderation Bosnien-Herzegowina; 1995–1998 Vorsitzender des Unterausschusses Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des deutschen Bundestages;

Gründungs- und Kuratoriumsmitglied von „Hilfe für Bosnien-Herzegowina“; Mitglied des Beirates des Europäischen Stabilitätspaktes; Mitglied des Beraterkomitees des European Action Council for Peace in the Balkans; Aufsichtsratsmitglied der International Crisis Group (ICG); Mitglied der Initiative gegen Völkermord in Bosnien-Herzegowina und Kroatien; seit 1993 Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Schwarz-Schilling & Partner GmbH, Büdingen.

Seite: 40

Miodrag Sorić

geb. 1960

Chefredakteur von Deutsche Welle/Radio für Mittel- und Osteuropa und die Afrika-, Nahost- und Asienprogramme; Leiter der Mittel- und Osteuroparedaktion der Deutschen Welle, Köln; 1999 Leiter der Osteuroparedaktion und 1995–1999 Leiter der Russischen Redaktion, Deutsche Welle, Köln; 1993–1995 Programmreferent von Dieter Weirich, Intendant der Deutschen Welle.

Seite: 48, 97, 133

Reinhard Stuth

geb. 1956

Staatsrat, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund; Europabeauftragter des Hamburger Senats; verschiedene, überwiegend außen-, europa- und sicherheitspolitische Tätigkeiten in Bonn, Brüssel, Prag und Berlin, u. a. für das Bundespräsidialamt, die Europäische Kommission, das Bundeskanzleramt, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Seite: 57

Goran Svilanović

geb. 1963

Außenminister der Bundesrepublik Jugoslawien, Belgrad; Präsident der Bürgerallianz Serbiens (GSS); 1993–1997 SOS Telefon-Hotline für Opfer ethnischer, religiöser, politischer und gewerkschaftlicher Diskriminierung mit dem Centre for Anti-War Action; 1996–1998 Präsident des Rates für Menschenrechte, Belgrad; 1989–1998 Lehrbeauftragter an der Belgrad Law School; 1989 Mitglied des jugoslawischen Forums für Menschenrechte.

Seite: 18

Dr. Jovan Teokarević

geb. 1957

Mitarbeiter des Instituts für Europäische Studien, Belgrad; Koordinator der International Summer School in European Studies, Belgrad; jugoslawischer Koordinator eines internationalen Projekts zu demokratischer Kontrolle des Sicherheitssektors; Co-Direktor des Postgraduierten-Programms „Transition and Reconstruction“ des Alternative Academic Educational Network (AAEN), Belgrad.

Seite: 100

Dr. Richard von Weizsäcker

geb. 1920

1984–1994 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1981–1984 Regierender Bürgermeister von West-Berlin; 1969–1981 Mitglied des Deutschen Bundestages; 1979–1981 Vizepräsident des Deutschen Bundestages; ehem. Mitglied des Bundesvorstandes der CDU; ehem. Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages; Heinrich-Heine- (1991) und Leo-Baeck-Preisträger (1994); Vorsitzender des Bergedorfer Gesprächskreises der Körber-Stiftung.

Seite: 17, 137

Bisherige Teilnehmer (1.–123. Bergedorfer Gesprächskreis)

- Abdul Hadi, Dr. M., Ost-Jerusalem/Jordanien
 Abramowitz, Morton, Washington/USA
 Achamsjan, Prof. Dr. A., Moskau/UdSSR
 Aćimović, Dr. L., Belgrad/Jugoslawien
 Ackermann, Dr. Ulrike, Frankfurt a.M.
 Adam, Dr. Konrad, Berlin
 Adam, Dipl.-Ing. M., Prag/ČSFR
 Adam, Dr. R., Berlin
 Adamischin, A., Moskau/Russland
 Adams, Dr. T. D., London/England
 Adams, Prof. Dr. W. P., Berlin
 Adomeit, Dr. H., Boston/USA
 Afheldt, Dr. H., München
 Afshar, Dr. F., Bern/Schweiz
 Ahlers, Conrad, Staatss. a.D., Bonn
 Ahrens, Dr. Geert-Hinrich, Tirana/Albanien
 Ahtisaari, Martti, StaatsPräs. a. D., Finnland
 Aich, Dr. P., Kalkutta/Indien
 Akinci, Halil, Ankara/Türkei
 Aksilenko, Prof. V., Moskau/UdSSR
 Aksiouchits, V., Moskau/Russland
 Alaton, Ishak, Istanbul/Türkei
 Alber, Dr. J., Florenz/Italien
 Albers, Prof. Dr. G., München
 Albert, Prof. Dr. H., Mannheim
 Albrecht, Dr. K., Düsseldorf
 Alexandrow, S. K., Moskau/UdSSR
 d'Aligny, Baron François-Xavier, Paris
 Alkazaz, Dipl.-Volkswirt A., Hamburg
 Allemann, Fritz René, Kleinrinderfeld
 Allison, Dr. R., London/England
 Al-Qaq, Dr. A., Gaza-Remal
 Altendorf, Hans, Hamburg
 Altenpohl, Dr. D., Zürich/Schweiz
 Altmann, Dr. Franz-Lothar, Berlin
 Altmann, Dr. R., Bonn
 Altwegg, Jürg, Genf/Schweiz
 Ammon, Dr. P., Bonn
 Amwrosow, I., Moskau/Russland
 Anastasijević, Dušanka, Belgrad/Serbien
 Anderle, Prof. Dr. O., Salzburg/Österreich
 Anders, Karl, Götzenhain
 Andersen, Leonall C., St. Louis, Miss./USA
 Anderson, Prof. D., Berlin
 Andreae, Prof. Dr. C. A., Innsbruck/Österr.
 Andréani, Gilles, Paris/Frankreich
 Androsch, Dr. H., BM. a. D., Wien/Österr.
 Antz, Dipl.-Ing. H. M., Reinbek
 Anweiler, Prof. Dr. O., Bochum
 Apel, Günter, Senator a. D., Hamburg
 Apelt, Dr. H.-P., Kabul/Afghanistan
 Appleyard, Leonard, Botsch., Budapest/GB
 Arbatow, Prof. G., Moskau/UdSSR
 Ardenne, Prof. Dr. M. von, Dresden
 Arlt, Dr. F., Köln
 Arnaud, Claude, Gesandter, Paris/Frankreich
 Arndt, Prof. Dr. C., Hamburg
 Arndt, Prof. Dr. H., Waldems
 Arndt, Prof. Dr. H. J., Heidelberg
 Arndt, Rudi, Luxemburg/Luxemburg
 Arnim, Joachim von, Bonn
 Arning, Dr. H., Hamburg
 Aron, Prof. Dr. R., Paris/Frankreich
 Ascherson, Neal, London/England
 Aschinger, Dr. F., Zürich/Schweiz
 Ashraff, Dr. A., Karachi/Pakistan
 Asimov, A., Baku/Aserbaidshan
 Atonen, Meelis, Tallinn/Estland
 Atzenroth, Dr. K., Koblenz
 Auch, Dr. E., Wackerow
 Augstein, Dr. Franziska, München
 Augstein, Rudolf, Hamburg
 Autexier, Senator Jean-Yves, Paris/Frankreich
 Avineri, Prof. Dr. S., Jerusalem/Israel
 Baade, Prof. Dr. Dr. F., Kiel
 Baag, R., Köln
 Baburin, Sergej, Moskau/Russland
 Bachem, Dipl.-Volkswirt H., Mainz
 Bäcker, Prof. Dr. G., Mönchengladbach
 Bär, Friedrich, Ehingen
 Bärsch, Dr. H. G., Essen
 Bağcı, Prof. Dr. H., Ankara/Türkei
 Bahners, Patrick, Frankfurt a. M.
 Bahr, Prof. E., Hamburg
 Baier, Prof. Dr. H., Konstanz
 Baitsch, Prof. Dr. Dr. H., Ulm
 Bajohr, Ulrike, Köln
 Baldzens, Egils, Riga/Lettland
 Barbier, Dr. H. D., Frankfurt a. M.
 Baram, Prof. A., Haifa/Israel
 Baring, Prof. Dr. A., Berlin
 Barnick, Johannes, Warmbronn
 Bar-On, Hanan, Rehovot/Israel
 Baron, Dipl.-Volkswirt S., Düsseldorf
 Barraclough, Prof. Dr. G., Cambridge/Engl.
 Bartholomäi, Reinhart, Staatss., Wiesbaden
 Bartoszewski, Prof. W., Warschau/Polen
 Basonova, Frau Prof. N., Alma Ata/UdSSR
 Batenin, G., Moskau/UdSSR
 Bauch, Johannes, Botsch., Warschau/Polen
 Baudissin, Wolf Graf von, Hamburg
 Bauer, Prof. Dr. F. L., München
 Bauer, Leo, Bonn
 Bauer, Prof. Dr. P. T., London/England
 Baumann, Dr. W., Köln
 Baumgartner, Prof. Dr. A., München
 Bearpark, Andy, Prishtina
 Bechtle, Otto W., Esslingen
 Becker, Frajo, Moers
 Becker, Prof. Dr. H., Berlin
 Becker, Dr. J., Pforzheim
 Becker, Pfr. Dr. K. F., St. Blasien
 Beckurts, Prof. Dr. K. H., München
 Beelitz, Dr., Köln
 Beer, Fritz, London/England
 Beheim-Schwarzbach, Martin, Hamburg
 Behrends, Wolfgang, MinDir., Bonn
 Behrendt, Prof. Dr. R. F., Berlin
 Beier, Peter, Düsseldorf
 Belitschenko, Anatolij M., Moskau/UdSSR
 Bellut, Dr. T., Mainz
 Beloff, The Lord, London/England
 Below, Dr. W. B., Moskau/Russland
 Bempt, Dipl.-Volksw. P. v. d., Brüssel/Belgien
 Bender, Kristof, Berlin
 Bender, Dr. P., Berlin
 Benedix, Ursula, Bonn
 Benningsen-Foerder, Rudolf v., Düsseldorf
 Benyi, Dr. J., Vizeaußenmin., Budapest/Ungarn
 Benz, Georg, Frankfurt a. M.
 Berenberg-Gossler, Dr. G. v., Hamburg
 Bereshkow, Dr. V., Moskau/UdSSR
 Berg, Dr. D. v., Bonn
 Bergener, Prof. Dr. M., Köln
 Berghofer, W., OberBgm. a. D., Dresden
 Bergius, Prof. Dr. R., Gilching
 Bertaux, Prof. Dr. P., Paris/Frankreich
 Bertele, Dr. F., Botschafter, Tel Aviv/Israel
 Bertram, Dr. Ch., Ebenhausen
 Bertsch, Prof. Dr. H., Berlin/DDR
 Besser, Dr. A., Frankfurt a. M.
 Besymenski, Dr. L., Moskau/UdSSR
 Bettiza, Dr. E., Mailand/Italien
 Bezold, Oskar, Hamburg
 Biedenkopf, Prof. Dr. K., MinPräs., Dresden
 Bierzanek, Prof. Dr. R., Warschau/Polen
 Bildt, Carl, MinPräs. a. D., Stockholm/Schw.
 Bilke, Dipl.-Volkswirt K. H., Bonn
 Billing, Dr. H., München
 Billington, Dr. J. H., Washington, D.C./USA
 Binder, Dr. P., Stuttgart
 Binder, Sepp, Wiesbaden
 Bindschedler, Prof. Dr. R., Bern/Schweiz
 Binswanger, Prof. Dr. H. C., St. Gallen/Schw.
 Birand, Mehmet Ali, Istanbul/Türkei
 Birckholtz, Joh., Staatssekretär a. D., Bonn
 Birg, Prof. Dr. H., Bielefeld
 Birkhofer, Prof. Dr. A., München
 Birnbaum, Prof. Dr. K. E., Laxenburg/Österr.
 Birnbaum, Prof. N., Oxford/England
 Bisky, Prof. Dr. L., MdL, Berlin
 Bismarck, Prof. Dr. K. von, Hamburg
 Bitterli, Prof. Dr. U., Zürich/Schweiz
 Bitterlich, Joachim, MinDir., Bonn
 Bittermann, Rainer, Köln
 Björck, Anders, Stockholm/Schweden
 Blackwill, Prof. R., Cambridge, Mass./USA
 Blagovolin, Sergej, Moskau/UdSSR
 Blanck, Ulrich, Köln
 Blaszczyk, Dr. P., Warschau/Polen
 Blech, Dr. K., Botschafter a. D., Bonn
 Bloch, Prof. Dr. H., Basel/Schweiz
 Bloemer, Dr. K., Oslo/Norwegen
 Blomeyer-Bartenstein, H. H., Bonn
 Bloss, Prof. Dr.-Ing. W. H., Stuttgart
 Blüm, Dr. N., Bundesminister, MdB, Bonn
 Blum, Prof. F. H., Oxon/England
 Blume, Prof. Dr. O., Köln
 Blumenfeld, Erik, Hamburg
 Boarmann, Prof. Dr. M., Genf/Schweiz
 Bock, Prof. em. Dr. G., Darmstadt
 Böckenförde, Prof. Dr. E.-W., Bielefeld
 Böddeker, Günter, Hamburg
 Böge, Dr. U., MinDirig., Bonn
 Böhme, Dr. G., Hamburg
 Böhmer, Dr. Maria, MdB, Bonn
 Böhr, Christoph, Mainz
 Bölke, Joachim, Berlin
 Böll, Winfried, Bonn
 Bölling, Klaus, Staatssekretär a. D., Berlin
 Boetticher, Dipl.-Volkswirt K. W., Gießen

Bogdanow, Prof. Dr. R., Moskau/UdSSR
 Bognár, Prof. Dr. J., Budapest/Ungarn
 Bogomolow, Prof. Dr. O., Moskau/UdSSR
 Boidevaix, Serge, Botsch. a. D., Paris/Frankr.
 Boikowa, Anna P., Leningrad/UdSSR
 Bok, Prof. Dr. S. T., Naarden/Niederlande
 Bolesch, Cornelia, Brüssel
 Boldizsár, Iván, Budapest/Ungarn
 Bolkestein, Frits, Den Haag/NL
 Bombach, Prof. Dr. G., Basel/Schweiz
 Bondy, François, Zürich/Schweiz
 Borissow, Boris A., Moskau/UdSSR
 Borner, Prof. Dr. S., Basel/Schweiz
 Borowik, Genrich, Moskau/UdSSR
 Bossel, Prof. Dr. H., Hannover
 Boveri, Dr. Margret, Berlin
 Bowin, Alexander, Moskau/UdSSR
 Boyer, Miguel, Minister a. D., Madrid/Spanien
 Bracher, Prof. Dr. K. D., Bonn
 Bradley, Bill, Senator, Washington, D. C./USA
 Bräunig, Klaus, Köln
 Braitenberg, Prof. Dr. V., Tübingen
 Braithwaite, Sir Rodric, London/England
 Brand, Dr. G., Köln
 Brands, Prof. M. C., Amsterdam/NL
 Brandt, Willy, Bundeskanzler a. D., Bonn
 Bratanov, Dimiter, Sofia/Bulgarien
 Brattschikow, Igor, Moskau/Russland
 Brawand, Leo, Hamburg
 Brechling, B. A., Frank, London/England
 Brederock, Prof. Dr. H., Stuttgart
 Bree, Rudolf, Stuttgart
 Bremer, Dr. J., Jerusalem/Israel
 Brendel, Prof. Dr. W., München
 Brenken, Dr.-Ing. G., Frankfurt a. M.
 Bresson, Henri de, Paris
 Breuel, Birgit, Hamburg
 Brezinka, Prof. Dr. W., Konstanz
 Brie, Dr. André, Berlin
 Brinkhorst, Dr. L. J., 's-Gravenhage/NL
 Brockhues, Frederik, Ronco-Ascona/Schweiz
 Broda, Dr. H. Ch., Wien/Österreich
 Brüder, Dr. E.-G., Aachen
 Brogan III, John A., Gks. a. D., Hamburg
 Brok, Elmar, MdEP, Brüssel/Bielefeld
 Broomfield, Sir Nigel, London/England
 Brunet, J. P., Botsch. a. D., Paris/Frankreich
 Brunner, Dr. G., Botsch. a. D., Madrid/Spanien
 Brunner, Prof. Dr. K., Rochester/USA
 Brunnstein, Prof. Dr. K., Hamburg
 Bubba, Dr. E., Luxemburg/Luxemburg
 Bucerius, Dr. G., Hamburg
 Buch, Dr. G., Hamburg
 Buch, Wolfgang von, Freiburg
 Buchholz, Dr. A., Köln
 Buchholz, Walter, Brüssel/Belgien
 Bude, Prof. Dr. Heinz, Hamburg/Berlin
 Bürger-Prinz, Prof. Dr. H., Hamburg/Berlin
 Büscher, Hans Werner, München
 Bütler, Dr. H., Zürich/Schweiz
 Bütow, Dr. H., Hamburg
 Buhr, Prof. Dr. M., Berlin/DDR
 Buhrow, J. S., MinRat, Bonn
 Bullard, Sir Julian, Botsch. a. D., Oxford/GB
 Bulović, Dr. Irinej, Bischof, Novi Sad/Serbien
 Bunkina, Prof. Margarita, Moskau/UdSSR
 Burchard, Dr. H.-J., Seevetal
 Burg, Dr. P. J. van der, Eindhoven/NL
 Burgard, Dr. H., Brüssel/Belgien
 Burghardt, Dr. G., Brüssel/Belgien
 Burke, Richard, Brüssel/Belgien
 Burt, Richard, Botsch. a. D., Washington/USA
 Buschbeck, Malte, München
 Busche, Dr. J., München
 Busek, Dr. Erhard, Brüssel/Belgien
 Bush, Dr. K., Washington, D. C./USA
 Bushati, Kurt, Dipl.-Ing., Wien/Österreich
 Bussche, Axel Frhr. v. dem, Bad Godesberg
 Bussiek, Hendrik, Berlin
 Bustarret, M., Paris/Frankreich
 Butenschön, Dr. Marianna, Hamburg
 Cagiati, Andrea, Botschafter a. D., Rom/Italien
 Cairncross, Sir Alec, Oxford/England
 Calleo, Prof. D. P., Washington/USA
 Camartin, Prof. Dr. I., Zürich/Schweiz
 Cameron, F., Brüssel/B. Wash., D.C./USA
 Cantzler, Dr. K., Ludwigshafen
 Carr, Jonathan C., London/England
 Carrington, The Lord, London/England
 Carstens, Prof. Dr. K., Altbundespräs., Bonn
 Cartellieri, Dr. U., Frankfurt a. M.
 Carter, Andrew, Botschafter, London/England
 Casanova, Prof. J.-C., Paris/Frankreich
 Casaroli, Agostino, Kardinalstaats., Rom/Ital.
 Casimir, Prof. Dr. H. B. G., Eindhoven/NL
 Caspari, Prof. Dr. F., MinDir., Bonn
 Caspari, Dr. M., Brüssel/Belgien
 Cavanaugh, Carey, Washington/USA/Bern/CH
 Cattepoel, Dr. D., Bad Homburg
 Caysa, Dr. Volker, Leipzig
 Celio, Dr. N., Altbundespräs., Bern/Schweiz
 Češka, Prof. Dr. Z., Prag/ČSFR
 Çetin, Hikmet, Ankara/Türkei
 Chacon, Prof. Dr. V., Recife/Brasilien
 Chamidulin, Raschid, Moskau/Russland
 Charchardin, O. S., Moskau/UdSSR
 Chen Peirao, Shanghai/China
 Chesnais, Jean-Claude, Paris/Frankreich
 Cheysson, Claude, Brüssel/Frankreich
 Chimelli, Rudolph, Paris/Frankreich
 Chiti-Batelli, Andreas, Rom/Italien
 Cholewiak, Dr. St., Warschau/Polen
 Christians, Dr. F. W., Düsseldorf
 Chudolej, Prof. K., St. Petersburg/Russland
 Chwostow, Prof. W., Moskau/UdSSR
 Cisař, Dr. C., Prag/ČSFR
 Citron, Dr. K. J., Botsch. a. D., Den Haag/NL
 Claassen, Prof. Dr. E.-M., Paris/Frankreich
 Claessens, Prof. Dr. D., Berlin
 Clausen, Prof. Dr. L., Kiel
 Clough, Patricia, London/England
 Cohen, Dr. R., Brüssel/Belgien
 Colitt, Leslie, London/England
 Conrad, Bernt, Bonn
 Conradi, Peter, MdB, Bonn
 Cossiga, Prof. Dr. F., Staatspräs. a. D., Rom/I
 Cotula, Dr. F., Rom/Italien
 Coulmas, Dr. P., Köln
 Čović, N., Stellv. MinPräs., Belgrad/Serbien
 Craig, Prof. G. A., Stanford/USA
 Cramer, Prof. Dr. F., Göttingen
 Cramer, H., Brig.-Gen., Mönchengladbach
 Cremer, Prof. Dr. H. D., Gießen
 Cybulski, Prof. Dr. Z., Warschau/Polen
 Czakainski, Dr. M., Düsseldorf
 Czempel, Prof. Dr. E.-O., Frankfurt a. M.
 Czernetz, Prof. K., Straßburg/Frankreich
 Czyrek, Józef, Min. a. D., Warschau/Polen
 Däniker, Dr. G., Bern/Schweiz
 Dahn, Daniela, Berlin
 Dahrendorf, Frank, Berlin
 Dahrendorf, The Lord, London/England
 Daianu, Prof. Dr. D., Bukarest/Rumänien
 Daillet, Jean-Marie, Paris/Frankreich
 Damm, Carl, Bonn
 Dams, Prof. Dr. Th., Freiburg i. Br.
 Danckwortt, Dr. D., Bonn
 Dangschat, Prof. Dr. Jens, Hamburg
 Daschtschew, Prof. Dr. W., Moskau/UdSSR
 Daume, Dr. W., München
 Davies, M. B. E., M. P., John, London/England
 Davis, Dr. Joan S., Dübendorf/Schweiz
 Davy, Richard, London/England
 Dawydow, Michail A., Moskau/Russland
 Daxner, Prof. Dr. M., Oldenburg
 Dechamps, Dr. B., Frankfurt a. M.
 Decken, Dr. H. v. d., Freiburg
 Decker, Dr. Franz, Hamburg
 Deckers, Dr. H., Weinheim
 Dehmkamp, Willy, Bürgermeister i. R., Bremen
 Delcour, Roland, Paris/Frankreich
 Delors, Jacques, Präs. a. D., Paris/Frankreich
 Demcsák, Dr. S., Budapest/Ungarn
 Demus, Dr. L., Budapest/Ungarn
 Denninger, Prof. Dr. E., Frankfurt a. M.
 Dessloch, Dr. H., RegDir., Bonn
 Determann, Dr. H., Hamburg
 Dettling, Dr. W., MinDir. a. D., München
 Deubel, Dr. Klaus, Dresden
 Dichgans, Dr. H., Düsseldorf
 Dieck, Dr. Margret, Berlin
 Digel, Prof. Dr. Helmut, Darmstadt
 Dijk, Dr. K. van, Groningen/Niederlande
 Dingwort-Nusseck, Dr. Julia, Hamburg
 Ditfurth, Prof. Dr. H. v., Staufen
 Dittmar, Dr. R., Hamburg
 Djelić, Božidar, Min., Belgrad/Serbien
 Dobrosielski, Prof. Dr. M., Warschau/Polen
 Dobrovský, Lubos, Botsch., Moskau/Russland
 Doehring, Dr. J., Düsseldorf
 Dönhoff, Dr. Marion Gräfin, Hamburg
 Döring, Paul, MinDir. a. D., Bonn
 Dörling, Prof. Dr. E., Hamburg
 Doernberg, Prof. Dr. S., Berlin/DDR
 Dohnanyi, Dr. K. v., Bgm. a. D., Hamburg
 Dohrn, Dr. K., Zürich/Schweiz
 Domsch, Dr. K., Neustadt in Sachsen/DDR
 Dondelinger, Dr. A., Luxemburg/Luxemburg
 Dondelinger, Jean, Brüssel/Belgien
 Dongs, Prof. Dr. J. B., Köln
 Donsbach, Prof. Dr. W., Dresden
 Donskich, A., Moskau/Russland
 Doty, Prof. P., Cambridge, Mass./USA
 Dräger, Dr. H., Grünwald
 Drath, Prof. Dr. M., Karlsruhe
 Drewe, Prof. Dr. P., Delft/Niederlande
 Dreyer, Dr. H. P., New York/USA
 Drowosjekow, W. A., Moskau/UdSSR
 Dubiel, Prof. Dr. H., Gießen

Düren, Dr. A., Bad Honnef
Dürr, Prof. Dr. E., Nürnberg
Dürr, Heinz, Frankfurt a. M.
Dürrenmatt, Prof. Dr. P., Bern/Schweiz
Düvel, Hasso, Dresden
Dumitrescu, Vasile C., München
Dungern, F. Frhr. v., Wien/Österreich
Dumphorn, Prof. Dr. K., Kiel
Duračinský, Ján, Bratislava/ČSFR
Duve, Freimut, Wien/Österreich

Eagleburger, L., Außenmin. a. D., Wash./USA
Ebert, Prof. Dr. Th., Berlin
Eckstein, Prof. O., Lexington, Mass./USA
Edding, Prof. Dr. F., Berlin
Edinger, Prof. L. J., New York/USA
Eekelen, Dr. W. F. van, Den Haag/Niederlande
Effimoff, I., Baku/Aserbajdschan
Ehlermann, Prof. Dr. C.-D., Florenz
Ehmke, Prof. Dr. H., MdB, Bonn
Ehrenberg, Dr. H., BMin. a. D., Bonn
Ehrenstein, Prof. Dr. D. v., Bremen
Eibl-Eibesfeldt, Prof. Dr. I., Seewiesen
Eichborn, Reinhart v., Düsseldorf
Eichwede, Prof. Dr. W., Bremen
Eickhoff, Dr. E., Botschafter, Bonn
Eiermann, Dr. R., Frankfurt a. M.
Eiff, Dr. H., Botsch. a. D., Bonn
Eisenbart, Dr. Constanze, Heidelberg
Eklund, Dr. S., Stockholm/Schweden
Elbe, Frank, Botschafter a. D., Bonn
Eliasmöller, Dr. H., Brüssel/Belgien
Ellemann-Jensen, U., Min. a. D., Kopenh./DK
Ellsworth, Robert F., Washington, D.C./USA
Elon, Amos, Jerusalem/Israel
Emminger, Dr. O., Frankfurt a. M.
Ende, Prof. Dr. W., Freiburg i. Br.
Engel, Ernst, MinRat a. D., Kiel
Engelhardt, Prof. Dr. W., Bonn
Engels, Prof. Dr. W., Frankfurt a. M.
Engert, Jürgen, Berlin
Engholm, Björn, MinPräsident a. D., Kiel
Eppler, Dr. E., BMin. a. D., Schwäbisch Hall
Erb, Dieter, Bonn
Erb, Dr. G., Hungen
Erbslöh, Prof. Dr. F., Gießen
Ergüder, Prof. Dr. Ü., Istanbul/Türkei
Erlor, G., MdB, Berlin
Esbroeck, SJ, Prof. Dr. M. van, Brüssel/Belg.
Escher, Klaus, Bonn
Eschenburg, Prof. em. Dr. Th., Tübingen
Esser, Otto, Köln

Fabian, Prof. Dr. W., Köln
Fabra, Paul, Paris/Frankreich
Fack, Dr. F. U., Frankfurt a. M.
Fagernäs, Leif Richard, Helsinki/Finnland
Fahning, Dr. H., Hamburg
Fakstorp, Jörgen, Kopenhagen/Dänemark
Falaturi, Prof. Dr. A., Köln
Falín, V. M., Botschafter a. D., Moskau/UdSSR
Fan Gang, Prof. Dr., Beijing/China
Farkas, Dr. L., Budapest/Ungarn
Feddersen, Jens, Essen
Fedorow, Dr. Andrej, Moskau/Russland
Feldstein, Prof. M., Cambridge, Mass./USA
Felgentraeger, Prof. Dr. W., Hamburg

Fels, Prof. Dr. G., Köln
Ferraris, Prof. L. V., Botsch. a. D., Rom/Italien
Ferri, Dr. L. B., Mailand/Italien
Fest, Alexander, Berlin
Fest, Prof. Dr. J., Frankfurt a. M.
Fetahu, Agim, Skopje/Mazedonien
Fetscher, Prof. Dr. I., Frankfurt a. M.
Feyler, Gabriele, Meißen
Filin, Igor, Moskau/UdSSR
Filipec, Prof. Dr. J., Prag/ČSFR
Filmer, Werner, Köln
Fink, Ulf, Senator a. D., Bonn
Finkelburg, Prof. Dr. W., Erlangen
Fintelman, Dr. H. J., Wanne-Eickel
Fischer, Dr. A., Hamburg
Fischer, Brigitte B., Frankfurt a. M.
Fischer, Dr. H., Wien/Österreich
Fischer, Prof. H., München
Fischer, Leni, MdB, Bonn/Straßburg
Fischer, Thomas, Gütersloh
Fischer, Prof. Drs. W., Berlin
Fischer-Appelt, Dr. P., Hamburg
Fischer-Barnicol, Prof. Dr. H. A., Heidelberg
Fischer-Menshausen, Dr. H., Hamburg
Fischer-Solms, Herbert, Köln
Fjodorow, Prof. Dr. V., Bonn/UdSSR
Flassbeck, Dr. Heiner, Staatssek. a. D., Berlin
Fleckenstein, Dr. K., Bonn
Fleischhauer, Prof. Dr. I., St. Petersburg/Russl.
Flimm, Prof. J., Hamburg
Flowers, Sir Brian, London/England
Fohrbeck, Dr. Karla, Neudrossenfeld
Foighel, Dr. I., Min., Kopenhagen/Dänemark
Foncillas, Eduardo, Bots. a. D., Madrid/Spain.
Forsberg, Dr. Tuomas, Helsinki/Finnland
Forster, Jürgen, Bonn
Forster, Dr. K., München
Forsthoff, Prof. Dr. E., Heidelberg
Fraenkel, Prof. Dr. E., Berlin
François-Poncet, Jean, Senator, Paris/F
Frank, Prof. Dr. H., Paderborn
Frank-Planitz, Ulrich, Stuttgart
Franz, Dr. Hermann, München
Freund, Prof. Dr. J., Straßburg/Frankreich
Freund, Prof. Dr. W. S., Baden-Baden
Freundlich, Prof. Dr. R., Hannover
Friderichs, Dr. H., BMin. a. D., Frankfurt a. M.
Fried, Erich, London/England
Friedeburg, Prof. Dr. L. v., Min. a. D., Frankf.
Friedrichs, Dr. G., Frankfurt a. M.
Friedrichs, Dipl.-Volkswirt K. H., Frankf.
Frisch, Alfred, Paris/Frankreich
Frischeisen, Dipl.-Ing. A., München
Frister, Erich, Frankfurt a. M.
Fritsch, Prof. Dr. B., Herrliberg/Schweiz
Fritz, Dr. G., MinDir., Bonn
Fritzen, Dr. M., Frankfurt a. M.
Fröhlich, Dr. S., Bonn
Froment Meurice, Henri, Botsch. a. D., Paris/F
Frühauf, Manfred, MinRat, Bonn
Fuchs, Anke, Bundesmin. a. D., MdB, Bonn
Fugmann-Heesing, Dr. Annette, Berlin
Fuller, Graham, Washington/USA
Funcke, Liselotte, Staatsminister a. D., Bonn
Fursenko, Andrej, St. Petersburg/Russland
Fyvel, T. R., London/England

Gablentz, Otto v. d., Botsch. a. D., Brügge/B
Gabor, Prof. Dr. D., London/England
Gaddum, J. W., Staatsminister a. D., Frankfurt
Gadolin, Dr. A. von, Helsinki/Finnland
Gäfgen, Prof. Dr. G., Konstanz
Galkin, Alexander, Moskau/UdSSR
Galliner, Peter, London/England
Galtung, Prof. J., Berlin/Norwegen
Gambke, Dr.-Ing. G., Hannover
Gamzin, Michail, Moskau/Russland
Gandenberger, Prof. Dr. O., München
Gansel, Norbert, Kiel
Gantman, Prof. W. I., Moskau/UdSSR
Gantzel, Prof. Dr. K. J., Hamburg
Garai, Róbert, Budapest/Ungarn
Garton Ash, Timothy, Oxford/England
Garzón Valdés, Prof. Dr. E., Buenos Aires/Arg.
Gassen, Prof. Dr. H.-G., Darmstadt
Gasteyer, Prof. Dr. C., Genf/Schweiz
Gathen, Heinz von zur, Generalmajor, Hamb.
Gather, Dr. G., Oberursel
Gatz, Prof. Dr. E., Rom/Italien
Gauer, Dr. Christoph, München
Gauly, Dr. T. M., Bad Homburg v. d. H.
Gecse, Dr. A., Budapest/Ungarn
Gehlen, Prof. Dr. A., Aachen
Gehrels, Prof. F., Bloomington/USA
Geiger, Dr. H., Köln
Geiger, Prof. Dr. W., Karlsruhe
Geißler, Dr. H., Bundesmin. a. D., MdB, Bonn
Geißler-Kuß, Chr., GenKs., Istanbul/Türkei
Gerassimow, Sergei, Moskau/UdSSR
Geremek, Prof. B., Warschau/Polen
Gergely, Prof. Dr. A., Budapest/Ungarn
Giersch, Prof. Dr. H., Kiel
Giesel, Dr. H. B., Essen
Gillies, Peter, Bonn
Ginsburg, Dr. T., Zürich/Schweiz
Gizycki, Prof. Dr. H. v., Kassel
Glaser, Dr. H., Nürnberg
Glastetter, Prof. Dr. W., Bielefeld
Glastra van Loon, Prof. Dr. J. F., Den Haag/NL
Glees, Dr. A., Uxbridge/England
Gleich, Dr. A. von, Hamburg
Glotz, Prof. Dr. P., Senator a. D., Erfurt
Glubrecht, Prof. Dr., Hannover
Glück, Alois, Staatssekretär a. D., München
Goebbels, Dr. G., São Paulo/Brasilien
Göhner, Dr. R., Parl. Staats. a. D., Bonn
Goerges, Dr. H., Berlin
Goester, Jean-Luc, Paris/Frankreich
Götz, Dr. H. H., Berlin
Goldschmidt, Prof. Dr. D., Berlin
Goldsmith, Prof. R. W., Paris/Frankreich
Gollwitzer, Prof. Dr. H., Berlin
Golowin, Alexander, Moskau/Russland
Goltermann, Prof. Dr. H. L., Arles/Frankreich
Gordey, Michel, Paris/Frankreich
Goriely, Prof. Dr. G., Brüssel/Belgien
Gorschenek, Dr. G., Hamburg
Gottstein, Prof. Dr. K., München
Goulard, Sylvie, Paris/Frankreich
Goulizade, V., Botsch., Baku/Aserbajdschan
Grande, Prof. Dr. Edgar, München
Grass, Günter, Hamburg
Greffrath, Matthias, Berlin
Gresmann, Hans, Hamburg

Gretz, Prof. Dr. H., Hamburg
 Gretz, Joachim, Ispra/Italien
 Greussing, Kurt, Dornbirn/Österreich
 Gries, Dr. W., Hannover
 Griffith, Prof. Dr. W., Attaché, Washington/USA
 Grigorjew, A. N., Moskau/UdSSR
 Grigorjew, Eugenij, Moskau/UdSSR
 Grimm, Prof. Dr. D., Berlin
 Groebel, Prof. Dr. J., Düsseldorf
 Groeben, Dr. H. von der, Bonn
 Groeger, Dr. H., Frankfurt a.M.
 Gröttrup, Dipl.-Ing. H., Pforzheim
 Gróf, Ferenc, Budapest/Ungarn
 Groner-Weber, Dr. Sabine, Stuttgart
 Gross, Prof. Dr. H., München
 Gross, Johannes, Hamburg
 Grosser, Prof. A., Paris/Frankreich
 Großer, Dipl.-Volksw. G., Hamburg
 Grossner, Claus, Hamburg
 Grottian, Ass. Prof. Dr. P., Berlin
 Grubbe, Peter, Hamburg
 Grümm, Prof. Dr. H., Wien/Österreich
 Grüner, Martin, Staatss. a. D., MdB, Bonn
 Grünsteidl, Dr. W. E., Brüssel/Belgien
 Grunenberg, Prof. Dr. Antonia, Berlin
 Grunert, Prof. Dr. H., Botsch., Potsdam
 Gubarew, Dr. S., Moskau/Russland
 Güngör, Bahaeddin, Ankara/Türkei
 Günthardt, Dr. W., Zürich/Schweiz
 Günther, Dr. E., Berlin
 Güntzel, Dr. W., Hamburg
 Guggenberger, Prof. Dr. B., Bielefeld
 Gumpel, Prof. Dr. W., München
 Gusseinow, Wagif A., Moskau/Russland
 Gutowski, Prof. Dr. A., Hamburg
 Guttenberg, K. T. Fhr. zu, Bonn
 Gysi, Dr. Gregor, MdB, Berlin
 Gysin, Dr. H., Basel/Schweiz

Haagerup, Niels Jørgen, Kopenhagen/Dän.
 Haarder, Bertel, MdEP, Brüssel/Belgien
 Haaren, Gerhard van, Stuttgart
 Haas, Pfr. Harry, Brunssum/Niederlande
 Haas, Prof. Dr. R., Hamburg
 Haas, Dr. Volker, Stuttgart
 Haber, Prof. Dr. W., München
 Haberler, Prof. Dr. G., Washington/USA
 Hacke, Prof. Dr. Ch., Hamburg
 Hacker, Prof. Dr. F., Beverly Hills/USA
 Hackforth, Prof. Dr. Josef, Köln
 Häfele, Dr. H., Parl. Staatss. a. D., Bonn
 Häfele, Prof. Dr. W., Dresden
 Häfner, Prof. Dr. H., Heidelberg
 Händel, Thomas, Fürth
 Hänsch, Prof. Dr. Klaus, Brüssel
 Haenschke, Dr. Barbara, Wismar
 Härtl, Dr. H., Stuttgart
 Haffner, Prof. Dr. H., Hamburg
 Haffner, Sebastian, Berlin
 Haftendorn, Prof. Dr. Helga, Berlin
 Haga, A. M., Staatssekr., Oslo/Norwegen
 Hagner, Gerhard W., Essen
 Hahn, Prof. Dr. G., Berlin/DDR
 Hahn, Holger, München
 Hahn, Prof. Dr. O., Botsch., Moskau/Russland
 Haidekker, Dr. A., Hamburg
 Hajdu, Dr. V., Prag/ČSFR

Halbach, Prof. Dr. H., Prien
 Halberstadt, Prof. Dr. V., Leyden/NL
 Hamilton, Daniel, Washington/USA
 Hamm-Brücher, Dr. Hildegard, München
 Hank, Dr. Rainer, Berlin
 Hankel, Prof. Dr. W., Frankfurt a.M.
 Hansen, Dr. B., Hamburg
 Hanssler, Bernhard, Bad Godesberg
 Harbs, Dr. R., Hamburg
 Harenberg, Werner, Hamburg
 Hartmann, Grit, Leipzig
 Hartwich, Prof. Dr. H.-H., Hamburg
 Haseldonckx, P., Essen
 Haseloff, Prof. Dr. O. W., Berlin
 Hasenclever, Wolf-Dieter, Dahlem
 Hassenstein, Prof. Dr. B., Freiburg i.Br.
 Hassner, Prof. P., Paris/Frankreich
 Hauck, Dr. Ch. W., Mannheim
 Hauenschild, Karl, Hannover
 Hauenschild, Manfred O. von, Hamburg
 Hauff, Dr. V., Bundesmin. a. D., Frankfurt a.M.
 Haus, Dr. W., Berlin
 Hausman, Prof. L., Cambridge, Mass./USA
 Hausmann, Prof. Dr. G., Hamburg
 Hauss, Prof. Dr. W. H., Münster i. W.
 Havemann, Prof. Dr.-Ing. H., Aachen
 Hayter, Sir William G., Oxford/England
 Hebebrand, Prof. Dr. W., Regensburg
 Heck, Prof. Dr. A., Prälät, Rom/Italien
 Heck, Dipl.-Volkswirt H., Bonn
 Heer, Prof. Dr. F., Wien/Österreich
 Heerwegen, Dr. F., Düsseldorf
 Heiberg, Dr. Marianne, Oslo/Norwegen
 Heidhues, Prof. Dr. Th., Göttingen
 Heigert, Dr. H., München
 Heilmann, Prof. Dr. Sebastian, Trier
 Heimsoeth, Dr. H.-J., Botsch., Berlin
 Heinemann, Dr. G., Altlandesprä., Essen
 Heinemann, Hilda, Essen
 Heinrichs, Dr. J., Starnberg
 Heinrichs, Prof. Dr. W., Berlin/DDR
 Heintzeler, Dr. W., Ludwigshafen
 Heisbourg, François, Paris/Frankreich
 Heitmeyer, Prof. Dr. Wilhelm, Bielefeld
 Heitz, Dipl.-Ing. W., Bad Godesberg
 Helbig, Prof. Dr. L. F., Tucson/USA
 Hellström, Mats, Botsch., Bonn
 Helminger, Paul, Luxemburg/Luxemburg
 Hemmer, Prof. Dr. H.-R., Gießen
 Hempel, Dr. J., Bischof, Dresden
 Hendriks, Dr. A. J., Rotterdam/Niederlande
 Hennings, Helmut D., Hamburg
 Henningsen, Prof. Dr. Bernd, Berlin
 Hennis, Prof. Dr. Wilhelm, Freiburg i.Br.
 Hensche, Detlef, Stuttgart
 Henschel, Rudolf, Düsseldorf
 Hentig, Prof. Dr. H. von, Berlin
 Henze, Dr. E., Ulm
 Henzler, Dr. H., Düsseldorf
 Heppe, Dr. H. von, Staatssekr. a. D., Hamburg
 Herder-Dorneich, Prof. Dr. Ph., Köln
 Hereth, Prof. Dr. M., Hamburg
 Herion, Claude, Pfaffenhofen/Ilm
 Herles, Dr. W., München
 Herlt, Dr. R., Hamburg
 Hermes, Prof. Dr. H., Freiburg i.Br.
 Hermes, Dr. P., Botschafter a. D., Rom/Italien

Hermann, Ludolf, Bonn
 Herrmann, Frank, Berlin/DDR
 Herrmann, Prof. Dr. W., Köln
 Hersch, Prof. Dr. Jeanne, Genf/Schweiz
 Hertel, Prof. Dr.-Ing. H., Berlin
 Herz, Prof. Dr. Dietmar, Erfurt
 Herzog, Prof. Dr. R., Bundespräsident, Berlin
 Hess, Günter, Brügge/Belgien
 Hesse, Prof. Dr. H., Göttingen
 Hessel, Stéphane, Paris/Frankreich
 Heukelum, Horst van, Frankfurt a.M.
 Heuven, Marten van, Washington/USA
 Heydemann, Prof. Dr. B., Minister a. D., Kiel
 Hickel, Prof. Dr. R., Bremen
 Hildenbrand, Dr. G., Erlangen
 Hill, Prof. Dr. H., Staatsmin. a. D., Speyer
 Hillier-Fry, Norman, Gks. a. D., London/Engl.
 Hilligen, Prof. Dr. W., Gießen
 Hinteregger, Dr. G., Gesandter, Wien/Österr.
 Hirche, Walter, Minister a. D., Hannover
 Hirsch, Dr. Burkhard, Düsseldorf
 Hirschfeld, Dr. Y., Tel Aviv/Israel
 Hirschman, Prof. Dr. O. A., Princeton/USA
 Hiß, Dr. D., Berlin
 Hitpaß, Prof. Dr. J., Köln
 Hoagland, Jim, Washington/USA
 Hobohm, M. A. H., Bonn
 Hobsbawm, Prof. E., London/England
 Hochkeppel, Dr. W., München
 Höfer, Werner, Köln
 Hoefnagels, Prof. Dr. H., Nijmegen/Niederl.
 Höllerer, Prof. Dr. W., Berlin
 Hoepfner, Rolf-Roger, Hamburg
 Hörz, Prof. Dr. H., Berlin/DDR
 Höynck, Dr. W., Genf/Schweiz
 Hoffmann, Prof. Dr. L., Berlin
 Hoffmann, Prof. Dr. St., Cambridge/USA
 Hoffmann-Riem, Prof. Dr. W., Sen. a. D., HH
 Hofmann, Prof. Dr. W., Marburg
 Hofstätter, Prof. Dr. P. R., Hamburg
 Hoge, James F., Jr., New York/USA
 Hohlfeld, Dipl.-Math. D., Hamburg
 Holme, Christopher, London/England
 Holmqvist, Dr. B., Stockholm/Schweden
 Holste, Prof. Dr.-Ing. W., Mühlheim
 Holzer, Werner, Bad Homburg
 Hoppe, Hans-Günter, Berlin
 Horchem, Dr. H. J., Hamburg
 Hornhues, Prof. Dr. K.-H., MdB, Bonn
 Horstmann, Hans-Henning, Bonn
 Horváth, Dr. I., Botsch. a. D., Budapest/Ungarn
 Hottinger, Dr. A., Madrid/Spanien
 Hoyer, Dr. Werner, MdB, Berlin
 Hu Angang, Prof. Dr., Beijing/China
 Huber, Dr. J., Berlin
 Huber, Prof. Dr. Mária, Leipzig
 Huber, Prof. Dr. Wolfgang, Berlin
 Hübner, Klaus, Berlin
 Hübner, Prof. Dr. K., Kiel
 Hufner, Dr. W., MinDirig., Wiesbaden
 Hufen, Dr. F., Mainz
 Hunke, Dr. Sigrid, Bonn
 Hunold, Dr. A., Zürich/Schweiz
 Huppert, Dr. W., Bad Homburg
 Husseini, Faisal, Jerusalem
 Hutton, Will, London/England

Ibler, Prof. Dr. V., Zagreb/Jugoslawien
Ignatavicius, Evaldas, Min., Vilnius/Litauen
Iloniemi, Dr. Jaako, Min., Helsinki/Finnland
Ilves, Toomas H., Minister, Tallinn/Estland
Imelmann, Ehrhardt, Köln
Ipsen, Prof. Dr. H. P., Hamburg
Ischinger, W., Staatssekretär, Berlin
Italiaander, Prof. R., Hamburg
Iwanow, A. G., Moskau/Russland
Iwanow, I. D., Moskau/UdSSR
Izik-Hedri, Prof. Dr. G., Budapest/Ungarn

Jacev, Zoran, Skopje/Mazedonien
Jachontow, J. A., Moskau/UdSSR
Jackson, Robert, MP, London/England
Jacobus, Hans, Berlin/DDR
Jäckel, Prof. Dr. E., Stuttgart
Järvenpää, Minna, Prishtina
Jagja, Prof. V., St. Petersburg/Russland
Jagoda, Bernhard, Nürnberg
Jakobson, Max, Min., Helsinki/Finnland
Janes, Dr. J., Washington/USA
Jankowitsch, Dr. P., Staats., Wien/Österreich
Jann, Prof. Dr. W., Potsdam
Janning, Josef, München
Jantsch, Dr. E., Paris/Frankreich
Jastrschembkskij, Sergej W., Moskau/Russland
Jemeljanow, Prof. W. S., Moskau/UdSSR
Jenkins, Peter, London/England
Jepsen, Maria, Bischöfin, Hamburg
Jesse, Jean-Paul, Tel Aviv/Israel
Jičínský, Prof. Dr. Z., Prag/ČSFR
Jochimsen, Prof. Dr. R., Min. a. D., Düsseldorf
Jönck, Dr. U., Hamburg
Joetze, Dr. G., Bonn
Joffe, Dr. Josef, Hamburg
John, Dipl.-Pol., Barbara, Berlin
Johnson, Prof. H. G., London/England
Jonas, Prof. Dr. F., Mainz
Jorswieck, Prof. Dr. E., Berlin
Jovičević, Dr. Alexandra, Belgrad/Serbien
Juda, Prof. Dr. J., Warschau/Polen
Jürgensen, Prof. Dr. H., Hamburg
Jung, Dr. E. F., Botsch. a. D., Bonn
Jungblut, Michael, Mainz
Jungbluth, Prof. A., Wolfenbüttel
Jungk, Prof. Dr. R., Salzburg/Österreich

Kádár, Prof. B., Budapest/Ungarn
Kadow, Eberhard, Herzogenrath
Kaestner, Dr. U., MinDirig., Bonn
Kahl, Dr. Heike, Berlin
Kahlweit, Cathrin, München
Kahn-Ackermann, Georg, Straßburg/Frankr.
Kaiser, Prof. Dr. J. H., Freiburg i. Br.
Kaiser, Prof. Dr. Karl, Berlin
Kaltefleiter, Prof. Dr. W., Kiel
Kaltenbach, Helmut, Berlin
Kaminskij, Jewgenij, Kiew/Ukraine
Kannengießer, Walter, Bonn
Karaganow, Dr. S., Moskau/Russland
Karagesjan, Kares, Moskau/UdSSR
Karasek, Dr. F., Wien/Österreich
Karpow, Wiktor, Moskau/UdSSR
Kartte, Prof. Dr. W., Berlin
Kasmin, Dr. A. I., Minister, Moskau/Russland
Kastl, Jörg, Botschafter a. D., Bonn

Kastrup, Dr. D., Staats. a. D., Bonn
Katterle, Prof. Dr. S., Bielefeld
Kauffmann, Michel, Straßburg/Frankreich
Kaufmann, Prof. Dr. F.-X., Bielefeld
Kaufmann, Dr. H., München
Kaufmann, Richard, Stuttgart
Kayser, Hans-Jürgen v., Buxtehude
Kelleher, Dr. C. McArdle, Berlin
Kempf, Dr. E., Klagenfurt/Österreich
Kempf, Dr. Herwig, Belgrad/Serbien
Kerber, Prof. Dr. W., München
Kern, Helmuth, Senator a. D., Hamburg
Kerner, Prof. Dr. H.-J., Tübingen
Kernig, Prof. Dr. C. D., Freiburg i. Br.
Kerschner, Prof. L., Fullerton/USA
Kertész, György, Budapest/Ungarn
Kesting, Prof. Dr. H., Bochum
Kettig, Alma, Witten/Ruhr
Kewenig, Prof. Dr. W., Sen. a. D., Frankfurt
Khalid, Dr. D., Hamburg
Khol, Dr. A., Wien/Österreich
Kieffer, Dipl.-Ing. K. W., Bad Dürkheim
Kielinger, Thomas, Bonn
Kielmansegg, Prof. Dr. P. Graf, Mannheim
Kienbaum, Gerhard, Minister a. D., Düsseld.
Kienzl, Dr. H., Wien/Österreich
Kiep, Walther Leisler, Frankfurt a. M.
Kiesau, Dr. Gisela, Düsseldorf
Killick, Sir John, London/England
Kind, Dr. C., Zürich/Schweiz
Kinds Müller, Werner, Staats., Düsseldorf
King, Hilary, Generalkons. a. D., London/Engl.
Kirsch, Prof. Dr. Guy, Fribourg/Schweiz
Kirchschläger, Dr. R., BPräs. a. D., Wien/A
Kirk, Peter, London/England
Kirsch, Prof. Dr. Guy, Fribourg
Kirst, Dipl.-Volkswirt V., Hamburg
Kirt, Romain, Luxemburg
Kis, Vasile, Bukarest/Rumänien
Kiss, Prof. Dr. L. J., Budapest/Ungarn
Kitzinger, Prof. U. W., Brüssel/England
Klaassen, Prof. Dr. L. H., Rotterdam/NL
Klaeden, Eckart von, Bonn
Klages, Dörte, Heidelberg
Klages, Prof. Dr. H., Speyer
Klasen, Dr. K., Hamburg
Klau, Dr. F., Paris/Frankreich
Klein, PD. Dr. Gabriele, Hamburg
Klein, Hans, MdB, Bundesmin. a. D., Bonn
Klein, Prof. Dr. H., Bonn
Kleine-Brockhoff, Moritz, Köln
Kleinert, Hubert, Bonn
Kleinewefers, Jan, Krefeld
Klett, Bettina, Stuttgart
Kliefoth, Prof. Dr. W., Kiel
Klose, Dr. A., Wien/Österreich
Klose, Hans-Ulrich, MdB, Berlin
Kloss, Hans-Dieter, Stuttgart
Kloten, Prof. Dr. N., Stuttgart
Klug, Prof. Dr. O., Hamburg, Berlin
Kluge, Dr.-Ing. M., Stuttgart
Kluncker, Heinz, Stuttgart
Kluth, Prof. Dr. H., Hamburg
Knapp, Prof. H., Wien/Österreich
Knauff, Dr. H. W., Leverkusen
Knaus, Gerald, Berlin/Belgrad
Knoche, Prof. Dr.-Ing. K.-F., Aachen

Knoeringen, W. v., München
Knoop, Dr. A. von, Moskau/Russland
Knospe, Gerd, Hamburg
Knudsen, Prof. Dr. Olav, Huddinge/Norwegen
Knüpffer, Dr. R. v., Hilden
Kob, Prof. Dr. J., Hamburg
Kobaladze, Jurij G., Moskau/Russland
Kobler, Martin, Bonn
Kobysch, Vitaly, Moskau/UdSSR
Koch, Claus H., Berlin
Koch, Dr. H., Dortmund
Koch, Thilo, Hamburg
Kochalski, Horst, Hamburg
Köcher, Dipl.-Volkswirt Renate, Allensbach
Köhler, Prof. Dr. C., Frankfurt a. M.
Köhler, Gerd, Frankfurt a. M.
Köhler, Dr. H. W., Bonn
König, Dr. F., Kardinal, Wien/Österreich
Köpke, Dipl.-Volkswirt G., Brüssel/Belgien
Körber, Dr. K. A., Hamburg
Körmendy, Dr. I., Budapest/Ungarn
Koeßler, Thilo, Köln
Koestler, Arthur, London/England
Kogon, Prof. em. Dr. E., Falkenstein i. Ts.
Kohl, Dr. H., Bundeskanzler, MdB, Bonn
Köhler, Dr. G., München
Kohlhase, Dr. N., Chernes/Schweiz
Kohlschütter, Andreas, Ronco/Schweiz
Kohnstamm, Max, Houyet/Belgien
Koivisto, Mauno, Staatspräs. a. D., Helsinki/Fin
Kokoschin, Andrej A., Moskau/Russland
Kollmann, Prof. Dr. F., München
Komárek, Dr. V., Prag/ČSFR
Kondaurow, Alexej P., Moskau/Russland
Konecny, Dr. C., Prag/ČSFR
Konrad, György, Budapest/Ungarn
Kopka, Fritz-Jochen, Berlin
Korablew, Jurij W., Moskau/Russland
Korn, Dr. K., Bad Homburg
Kornblum, John C., Botsch., Bonn
Korte, Prof. Dr. Hermann-A., Rheda
Korte, PD Dr. Karl-Rudolf, Köln
Kortzfleisch, Prof. Dr. G. v., Mannheim
Koschnick, H., Bürgermeister a. D., Bremen
Koschokin, Dr. Jewgenij, Moskau/Russland
Koselleck, Prof. Dr. Reinhart, Bielefeld
Koshewnikow, W. M., Moskau/UdSSR
Kosto, Aad, Staats., Den Haag/Niederlande
Kotalik, Prof. Dr. J., Prag/ČSFR
Kotow, Michail J., Moskau/UdSSR
Kottulinsky, Dr. K. Graf, Wien/Österreich
Kotyk, Dr. V., Prag/ČSFR
Kovalchuk, Prof. Dr. Yuri V., St. Petersburg
Kowalew, Nikolaj D., Moskau/Russland
Krackow, Dr. J. H., München
Krämer, Prof. Dr. Gudrun, Berlin
Krämer, Dr. H., Hannover
Kramer, Dr. H., Ebenhausen
Kraminow, Daniil, Moskau/UdSSR
Kranenberg, Adolf, Düsseldorf
Kranz, Dr. Jerzy, Warschau/Polen
Krasnow, Dr. J., Moskau/UdSSR
Krastew, Stoine, Sofia/Bulgarien
Krauch, Prof. Dr. H., Kassel
Krause, Peter, Bonn
Krause-Brewer, Fides, Bonn
Krawczynski, Franciszek, Warschau/Polen

Kreft, Dr. Heinrich, Berlin
 Kreisky, Dr. B., Bundeskanzler a. D., Wien/A
 Krelle, Prof. Dr. W., Bonn
 Kremer, Prof. I. S., Moskau/UdSSR
 Krenzel, Prof. Dr. R., Berlin
 Krenzler, Dr. H.-G., Brüssel/Belgien
 Kreye, Otto, Starnberg
 Kriele, Prof. Dr. M., Köln
 Krings, Prof. Dr. H., München
 Krippendorff, Prof. Dr. E., Berlin
 Krippner, Reiner, Bayreuth
 Kritzler, Dipl.-Ing. W., Hamburg
 Krockow, Prof. Dr. Chr. Graf v., Göttingen
 Kroebel, Gerhard, Brüssel/Belgien
 Krolikowski, Herb., Staatss. a. D., Berlin/DDR
 Krüger, Kurt, Darmstadt
 Krüger, Dr. M., Hannover
 Krupp, Prof. Dr. H.-J., Sen. a. D., Hamburg
 Krzemiński, Adam, Warschau/Polen
 Kuby, Erich, Hamburg
 Kuby, Heinz, Luxemburg/Luxemburg
 Kučera, Dr. B., Prag/ČSFR
 Kuczynski, Prof. Dr. J., Berlin/DDR
 Kudrin, Dr. A., Moskau/Russland
 Kühnau, Prof. Dr. J., Hamburg
 Kühne, Dr. K., Brüssel/Belgien
 Kühne, Dipl.-Ing. W., Frankfurt a. M.
 Kühnhardt, Prof. Dr. L., Bonn
 Küng, Prof. Dr. E., St. Gallen/Schweiz
 Künstle, Dipl.-Ing. K., Erlangen
 Kuenstler, Peter, Genf/Schweiz
 Küntzel, Dr. W., Bad Oeynhausen
 Küpfmüller, Prof. Dr.-Ing. K., Darmstadt
 Küppers, Dr. B., Moskau/UdSSR
 Küppers, Dr. H., Düsseldorf
 Kuhlo, Dr. K. Chr., München
 Kuhlwein, Eckart, MdB, Bonn
 Kuhn, Prof. Dr. H., München
 Kulikow, Oleg, Moskau/UdSSR
 Kundler, Herbert, Berlin
 Kuntner, Wilhelm, General, Wien/Österreich
 Kunze, Dr. H. H., Erlangen
 Kuppermann, Dr. R. H., Washington/USA
 Kusnetzow, Georgi, Moskau/UdSSR
 Kuznetsov, A. J., Botsch., Kaliningrad/Russl.
 Kwizinski, Julij, Botsch. a. D., Moskau/UdSSR

Laar, Mart, Tallinn/Estland
 Lämmert, Prof. Dr. E. Berlin
 Lahn, Dr. L., Botschafter a. D., Bonn
 Lake, Michael, Ankara/Türkei
 Lambsdorff, Hagen Graf, Brüssel
 Lambsdorff, Dr. O. Graf, MdB, Bonn
 Landgraf, Prof. Dr.-Ing. G., Dresden
 Lange, Prof. Dr. B.-P., Düsseldorf
 Lange, Dr. H., Frankfurt a. M.
 Lange, Dr. Peer H., Thaining
 Langendorfer, Pater Dr. Hans, Bonn
 Lange-Prollius, Prof. H., Bonn
 Langer, Jaroslav, Bonn
 Langer, Dr. W., Staatssek. a. D., Wiesbaden
 Langfeld, Uwe, Hamburg
 Langguth, Dr. G., Sankt Augustin
 Lankes, Dr. H. Chr., Bonn
 Lantzke, Dr. U., MinDir. a. D., Paris/F
 Laqueur, Prof. W., Washington/USA
 Larsen, Terje Rod, Gaza

Lasky, Melvin, London/England
 Lauristin, Marju, Tallinn/Estland
 Lauritzen, Dr. L., Bundesmin. a. D., Bonn
 Lautenschlager, Dr. H.-W., Staats. a. D., Bonn
 Layton, Christopher, London/England
 Lebahn, Dr. A., Ratingen
 Lebed, Alexander, Moskau/Russland
 Lebedew, Juri, Moskau/UdSSR
 Lebedew, Dr. W., Moskau/Russland
 Leber, Georg, Bundesmin. a. D., Bonn
 Lefringhausen, Dr. K., Mettmann
 Le Gloannec, Dr. A., Paris/Frankreich
 Lehmann-Grube, Dr. Hinrich, Leipzig
 Lehnecke, Julian, Düsseldorf
 Lehner, Gunthar, München
 Lehr, Prof. Dr. Ursula, BM a. D., Bonn
 Lehr, Wolfgang, Frankfurt a. M.
 Leibfritz, Dr. W., München
 Leicht, Prof. Robert, Hamburg/Berlin
 Leinen, Josef M., Minister a. D., Saarbrücken
 Leysen, Dr. A., Mortsel/Belgien
 Leist, Dr. E., Hamburg
 Leister, Dr. K.-D., Staatss. a. D., Bonn
 Leminsky, Dr. G., Düsseldorf
 Lendvai, Prof. P., Wien/Österreich
 Lenk, Prof. Dr. Hans, Karlsruhe
 Lenk, Maximilian, Hamburg
 Lennep, Emile van, Paris/Frankreich
 Lenz, Reimar, Berlin
 Leonard, Dr. J. A., Cambridge/England
 Leonhard, Prof. W., New Haven/USA
 Lepenies, Prof. Dr. W., Berlin
 Lersner, Dr. H. Frhr. von, Berlin
 Lessing, Heinz A., Hamburg
 Letzelter, Dr. F., MinDir., Bonn
 Leussink, Prof. Dr. H., BM a. D., Karlsruhe
 Leutheusser, Helmut, Gmund
 Leutheusser-Schnarrenberger, S., BM a. D., Berl.
 Leutiger, Dr. H., Hofgeismar
 Levi, Prof. Dr. H. W., München
 Levite, Ariel, Tel Aviv/Israel
 Levy, Jean, Paris/Frankreich
 Levy, Dr. W. J., New York/USA
 Lewis, Flora, Paris/Frankreich
 Lichtschew, Prof. W., Moskau/Russland
 Lichey, Werner, Hamburg
 Liebermann, Prof. R., Paris/Frankreich
 Liefmann-Keil, Prof. Dr. E., Saarbrücken
 Liel, Dr. A., Jerusalem/Israel
 Lieven, Anatol, London/England
 Light, Dr. Margot, London/England
 Lill, Joe, Wien/Österreich
 Limbach, Prof. Dr. J., Präs. BVG, Karlsruhe
 Limon, Didier L., Billancourt/Frankreich
 Lindemann, Dr. Beate, Bonn
 Lindemann, Dr. H., München
 Lindemann, Wilhelm, Hamburg
 Linder, Dr. W., Zürich/Schweiz
 Linfert, Dr. C., Köln
 Linke, Dipl.-Pol. H., Köln
 Linke, Prof. K., Oberursel/Ts.
 Lipowicz, Dr. I., Warschau/Polen
 Liska, Dr. L., Prag/ČSFR
 Litten, Dr. J., Hamburg
 Littmann, Prof. Dr. K., Speyer
 Livingston, Dr. R. G., Washington, D.C./USA
 Ljapina, Alla, Moskau/UdSSR

Ljungloef, Lennart, Stockholm/Schweden
 Lobkowicz, Prof. Dr. N., München
 Loch, Harald, Berlin
 Löbsack, Dr. T., Unteruhldingen
 Loesch, Dr. A. von, Frankfurt a. M.
 Löwenthal, Gerhard, Mainz
 Löwenthal, Prof. em. Dr. R., Berlin
 Lohff, Prof. Dr. W., Hamburg
 Lohmar, Prof. Dr. U., Paderborn
 Lohs, Prof. Dr. K.-H., Leipzig
 Lombardo-Radice, Prof. Dr. L., Rom/Italien
 Lomejko, Wladimir, Moskau/UdSSR
 Lompe, Prof. Dr. K., Braunschweig
 Lopatin, N. Wladimir, Moskau/Russland
 Lopes, Prof. Dr. E. R., Lissabon/Portugal
 Lorenzer, Prof. Dr. A., Frankfurt a. M.
 Loy, Frank E., Washington, D.C./USA
 Lucas, Dr. H.-D., Bonn
 Ludlow, Prof. P., Brüssel/Belgien
 Ludwig, Prof. Dr. G., Marburg
 Ludz, Prof. Dr. P. C., München
 Lübbe, Prof. Dr. H., Staats. a. D., Harixbeck
 Lüst, Prof. Dr. R., Hamburg
 Lüthy, Prof. H., Zürich/Schweiz
 Lüttmer, Hendrik, Hamburg
 Lukaszewski, Dr. J., Brügg/Belgien
 Lukovenko, Dr. A., Moskau/Russland
 Lukow, W. B., Botschafter, Moskau/Russland
 Lundberg, Prof. E., Stockholm/Schweden
 Lutz, Prof. Dr. B., München
 Lutz, Dr. C., Zürich/Schweiz
 Lutz, Claus A., MinDirig., Bonn
 Lutz, Prof. Dr. Dr. Dieter S., Hamburg

Mackensen, Prof. Dr. R., Berlin
 Maclay, Michael, London/England
 Mäkinen, Jussi, Botschafter, Wien/Österr.
 Mahrenholz, Dr. E. G., Min. a. D., Hannover
 Maier, Prof. Dr. H., Minister a. D., München
 Maier, Prof. Dr. H., Flensburg
 Maier, Dr. Willfried, Senator, Hamburg
 Maier-Leibnitz, Prof. Dr. H., Bonn
 Maihofer, Prof. Dr. W., BM a. D., Fiesole/I
 Maizière, Lothar de, MinPräs. a. D., Berlin
 Maizière, Staatsmin. Dr. Th. de, Dresden
 Makarczyk, Prof. J., Straßburg/F; Warschau/PL
 Malaschenko, Igor, Moskau/Russland
 Malaviya, Dipl.-Kfm. R. R., Frankfurt a. M.
 Mallaby, Sir Chr., Botsch. a. D., London/England
 Mander, John, London/England
 Mangoldt, Dr. Hans von, Tübingen
 Manitski, Jaan, Außenmin., Tallinn/Estland
 Margerie, Sophie-Caroline de, Paris/F
 Marienfeld, Prof. Dr. W., Hannover
 Markiewicz, Dr. R., Warschau/Polen
 Markiewicz, Prof. Dr. W., Warschau/Polen
 Markmann, Dr. H., Düsseldorf
 Markow, Wladimir, Moskau/Russland
 Marks, Leonard H., Washington, D.C./USA
 Maróth, Prof. Dr. M., Budapest/Ungarn
 Marquard, Prof. Dr. O., Gießen
 Marquardt, Regine, Ministerin, Schwerin
 Marschall v. Bieberstein, Dr. M. Frhr., Straßbg.
 Marsh, David, London/England
 Martini, Winfried, München
 Martiny, Dr. Anke, Rudelzhausen
 Marx, Eli, London/England

Maseberg, Eberhard, Hamburg
Masera, Prof. Dr. F., Rom/Italien
Masny, Prof. Dr. V., Washington, D.C./USA
Máté, Georges, Budapest/Ungarn
Mates, Prof. L., Belgrad/Jugoslawien
Mathiopoulos, Dr. Margarita, Berlin
Matthes, Karlgeorg, Hamburg
Matthiesen, Dr. H., Hamburg
Matuschke, Dr. W., Hamburg
Matussek, Prof. Dr. P., München
Matwejew, W. A., Moskau/UdSSR
Matz, Dr. U., Köln
Matzke, Dr. O., Rom/Italien
Maull, Dr. H. W., München
Maximowa, Prof. Dr. M., Moskau/UdSSR
Mayer, Prof. em. Dr. H., Tübingen
Mayer-Amery, Christian, München
Mayhew, Dr. A., Brüssel/Belgien
Mayntz, Prof. Dr. Renate, Köln
Mazowiecki, T., MinPräs. a.D., Warschau/PL
McGregor, Peter, London/England
Meckel, Markus, MdB, Berlin/Bonn
Medalinskas, Alvydas, Vilnius/Litauen
Medish, Marc C., Washington, D.C./USA
Mei Zhaorong, Botsch. a. D., Beijing/China
Meiner, Richard, Hamburg
Meinhold, Prof. Dr. H., Heidelberg
Meissner, Hans-Ulrich, Hamburg
Meißner, Prof. Dr. W., Frankfurt a.M.
Melchers, Prof. Dr. G., Tübingen
Melnikow, Prof. Dr. D., Moskau/UdSSR
Melnikow, I., Moskau/Russland
Melnikow, Viktor N., Moskau/UdSSR
Melville, Dr. A. Y., Moskau/UdSSR
Menke-Glückert, Peter, MinDir. a.D., Bonn
Ménudier, Prof. H., Paris/Frankreich
Menzel, Prof. Dr. E., Kiel
Meri, Lennart, Präsident, Tallinn/Estland
Merklein, Dr. Renate, Hamburg
Meroz, Yohanan, Botsch. a. D., Jerusalem/Israel
Mertens, Dr. D., Nürnberg
Mertes, Dr. A., Staatsminister a.D., Bonn
Mertes, Michael, Bonn
Mertin, Arthur, Bonn
Merzyn, Gerhard, Hamburg
Meschalkin, Prof. E., Nowosibirsk/UdSSR
Meschkowski, Prof. Dr. H., Berlin
Mestmäcker, Prof. Dr. E. J., Hamburg
Metz-Göckel, Prof. Dr. Sigrid, Dortmund
Meunier, Lutz, Berlin
Meyer, Fritjof, Hamburg
Meyer, Prof. Dr. K., Berlin
Meyer, Dr. M., Zürich/Schweiz
Meyer-Abich, Prof. em. Dr. A., Hamburg
Meyer-Abich, Prof. Dr. K., Sen. a.D., Essen
Meyer-Landrut, Dr. A., Moskau/Russland
Mezger, Dr. Erika, Düsseldorf
Michailow, Alexej, Moskau/UdSSR
Michalski, Prof. Dr. K., Wien/Österreich
Michalski, Prof. Dr. W., Paris/Frankreich
Michel, Prof. Dr. D., München
Middendorff, Prof. Dr. W., Freiburg i.Br.
Miegel, Dr. M., Bonn
Milner, Prof. B. S., Moskau/UdSSR
Milstein, Prof. M., Moskau/UdSSR
Mironenkow, Ewgeni, Moskau/UdSSR
Mitscherlich, Prof. Dr. A., Frankfurt a.M.
Mittendorff, Dr. H., Hamburg
Mlynar, Prof. Dr. Z., Innsbruck/Österreich
Mochalski, Dr. H., Frankfurt a.M.
Modorf, Siegm, MdB, Berlin
Modrow, Dr. H., MinPräs. a.D., Berlin
Moersch, Karl, Staatsmin. a.D., Ludwigsburg
Mohler, Dr. A., München
Moisi, Dr. D., Paris/Frankreich
Moldenhauer, Dr. Hans-Georg, Magdeburg
Moltke, Gebhardt von, Botsch., Brüssel/Belgien
Moltke, Dr. R. H. von, Brüssel/Belgien
Mommsen, Prof. Dr. W., Düsseldorf
Moneta, Jakob, Frankfurt a.M.
Moniac, Rüdiger, Bonn
Montbrial, Prof. T. de, Paris/Frankreich
Moore, Charles, London/England
Morel, Pierre, Botsch., Moskau/Russland
Morgan, Prof. R., San Domenico di Fiesole/I
Morgenstern, Prof. Dr. O., Princeton/USA
Morishita, K., Baku/Aserbaidshan
Moroni, Dr.-Ing. R., Hersel
Morosow, Igor N., Moskau/Russland
Morosow, Oleg, Moskau/Russland
Mortimer, Edward, London/England
Mosbacher, Robert, Houston, Texas/USA
Moshes, Dr. Arkady I., Moskau/Russl.
Motschaln, Dmitrij, Wien/UdSSR
Mozer, Alfred, Hoog Keppel/Niederlande
Mühlfenzl-Schneider, Dr. Isabel, München
Müller, Bastian, Köln
Müller, Dr. F., Ebenhausen
Müller, Prof. Dr. G., Heidelberg
Müller, Hans Dieter, Freiburg i.Br.
Müller, Prof. Dr. J. H., Freiburg i.Br.
Müller, Prof. Dr. K., Staatss. a.D., Bad Hombg.
Müller, Prof. Dr. K. V., Nürnberg
Müller-Groeling, Prof. Dr. H., Kiel
Müller-Marein, Josef, Paris/Frankreich
Müller-Michaelis, Dr. W., Tangstedt
Müller-Schwefe, Prof. Dr. H. R., Hamburg
Müller-Trimbusch, Gabriele, Stuttgart
Mundt, Prof. Dr. W., Berlin/DDR
Muraschow, Arkadij, Moskau/Russland
Muskins, Dr. G., Wien/Österreich
Musulin, Janko v., Frankfurt a.M.
Nagel, Prof. I., Berlin
Nagy, Dr. G., Budapest/Ungarn
Narjes, Dr. K. H., Minister a.D., Brüssel/B
Naudé, Prof. Dr. S. M., Pretoria/Rep. Südaf.
Naumann, Klaus, General, Bonn
Naumkin, Prof. V., Moskau/Russland
Nazarow, Wjatscheslaw M., Moskau/Russland
Necker, Dipl.-Volkswirt T., Köln
Nedoroslew, Sergej G., Moskau/Russland
Neesen, Bernhard, Duisburg
Nefiodow, Dipl.-Ing. L. A., Sankt Augustin
Nenning, Dr. G., Wien/Österreich
Nerling, Pfr. Dr. M., Hannover
Nestler, Peter, Köln
Neth, Prof. Dr. R., Hamburg
Neubauer, Franz, Minister a.D., München
Neuhäusel, Dr. R., Prag/ČSFR
Neuhauser, Prof. Dr. Gertrud, Salzburg/Österr.
Neusel, Hans, Staatssekretär a.D., Bonn
Neuweiler, Dr. G., Tübingen
Neuwirth, Prof. Dr. Angelika, Beirut/Libanon
Nevermann, Dr. K., Staatsrat a.D., Hamburg
Neville-Jones, Pauline, London/England
Ni Yijn, Beijing/China
Nicholls, Anthony, Oxford/England
Niehans, Prof. Dr. J., Zürich/Schweiz
Niemöller, Dr. Martin, Wiesbaden
Nienhaus, Dr. V., Bochum
Niens, Prof. Dr. W., Frankfurt a.M.
Niethammer, Dr. F., Frankfurt a.M.
Nikiforow, W. J., Moskau/UdSSR
Nikonow, Juri, Gesandter, Wien/UdSSR
Nikonow, Wjatscheslaw A., Moskau/Russland
Noack, Prof. Dr. P., München
Noé, Dr. C., Staatsrat a.D., Hamburg
Noelle-Neumann, Prof. Dr. E., Allensbach
Nölling, Dr. W., Senator a. D., Hamburg
Nonnenmacher, Dr. G., Frankfurt a.M.
Noll, Prof. Dr. P., Zürich/Schweiz
Novak, Prof. M., Washington, D.C./USA
Novik, Prof. Faina, Moskau/UdSSR
Nowotny, Prof. Dr. E., Wien/Österreich
Nusseibeh, Dr. S., Jerusalem
Nyberg, René, Botschafter, Moskau/Finnland
Oberdieck, Michael, Düsseldorf
Oberndoerfer, Prof. Dr. D., Freiburg i.Br.
O'Brien, Conor Cruise, Senator, London/Engl.
O'Donnell, James P., Washington/USA
Öymen, Altan, Istanbul/Türkei
Öymen, Dr. O. B., Ankara/Türkei
Örn, Torsten, Botschafter, Bonn/Schweden
Oertel, Dr. R., Hamburg
Oetker, Dr. A., Köln
Oevermann, Dr. U., Frankfurt a.M.
Ohr, Dr. P. F., Bonn
Oksaar, Prof. Dr. Els, Hamburg
Olljum, Alar J. Rudolf, Tallinn/Estland
Olschow, Prof. Dr. G., Bonn
Olsson, Hans, Stockholm/Schweden
O'Neill, Sir Con, London/England
Onyszkiewicz, Dr. J., Minist. a.D., Warschau/Pol.
Opit, Dr. M., Prag/ČSFR
Oppenheimer, Prof. Dr. P., Oxford/England
Oppenländer, Dr. K. H., München
Orjol, Wladimir, Moskau/UdSSR
Ortleb, Prof. Dr. R., BM a.D., Bonn
Otto, Prof. Dr. F., Berlin
Ouchterlony, Thomas, Brüssel/Belgien
Owtschinnikow, W. W., Moskau/UdSSR
Owtschinskij, Wladimir S. Moskau/Russland
Paelinck, Prof. J. H. P., Brüssel/Belgien
Pain, Prof. E., Moskau/Russland
Pajević, Milan, Belgrad/Serbien
Paleckis, Justas, Botsch., Vilnius/Litauen
Palm, Prof. Dr. Jürgen, Heusenstamm
Papalekas, Prof. Dr. J., Bochum
Paqué, Prof. Dr. K.-H., Magdeburg
Partikel, Heinz, Frankfurt a.M.
Pasch, Dr. H., Botschafter a.D., Rom/Italien
Paton, Prof. Dr. B., Kiew/Ukraine
Paus, Dr. W., Kilafors/Schweden
Paulig, Oswald, Hamburg
Pauls, Dr. R. F., Botschafter a.D., Bonn
Paulsen, Bruno, Lübeck
Paulsen, Dr. H. C., Konstanz
Pavlova-Silvanskaja, Dr. M., Moskau/Russl.

Pawelczyk, Alfons, Senator a.D., Hamburg
 Peacock, Prof. A. T., York/England
 Peine, Dr. H. G., Neustadt-Hambach
 Pekschew, W. A., Moskau/UdSSR
 Pentzlin, Dr. H., Hamburg
 Pentzlin, Dr. K., Hannover
 Perger, Dr. Werner A., Hamburg
 Pestel, Prof. Dr.-Ing. E., Hannover
 Peters, H., Kapitän zur See a.D., Hamburg
 Petersen, Helveg, Min. a.D., Kopenhagen/DK
 Petritsch, Dr. W., Sarajewo/Bosnien-Herzeg.
 Pfaff, Prof. Dr. Anita, Augsburg
 Pfaff, Dieter, Essen
 Pfaff, Prof. Dr. M., Augsburg
 Pfeiffer, Prof. Dr. Ch., Hannover
 Pfleiderer, Prof. Dr. O., Stuttgart
 Pflüger, Dr. F., MdB, Berlin
 Philips, Dr. F., Eindhoven/Niederlande
 Picht, Prof. Dr. R., Ludwigsburg
 Pick, Hella, London/England
 Pieroth, Elmar, Senator, Berlin
 Piper, Nikolaus, München
 Pirker, Prof. Dr. Th., Berlin
 Pirogow, Valery I., Moskau/Russland
 Pistor, Dr. H.-H., Essen
 Pitowranow, E. P., Moskau/UdSSR
 Pitz, Dr. K. H., Frankfurt a.M.
 Pjadyschew, Boris P., Moskau/Russland
 Plack, Dr. A., Landshut
 Plaschka, Prof. Dr. R., Wien/Österreich
 Platt, Prof. Dr. D., Gießen
 Plochmann, Prof. Dr. R., Freising
 Ploetz, Dr. H.-F. v., Staatssekr., Bonn
 Plog, Karsten, Hamburg
 Pöhl, Karl Otto, Präs. a.D., Frankfurt a.M.
 Poensgen, Gisbert, Botschafter, Brüssel/B
 Poettering, Dr. H.-G., MEP, Straßburg/F
 Pohl, Prof. Dr. R., Halle
 Pohmer, Prof. Dr. D., Tübingen
 Pokrowskij, Prof. A. N., Moskau/UdSSR
 Polak, Prof. Dr. F., Wassenaar/Niederlande
 Polenz, Ruprecht, MdB, Berlin
 Polewoi, Boris N., Moskau/UdSSR
 Poljanow, Nikolai E., Moskau/UdSSR
 Poll, Bert, Den Haag/Niederlande
 Poll, Dr. F. von, München
 Pollack, Dr. D., Leipzig
 Pommer, Prof. Dr. H., Ludwigshafen
 Ponomarjow, Prof. Lew A., Moskau/Russland
 Ponto, Jürgen, Frankfurt a.M.
 Popitz, Prof. Dr. H., Freiburg i.Br.
 Popowa, Ljudmila, Moskau/UdSSR
 Poppe, Prof. Dr. E., Leipzig/DDR
 Pornschlegel, Prof. Dr. H., Dortmund
 Portmann, Prof. Dr. A., Basel/Schweiz
 Portugalow, Nikolai, Moskau/UdSSR
 Posth, Dr. Martin, Berlin
 Prack, Herbert, Wien/Österreich
 Prager, Dr. Th., Wien/Österreich
 Prantl, Dr. H., München
 Preiser, Prof. Dr. E., München
 Preuss, Prof. Dr. U. K., Bremen
 Prichodow, Jurij, Moskau/UdSSR
 Priddat, Prof. Dr. Birger, Witten/Herdecke
 Primatarova, A., Botsch. a.D., Sofia/Bulgarien
 Prinzenstein, Josef, Vaduz/Liechtenstein
 Prittie, Terence, London/England
 Proebster, Prof. Dr. W. E., München
 Proektor, Prof. Dr. D., Moskau/UdSSR
 Pronovost, Prof. G., Trois-Rivières/Kanada
 Propper, Dan, Tel Aviv/Israel
 Pross, Prof. Dr. H., Weiler
 Pross, Prof. Dr. Helge, Siegen
 Pross-Weerth, Dr. H., Bremen
 Pudlák, Dr. J., Prag/ČSFR
 Pütz, Prof. Dr. Th., Wien/Österreich
 Pufendorf, Ulrich von, Frankfurt a.M.
 Puls, Dr. E., Hamburg
 Puschkow, Alexei K., Moskau/Russland
 Putin, Wladimir W., St. Petersburg/Russland
 Puttkamer, E. v., Botsch., Den Haag/NL
 Puttkammer, Jescov, Botsch. a.D., Belgrad/Jug.
 Pyadyschew, Boris, Moskau/Russland
 Pyroschkow, Prof. S., Kiew/Ukraine
 Quinlan, Sir Michael, Enstone/England
 Rabehl, Dr. B., Berlin
 Rabels, Dr. R., Hamburg
 Raddatz, Dr. F., Hamburg
 Radermacher, Prof. Dr. F. J., Ulm
 Radke, Olaf, Frankfurt a.M.
 Räuker, Friedrich Wilhelm, Hamburg
 Rahr, Alexander G., Berlin
 Raiser, Prof. Dr. Th., Gießen
 Rajewski, Prof. Dr. B., Frankfurt a.M.
 Rajh, Dr. Z., Belgrad/Jugoslawien
 Rakowski, Dr. M., Warschau/Polen
 Randow, Dr. Th. v., Hamburg
 Ranft, Dietrich, München
 Rasch, Prof. Dr. H., Frankfurt a.M.
 Raschert, Prof. Dr. J., Berlin
 Ratiani, Dr. G., Moskau/UdSSR
 Rau, Dr. W., Bonn
 Raupach, Prof. Dr. H., München
 Raven, Wolfram v., Bonn
 Ravens, Karl, Bundesmin. a.D., Bonn
 Rehn, Prof. G., Stockholm/Schweden
 Reich, Richard, Zürich/Schweiz
 Reinfried, Dr. D., Dresden
 Reiser, Hans, München
 Reissner, Dr. J., Ebenhausen
 Reiter, Prof. Dr. H., Gmund
 Reiter, Janusz, Botsch. a.D., Warschau/Polen
 Reljić, Dr. Dušan, Berlin
 Remmers, Dr. W., Minister a.D., Berlin
 Renaud, Jean-Claude, Brüssel/Belgien
 Rendtorff, Prof. Dr. T., München
 Renouard, Isabelle, Paris/Frankreich
 Resch, Dr. I., Gräfelting
 Reschke, Dr. H., Mannheim
 Rest, Prof. Dr. W., Münster i.W.
 Réti, Ervin, Budapest/Ungarn
 Reuther, Eberhard, Hamburg
 Revel, Jean-François, Paris/Frankreich
 Reverdin, Prof. O., Genf/Schweiz
 Richebächer, Dr. K., Frankfurt a.M.
 Richter, Prof. Dr. H.-E., Gießen
 Richter, Johannes, Leipzig
 Richter, Stephan-Götz, Washington/USA
 Richthofen, Dr. H. Frhr. v., Botsch., Brüssel/B
 Ridder, Prof. Dr. H., Gießen
 Riedmiller, Josef, München
 Riedmüller, Prof. Dr. Barbara, Berlin
 Rieger, Dr. W., Hamburg
 Rieger, Dipl.-Ing. U., Hamburg
 Riehle, Dr. W., Burgenhausen
 Riehl-Heysse, Herbert, München
 Riese, Prof. Dr. H., Berlin
 Riesenhuber, Dr. H., BMin. a.D., MdB, Bonn
 Riesner, Prof. Dr. W., Zittau
 Ringstorff, Dr. H., Schwerin
 Risler, Thorwald, Bonn
 Ritscher, Prof. Dr. H., Hamburg
 Ritter, Prof. Dr. G., München
 Ritter, Prof. Dr. K., Ebenhausen
 Robbins, Lord L. Ch., London/England
 Robins, Dr. P., Oxford/England
 Rocard, Michel, Premiermin. a.D., Paris/F
 Rödinger, Horst, Hamburg
 Roellecke, Prof. Dr. G., Karlsruhe
 Röling, Prof. Dr. B. V. A., Groningen/NL
 Roer, Dipl.-Volksw. E.-M., Bad Bocklet
 Roeseler, Dr. A., München
 Rogiers, Dr. F., Brüssel/Belgien
 Rogosin, Dr. D., Moskau/Russland
 Rogow, Prof. S., Moskau/Russland
 Rohmoser, Prof. Dr. G., Stuttgart
 Rollet, Henry, Generalkonsul a.D., Paris/F
 Rollmann, Dietrich, Hamburg
 Ronchey, Dr. A., Rom/Italien
 Ronneberger, Prof. Dr. F., Nürnberg
 Roper, John, London/England
 Rosanow, Prof. Dr. G., Moskau/UdSSR
 Rosen, Dr. R. von, Frankfurt a.M.
 Rosenmayr, Univ.-Prof. Dr. L., Wien/Österr.
 Rosenstiel, Dr. F., Straßburg/Frankreich
 Roß, Jan, Hamburg/Berlin
 Rossbach, Gerhard, Hamburg
 Rotfeld, Dr. A., Stockholm/Schweden
 Roth, Dipl.-Volksw. W., MdB, Bonn
 Rothschild, Prof. Dr. K. W., Linz/Österreich
 Rotta, Hans, Stuttgart
 Rouleau, Eric, Botsch. a.D., Paris/Frankreich
 Rován, Prof. J., Paris/Frankreich
 Rowold, Dr. M., Moskau/UdSSR
 Rubinski, Prof. J. I., Moskau/UdSSR
 Rudenko, Prof. Y. N., Moskau/Russland
 Rudolph, Dr. H., Berlin
 Rüb, Dr. Matthias, Budapest/Ungarn
 Rüegg, Prof. Dr. W., Bern/Schweiz
 Rühle, Volker, Bundesminister, MdB, Bonn
 Rühl, Prof. Dr. G., Berlin
 Rühl, Dr. L., Staatssekr. a.D., Bonn
 Rühmkorf, Dipl.-Psych. E., Minister a.D., Kiel
 Rüstow, Prof. Dr. H. J., München
 Rüttgers, Dr. J., Bundesminister, MdB, Bonn
 Ruffmann, Prof. Dr. K.-H., Erlangen
 Ruhfus, Dr. J., Botschafter a.D., Bonn
 Ruhnauf, Prof. Heinz, Staatss. a.D., Bonn
 Rumer, E. B., Washington, D.C./USA
 Rumpf, Prof. Dr.-Ing. H., Karlsruhe
 Rupert, Dr. A., Kapstadt/Rep. Südafrika
 Rupnik, Prof. J., Paris/Frankreich
 Rusconi, Prof. G. E., Turin/Italien
 Rykin, Dr. W., Moskau/UdSSR
 Ryschkow, Wladimir A., Moskau/Russland
 Sänger, Fritz, München
 Sagladin, Wadim, Moskau/UdSSR
 Sahn, Prof. Dr. A., München

Salimgerei, A., Almaty/Kasachstan
Salin, Prof. Dr. E., Basel/Schweiz
Salin, Prof. P., Paris/Frankreich
Sames, Dr. W., RegDir., Bonn
Sanakojew, Schalwa, Moskau/UdSSR
Sand, Dr. M., Straßburg/Frankreich
Sandschneider, Prof. Dr. Eberhard, Berlin
Sannwald, Dr. R., Brüssel/Belgien
Sassin, Dr.-Ing. W., Laxenburg/Österreich
Sauzay-Stoffaas, Brigitte, Berlin
Saxer, Prof. Dr. U., Zürich/Schweiz
Scardigli, Victor, Paris/Frankreich
Schachtschabel, Prof. Dr. H., Mannheim
Schäfer, Harald B., Offenburg
Schäfer, Helmut, MdB, Staatsminister, Bonn
Schaefer, Prof. Dr.-Ing. H., München
Schäfer, Prof. Dr. K. H., Hamburg
Schäfer, Dr. M., Minister a.D., Saarbrücken
Schaefer, Dr. Michael, Berlin
Schaeffler, Dr. W., Herzogenaurach
Schäuble, Dr. W., MdB, Bonn
Schaffhauser, Prof. Dr. Jean-Luc, Straßburg/F
Schaffrath, Klaus-Uwe, Peking/China
Schardt, Alois, München
Scharf, Prof. A., München
Scharpf, Prof. Dr. F., Berlin
Scharwächter, Prof. Dr. R., Stuttgart
Schavan, Dr. A., Ministerin, Stuttgart
Scheel, Walter, BundesPräs. a.D., München
Scheffold, Horst, Berlin
Scheid, Prof. Dr. R., Frankfurt a.M.
Schejnis, Viktor, Moskau/Russland
Schelsky, Prof. em. Dr. H., Münster i. W.
Schenajew, Prof. Dr. W., Moskau/UdSSR
Scherf, Dr. Henning, Bürgermeister, Bremen
Scheuch, Prof. Dr. E., Köln
Schewzowa, Dr. Lilija, Moskau/Russland
Schidlowskij, Dr. A. K., Kiew/Ukraine
Schieferdecker, Dr. H., Berlin/DDR
Schierwater, Dr. H.-V., Wedel
Schill, Dr. H. J., MinDirig., Bonn
Schiller, Prof. Dr. K., BM a.D., Hamburg
Schiller, Dr. U., Bethesda/USA
Schily, Otto, MdB, Bonn
Schlant-Bradley, Prof. Dr. E., Washington/USA
Schlauch, Rezzo, MdB, Bonn
Schlecht, Prof. Dr. O., Staats. a.D., Bonn
Schlegelberger, Dr. H., Minister a.D., Kiel
Schleiminger, Dr. G., Basel/Schweiz
Schleyer, Hanns-Eberhard, Bonn
Schlie, Dr. U., Berlin
Schlögel, Prof. Dr. Karl, Frankfurt/Oder
Schlömann, H., Regierungsrat, Bonn
Schloten, Dieter, MdB, Bonn
Schmähl, Prof. Dr. W., Berlin
Schmelzer, Dr. H., Köln
Schmid, Dr. G., M. A., München
Schmidbauer, Bernd, Staatsminister, Bonn
Schmid-Burgk, Dr. K., Hamburg
Schmidla, Ulrich, Warschau/Polen
Schmidt, Christian, MdB, Bonn
Schmidt, Helmut, Bundeskanzler i.R., Hamburg
Schmidt, Dr. H. B., Bonn
Schmidt, Joachim, Botsch., Belgrad/Serbien
Schmidt, Prof. Dr. M., Berlin/DDR
Schmidt, Renate, MdL, München
Schmidt, Dr. V., Bonn

Schmidt-Häuer, Christian, Moskau/UdSSR
Schmidt-Tiedemann, Dr. K. J., Hamburg
Schmiegelow, Henrik, Bonn
Schmölz, Prof. Dr. F. M., Salzburg/Österreich
Schmückle, Gerd, General a.D., München
Schneider, Dr. F., München
Schneider, Prof. Dr. H. K., Köln
Schneider, Prof. Dr. H.-P., Hannover
Schneider, Manfred, Berlin
Schneider, Manfred, Berlin
Schneider, Dr. O., BundesMin. a.D., Bonn
Schneider, Dr. W., Düsseldorf
Schnelle, Eberhard, Quickborn
Schnitker, Paul, Bonn
Schnoor, Dr. H., Minister, Düsseldorf
Schnusener, Josef, Gelsenkirchen
Schoberth, M. A., Prof. Dr. F. W., Nürnberg
Schockenhoff, Dr. Andreas, MdB, Berlin
Schönbohm, Dr. W., Stuttgart
Schoenwaldt, Peter, GKs, Lyon/Frankreich
Schötter, Heinrich Wilhelm, Hamburg
Scholle, Dr. Manfred, Münster
Schomerus, Dr. L., Bonn
Schotte, Jan P., Bischof, Rom/Italien
Schouten, Prof. Dr. D. B. J., Tilburg/Niederl.
Schouten, Prof. Dr. J. F., Eindhoven/Niederl.
Schramm, Prof. Dr. G., Tübingen
Schreiber, Dr. M., MinDir., Bonn
Schreiner, Hanns, MinDirig., Mainz
Schreiner, Ottmar, MdB, Bonn
Schrenck-Notzing, Caspar Baron v., München
Schröder, Dr. D., Basel/Schweiz
Schröder, Dieter, Berlin
Schröder, Prof. Dr. Richard, Berlin
Schroers, Rolf, Gummersbach
Schubert, Dr. H., MinDir. a.D., Wiesbaden
Schubert, Prof. Dr. K. von, Heidelberg
Schubert, Prof. Dr. R., Nürnberg
Schüler, Dr. J., Brüssel/Belgien
Schürch, Fritz, Neuchâtel/Schweiz
Schütterle, Dr. P., Brüssel/Belgien
Schütze, Dr. Ch., München
Schütze, Dr. W., Paris/Frankreich
Schulmann, Dr.H.,Staats. a.D., Frankfurt a.M.
Schulte, Prof. Dr. H., Bonn
Schulte-Hillen, Gerd, Hamburg
Schulten, Prof. Dr. R., Jülich
Schultz, Fritz R., Gau-Bischofsheim
Schulz, Prof. Dr. E., Bonn
Schulz, Prof. Dr. W., Tübingen
Schulze, Franz-Joseph, General a.D., Bonn
Schulze, Prof. Dr. G., Bamberg
Schulze, Martin, Bonn
Schulze-Vorberg, Dr. M., Kitzingen
Schulz-Hardt, Dr. J., Bonn
Schumacher, Dr. E. F., London/England
Schumacher, Dr. H., Paris/Frankreich
Schumilin, Alexander I., Moskau/Russland
Schunck, Dr. A., Frankfurt a.M.
Schunter-Kleemann, Prof. Dr. Susanne, Bremen
Schur, Gustav-Adolf, MdB, Bonn
Schuster, Prof. Dr. E., Heidelberg
Schuster, Dr. G., Bonn
Schuster, Dr. H., München
Schwätzer, Dr. Irmgard, BMin. a.D., Bonn
Schwalbach, Hans, Kiel
Schwamm, Prof. H., Genf/Schweiz

Schwarz, Prof. Dr. H. P., Bonn
Schwarzenbach, Cyrill E., Zürich/Schweiz
Schwarzenberg, Karl Fürst von, Prag/ČSFR
Schwarzkopf, Dr. H., Hamburg
Schwarz-Schilling, Dr. Chr., Min. a.D., Berlin
Schweitzer, Pierre Paul, Paris/Frankreich
Schweppe, Dr. Reinhard, Berlin
Schwerte, Prof. Dr. H., Aachen
Seebacher-Brandt, Dr. Brigitte, Bonn
Seefin, Dr. L. L., Alexandria/Ägypten
Seeger, Dr. J., Staatssekretär, Düsseldorf
Seehofer, Horst, Bundesminister, MdB, Bonn
Seelmaecker, Joachim, Hamburg
Seewald, Dr. H., Stuttgart
Segbers, Prof. Dr. Klaus, Berlin
Segre, Sergio, Rom/Italien
Seidel, Prof. Dr. B., Göttingen
Seidel, Prof. Dr. H., Wien/Österreich
Seifert, Prof. Dr. J., Hannover
Seitz, Dr. K. Botschafter a.D., Bonn
Selbach, Prof. Dr. H., Berlin
Selbmann, Eugen, Bonn
Senghaas, Prof. Dr. D., Bremen
Sengling, Prof. Dr. D., Frankfurt a.M.
Sethe, Dr. P., Hamburg
Seton, Dr. F., Oxford/England
Seydak, Pawel, Oberst, Warschau/Polen
Shedrovitzky, Prof. Dr. P., St. Petersburg/Russl.
Shen Jueren, Beijing/China
Shi Mingde, Beijing/China
Shi Ze, Beijing/China
Shils, Prof. E., Chicago/USA
Shoval, Zalman, Tel Aviv/Israel
Shpak, Prof. P. F., Kiew/Ukraine
Shukow, Juri, Moskau/UdSSR
Shulman, Prof. M. D., New York/USA
Shurkin, Prof. V., Moskau/UdSSR
Sidorow, W. S., Botsch., Moskau/Russland
Siebert, Dipl.-Volksw. H.-A., Washingt./USA
Siebker, Manfred, Gänserndorf/Österreich
Siedler, Wolf Jobst, Berlin
Sieverts, Prof. Dr. R., Hamburg
Sigmond, Dr. A., Rom/Italien
Silin, Eugeni, Moskau/UdSSR
Siller, Peter, Berlin
Simon, Dr. H., Karlsruhe
Simon, Michel-François, Paris/Frankreich
Simon, Prof. Dr. W., Berlin
Simson, Prof. Dr. W. von, Freiburg i.Br.
Sisow, Nicolai, Moskau/UdSSR
Sivers, Prof. Dr. E. von, Stuttgart
Sjaganow, Dr. G., Moskau/Russland
Skalski, Ernest, Warschau/Polen
Skierka, Volker, Hamburg
Skjarow, Witalij, Minister, Kiew/Ukraine
Skrypczak-Spak, Dr. M., Posen/Polen
Skubiszewski, Prof. Dr. K., Den Haag/NL
Slotosch, Dr. W., München
Smirnow, Prof. W. S., Leningrad/UdSSR
Smolar, Prof. Aleksander, Warschau/Polen
Smoydzin, Werner, MinDir., Bonn
Smyser, Dr. W. R., Washington/USA
Sobtschak, Prof. A. A., Bgm., St.Petersbg./Russl.
Soell, Prof. Dr. H., MdB, Bonn
Solzbacher, Prof. Dr. Claudia, Osnabrück
Söring, Eduard, Hamburg
Sohmen, Prof. Dr. E., Heidelberg

Sohn, Prof. Dr. K. H., Staatssekr. a.D., Köln
 Sokolow, Prof. Dr. B., Moskau/UdSSR
 Solms, Prof. Dr. H., Genf/Schweiz
 Sombart, Dr. N., Straßburg/Frankreich
 Sommer, Dr. Th., Hamburg
 Song Jian, Beijing/China
 Sonnenfeldt, Prof. H., Washington, D.C./USA
 Sontheimer, Prof. Dr. K., München
 Schaefer, Dr. Michael, Berlin
 Sorić, Miodrag, Köln
 Sorin, Prof. V., Moskau/UdSSR
 Spáčil, Dr. D., Prag/ČSFR
 Späth, Dr. L., MinPräs. a.D., Jena
 Späth, Dr. M., Köln
 Speranza, Dr. G., Brüssel/Belgien
 Sperber, Manès, Paris/Frankreich
 Spernert, Prof. Dr. E., Sulzburg-Laufen
 Spethmann, Dr. D., Duisburg
 Spiegelhalter, Dr. F., Freiburg i. Br.
 Spindler, Gert P., Hilden
 Spinelli, Prof. A., Rom/Italien
 Spitzer, Dipl.-Ing. H., Düsseldorf
 Stackelberg, Dr. K. G. Frhr. v., Bielefeld
 Stahl, Erwin, Parl. Staatss. a.D., Bonn
 Stalev, Dr. S., Botsch. a.D., Sofia/Bulgarien
 Stålvant, Carl-Einer, Stockholm/Schweden
 Stammler, Eberhard, Stuttgart
 Standfest, Dr. E., Düsseldorf
 Standke, Dr. K. H., Berlin
 Starke, Dr. K. H., Bonn
 Starlinger, Prof. Dr. P., Köln
 Staudt, Erwin, Stuttgart
 Stebelski, Stanislaw, Botsch., Helsinki/Polen
 Steeg, Helga, Wachtberg
 Steffani, Prof. Dr. W., Hamburg
 Steffe, Dr. H.-O., Luxemburg/Luxemburg
 Steger, Dr. H. A., Botsch. a.D., Budapest/Ung.
 Stehle, Dr. H., Wien/Österreich
 Stehlin, Paul, General, Paris/Frankreich
 Steinbach, Thilo, Paris/Frankreich
 Steinbach, Dr. U., Hamburg
 Steinel, Helmut, Brüssel/Belgien
 Steinert-Dalmer, Prof. Dr. Marlis, Genf/CH
 Steinhaus, Rolf, Flottillenadmiral, Bonn
 Steinkühler, Franz, Oberursel
 Stephan, Dr. Cora, Frankfurt a.M.
 Steppacher, Dr. R., Basel/Schweiz
 Stern, Carola, Köln
 Stern, Prof. Dr. F., New York/USA
 Stern, Prof. Dr. K., Köln
 Steves, Kurt, Köln
 Stich, Dr. H., München
 Stierlin, Prof. Dr. H., Heidelberg
 Stiller, Günter, Hamburg
 Stock, Prof. Dr. Günther, Berlin
 Stohler, Prof. Dr. J., Basel/Schweiz
 Stolpe, Dr. M., MinPräs., Potsdam
 Stolze, Diether, Staatssekretär a.D., München
 Stone, Prof. Dr. S., Washington/USA
 Stordel, Dr. H., Genf/Schweiz
 Strasser, Prof. Dr. J., Berg
 Streeck, Prof. Dr. Wolfgang, Köln
 Streeten, Prof. P., Boston/USA
 Streicher, Dr. H., Hamburg
 Streissler, Prof. Dr. E., Wien/Österreich
 Ströcker, Prof. Dr. Elisabeth, Köln
 Stroetmann, Clemens, Staatss., Bonn
 Strümpel, Prof. Dr. B., Berlin
 Stucken, Dr. Bernd-Uwe, Shanghai/China
 Studer, Norbert, St.-Etienne/Frankreich
 Studnitz, Dr. E.-J. von, Botsch., Moskau
 Stüdemann, Dietmar, Berlin
 Stürmer, Prof. Dr. Michael, Berlin
 Stützle, Dr. W., MinDir. a.D., Bonn
 Stuth, Reinhard, Staatsrat, Hamburg
 Sudhoff, Dr. J., Botschafter a.D., Paris/F
 Summa, Timo, Brüssel/Belgien
 Sund, Olaf, Senator a.D., Düsseldorf
 Šundić, Milika, Belgrad/Jugoslawien
 Supek, Prof. Dr. R., Zagreb/Jugoslawien
 Svilanović, Goran, Min., Belgrad/Serbien
 Swerew, Sergej, Moskau/UdSSR
 Szeemann, Dr. H., Zürich/Schweiz
 Szürös, Dr. M., Budapest/Ungarn
 Tacke, Bernhard, Düsseldorf
 Tarassow, Pawel, Moskau/UdSSR
 Tashan, Seyfi, Ankara/Türkei
 Tashmukhamedova, N., Taschkent/Usbekistan
 Tatsi, Sergej G., Moskau/UdSSR
 Tatu, Michel, Paris/Frankreich
 Taubes, Prof. Dr. J., Berlin
 Taus, Dr. J., Wien/Österreich
 Tedeschi, Dr. B., Rom/Italien
 Tedstrom, J. E., Washington, D.C./USA
 Tegtmeier, Dr. W., Staatss., Bonn
 Teichert, Manfred, Brüssel/Belgien
 Teltschik, Dr. H., München
 Tenter, Dieter, Hamburg
 Tenter, Hermann, Hamburg
 Teokarević, Dr. J., Belgrad/Serbien
 Terechow, Wladislaw, Botschafter a.D., Bonn
 Teske, Knut, Hamburg
 Thadden, Prof. Dr. R. v., Göttingen
 Theobald, Dipl.-Kaufmann A., Köln
 Thiemann, Dr. E., Salzhäusen
 Thiemann, Dr. H., Vesenez/Schweiz
 Thierse, Wolfgang, MdB, Bonn
 Thoben, Dipl.-Vw. Christa, Staatss., Bonn
 Thönnies, Franz, MdB, Berlin
 Thönnies, Dr. W., Genf/Schweiz
 Thoma, Dr. F., München
 Thomae, Prof. Dr. H., Bonn
 Thomas, Prof. Dr. J., Paris/Frankreich
 Thomas, Dr.-Ing. U., Min. a.D., Wachtberg
 Thomasius, Prof. Dr. H., Dresden
 Thomsen, Dr. D., Wolfsburg
 Thorn, Gaston, MinPräs. a.D., Luxemburg/L
 Thurn, Dr. M., Wien/Österreich
 Tibi, Prof. Dr. B., Göttingen
 Tichwinski, Prof. Dr. S., Moskau/UdSSR
 Timoshenko, J. V., Kiew/Ukraine
 Tinbergen, Prof. em. Dr. J., Den Haag/NL
 Tindemans, Prof. L., Min. a.D., Edegen/B
 Tobin, Prof. J., New Haven/USA
 Todenhöfer, Dr. J. G., Bonn
 Tokarevsky, Prof. Dr. V. V., Kiew/Ukraine
 Tolkmitt, Dr. H. B., Hamburg
 Tolkunow, Lew, Moskau/UdSSR
 Tomala, Dr. M., Warschau/Polen
 Topf, Dr. E., Hamburg
 Tornetta, Vincenzo, Botsch. a.D., Rom/Italien
 Trefilow, Prof. Dr. W. I., Kiew/Ukraine
 Treiber, Dr.-Ing. H., Leverkusen
 Treuner, Prof. Dr. P., Stuttgart
 Trier, Prof. Dr. Ir. van, Eindhoven/NL
 Triesch, Günter, Siegburg
 Troeger, Dr. H., Staatsmin. a.D., Frankf. a.M.
 Trott zu Stolz, Dr. Levin von, Hamburg
 Truchanowski, Prof. W. G., Moskau/UdSSR
 Trumpf, Dr. J., Staatssekretär a.D., Bonn
 Tschierow, Nikolai, Moskau/UdSSR
 Tschikwadse, Prof. V., Moskau/UdSSR
 Tschistow, W. W., Moskau/UdSSR
 Tuchel, Prof. Dr., Wuppertal
 Tudyka, Prof. Dr. K. P., Bonn
 Türkmén, Ilter, Minister a.D., Istanbul/Türkei
 Tugendhat, Sir Christopher, London/England
 Tuomioja, Dr. Erkki, Min., Helsinki/Finnland
 Tuppy, Prof. Dr. H., Wien/Österreich
 Udgaard, Dr. N. M., Oslo/Norwegen
 Ueberhorst, Reinhard, Elmshorn
 Ueberschaer, Dr. Hans-Chr., Botsch., Peking
 Uexküll, Gösta Baron v., Hamburg
 Ullmann, Dr. W., MdB, Bonn
 Ulrich, Prof. Dr. B., Göttingen
 Ulriksson, Prof. Dr. V., Bad Godesberg
 Unsel, Dr. S., Frankfurt a.M.
 Uri, Prof. P. E., Paris/Frankreich
 Utkin, Prof. A., Moskau/Russland
 Vaatz, Arnold, Minister, Dresden
 Väyrynen, Prof. Dr. R., Helsinki/Finnland
 Vaillaud, Michel, Montrouge/Frankreich
 Vanberg, Prof. Dr. V., Freiburg
 Vaner, Dr. S., Paris/Frankreich
 Vardi, Dr. J., Tel Aviv/Israel
 Varga, Prof. Dr. C., Budapest/Ungarn
 Vashakmadze, Dr. G., Tbilisi/Georgien
 Vater, Karlheinz, Düsseldorf
 Vaubel, Dr. L., Wuppertal
 Vehse, Dr. W., Berlin
 Verdoorn, Prof. Dr. P. J., Den Haag/Niederl.
 Veremis, Prof. T. M., Athen/Griechenland
 Verheugen, Günter, MdB, Bonn
 Verner, Jaroslav J., Konsul a.D., Hamburg
 Vernet, Daniel, Paris/Frankreich
 Vester, Dr. F., München
 Vester, Prof. Dr. Michael, Hannover
 Vetter, Heinz Oskar, Düsseldorf
 Vida Liebermann, Hélène, Paris/Frankreich
 Viermetz, Kurt F., New York/USA
 Visentini, Prof. B., Ivrea/Italien
 Vito, Prof. Dr. F., Mailand/Italien
 Vitt, Werner, Hannover
 Vogel, Friedrich, MdB, Staatsmin. a.D., Bonn
 Vogel, Dr. H., Rostock/DDR
 Vogel, Prof. Dr. H., Köln
 Vogel, Dr. H.-J., Bundesmin. a.D., München
 Vogel, Dr. O., Köln
 Vogt, Prof. J., Oslo/Norwegen
 Voigt, Prof. Dr. F., Bonn
 Voigt, Karsten D., MdB, Bonn
 Volkamer, Prof. Dr. Meinhard, Osnabrück
 Vollmer, Dr. Antje, MdB, Berlin
 Voorst, L. Bruce van, Brüssel/Belgien
 Voscherau, Dr. H., Bgm. a.D., Hamburg
 Voslensky, Prof. Dr. Dr. M., Bonn
 Voswinckel, Dipl.-Vw. J., Hamburg
 Voswinckel, Ulrich, Hamburg

Vulfsons, Prof. M., Riga/Lettland
 Vydrin, Dr. D. I., Kiew/Ukraine

Wätjen, Dr. E., Ascona/Schweiz
 Waganow, Boris, Moskau/UdSSR
 Wagner, Prof. Dr. R., München
 Wagner, Dr. T., Stadtpräsident, Zürich/CH
 Wagner, Dr. W., Hannover
 Wahl, Jürgen, Bonn
 Wahl, Stefanie, Bonn
 Waldhausen, Wolfgang von, Düsseldorf
 Wallraff, SJ, Prof. Dr. H. J., Frankfurt a. M.
 Walsum, A. Peter van, Botsch., Bonn
 Walter, Prof. Dr. E. J., St. Gallen/Schweiz
 Walter, Prof. Dr. Franz, Göttingen
 Walters, Alan A., London/England
 Walther, Prof. Dr. A., Darmstadt
 Walther, Dr. Maria, Frankfurt a. M.
 Wang Chunzheng, Minister, Beijing/China
 Wapnewski, Prof. Dr. P., Berlin
 Ward, Jr., George F., Ges., Washington/USA
 Warns, Dr.-Ing. O., Bois le Roi/Frankreich
 Wassermann, Rudolf, Braunschweig
 Wdowitschenko, Larisa N., Moskau/Russland
 Weber, Dr. G., Hamburg
 Weber, Raymond, Luxemburg/Luxemburg
 Wechmar, R. Frhr. v., Botsch. a. D., München
 Wegener, Dr. H., Botschafter, Madrid/Spanien
 Wegner, Christian, Hamburg
 Wegner, Jürgen, Dresden
 Wegner, Dr. M., München
 Wehmeier, Dr. Klaus, Hamburg
 Wehner, Prof. Dr.-Ing. B. B., Berlin
 Wehowsky, Dr. St., München
 Weichmann, Prof. Dr. H., Bgm. a. D., Hamburg
 Weidenfeld, Lord, London/England
 Weidenfeld, Prof. Dr. W., München
 Weinrich, Prof. Dr. H., Paris/Frankreich
 Weiss, Prof. Dr. A., München
 Weiss, Prof. Dr. C., Leipzig
 Weiss, Dr. F.-P., Dresden
 Weiß, Konrad, Berlin
 Weisser, Ulrich, Vizeadmiral, Bonn
 Weizsäcker, Prof. Dr. C. C. Frhr. v., Köln
 Weizsäcker, Prof. Dr. C.-F. Frhr. v., Starnberg

Weizsäcker, Dipl.-Biol. Chr. v., Bonn
 Weizsäcker, Dr. E. U., Frhr. v., Wuppertal
 Weizsäcker, Dr. R. v., BundesPräs. a. D., Berlin
 Welbergen, Dipl.-Ing. J. C., Hamburg
 Welitschko, Wladimir S., Moskau/Russland
 Well, Günther van, Botsch. a. D., Washingtd./USA
 Welle, Klaus, Brüssel/Belgien
 Wells, Samuel F., Washington, D.C./USA
 Wendig, Dr. F., Bonn
 Wenger, Dr. K., Wien/Österreich
 Wenke, Prof. Dr. H., Hamburg
 Werner, Dr. A., Dortmund
 Werthern-Beichlingen, Thilo v., Mainz
 Werz, Prof. Dr. Nikolaus, Rostock
 West, Dr. Klaus-W., Freiburg
 Wessel, Dr. H., Berlin/DDR
 Westermann-Krieg, Liesel, Solingen
 Wettig, Dr. G., Köln
 Weyers, Helmut, Colombo/Sri Lanka
 Wiatr, Dr. S., Warschau/Polen
 Widgren, Jonas, Wien/Österreich
 Widmaier, Prof. Dr. H. P., Regensburg
 Wieck, Dr. H. G., Botschafter a. D., München
 Wieland, Prof. Dr. Josef, Konstanz
 Wieser, Prof. Dr. W., Berlin
 Wild, Prof. Dr. W., Staatsm. a. D., München
 Wildenmann, Prof. Dr. R., Mannheim
 Wiles, Prof. P., London/England
 Willet, John, London/England
 Willke, Prof. Dr. Helmut, Bielefeld
 Willms, Prof. Dr. M., Kiel
 Windsor, Philip, London/England
 Wingen, Prof. Dr. M., Bonn
 Winkler, Dr. A., Potsdam
 Winkler, Prof. Dr. H. A., Stegen
 Winogradow, Wladimir, Moskau/Russland
 Winter, Prof. Dr. E. F., Wien/Österreich
 Wistinghausen, H. v., Botsch., Helsinki/Fin
 Witte, Dr. B., MinDir. a. D., Bonn
 Wittebrood, Prof. Drs. C. F., Brüssel/Belgien
 Wladislawlew, Prof. A., Moskau/UdSSR
 Wocker, Dr. K.-H., London/England
 Wölber, D. Dr. H. O., Bischof, Hamburg
 Woelker, Dr. Chr., MinDirig., Bonn
 Wörner, Dr. M., BM a. D., Brüssel/Belgien

Wojna, Ryszard, Warschau/Polen
 Wolf, Prof. Dr. E., Göttingen
 Wolff, Dr. G., Hamburg
 Wolff, Prof. Dr. P. de, Heemstede/Niederl.
 Woronenkowa, Prof. Galina, Moskau/Russland
 Wriedt, Christian, Hamburg
 Wright, Robert K., Budapest/Ungarn
 Wuttke, Jörg, Peking

Xin Futan, Beijing/China
 Xu Jialu, Beijing/China

Yagya, Prof. Dr. V. S., St. Petersburg/Russland
 Yang Qixian, Prof. Dr., Beijing/China
 Yang Bin, Shenyang/China
 Yigitgüden, Dr. H.Y., Staatssekr., Ankara/Türkei
 Yuan Ming, Prof. Dr., Beijing/China
 Yüksel, Süreyya, General a. D., Istanbul/Türkei

Zagorski, Dr. A., Moskau/Russland
 Zahn, Dr. P. von, Hamburg
 Zander, Prof. Dr. E., Hamburg
 Zapewalow, Valentin, Moskau/UdSSR
 Zazirny, W., Moskau/Russland
 Zechlin, Dr. H.-J., Frankfurt a. M.
 Zechmeister, Prof. Dr. K., Bonn
 Zellentin, Prof. Dr. Gerda, Köln
 Zemanek, Prof. Dr. H., Wien/Österreich
 Zemanek, Prof. Dr. K., Wien/Österreich
 Zepter, Bernhard, Brüssel/Belgien
 Zhang Yuebang, Beijing/China
 Zheng Silin, Minister, Beijing/China
 Zhu Min, Direktor, Beijing/China
 Ziebur, Prof. em. Dr. Gilbert, Braunschweig
 Zimmer, Prof. Dr. Jochen, Duisburg
 Zinn, Dr. Christa, Wiesbaden
 Zinn, Dr. G. A., MinPräs. a. D., Wiesbaden
 Zinner, Prof. Dr. P. E., Davis/USA
 Zöpel, Dr. Christoph, Staatsminister, Berlin
 Zöllner, Prof. Dr. M., Bayreuth
 Zou Congwu, Beijing/China
 Zweig, Dr. G., Frankfurt a. M.
 Zweigert, Prof. Dr. K., Hamburg
 Zwingmann, Prof. Dr. Chr., Frankfurt a. M.

Behandelte Themen

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
1961/1	Schwächen der industriellen Gesellschaft	Prof. Dr. F. W. Schoberth, M. A. Universität Erlangen/Nürnberg	Dr. H. B. Tolkmitt Unilever Hamburg
2	Kulturkrise in der industriellen Gesellschaft	Prof. Dr. Erik von Sivers Technische Hochschule Stuttgart	Prof. Dr. Fritz Voigt Universität Bonn
3	Glanz und Elend der Entwicklungshilfe	Prof. Dr. Fritz Baade, MdB Universität Bonn	Dr. Günther Buch Hamburg
4	Welche Fragen stellt uns die gesellschaftliche Entwicklung im Osten?	Prof. D. Helmut Gollwitzer Freie Universität Berlin	Prof. Dr. Eugen Kogon TH Darmstadt
1962/5	Die Fragwürdigkeit der Bildungspolitik in unserer freien industriellen Gesellschaft	Dr. Rüdiger Altmann DIHT, Bonn	Josef Müller-Marein „Die Zeit“, Hamburg
6	Die Erziehung zum Europäer. Ein geschichtlicher Auftrag in der freien Welt	Stéphane Hessel Ministère de l'Éducation Nationale, Paris	François Bondy „Preuves“, Paris
7	Die Bewältigung des Preis-Lohn-Problems und die Autonomie der Sozialpartner	Prof. Dr. Theodor Pütz Universität Wien	Prof. Dr. Gottfried Bombach Universität Basel
8	Die Preis-Lohn-Dynamik in der Bundesrepublik Deutschland	Dr. Hans-Constantin Paulssen Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln	Prof. Dr. Fritz Voigt Universität Bonn
1963/9	Maschine – Denkmaschine – Staatsmaschine Entwicklungstendenzen der modernen Industriegesellschaft	Prof. Dr. Pierre Bertaux Universität Lille	Prof. Dr. Arnold Gehlen TH Aachen
10	Kybernetik als soziale Tatsache Anwendungsbereiche, Leistungsformen und Folgen für die industrielle Gesellschaft	Prof. Dr. O. W. Haseloff PH Berlin	Dr. h. c. Frhr. v. Stackelberg EMNID-Institute GmbH Bielefeld
11	Die westliche Gesellschaft und die kommunistische Drohung Zur Psychologie der Aufweichung	Winfried Martini München	Prof. Dr. Th. Eschenburg Universität Tübingen
12	Wohin treibt die EWG? Europa mit oder ohne England?	U. W. Kitzinger, Oxford Roland Delcour, „Le Monde“ Paris-Bonn	Prof. Dr. Eugen Kogon TH Darmstadt

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
1964/13	Planung in der freien Marktwirtschaft	Prof. Dr. Edgar Salin Universität Basel	Prof. Dr. Gottfried Bombach Universität Basel
14	Wohin Deutschland in Europa?	Prof. Alfred Grosser, Univ. Paris Karl Theodor Frhr. zu Guttenberg, MdB, Bonn	François Bondy „Preuves“, Paris
15	Entwicklungshilfe – Mittel des Aufstiegs oder des Verfalls?	Dr. Walter Rau, BMZ, Bonn Dr. E. F. Schumacher National Coal Board, London	Prof. Dr. Edgar Salin Universität Basel
16	Industrielle Gesellschaft – menschlich oder unmenschlich?	Prof. Dr. Raymond Aron Universität Paris	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf Universität Konstanz
1965/17	Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – ein revolutionäres oder evolutionäres Ziel?	Prof. Dr. Helmut Meinhold Universität Frankfurt a.M. Prof. Dr. H. J. Wallraff, SJ Philos.-Theolog. Hochschule Frankfurt a. M.	Prof. Dr. Eugen Kogon TH Darmstadt
18	Hemmen Tabus die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft?	Prof. Dr. Alexander Mitscherlich Universität Heidelberg	Prof. Hellmut Becker Inst. f. Bildungsforschung Berlin
19	Automatisierung – eine gesellschaftliche Herausforderung? Soziale Konsequenzen aus Tatsachen und Ideologien	Prof. Dr. Gottfried Bombach Universität Basel Dr. Günter Friedrichs IG Metall, Frankfurt a.M. Dr. Kurt Pentzlin, H. Bahlsens Keksfabrik KG, Hannover	Prof. Dr. Hans Wenke Universität Hamburg
20	Ein Dilemma der westlichen Demokratien: Kurzfristige Soziallösungen contra langfristige Regionalpolitik – das europäische Koordinationsproblem	Prof. Dr. Leo H. Klaassen Nederlandsch Economisch Instituut, Rotterdam	Prof. Dr. Edgar Salin Universität Basel
1966/21	Die „unterentwickelten“ hochindustrialisierten Gesellschaften	Prof. Dr. Friedrich Heer Universität Wien	Prof. Hellmut Becker Inst. f. Bildungsforschung Berlin
22	Muß unsere politische Maschinerie umkonstruiert werden?	Dr. Rüdiger Altmann DIHT, Bonn Joseph Rován „Peuple et Culture“, Paris	Prof. Dr. Eugen Kogon TH Darmstadt
23	Wissenschaftliche Experten und politische Praxis – Das Problem der Zusammenarbeit in der heutigen Demokratie	Prof. Dr. Helmut Schelsky Universität Münster Dr. Ulrich Lohmar, MdB, Bonn	Prof. Hellmut Becker Inst. f. Bildungsforschung Berlin

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
24	Ist der Weltfriede unvermeidlich?	Prof. Dr. Carl-Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Uni Hamburg	Prof. Dr. Edgar Salin Universität Basel
1967/25	Bedroht die Pressekonzentration die freie Meinungsbildung?	Prof. Dr. Helmut Arndt Freie Universität Berlin	Prof. Hellmut Becker Inst. f. Bildungsforschung, Berlin
26	Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule – autonome Universität	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf Ph. D., Universität Konstanz	Prof. Hellmut Becker Inst. f. Bildungsforschung, Berlin
27	Beherrschen die Technokraten unsere heutige Gesellschaft? Erfahrungen und Perspektiven	Alfred Mozer EWG-Kommission, Brüssel	Prof. Dr. Eugen Kogon TH Darmstadt
1968/28	Freiheit als Störfaktor in einer program- mierten Gesellschaft	Frau Prof. Dr. Jeanne Hersch Universität Genf	Prof. Dr. Carl-Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Uni Hamburg
29	Fördern die Bündnissysteme die Sicher- heit Europas?	Prof. Wladimir Chwostow Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Moskau	Prof. Alfred Grosser Fondation Nationale des Science Politiques, Paris
30	Haben wir im entstehenden Europa noch eine Chance für die freie Markt- wirtschaft?	Dr. Hans von der Groeben EWG-Kommission, Brüssel	Prof. Dr. Hans Peter Ipsen Universität Hamburg
31	Mögliche und wünschbare Zukünfte	Dr. Robert Jungk Zentrum Berlin für Zukunftsfor- schung, Berlin	Prof. Hellmut Becker Inst. für Bildungsforschung Berlin
1969/32	Die Biologie als technische Weltmacht	Prof. Dr. Adolf Portmann Universität Basel	Prof. Dr. Hoimar von Ditfurth Universität Heidelberg
33	Verstärken oder verringern sich die Be- dingungen für Aggressivität? Die Rolle der Gewalt in der modernen Gesellschaft	Prof. Dr. Friedrich Hacker Beverly Hills/USA	Prof. Dr. Eugen Kogon TH Darmstadt
34	Welchen Spielraum hat die Entspan- nungspolitik? Eine Diskussion zwischen West- und Osteuropäern	Prof. Alfred Grosser Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris	Dr. Theo Sommer „Die Zeit“, Hamburg
1970/35	Zugänge zur Friedensforschung. Soziale und politische Perspektiven	Prof. Dr. Carl-Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Starnberg Prof. Dr. Richard Löwenthal Freie Universität Berlin	Prof. Dr. Karl Carstens Gesellschaft f. Auswärtige Politik, Bonn

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
36 Leningrad	Europäische Sicherheit und Möglichkeit der Zusammenarbeit. Wege für einen stabilen Frieden und die Sicherheit in Europa	Prof. Alfred Grosser Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris Nikolai E. Poljanow „Istwestija“, Moskau	Nikolai E. Poljanow „Istwestija“, Moskau
37	Demokratisierung der Demokratie? Möglichkeiten und Schwierigkeiten stärkerer Teilnahme an den Entscheidungsprozessen	Prof. Joseph Rovon Universität Paris/Vincennes	D. Klaus von Bismarck WDR, Köln
1971	Arbeitsgespräch: Aufgabenstellung und Verfahrensfragen einer internationalen Konferenz für Europäische Sicherheit	ohne Referat	Dr. Franz Karasek Wien
38	Infrastrukturreform als Innenpolitik – Möglichkeiten, Grenzen, Prioritäten	Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, Mainz	D. Klaus von Bismarck WDR, Köln
39	Globalsteuerung der Wirtschaft – Illusion oder Realität?	Prof. Dr. Gottfried Bombach Universität Basel	Prof. Dr. Herbert Giersch Inst. für Weltwirtschaft, Kiel
40	Der bevollmächtigte Mensch – Kann sich die freie industrielle Gesellschaft zur Stabilität und Reife entwickeln?	Prof. Dr. Dennis Gabor London/Rom	D. Klaus von Bismarck WDR, Köln
1972/41	Sprache und Politik. Können Begriffe die Gesellschaft verändern?	Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier München	Prof. Hellmut Becker Inst. f. Bildungsforschung Berlin
	Arbeitsgespräch: Demokratie und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik	Prof. Dr. Richard Löwenthal FU Berlin	François Bondy Zürich
42	Das erweiterte Europa zwischen den Blöcken	Prof. Dr. R. Dahrendorf, Brüssel Jean-Pierre Brunet, Paris Sir Con O'Neill, London	Bundesaußenminister Dr. Rudolf Kirchschläger Wien
43	Wo bleiben die alten Menschen in der Leistungsgesellschaft? Interdisziplinäre Diskussion in der Gerontologie	Prof. Dr. Helge Pross Universität Gießen	D. Klaus von Bismarck WDR, Köln
1973/44	Die „neue Mitte“: Schlagwort oder Strukturwandel?	Dr. Richard Frhr. v. Weizsäcker MdB, Bonn	D. Klaus von Bismarck WDR, Köln

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
45	Umsteuerung der Industriegesellschaft? Sollen Technik, Wirtschaft und Politik die wachsenden materiellen Ansprüche weiter befriedigen?	Bundesminister Dr. Hans-Jochen Vogel, Bonn Dr. Hugo Thiemann, Genf	Prof. Dr. Gottfried Bombach Universität Basel
46 Wien	Neutralität – Wert oder Unwert für die europäische Sicherheit	Bundesaußenminister Dr. Rudolf Kirchschläger, Wien Außenminister Gaston Thorn Luxemburg Vizeaußenminister Józef Czyrek, Warschau	Prof. Dr. Olivier Reverdin Genf
1974/47	Revolution der Gleichheit – Ende oder Beginn der Freiheit?	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf Brüssel	D. Klaus von Bismarck WDR, Köln
48	Rohstoff- und Energieverknappung – Herausforderung der Industriegesellschaft?	Prof. Dr. H. B. G. Casimir Eindhoven Dr. Manfred Schäfer Saarbrücken	Prof. Dr. Gottfried Bombach Universität Basel
49	Entwicklungshilfe – eine Illusion?	Prof. Dr. Peter T. Bauer, London Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn, Köln	Dr. Max Thurn, Wien
1975 Moskau	Arbeitsgespräch: Entspannungspolitik, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf London Dr. H. Ehrenberg, MdB, Bonn Dr. Theo Sommer, Hamburg Prof. Dr. C.-F. Frhr. v. Weizsäcker, Starnberg Prof. Dr. G. Arbatow, Moskau Prof. Dr. O. Bogomolow, Moskau Schalwa Sanakojew, Moskau Georgij Shukow, Moskau	1. Tag: Dr. Kurt A. Körber, Hamburg 2. Tag: Lew Tolkunow, Moskau
50	Kooperation oder Konfrontation – Stürzt die Wirtschaft in eine weltpolitische Krise?	Bundeskanzler Helmut Schmidt MdB, Bonn	Ministerpräsident Gaston Thorn, Luxemburg
51 Bonn	Welche Zukunft hat die parlamentarische Demokratie westlicher Prägung?	Ministerpräsident Gaston Thorn, Luxemburg	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf London
52	Ordnungspolitik oder Verteilungskampf? Eine Strategie der Innenpolitik	Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf Bonn	Dr. Theo Sommer, Hamburg
1976/53	Die Berufsgesellschaft und ihre Bildung. Bilanz und Ausblick	Staatsminister Prof. Dr. Hans Maier, München	Prof. Dr. Hellmut Becker Inst. für Bildungsforschung Berlin

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
54	Nach der Wahl '76: Welchen Spielraum hat die deutsche Innenpolitik?	ohne Referat	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf London
55	Entspannungspolitik nach Helsinki – eine Zwischenbilanz	Prof. Dr. G. Arbatow, Moskau Leonard H. Marks, Washington Dr. Theo Sommer, Hamburg Ryszard Wojna, Warschau	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf London
1977/56 Bonn	Ein anderer „Way of Life“ – Ist der Fortschritt noch ein Fortschritt?	Dr. E. F. Schumacher, London	Prof. Dr. Hans K. Schneider Köln
57 Luxemburg	Europa und die Weltwirtschaft – Politi- sche und ökonomische Ansätze zur Lö- sung des Nord-Süd-Konfliktes	Claude Cheysson, Brüssel Prof. Dr. Herbert Giersch, Kiel	Ministerpräsident Gaston Thorn, Luxemburg
58	Energiekrise – Europa im Belagerungs- zustand? Politische Konsequenzen aus einer eskalierenden Entwicklung	Dr. Guido Brunner, Brüssel	Prof. Dr. Hans K. Schneider Köln
1978/59	Terrorismus in der demokratischen Gesellschaft	Prof. Walter Laqueur, London	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf London
	Arbeitsgespräch: Alternativenergien unter besonderer Berücksichtigung der Sonnenenergie	Joachim Gretz, Ispra	Prof. Dr.-Ing. Werner H. Bloss Stuttgart
60	Europäische Arbeitslosigkeit als Dauerschicksal – oder brauchen wir einen anderen Arbeitsmarkt?	Bundesminister Dr. Volker Hauff, MdB, Bonn Prof. Dr. Gerhard Fels, Kiel Prof. Dr. Erich Streissler, Wien	Prof. Dr. Gottfried Bombach Basel
61	Wachstum und Lebenssinn – Alterna- tive Rationalitäten?	Prof. Dr. Carl-Friedrich Frhr. v. Weizsäcker, Starnberg	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf London
1979/62 Moskau	UdSSR und Bundesrepublik Deutsch- land – wirtschaftliche und politische Perspektiven in den 80er Jahren	Staatsminister Dr. Klaus von Dohnanyi, Bonn Alexander E. Bowin, Moskau	Dr. K. A. Körber, Hamburg Boris A. Borrisow, Moskau
63	Jugend und Gesellschaft. Chronischer Konflikt – neue Verbindlichkeiten?	Univ.-Prof. Dr. Leopold Rosenmayr, Wien	Staatsminister Prof. Dr. Hans Maier, München
64	Weltrezession 1980? Befürchtungen und Hoffnungen	Prof. Dr. Herbert Giersch, Kiel Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, Frankfurt a. M.	Prof. Dr. Hans K. Schneider Köln

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
1980/65	Der Westen und der Nahe Osten – Krise im Zeichen der islamischen Revolution? Kulturelle, wirtschaftliche, politische Aspekte	Dr. Arnold Hottinger, Madrid Prof. Dr. Hans A. Fischer-Bar-nicol, Heidelberg M. A. H. Hobohm, London	Dr. Udo Steinbach, Hamburg
66	Europas Sicherheit. Probleme der west-lichen Welt in den 80er Jahren	Dr. Christoph Bertram, London Dr. W. R. Smyser, Washington	Dr. Theo Sommer, Hamburg
67	Voraussetzungen und Ziele der Entspannung in den 80er Jahren – Der europäische Schauplatz	W. A. Matweew, Moskau Prof. Dr. Stanley Hoffmann, Cambridge, Mass./USA	Prof. Dr. Karl Kaiser, Bonn
1981/68	Der Ausbau des Sozialstaates und das Dilemma des Staatshaushaltes – ein internationales Problem	Prof. Dr. R. Dahrendorf, London Parl. Staatssekretärin Anke Fuchs, Bonn	Prof. Dr. Armin Gutowski Hamburg
69 Washington	Europe and America facing the crises of the 80's – lastings foundations and new forms of cooperation	Prof. Dr. R. Dahrendorf, London Prof. Dr. Stanley Hoffmann, Cambridge, Mass./USA	Prof. Dr. Karl Kaiser, Bonn
70	Was bleibt noch vom staatsbürgerlichen Grundkonsens? Jugendprotest, Wert-wandel, Krise der politischen Kultur	Dr. Hans-Jochen Vogel, Berlin Prof. Dr. E. Noelle-Neumann Allensbach	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf London
1982/71	Repräsentieren die Parteien unsere Gesellschaft?	Minister Dr. Werner Remmers Hannover Prof. Dr. Richard Löwenthal Berlin	Dr. Hans Heigert, München
72 Bonn	Wirtschaftspolitik in der Krise? Zur Situation in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland	Prof. J. Tobin, New Haven/USA Prof. M. Feldstein, Cambridge, Mass./USA Sir Alec Cairncross, Oxford A. A. Walters, London Prof. P. E. Uri, Paris Prof. P. Salin, Paris Prof. A. Gutowski, Hamburg Dr. H. Schulmann, Bonn	Prof. Dr. Herbert Giersch Kiel
1983/73 Zürich	Die politisch-kulturelle Herausforde-rung Europas – Ein Weg zur Erneue-rung der Industriegesellschaft	Präsident Gaston Thorn, Brüssel	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf London
74 Berlin	Die deutsche Frage – neu gestellt	Regierender Bürgermeister Dr. Richard Frhr. v. Weizsäcker Berlin	Prof. Dr. Karl Kaiser, Bonn

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
1984/75 Moskau	Zukunft Europas: Probleme der politischen und militärischen Entspannung. Perspektiven der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland	Ministerialdirektor Horst Teltschik, Bonn Wadim W. Sagladin, Moskau	Prof. Dr. Karl Kaiser, Bonn Juri Shukow, Moskau
76 Rom	Ist die Spaltung Europas das letzte Wort? Europa der Gegensätze auf dem Wege zu sich selbst	Franz Kardinal König, Wien Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, Hamburg	S. E. Botschafter Prof. Luigi Vittorio Graf Ferraris, Bonn
1985/77	Neue Strukturen für die soziale Sicherheit? Der Sozialstaat an der Wende zum 21. Jahrhundert	Prof. Dr. Helmut Meinhold, Heidelberg; Senator Ulf Fink, Berlin; Senator a. D. Olaf Sund, Düsseldorf.	Fides Krause-Brewer, Bonn
78 Bonn	10 Jahre Helsinki – die Herausforderung bleibt	Botschafter R. Burt, Bonn (USA) Prof. Dr. S. Tichwinskij, Moskau Dr. M. Szürös, Budapest Botschafter Prof. L. V. Graf Ferraris, Bonn (Italien) Prof. Dr. M. Dobrosielski Warschau MinDir. H. Teltschik, Bonn	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf Konstanz
1986/79 Brüssel	Findet Europa wieder die Kraft, eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen?	Präsident Jacques Delors, Brüssel Gen.-Sekr. Lord Carrington Brüssel Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, Hamburg	Prof. Dr. Karl Kaiser, Bonn
80	Bürger und res publica – die Zukunft der Verantwortung	Staatsminister Prof. Dr. Hans Maier, München	Prof. Dr. Ralf Dahrendorf Konstanz
1987/81 Moskau	Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Eine mittelfristige Perspektive	Volker Rühe, MdB, Bonn Wadim W. Sagladin, Moskau Egon Bahr, Hamburg	Valentin Falin, Moskau Dr. Theo Sommer, Hamburg
82 Genf	Die Modernität in der Industriegesellschaft – und danach?	Prof. Dr. Hermann Lübke, Zürich	Botschafter Prof. Luigi V. Ferraris, Bonn
83 Budapest	Zusammenarbeit als Mittel zur Vertrauensbildung. Die Zukunft der Ost-West-Beziehungen in Europa	Dr. M. Szürös, Budapest Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, Hamburg Prof. Dr. R. Bogdanow, Moskau Prof. Dr. H. Sonnenfeldt Washington	Prof. Dr. Karl Kaiser, Bonn

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
1988/84 Berlin	Systemöffnende Kooperation? Perspektiven zwischen Ost und West	Prof. W. Leonhard, New Haven Prof. Dr. Harry Maier, Flensburg	Jürgen Engert, Berlin
85 München	Die ökologische Wende – hat sie noch Chancen?	Dr. H. Frhr. v. Lersner, Berlin Staats. Alois Glück, München	Staatsmin. a.D. Prof. Dr. Hans Maier, München
86 Bonn	Das gemeinsame europäische Haus – aus der Sicht der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland	Wadim W. Sagladin, Moskau MinDir. Horst Teltschik, Bonn	Prof. Dr. Karl Kaiser, Bonn
1989/87 Dresden	Globale Umweltproblematik als gemein- same Überlebensfrage – neue Ko- operationsformen zwischen Ost und West	Prof. W. Mundt, Berlin/DDR Prof. Dr. W. Haber, München	Prof. Dr. Max Schmidt Berlin/DDR
88 Bonn	Auf dem Wege zu einem neuen Europa? Perspektiven einer gemeinsamen westli- chen Ostpolitik	Stellvertr. Außenminister Lawrence Eagleburger, Washington, D. C. Bots. Sir Christopher Mallaby Bonn (Großbritannien) MinDir. Horst Teltschik, Bonn	Sir Ralf Dahrendorf, Oxford
89 Prag	Chancen für die europäische Kultur am Ende des 20. Jahrhunderts – Gemein- samkeiten, Gegensätze, systemüber- greifende Kooperationen	Dr. Valtr Komárek, Prag Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Bonn	Dr. Hans Heigert, München
1990/90 Dresden	Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa?	Bundeskanzler a.D. Willy Brandt, Bonn Konsistorialpräsident Dr. Man- fred Stolpe, Berlin-Brandenburg Ministerpräsident Dr. Lothar Späth, Stuttgart	Sir Ralf Dahrendorf, Oxford
91 Moskau	Europa im Aufbruch – auf dem Wege zu einer neuen Friedensordnung	Wadim W. Sagladin, Moskau MinDir. Horst Teltschik, Bonn	Staatssekretär Dr. Andreas Meyer-Landrut Bonn
1991/92 Moskau	Perestrojka: Kontinuität, Ende oder Wende?	Prof. W. Wladislawlew, Moskau Dr. F. W. Christians, Düsseldorf	Sir Ralf Dahrendorf, Oxford
93 Berlin	Nach dem „Sozialismus“: Wie geht es weiter mit den neuen Demokratien in Europa?	Ministerpräsident a.D. Tadeusz Mazowiecki, Warschau Sir Ralf Dahrendorf, Oxford	Prof. Dr. Hans Maier München
1992/94 Dresden	Wege zur inneren Einheit – was trennt die Deutschen nach der Überwindung der Mauer?	Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf Dresden Wolfgang Thierse, MdB, Bonn	Dr. Brigitte Seebacher-Brandt Bonn

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
95 Paris	Welche Antworten gibt Europa auf die neuen Einwanderungswellen? Politische Voraussetzungen, gesellschaftliche Folgen	Bundeskanzler a.D. Willy Brandt, Bonn Präsident Jacques Delors Brüssel	Prof. Dr. Karl Kaiser Bonn
96 Tallinn	Zwischen Integration und nationaler Eigenständigkeit: wie findet Europa zusammen?	Jim Hoagland, Washington Dr. Krenzler, Brüssel Präsident Lennart Meri, Tallinn Botschafter T. Örn, Bonn (Schweden) Staatsmin. B. Schmidbauer, Bonn	Staatssekretär Dr. Andreas Meyer-Landrut Bonn
97 Kiew	Energiesicherheit für ganz Europa? Technische Voraussetzungen – wirtschaftliche Bedingungen – politische Aufgaben	Dr. Hermann Krämer, Hannover Min. Prof. W. Skljarrow, Kiew Helga Steeg, Paris Prof. Dr. Y. Rudenko, Moskau	Staatssekretär Dr. Andreas Meyer-Landrut Bonn
1993/98 Berlin	Orientierungskrise in Politik und Gesellschaft? Perspektiven der Demokratie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert	Dr. Antje Vollmer Bielefeld Prof. Dr. Wolf Lepenies Berlin	Jürgen Engert Berlin
99 Ditchley Park	Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben? Politische und ökonomische Herausforderungen für Amerika und Europa	Senator Bill Bradley Washington, D.C. Dr. W. F. van Eekelen, Brüssel Dr. H.-G. Poettering, Straßburg	The Lord Dahrendorf Oxford
100 Dresden	Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?	MinPräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Dresden Prof. Dr. Albert O. Hirschman Princeton/USA	Prof. Dr. Dieter Grimm Karlsruhe
1994/101 St. Petersburg	Rußland und der Westen: Internationale Sicherheit und Reformpolitik – Ziele und Mittel der Gestaltung	Min. A. A. Kokoschin, Moskau BMin. Volker Rühe, Bonn Bürgermeister Prof. A. A. Sobtschak, St. Petersburg	Staatssekretär Dr. Andreas Meyer-Landrut Bonn
102 Friedrichs- roda bei Gotha	Zukunftsfähigkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft	Dr. Lothar Späth, Jena Leo A. Nefiodow Sankt Augustin	Jürgen Engert Berlin
1995/103 Oxford	Die Verfassung Europas	Prof. Jean-Claude Casanova Paris Timothy Garton Ash, Oxford Dr. Wolfgang Schäuble, Bonn	The Lord Dahrendorf Oxford

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
104 Warschau	Europa – aber wo liegen seine Grenzen?	Prof. Bronislaw Geremek Warschau Anders Björck, Stockholm Senator J. François-Poncet, Paris	Prof. Dr. Karl Kaiser Bonn
105 München	Ein neuer Gesellschaftsvertrag? Wirtschaftliche Dynamik versus sozialer Zusammenhalt	Bundesminister Horst Seehofer, Bonn Prof. Dr. Barbara Riedmüller Berlin	Prof. Dr. Hermann Korte Hamburg
1996/106 Jerusalem	Europa und die Zukunft des Nahen Ostens – Frieden als Aufgabe	Dr. Mahdi F. Abdul Hadi Jerusalem Hanan Bar-On, Rehovot Prof. Leonard Hausman Cambridge/Mass. Jean-Paul Jesse, Tel Aviv (EU) Staatsminister Helmut Schäfer Bonn	Prof. Dr. Michael Stürmer Ebenhausen
107	Medien – Macht – Politik. Verantwortung in der Demokratie	Prof. Dr. Wolfgang Donsbach Dresden Senator Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, Hamburg Dr. Theo Sommer, Hamburg	Thomas Kielinger Bonn
108 Moskau	Was bewegt Rußland? Der Westen auf der Suche nach einem Partner	Sergej Baburin, Moskau Sir Rodric Braithwaite, London	Staatssekretär a. D. Dr. Andreas Meyer-Landrut Moskau
1997/109 Istanbul	Im Kreuzungspunkt der Kräfte – Die Türkei in einer veränderten politischen Umwelt	Ilter Türkmen, Istanbul Morton Abramowitz, Washington Hans-Ulrich Klose, Bonn	Prof. Dr. Curt Gasteyger Genf
110 Berlin	Wege aus der blockierten Gesell- schaft – Perspektiven für die Gestaltung der Zukunft	Dr. h. c. André Leysen, Mortselsel Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers, Bonn	The Lord Dahrendorf London
111 Amsterdam	Wie ist Europa zu sichern? Die Suche nach konzeptioneller Gestaltungskraft	Dr. Ulrich Cartellieri, Frankfurt Sir Christopher Mallaby, London Wolfgang Ischinger, Bonn Marten van Heuven, Washington Frits Bolkestein, Den Haag Prof. David P. Calleo Washington Max Kohnstamm, Brüssel Elmar Brok, Brüssel/Bielefeld	Prof. Dr. Michael Stürmer Ebenhausen

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
1998/112 Leipzig	Wachsende Ungleichheiten – neue Spaltungen? Exklusion als Gefahr für die Bürgergesellschaft	Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt Biedenkopf Dresden Prof. Dr. Heinz Bude, Hbg. Institut für Sozialforschung, Hamburg Prof. Dr. Wolfgang Huber, Bischof der Evang. Kirche in Berlin-Brandenburg, Berlin	Prof. Dr. Barbara Riedmüller Freie Universität Berlin
113 Baku/Aserbaidshanshan	Energie und Geostrategie im kaspischen Raum – Akteure, Interessen, Konfliktpotentiale	Dr. Terry D. Adams, Monument Oil and Gas plc, London Botschafter Vafa Goulizade, Republik Aserbaidshanshan, Baku Paul Haseldonckx, DEMINEX GmbH, Essen Staatssekretär Dr. Hans-Friedrich von Ploetz, Auswärtiges Amt, Bonn	Staatssekretär a.D. Dr. Andreas Meyer-Landrut Daimler-Benz AG, Moskau
1999/114 Magdeburg	Welche gesellschaftliche Wertigkeit hat der Sport?	Prof. Dr. Hans Lenk, Universität Karlsruhe Herbert Riehl-Heyse, Süddeutsche Zeitung, München Prof. Dr. Jürgen Palm, Deutscher Sportbund, Heusenstamm	Prof. Dr. Hermann-Anders Korte Universität Hamburg
115 Berlin	Neue Dimensionen des Politischen? Herausforderungen für die repräsentative Demokratie	Prof. Dr. Antonia Grunenberg Berlin Bundesministerin a.D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB, Berlin	Prof. Dr. Jutta Limbach Bundesverfassungsgericht Karlsruhe
116 Moskau	Russland in Europa: Zehn Jahre nach dem Kalten Krieg – Politische und wirtschaftliche Herausforderungen	Wolfgang Ischinger, Staatssekr. AA, Berlin Oleg Morosow, Fraktion Russische Regionen, Staatsduma Moskau Dr. Ulrich Cartellieri, Deutsche Bank AG, Frankfurt a.M. Andrej A. Kokoschin, Zentrum f. Probleme d. Nationalen Sicherheit Russlands Moskau	Dr. Andreas Meyer-Landrut DaimlerChrysler AG, Moskau

Protokoll	Thema	Referent	Diskussionsleiter
2000/117 Berlin	Modell Deutschland: Reif für die Globalisierung? Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie	Dr. Henning Scherf, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Bremen Prof. Dr. Carl Christian v. Weizsäcker, Universität Köln	Dr. Klaus v. Dohnanyi Bürgermeister a. D. Hamburg
118 Berlin	Ein föderatives Europa? Das politische Gesicht Europas im Zuge der Erweiterung	Sylvie Goulard, Centre d'Etudes et de Recherches Internationales (CERI), Paris Prof. Dr. Klaus Hänsch, MdEP, Brüssel Dr. Jerzy Kranz, Auswärtiges Amt, Warschau	Prof. Dr. Rudolf von Thadden Universität Göttingen
119 Peking	China: Partner in der Weltwirtschaft	Prof. Yang Qixian; Minister Zheng Silin; Minister Wang Chunzheng; Vizeminister Shen Jueren; Prof. Dr. Zhu Min; Shi Mingde; Song Jian; alle Beijing; Dr. Konrad Seitz, Bonn; Dr. Horst Teltschik, München; Dr. Martin Posth, Berlin	Präsident Mei Zhaorong, Beijing Prof. Dr. Karl Kaiser, Berlin
2001/120 Berlin	Verhandlungsdemokratie? Politik des Möglichen – Möglichkeiten der Politik	Prof. Dr. Dieter Grimm, Berlin Dr. Annette Fugmann-Heesing, Berlin	Prof. Robert Leicht, Hamburg
121 Helsinki	Die Ostsee – ein Binnenmeer der Prosperität und Stabilität? Chancen und Grenzen einer regionalen Politik in Nordosteuropa	Minister a.D. Bertel Haarder, Brüssel; Botschafter Dr. Artur J. Kuznetsov, Kaliningrad; Alar J. Rudolf Olljum, Tallinn; Hans Olsson, Stockholm; Timo Summa, Brüssel; Außenminister Dr. Erkki Tuomioja, Helsinki; Staatsminister Dr. Christoph Zöpel, Berlin	Minister Dr. Jaako Iloniemi, Helsinki
122 Moskau	Russlands europäische Dimension und weltpolitische Herausforderungen	ohne Referat	Sergej W. Jastrschembkij, Moskau Dr. Sergej A. Karaganow, Moskau

Wenn nicht anders vermerkt, fanden die Gesprächskreise in Bergedorf beziehungsweise in Hamburg statt.

Die Protokolle 99, 106, 109, 121 und 122 sind auch auf Englisch verfügbar.

Künftig werden alle Protokolle in beiden Sprachen als Buch und im Internet (www.bergedorfer-gespraechskreis.de) veröffentlicht.

Abkürzungsverzeichnis

CEI	Central European Initiative	IstGH/ICC	Internationaler Strafgerichtshof
CEFTA	Central European Free Trade Agreement	IWF	Internationaler Währungsfonds
DFID	Department for International Development	LDK	Demokratische Liga Kosovo
DDR	Deutsche Demokratische Republik	NATO	North Atlantic Treaty Organisation
DOS	Demokratische Opposition Serbiens	OHR	Office of The High Representative
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
EFTA	European Free Trade Association	SDA	Stranka Demokratski Akcije (Partei der demokratischen Aktion)
EIB	Europäische Investitionsbank	SECI	Southeast European Cooperative Initiative
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands	SFOR	Stabilisation Force
ESI	Europäische Stabilitätsinitiative	UCK (KLA)	Ushtria Clirimtare E Kosoves oder Kosovo Liberation Army
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica (Kroatische Demokratische Union)	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
ICTY	Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien	UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
IDEA	Institute for Democracy and Election Administration	UNO	United Nations Organisation
IFC	International Finance Corporation	UNPROFOR	United Nations Protection Force

Versuch einer historisch-politischen Chronologie

148	Einrichtung der römischen Provinz Macedonia (die Provinzen Macedonia, Epirus und Achaia umfassen die Balkanhalbinsel südlich des Skardon- und des Pirin-Gebirges)	wird autonomes Fürstentum, Mazedonien bleibt osmanisch; Österreich-Ungarn erhält das Recht zur Okkupation Bosnien-Herzegowinas
ab 539	Serbien, Albanien und Griechenland sind Teile des Byzantinischen Reichs und erleben nach kriegerischen Auseinandersetzungen eine zunehmende Ansiedlung von Slawen in dem ursprünglich hauptsächlich illyrischen Gebiet	
um 1171	Konsolidierung Serbiens unter Stephan Nemanja	
1389	Schlacht auf dem Amselfeld, türkischer Sieg über die Serben; Beginn der Herrschaft des Osmanischen Reichs	
1830	nach dem griechischen Freiheitskampf (1821–1829) Unabhängigkeit Griechenlands	
1830	Fürstentum Serbien	
1852	Fürstentum Montenegro	
1856	Gleichberechtigung von Christen und Muslimen im Osmanischen Reich	
1859/1861	Vereinigung der Donaufürstentümer Moldau und Walachei zum Fürstentum Rumänien	
1868	Ungarisch-Kroatischer Ausgleich	
1876	Antitürkischer Aufstand in Bulgarien	
1877/1878	Russisch-türkischer Balkankrieg; Vorverträge von San Stefano	
1878	Berliner Kongress: Rumänien und Montenegro werden unabhängig; Unabhängigkeit Serbiens wird bestätigt, Bulgarien	
		1881 Königreich Rumänien
		1882 Königreich Serbien
		1903 Antitürkischer Aufstand in Makedonien
		1908 Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn
		1912–1913 1. und 2. Balkankrieg, die Türken werden vertrieben; Aufteilung Mazedoniens unter Serbien, Griechenland und Bulgarien
		1913 unabhängiges Fürstentum Albanien
		1914 Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo
		1914–1918 1. Weltkrieg
		1917 Deklaration von Korfu: Vereinigung der Südslawen unter serbischer Ägide
		1918 Proklamation des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ (SHS)
		1919/1920 Frieden von St. Germain mit Österreich (Anerkennung der habsburgischen Nachfolgestaaten); Friede von Neuilly mit Bulgarien; Friede von Trianon mit Ungarn (Siebenbürgen und Bessarabien an Rumänien)
		1921 Serbisch-zentralistische Vidovan-Verfassung im SHS-Staat
		1929 Königsdiktatur in Jugoslawien
		1938 Königsdiktatur in Rumänien

1939–1945	2. Weltkrieg	ab 1987	nationalistisch-kommunistischer Machtanstieg des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević
1941	Errichtung des kroatischen Ustaša-Staates (bis Ende 1944)	1990	freie Wahlen in Kroatien bringen Franjo Tuđman an die Macht
1944–1949	Griechischer Bürgerkrieg	1990	Milošević wird Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien
1945	Konferenz von Jalta	1991	Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien; die jugoslawische Armee greift Slowenien und später Kroatien an
1946	Volksrepublik Albanien	1991	Unabhängigkeitserklärung Mazedoniens
1946	Föderative Verfassung der Volksrepublik Jugoslawien	1992	Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die EU
1947	Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominforms)	1992	Unabhängigkeitserklärung Bosnien-Herzegowinas und Anerkennung durch die EU; Eskalation des Kriegs und Genozid in Bosnien und Herzegowina
1947	Volksrepublik Bulgarien	1993	Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) mit Sitz in Den Haag wird durch die UN-Resolution 827 aufgrund der Verletzungen von internationalem humanitärem Recht im ehemaligen Jugoslawien errichtet
1948	Volksrepublik Rumänien	1995	Vertreibung der Serben aus der Krajina und Ost-Slawonien
1948	Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kominform	1995	Friedensabkommen von Dayton (Ohio, USA) und Ende des Krieges; der UN-Sicherheitsrat beschließt, eine multinationale Implementation Force (IFOR) nach Bosnien und Herzegowina zu entsenden
1953	Balkanpakt Jugoslawiens mit den NATO-Staaten Griechenland, Türkei	Ende 1996	Die in dem Bündnis „Zajedno“ vereinigte Opposition gewinnt bei den Kommunalwahlen gegen Milošević, dieser erkennt die Wahlen nicht an; es kommt zu Massendemonstrationen in Belgrad; im Februar 1997 werden die Wahlergebnisse auf
1955	Warschauer Pakt		
1961	erste Konferenz der Blockfreien Staaten in Belgrad		
1963	EG-Assoziierung der Türkei		
1963	Verfassungsänderung: Volksrepublik wird in „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ (SFRJ) umbenannt		
1974	Tito wird Präsident auf Lebenszeit		
1980	Tod des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito		
1981	Albanischer Aufstand im Kosovo		
1985	Tod des albanischen Diktators Enver Hodscha		

- internationalen Druck hin offiziell anerkannt und Milošević bleibt im Präsidentenamt
- 1997–1998** Gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Kosovo-Albanern und dem serbischen Machtapparat
- Juni 1999** NATO-Luftangriffe auf Serbien; Rückzug der serbischen Armee; KFOR-Soldaten rücken ein; Kosovo-Verwaltung (UNMIK) auf Grundlage der UN-Resolution 1244
- Sept. 2000** Vojislav Kostunica gewinnt die Präsidentschaftswahlen, Milošević fechtet das Wahlergebnis an
- Okt. 2000** Aufstand der Anhänger Kostunicas in Belgrad und Sturz Miloševićs. Kostunica wird Staatspräsident
- Nov. 2000** EU-Gipfeltreffen in Zagreb; die Länder des ehemaligen Jugoslawiens und Albanien werden zu potenziellen Beitrittskandidaten erklärt und verpflichten sich zur regionalen Kooperation
- Juni 2001** Milošević wird in Belgrad Vertretern des UN-Kriegsverbrechertribunals übergeben
- Juli 2001** Erste Anhörung von Milošević vor dem Tribunal
- Nov. 2001** Ibrahim Rugova gewinnt die ersten demokratischen Parlamentswahlen im Kosovo



Glossar

„Bonn Powers“

Befugnisse des Hohen Repräsentanten von Bosnien und Herzegowina (Office of the High Representative), Gesetze zu erlassen, Budgets per Dekret einzusetzen sowie Beamte und gewählte Politiker aus ihren Positionen zu entfernen. Diese weit reichenden Befugnisse erhielt der Hohe Repräsentant vom Friedensimplementierungsrat (PIC) in Bonn im Dezember 1997. Dieser Rat besteht aus Regierungsvertretern aller an Bosnien interessierten Länder und trifft sich halbjährlich.

http://www.esiweb.org/reports/bosnia/showdocument.php?document_ID=8

Central European Free Trade Agreement (CEFTA)

CEFTA ist eine Wirtschaftskooperation zwischen der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen, der Slowakei, Slowenien und Rumänien und deckt einen Markt von 90 Millionen Einwohnern ab. Der CEFTA-Vertrag wurde 1992 zur Liberalisierung des Handels geschlossen.

<http://www.cefta.org>

Central European Initiative (CEI)

CEI ist eine Initiative zur Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur in Zentral- und Osteuropa. CEI wurde 1989 gegründet. Mitgliedsländer sind Albanien, Österreich, Weißrussland, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Italien, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Ukraine, Jugoslawien.

<http://www.ceinet.org>

Crisis Management Initiative (CMI)

CMI ist eine unabhängige Nichtregierungsinitiative. Ihr Ziel ist es, Vorschläge für die Praxis internationaler Missionen in Krisenregionen zu entwickeln. Sie wurde vom finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari gegründet und hat ihren Sitz in Helsinki.

<http://www.ahtisaari.fi>

Department for International Development (DFID)

DFID ist das Entwicklungsministerium der britischen Regierung zur internationalen Entwicklungsförderung und Reduzierung der Armut, einschließlich der Verbesserung von Gesundheitsversorgung und Bildungszugang. DFID unterstützt unter anderem Projekte in Asien, Afrika, Lateinamerika und Zentral- und Osteuropa.

<http://www.dfid.gov.uk/>

EU-Osterweiterung und Kopenhagener Kriterien

Die geplante Erweiterung der Europäischen Union 2004 um Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern. Der Beitrittsvertrag soll auf dem Europäischen Rat von Athen am 16. April 2003 unterzeichnet werden. In einer zweiten Gruppe von Beitrittskandidaten befinden sich Rumänien, Bulgarien und die Türkei.

Zum Beitritt müssen die Kandidaten die so genannten Kopenhagener Kriterien erfüllen. 1. Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz der Minderheiten; 2. Funktionstüchtige Marktwirtschaft; die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb des Binnenmarktes standzuhalten; 3. Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes (Acquis communautaire): Die Länder müssen sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu Eigen machen.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Die EIB vergibt langfristig kostengünstige Darlehen, die eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung und Integration in die Europäische Union fördern und zur Verwirklichung vieler EU-Ziele beitragen sollen. Sie stellt, gemessen am Darlehensvolumen, das größte internationale Finanzierungsinstitut der Welt dar.

<http://www.eib.org>

Europäische Stabilitätsinitiative (ESI)

ESI ist ein gemeinnütziges wissenschaftliches und politisches Forschungsinstitut mit Sitz in Berlin. Sein Ziel besteht darin, Analysen zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen im Themenbereich Stabilität in Südosteuropa anzubieten.

<http://www.esiweb.org>

Europäischer Konvent

Am 28. Februar 2002 trat der Konvent zur Zukunft Europas zu seiner konstituierenden Sitzung in Brüssel zusammen. Er hat die Aufgabe, Vorschläge zu formulieren, um die Handlungsfähigkeit der sich erweiternden Union sicherzustellen. Gleichzeitig sollen die demokratische Legitimation und die Transparenz des Handelns der Union und ihrer Organe gestärkt werden. Ziel ist dabei ausdrücklich die Schaffung einer europäischen Verfassung. Er wird voraussichtlich bis zum Sommer 2003 tagen. Seine Ergebnisse werden wesentlich über den Erfolg der sich anschließenden Regierungskonferenz bestimmen. Präsident des Konvents ist der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing.

http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/aktuelles/zukunft/konvent/konvent_html

Friedensabkommen von Dayton

(General Framework Agreement for Peace – GFAP)

Nach dem Ort der Verhandlungen im amerikanischen Bundesstaat Ohio benannter Friedensvertrag, der den von 1992–1995 dauernden Krieg in Bosnien und Herzegowina beendete. Das am 21. November 1995 unter der Schirmherrschaft des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton zwischen den Präsidenten Bosniens, Kroatiens und Serbiens ausgehandelte und am 14. Dezember in Paris unterzeichnete Abkommen besiegelte eine neue Verfassung und ein Land mit zwei Entitäten, der Föderation und der Serbischen Republik mit der gemeinsamen Hauptstadt Sarajewo.

<http://www.ohr.int>

Graz-Prozess

Der Graz-Prozess wurde von Österreich initiiert, um eine demokratische und friedliche Entwicklung in der Region Südosteuropa durch Unterstützung und Koordinierung von Pro-

jekten im Bildungsbereich in der Region zu fördern. Langfristiges Ziel ist es, die Region Südosteuropa in den europäischen Bildungsbereich zu integrieren.

http://www.kulturkontakt.or.at/new/_deutsch/see/taskforce.htm

Hermes-Bürgschaften

Durch die Vergabe von Hermes-Bürgschaften sichert die Bundesrepublik Deutschland Exportgeschäfte deutscher Unternehmen ab. Damit soll ihnen geholfen werden, sich auch in Zukunft auf den Weltmärkten durchzusetzen. Exportkreditversicherungen werden von den Industriestaaten eingesetzt, um das Risiko von Investitionen der Privatwirtschaft in ökonomisch unsichere Länder staatlich zu minimieren.

Internationaler Strafgerichtshof (International Criminal Court – ICC)

Der Internationale Strafgerichtshof ist seit dem 1. Juli 2002 zuständig für die weltweite Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Nach den am 17. Juli 1998 in Rom beschlossenen Statuten wird der Gerichtshof aktiv, falls nationale Gerichte die Straftaten unter ICC-Zuständigkeit nicht verfolgen oder falls Ankläger oder der UN-Sicherheitsrat die Notwendigkeit für Ermittlungen als gegeben ansehen. Ab 6. Februar 2003 gehören dem Internationalen Strafgerichtshof 15 Richter an.

<http://www.un.org/law/icc/>

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)

Der ICTY wurde am 25. Mai 1993 durch die UN-Sicherheitsratsresolution 827 eingerichtet. Anlass waren schwerste Verstöße gegen internationales humanitäres Recht seit 1991 auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien.

<http://www.un.org/icty/>

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der IWF wurde 1945 geschaffen, um die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währungspolitik zu fördern. Ziele sind das Wachstum des Welthandels, die Stabilität der Wechselkurse, die Errichtung eines multilateralen Zah-

lungssysteme und Hilfe für Mitgliedsländer mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten.

<http://www.imf.org/>

Kosovo Force (KFOR)

KFOR ist die von der NATO geführte militärische Mission im Kosovo. Die Mission begann am 12. Juni 1999, zwei Tage nach der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1244. Die KFOR-Truppen setzen sich aus Soldaten aus 30 Ländern zusammen. Neben den friedenserhaltenden Maßnahmen ist es Aufgabe der KFOR, die UNMIK zu unterstützen.

<http://www.nato.int/kfor>

Kosovo-Status

Der künftige Status des derzeitigen UN-Protectorats ist derzeit noch ungewiss. Formell gehört die ehemalige serbische Provinz noch zu Jugoslawien, doch die albanische Bevölkerungsmehrheit dringt auf Unabhängigkeit von Belgrad.

Mrakovica-Sarajewo-Prozess

Das Mrakovica-Sarajewo-Abkommen vom März 2002 betrifft Reformen der bosnischen Verfassung(en). Es wurde zwischen bosnischen Parteien verhandelt und vom Hohen Repräsentanten in Bosnien im April 2002 unter Zuhilfenahme der „Bonn Powers“ per Dekret in Kraft gesetzt. Es institutionalisiert einen ethnischen Schlüssel – auf der Grundlage der Volksbefragung von 1991 – für die Besetzung aller wichtigen politischen Ämter und Verwaltungsämter auf den verschiedenen Ebenen des bosnischen Staates.

http://www.ohr.int/pic/default.asp?content_id=7483

Büro des Hohen Repräsentanten (Office of the High Representative – OHR)

Der OHR ist die führende internationale zivile Organisation in Bosnien und Herzegowina. Der Hohe Repräsentant ist die höchste Autorität im Land.

<http://www.ohr.int>

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die OSZE beschäftigt ca. 4000 Personen in 19 Missionen und Aktivitäten im Feld in Südosteuropa, Kaukasus, Osteuropa und Zentralasien. Ihr Ziel ist es, beim Aufbau von Demokratien, zivilen Gesellschaften und Rechtsstaatlichkeit zu helfen. Im Balkan hat die OSZE Missionen in Bosnien, Kroatien, Jugoslawien, dem Kosovo und Büros in Albanien und Mazedonien.

<http://www.osce.org>

Konzept des „ownership“

Das Konzept des „ownership“ setzt sich mit der Frage auseinander, wie man effektive Entwicklungspolitik in einem souveränen Staat erzielt. Demnach ist internationale Wirtschaftshilfe nur dann langfristig erfolgreich, wenn die nationalen Autoritäten des betroffenen Staates für die Umsetzung der Entwicklungspolitik zuständig und reformwillig sind und selbst Prioritäten setzen. Der Geldgeber unterstützt Eigendynamik und das Prinzip der Selbstbestimmung in der Entwicklungspolitik.

Partnership for Peace (PfP)

PfP ist eine NATO-Initiative des Nordatlantischen Rates seit Januar 1994 mit dem Ziel, Stabilität und Sicherheit in Europa zu stärken. PfP richtet sich an alle Partnerländer des Nordatlantischen Kooperationsrates (NACCP) und andere OSZE-Länder, die an der Teilnahme des Programms interessiert sind. Die Initiative ermöglicht militärische Kooperation bei der Planung, Training und peace-keeping. Derzeit nehmen 27 Länder daran teil.

http://www.shape.nato.int/natobook_en/pfp.htm

Serbien und Montenegro – Verfassung für einen neuen Staat

Im März 2002 unterzeichneten der jugoslawische Präsident, der serbische Ministerpräsident und der montenegrinische Regierungschef im Beisein des EU-Vermittlers Javier Solana das Belgrader Abkommen über die Bewahrung und Umwandlung des Staatenverbandes Restjugoslawiens in „Serbien und Montenegro“. Ziel des Abkommens ist es, die drohende Abspaltung Montenegros von Restjugoslawien zu verhindern.

Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen für Südosteuropa

Europas Staats- und Regierungschefs beschlossen, dass der Weg zur Stabilität in der Balkanregion über eine Assoziierung der Länder mit der EU führen soll. Im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses soll der Aufbau privilegierter politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu den Ländern mit der Unterstützung durch ein umfangreiches Finanzhilfeprogramm (CARDS) den Staaten Südosteuropas eine konkrete Beitrittsperspektive in die EU eröffnen.

Stabilitätspakt für Südosteuropa

Auf Initiative Deutschlands gründeten im Juni 1999 mehr als 40 Staaten, internationale Finanzinstitutionen und internationale Organisationen den Stabilitätspakt für Südosteuropa. Gemeinsam wollen sie die politische, rechtliche und ökonomische Stabilität in Südosteuropa sichern. Der Stabilitätspakt hat zum Ziel, die Staaten in Südosteuropa bei ihren Bemühungen um die Förderung des Friedens, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte sowie des wirtschaftlichen Wohlstands zu stärken, um Stabilität in der gesamten Region zu erreichen.

<http://www.stabilitypact.org>

United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK)

UNMIK wurde 1999 durch die UN-Resolution 1244 autorisiert, eine zivile Interimsadministration in der autonomen Provinz Kosovo einzurichten. UNMIK ist die erste UN-Mission, in welcher andere multilaterale Organisationen als Partner unter UN-Führung agieren. Zur Durchführung des Mandats wurden vier Säulen eingerichtet: 1. Polizei und Justiz, unter direkter Leitung der UN, 2. Zivile Administration, unter direkter Leitung der UN, 3. Demokratisierung und Aufbau von Institutionen, unter der Leitung der OSZE, 4. Wiederaufbau und Wirtschaftliche Entwicklung, unter Leitung der EU. Der Leiter von UNMIK ist Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs im Kosovo und die höchste Autorität in der Provinz Kosovo.

<http://www.unmikonline.org>

UN-Resolution 1244

1999 erließ der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1244 über eine politische Lösung, das Ende der Gewalt im Kosovo, den Abzug der jugoslawischen Armee, der Polizei und der paramilitärischen Einheiten. Der Sicherheitsrat verkündete, eine internationale Mission unter UN-Aufsicht zu entsenden.

<http://www.un.org/documents/scres.htm>

Register zitierter Personen

Andric, Ivo

1892–1975

Jugoslawischer Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger 1961. Bekannt durch seine Romane über Bosnien, vor allem „Die Brücke über die Drina“.

S. 116

Balcerowicz, Prof. Leszek

geb. 1947

Präsident der Polnischen Nationalbank. Von 1989–1991 und 1997–2000 Vizepremierminister und Finanzminister Polens.

S. 66

Colovic, Ivan

geb. 1938

Ethnologe und wissenschaftlicher Berater des Ethnographischen Instituts der Serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad.

S. 126

Hodscha, Enver

1908–1985

Kommunistischer Staatschef Albanien bis 1985. 1944–1954 Premierminister Albanien.

S. 93, 119

Homeyer, Dr. Josef

geb. 1929

Bischof von Hildesheim, Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der EU, Mitglied im Präsidium des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), der Kontaktgruppe der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz.

S. 136

Kadaré, Ismail

geb. 1936

Albanischer Autor. Bekannt vor allem durch den Roman „Der General der toten Armee“ (1964).

S. 119

Kissinger, Henry

geb. 1923

1973–1977 amerikanischer Außenminister, davor Nationaler Sicherheitsberater von Präsident Richard Nixon.

S. 125

Krastev, Ivan

Direktor des Centre for Liberal Strategies in Sofia.

S. 55, 57

Milošević, Slobodan

geb. 1941

Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien bis 1997, Präsident Serbiens bis 2000. Seit Februar 2002 Angeklagter vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

S. 36, 68f., 73, 78, 92, 113ff., 117, 128

Monnet, Jean

1888–1979

Präsident der Pariser Schuman-Plan-Konferenz, die zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) führte. 1952–1954 Präsident der Hohen Behörde der Montanunion. 1955–1975 Mitbegründer und Vorsitzender des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“, dessen Ziel die politische Union Europas ist. 1976 Ernennung zum bis dahin einzigen Ehrenbürger Europas durch die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft.

S. 73, 81

Patten, Chris

geb. 1944

1990–1992 Vorsitzender der konservativen Partei Großbritanniens, 1992–1997 Gouverneur von Hongkong, 1998–1999 Vorsitzender der unabhängigen Kommission für Polizeifragen in Nordirland. Seit 1999 EU-Kommissar für Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

S. 21, 64, 76

Pitic, Goran

geb. 1961

1995–2000 Direktor für Finanzberatung, Deloitte & Touche, Belgrad. Seit 1986 Professor für Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte der Universität Belgrad. Seit 2000 Minister für Wirtschaftliche Beziehungen der Republik Serbien.

S. 84

Poos, Jacques

1984–1999 Außenminister Luxemburgs, 1991 Ratspräsident der EU.

S. 38

Prodi, Romano

geb. 1939

1978–1979 Industrieminister Italiens. 1982–1989 und 1993–1994 Präsident der Staatlichen Industrieholding IRI (Institute for Industrial Reconstruction). 1996–1998 italienischer Premierminister. Seit 1999 Präsident der Europäischen Kommission.

S. 100

Rice, Condoleezza

geb. 1955

Professorin für Politikwissenschaften an der Universität Stanford seit 1981. 1989–1991 zuständig für sowjetische und osteuropäische Fragen im Nationalen Sicherheitsrat der USA. Seit Januar 2001 nationale Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten George W. Bush

S. 130

Rugova, Ibrahim

geb. 1944

1989 Mitbegründer der Demokratischen Liga Kosova (LDK). 1992 zum Präsidenten einer „Republik Kosova“ ausgerufen. Am 4. März 2002 zum ersten anerkannten Präsidenten Kosovos gewählt. Für seine Bemühungen um einen friedlichen Ausgleich im Kosovo erhielt Rugova 1999 den Andrej-Dimitrijewitsch-Sacharow-Preis.

S. 117

Solana, Javier

geb. 1942

Mitglied der spanischen sozialistischen Partei seit 1964, Mitglied des Parlaments seit 1977, 1982–1988 Kulturminister, 1988–1992 Wissenschaftsminister, 1992–1995 Außenminister, 1995–1999 NATO-Generalsekretär, seit 1999 Generalsekretär des Europäischen Rats und Hoher Vertreter für Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

S. 21, 103, 130

Tito, Josip Broz

1892–1980

1945–1980 Staatspräsident Jugoslawiens.

S. 26f., 36, 61, 114

Todorova, Maria

Bulgarische Historikerin und Autorin von „Die Erfindung des Balkans – Europas bequemes Vorurteil“.

S. 39, 64

Trajkovski, Boris

geb. 1957

1998–1999 stellvertretender Außenminister Mazedoniens. Seit Dezember 1999 Staatspräsident Mazedoniens.

S. 48

Tudjman, Franjo

1922–1999

1989 Gründer und Vorsitzender der nationalistischen Partei „Kroatische Demokratische Union“ (HDZ). 1990–1999 Präsident Kroatiens. Nach der Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und dem Angriff der serbischen Armee 1991 mobilisierte Tudjman 1995 die kroatische Armee und Polizei zur Rückeroberung von kroatischem Territorium (u.a. Krajina) und bewirkte die Flucht der serbischen Minderheit.

S. 52, 116

Vranitzky, Franz

geb. 1937

1986–1997 Bundeskanzler der Republik Österreich, 1988–1997 SPÖ-Vorsitzender, 1997 Sonderbeauftragter der OSZE für Albanien.

S. 39

Sachregister

- Acquis Communautaire 52, 129
Adriatisch-Ionische Initiative 129
Albanien 30f., 84, 93f., 119f.
Arbeitslosigkeit 41, 88ff.
- Bildung 49, 54, 102, 107f., 112, 114, 137
„Bonn Powers“ 37
Bosniakisch-Kroatische Föderation 24, 59, 62
Bosnien und Herzegowina 18, 20f., 33, 37, 40, 44, 58, 61ff., 79, 132
Botswana 75ff.
Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttosozialprodukt (BSP) 67f., 70f., 90, 92, 106
Bulgarien 30, 55f., 83ff., 88, 100, 102, 110, 126, 131
Business Advisory Council 82
- CEFTA 85
Center for Democracy and Reconciliation in South-eastern Europe 134
Center for Fighting Organized Crime 87
Central European Initiative (CEI) 137
Civil engineering 23
Crisis Management Initiative in Helsinki 37
- Dayton-Abkommen 22f., 25, 30, 33, 38, 62, 95
Deindustrialisierung 78f., 91, 93
Demokratische Opposition Serbiens (DOS) 112
Department for International Development (DFID) 79
Dezentralisierung 33, 57
Diaspora 31, 72, 74, 98, 105
Drogenhandel 48f., 93
- EFTA 85
Eigentum 23, 25, 28, 40, 59, 64, 78
Einwanderung 89, 102
Energie 34, 42, 67, 72, 81, 93
Entbürokratisierung der Verwaltung 42
Entwicklungshilfe 46, 71, 76, 77, 101, 104f.
Ethnische Gemeinschaften: Rechte 43, 113, 115
Ethnische Säuberungen 26, 33, 59, 116
Ethnische Zugehörigkeit 62
Ethnisches Selbstbestimmungsrecht 38f.
EU-Kommission 20, 37, 50, 80f., 84, 86, 94, 100, 102, 116, 127, 136
- EURO-Money 98
Europäische Agentur für Wiederaufbau 51, 84
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) 73, 85, 105
Europäische Erweiterung 18, 20, 35, 76, 82, 85
Europäische Investitions- und Entwicklungsbank (EIB) 67, 75, 84, 91, 105
Europäische Menschenrechtskonvention 33
Europäische Perspektive für Südosteuropa 18f., 34, 38, 41, 52, 55f., 64f., 70, 82, 100f., 109
Europäischer Konvent 56f., 64
Europäischer Wirtschaftsraum 125
Europarat 58, 64, 128
European Stability Initiative (ESI) 78
Eustory 134
- Finanzhilfe 79f., 101
Finanzierung politischer Parteien 46f., 61, 63, 65
Finnland 57, 89
Flüchtlinge 29, 33, 41f., 44, 48, 59, 63, 95, 116
Freihandel 71, 85, 99, 102
„Freunde Albaniens“ 30
- Geberländer 79f., 84, 86, 88, 91, 96f., 101, 104
Geldwäsche 46f., 71
Gerichtswesen 40, 86, 90, 93
Geschichtsverständnis 61, 121, 123, 125, 132, 137
Gewerkschaften 119, 137
Graz-Prozess 85, 134, 137
Griechenland 45, 79f., 101f., 121, 129, 133
- Helsinki Komitee 128
Helsinki-Prozess 34
Hermes-Bürgschaften 109
Herrschaft des Rechts 21, 40, 43, 65
Human Rights Watch 128
- IFC 106
Infrastructure Stearing Group 84
Infrastruktur 22, 34, 42, 51, 55, 67, 72, 88, 95, 105f.
Institute for Democracy and Election Administration (IDEA) 35
Institutionelle Entwicklung 86
Institutionelle Reformen 50f., 54, 90
Integration, regionale 20, 22, 33, 39, 60, 110

Intellektuelle 108, 114f., 120f., 133
 Internationaler Strafgerichtshof (ICC) 128
 Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige
 Jugoslawien in Den Haag (ICTY) 27f., 59, 128, 131
 Internationaler Währungsfonds (IWF) 51, 56, 67, 71,
 75
 Investitionen 48, 90ff., 104f.

Jugoslawien, Bundesrepublik 19ff., 27, 30ff., 37f.,
 123, 125, 128, 131, 136
 Justiz 22, 25, 33, 65

Kapitalhilfe 74
 Kaufkraft 66
 Kirchen 63, 134ff.
 Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in
 Europa (KSZE) 112f.
 Konstituierende Völker 23f., 33, 61f.
 Korruption 21, 32, 47, 61, 74, 77, 86, 94f.
 Kosovo 18f., 26ff., 33ff., 59
 Kosovo-Status 29f., 36, 41, 44, 63, 74, 86
 Kriminalität 21, 31f., 34, 38, 46f., 63, 74, 88
 Kroatien 28, 40, 48, 59, 71, 98, 109f., 121, 125f.,
 131, 136
 Kroatische Demokratische Union (HDZ) 24, 62
 Kultur 27, 49, 108ff., 126f., 134, 136

Landwirtschaft 80, 99, 106
 LDK 73
 Lokalverwaltungsgesetz 50

Marshall-Plan 39, 54, 67, 72, 104
 Mazedonien 18, 20, 26, 29f., 37, 48, 51f., 61, 79f., 84,
 90, 92, 95, 102
 Medien 49, 98, 111, 118, 127, 133, 136
 Menschenrechte 21, 33, 38f., 62, 83, 114, 135
 Metohija 26f., 28
 Mezzogiorno 79f.
 Migration 49, 80, 89, 101, 109, 122
 Militär 21ff., 25, 37f., 44, 76
 Minderheiten 21, 41, 51, 62, 114f., 131
 Montenegro 18, 26, 29f., 34f., 45, 53, 60, 95, 100,
 103f., 123
 Mrakovica-Sarajevo-Prozess 62
 Multiethnische Gesellschaften 26, 33, 44, 63, 109,
 131
 Muslimisch-kroatisches Föderationsparlament 24

Nationalismus 27, 39, 44, 63, 122, 133
 NATO 30, 44, 67, 100, 113, 124, 132
 Nepotismus 52
 NGOs 19, 57, 112, 114, 134
 Nürnberger Prozesse 111

Öffentlicher Dienst 25, 50f., 67, 87
 Öffentliches Rundfunksystem 25, 118
 Olympische Spiele 73, 84, 121
 Organisierte Kriminalität 31f., 46, 48, 63, 74, 89
 OSZE 30, 32, 45, 93, 118, 124
 „ownership“ 23, 25, 77

Partnership of Peace 128
 Petersburger Dialog 97
 Polen 48, 70, 90, 96, 106, 125, 133, 134
 Polizeireform 25
 Prishtina 36, 76, 99, 117f., 120, 122
 Privatisierungsgesetz 47, 83, 91, 95
 Pro-Kopf-Einkommen 69f.
 Protektorat 38, 42

Rambouillet 36
 Rechtssicherheit 43, 46, 73, 95, 98, 131
 Rechtsstaat 32, 93
 Referendum (Montenegro) 19, 35
 Reform 21, 23, 25, 46f., 50ff., 62f., 79, 94, 96, 100,
 132
 Regionale Sicherheit 31
 Regionale Zusammenarbeit 33, 40, 45, 49, 58, 70f.,
 100
 Religion 28, 134, 136
 Republik Srpska 24, 42, 58, 62
 Restjugoslawien 35f.
 Rumänien 30, 55, 68, 79, 85, 88f., 94, 100, 102, 110,
 124, 126, 130f., 134
 Russland 64, 91, 100, 134

Sandjak 103
 Sanktionen 43, 67, 95, 123
 Schattenwirtschaft 90ff.
 Schengen 31, 109, 123, 125
 Schmuggel 71, 74
 Schulbücher 120, 125
 SDA 24
 Serbien und Montenegro 18, 20, 35ff., 53, 60, 95, 100,
 103, 109f., 123
 SFOR 63

Skopje 31, 48
 Slowenien 30, 66, 69, 102, 109f., 122, 125, 134
 „Solarien“ 38f.
 Southeast European Cooperation Process 82
 Sport 121f.
 Srebrenica 40
 Staat 22f., 89
 Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess 34, 37, 50,
 53, 55f., 77, 85, 102, 128
 Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit der EU
 71, 123
 Stabilitätspakt 34, 37, 39f., 68, 71, 77, 81ff., 94, 100,
 108, 110, 112, 114, 119, 124, 126f., 137
 Städtepartnerschaften 109, 133
 „Stop-and-go“-Politik 68, 70, 73, 80
 Strukturfonds 80f., 92
 Subsistenzwirtschaft 99
 Südosteuropäischer Kooperationsprozess 20

 Thessaloniki 83, 86, 112, 122, 124, 134
 Tirana 30ff., 82, 86, 90, 93, 107, 119, 120, 130
 Truppenreduzierung 25

 Übergangsfristen 102
 Ukraine 35, 64, 134
 UNHCR 44, 59
 UNIADRION 129
 UNMIK 60, 74, 117f.
 UNPROFOR 40
 UN-Resolution 1244 36
 UN-Sicherheitsrat 28, 128
 Unternehmer 85, 90, 99, 105

 Verfassungsreform 23, 61, 62
 Vergangenheitsbewältigung 131
 Versammlung der Demokratischen Liga Kosovos
 (LDK) 73
 Vetomechanismus 62
 Visegrad-Länder 66, 69ff., 101
 Visum 31, 100, 109, 112f., 117, 121, 123ff., 130, 137
 Vlatadon-Initiative 136
 Vojvodina 29, 86

 Wahrheitskommission 128
 Weltbank 67, 75, 78, 83, 105f.
 Wirtschaft, Entstaatlichung der 42
 Wirtschaftsflüchtlinge 93
 Wirtschaftskriminalität 74
 Wirtschaftsraum 82, 85, 102, 125
 Wirtschaftsreformen 21, 23, 25, 79
 Wirtschaftswachstum 70, 79, 88

 Zagreb 34, 48, 72, 110
 Zentrum für Demokratie und Aussöhnung in Südost-
 europa 122
 Zivilgesellschaft 19, 46, 53, 55, 62, 115, 120, 131
 Zusammenarbeit, grenzüberschreitende
 22, 31, 40, 45, 48f., 70f., 83, 100, 115, 117, 120f.,
 127, 129, 138

Literaturhinweise

- Andric, Ivo, *Die Brücke über die Drina*, München 1962
- Bildt, Carl, *Auftrag Frieden*, Stockholm 1997
- Busek, Erhard, *Österreich und der Balkan – Vom Umgang mit dem Pulverfass Europas*, Wien 1999
- Daalder, Ivo H./Michael E. O’Hanlon, *Winning Ugly – Nato’s War to Save Kosovo*, Washington 2000
- Europäische Stabilitätsinitiative, *Der westliche Balkan im Jahr 2004 – Unterstützung, Kohäsion und die neuen Grenzen Europas – Ein Aufruf zur Reform der Politik der Europäischen Union*, Berlin 2002
http://www.esiweb.org/westernbalkans/showdocument.php?document_ID=37
- Glenny, Misha, *Jugoslawien – der Krieg, der nach Europa kam*, München 1993
- Holbrooke, Richard, *Meine Mission: Vom Krieg zum Frieden in Bosnien*, München 1998
- Hösch, Edgar, *Geschichte der Balkan-Länder – Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, München 1993
- Kadaré, Ismail, *Der General der toten Armee*, Düsseldorf 1973
- Kaser, Karl/Robert Pichler/Stephanie Schwandner-Sievers (Hg.), *Die weite Welt und das Dorf – Albanische Emigration am Ende des 20. Jahrhunderts*, Wien 2002
- Maas, Peter, *Die Sache mit dem Krieg, Bosnien von 1992 bis Dayton*, München 1997
- Malcolm, Noel, *Geschichte Bosniens*, Frankfurt/M. 1996; Kosovo 1998
- Mazower, Mark, *The Balkans*, Toronto 2000
- Pavic, Milorad, *Das chasarische Wörterbuch*, München 1988
- Petritsch/Kasler/Pichler, *Kosovo – Kosova – Mythen, Daten, Fakten*, Klagenfurt 1999
- Petritsch, Wolfgang, *Bosnien und Herzegowina – 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?*, Klagenfurt 2001
- Poulton, Hugh, *Who are the Macedonians?*, London 1995
- Rathfelder, Erich, *Sarajevo und danach – Sechs Jahre Reporter im ehemaligen Jugoslawien*, München 1998
- Roux, Michel, *Les Albanais en Yougoslavie: Minorité nationale territoire et développement*, Paris 1992
- Tanner, Marcus, *Croatia, A Nation Forged in War*, London 1997
- Thomas, Robert, *Serbia under Milosevic – Politics in the 1990s*, London 1999
- Tišma, Aleksandar, *Ohne einen Schrei*, München 2001
- Tišma, Aleksandar, *Treue und Verrat*, München, Wien 1999
- Todorova, Maria, *Die Erfindung des Balkans – Europas bequemeres Vorurteil*, Darmstadt 1999
- Troebst, Stefan/Margarditsch v. Hatschikjan (Hg.), *Südosteuropa – Ein Handbuch*, München 1999
- West, Rebecca, *Black Lamb and Grey Falcon*, New York and London 1941

Die Körber-Stiftung

versteht sich als Forum für Impulse

Mit ihrer operativen Stiftungsarbeit will sie anstehende Probleme unserer Zeit bewusst machen, Menschen zu Eigeninitiativen anregen und Beispiele zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben anbieten.

Die Körber-Stiftung wurde 1959 durch Dr. h.c. Kurt A. Körber, den Unternehmer, Erfinder und „Anstifter“, in Hamburg-Bergedorf gegründet. Sie ist politisch und wirtschaftlich unabhängig und verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Die Körber Stiftung

... leistet Beiträge zur internationalen Verständigung.

- Der **Bergedorfer Gesprächskreis** führt seit 1961 internationale Tagungen an wechselnden Orten im In- und Ausland zu Kernproblemen der Gesellschaft und der internationalen Politik durch.
- Die Stiftung fördert mit ihren **deutsch-türkischen Projekten** (seit 1992) die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei durch ein Jugend- und Wissenschaftsaustauschprogramm sowie durch Symposien zu bilateralen Themen.
- Seit 1998 findet der **Transatlantische Ideen-Wettbewerb USable** statt, der den Transfer von praxisnahen innovativen Ideen zwischen den USA und Deutschland fördert.

... regt Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft an.

- Seit 1985 vergibt sie den **Körber-Preis für die Europäische Wissenschaft**, der insbesondere die internationale Zusammenarbeit in den Forschungsfeldern Technik, Naturwissenschaften und Medizin unterstützt.
- Sie initiiert seit 1996 einen interdisziplinären Forschungswettbewerb für Studierende aller Hochschulen und Fachrichtungen im In- und Ausland, den **Deutschen Studienpreis**.

... fördert die historisch-politische Kultur.

- Der **Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten** regt seit 1973 Jugendliche an, vor Ort Spuren der Geschichte nachzugehen und zu dokumentieren.
- Unter dem Dach von **Eustory – The Körber-Project for Historical-Political Dialog in Europe** – unterstützt die Körber-Stiftung Initiativen insbesondere in Mittel-/Osteuropa, die die Auseinandersetzung mit der Geschichte fördern. Sie regt damit die internationale Verständigung über unterschiedliche Geschichtskulturen an.

... unterstützt Eigeninitiativen von Jung und Alt.

- Die Stiftung bietet mit dem 1977 gegründeten **Begegnungs-Centrum Haus im Park** neben der pflegerischen Betreuung zahlreiche Bildungs- und Freizeitangebote für Menschen ab 50.
- In Dresden engagiert sich die Körber-Stiftung für den Ausbau einer der ersten **Bürgerstiftungen** in den neuen Bundesländern und entwickelt Konzepte für die Vernetzung ehrenamtlicher Arbeit.

... ist mit Hamburg verbunden.

- Sie bietet mit dem **Theater Haus im Park** seit 1977 in Hamburg-Bergedorf ein vielfältiges kulturelles Programm.
- Durch die Beteiligung am **Internationalen Opernstudio**, das der Hamburgischen Staatsoper angegliedert ist, und dem **Boy-Gobert-Preis**, einer Auszeichnung für schauspielerischen Nachwuchs, fördert sie junge Künstler in der Hansestadt.

... kooperiert mit Partnern.

- Die Körber-Stiftung arbeitet zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: Körber-Arbeitsstelle Russland GUS, mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für das Darstellende Spiel: Schultheater der Länder sowie mit dem Northern Institute of Technology (NIT).

... macht Ergebnisse transparent.

- In der **edition KÖRBER-STIFTUNG** zeigen über 80 Titel aus den Bereichen „Politik und Gesellschaft“ sowie „Bildung und Unterricht“ die Ergebnisse und Anstöße der Projektarbeit. Das Publikationsverzeichnis und weitere Informationen können angefordert werden unter: Tel.: 040-72502827, Fax: 040-72503645, E-Mail: edition@stiftung.koerber.de, sowie im Internet auf der Homepage www.koerber-stiftung.de

Das Vermögen der Körber-Stiftung beläuft sich auf ca. 533 Mio. €. Darin enthalten ist eine 100%ige Beteiligung an der Körber-Aktiengesellschaft, einer internationalen Gruppe von Maschinenbauunternehmen mit insgesamt ca. 8000 Beschäftigten im In- und Ausland. Für die gemeinnützige, in aller Regel operative Arbeit stehen der Stiftung jährlich ca. 12 Mio. € zur Verfügung. Damit werden neben den genannten Projekten zahlreiche weitere Aktivitäten durchgeführt und gefördert.

**Bergedorfer Gesprächskreis
der
Körper-Stiftung**

- Vorsitz:** Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D.
- Koordination:** Dr. Klaus Wehmeier (Stellv. Vorsitzender des Vorstandes)
Dr. Levin von Trott zu Solz (Geschäftsführer)
- Wissenschaftliche Mitarbeit:** Julia Steets
- Projektassistenz:** Karen Pehla-Elsaesser, M.A.
- Anschrift:** Bergedorfer Gesprächskreis
Hauptstadtbüro der Körper-Stiftung
Neustädtische Kirchstraße 8
D-10117 Berlin
Telefon: 030-20 62 67 60
Telefax: 030-20 62 67 67
E-Mail: bg@stiftung.koerber.de
www.bergedorfer-gespraechskreis.de

Nachdruck mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. – Belegexemplar erbeten.